

LEIPZIGER ZUSTÄNDE

JAN 2021

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



INHALTSVERZEICHNIS



01

RASSISMUS UND GEGENWEHR

- 08 »UNSER SCHWEIGEN SCHÜTZT UNS NICHT!«
Redebeitrag zur Black Lives Matter Demonstration in Leipzig
von Aicha
- 10 PAUSCHALURTEIL?
Rassismus in der sächsischen Polizei
von Lena Nowak, Opferberatung Support RAA Sachsen e.V.
- 12 UM WESSEN SICHERHEIT GEHT ES EIGENTLICH?
Interview mit dem Fotokollektiv »unofficial.pictures«
- 14 GEDENKEN AN NUNO LORENÇO
»beängstigend, dass das in so einer Nähe passiert ist.«
Interview mit Schülerin Jana aus Großdeuben
- 16 DER ANGST INS GESICHT
Über einen, der zweimal flüchten musste
von Lena von Holt
- 18 EIN PLÄDOYER FÜR RASSISMUSKRITISCHE
LEHRAMTSAUSBILDUNG
von Lena Uddin
- 21 DIE ARBEIT MIT DEM FLEISCH
Die Prekarisierung von Rom*nja in Nordsachsen
von Hanka Dauth
- 24 DAS KOLONIALE ERBE DES LEIPZIGER ZOOS
Die Ernst-Pinkert-Debatte
von Leipzig Postkolonial
- 26 AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl rassistischer Ereignisse
von chronik.LE



02

CORONA

- 30 ANTISEMITISMUS
Alte Stereotype in neuem Gewand
von Benjamin Damm und Christof Scholze
- 32 AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl antisemitischer Ereignisse
von chronik.LE
- 34 VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN
Was steckt dahinter? Was können wir tun?
von Benjamin Winkler, Amadeu-Antonio-Stiftung Leipzig
- 36 VERSCHWÖRUNGEN MADE IN LEIPZIG
Von Falschinformationen und autoritärer Agitation
von Julia Fröhlich
- 38 DIE CORONAPROTESTE IN LEIPZIG
Eine heterogene Mischung selbsternannter Querdenker*innen
von Christoph Hedtke und Julia Fröhlich
- 42 DIE QUERDENKEN-PROTESTE IM NOVEMBER
Selbstermächtigung, Staatsversagen und Radikalisierung
von chronik.LE
- 44 »DANN IST MEIN LEBEN IN GEFAHR«
Zur Situation von Menschen mit Behinderung in Corona-Zeiten
Interview mit Anna Müller und Michel Günther
- 46 WENN ALLTAGSORTE UND ROUTINEN
WEGBRECHEN
Die Auswirkung von Corona auf das Leben junger Geflüchteter
von Elisabeth Kindörfer
- 48 DIE AUSWIRKUNGEN VON CORONA
AUF LEIPZIGER ARBEITS- & MIETVERHÄLTNISSE
von Elisa Gerbsch
- 50 ZUR SITUATION IN FRAUENHÄUSERN
WÄHREND CORONA
von Frauen für Frauen e.V.
- 52 AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl von Ereignissen mit Corona-Bezug
von chronik.LE



03

GESCHLECHT UND SEXISMUS

- 56 DER LETZTE WILLE DER FRAU
Femi(ni)zide und die Reproduktion männlicher Herrschaft
von #KeineMehr Leipzig
- 60 ALLGEGENWÄRTIG UND UNSICHTBAR
Gewalt gegen nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Personen
von Kuku Schrapnell
- 62 »ANTISEXISTISCHE ARBEIT IST
FRUSTRIERENDE ARBEIT«
Zum Umgang mit sexueller Gewalt und Sexismus in der linken Szene
von chronik.LE
- 66 »GANZ SCHÖN KOMPLEX... ABER BÄM!«
Selbstermächtigung gegen sexualisierte Gewalt
von Sichtbar und Selbstbestimmt
- 68 AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl sexistischer Ereignisse
von chronik.LE

LEIPZIGER ZUSTÄNDE



04

RECHTSTERRORISMUS

72 WAS IST EIGENTLICH RECHTSTERRORISMUS?
von Emily Bandt und Steven Hummel

**78 BURSCHENSCHAFTER RÜSTETEN ZUM
»RASSENKRIEG«**
von Martin Leonow

80 »SCHÄFCHENS« WAFFENLAGER
Ein KSK-Soldat hortet Kriegswaffen in Nordsachsen.
Wieso hat das so lange keiner bemerkt?
von Sebastian Erb, Christina Schmidt und Sarah Ulrich, taz

82 FÜNF JAHRE SPÄTER
Die juristische Abarbeitung des Neonaziangriffs auf
Connewitz
von Prozess1101.org



05

RECHTE RAUMNAHME

88 RECHTE RAUMNAHME
Wo die extreme Rechte den Normalzustand definiert,
werden Grundrechte außer Kraft gesetzt
von Paul Zschocke

90 #SOLIDARISCHESTAUCHA STATT NAZI-KIEZ
von Sarah Klein

92 »DAS SOLLTE KEIN NORMALZUSTAND SEIN«
In Taucha engagieren sich Schüler*innen gegen den
Rechtsruck
Interview mit DuFFe

94 STÖTTERITZ – EIN VIERTEL WIRD BRAUN?
von Basisnahe Antifa / Stötteritzer Aktion (BA/STA)

96 ZSCHOCHER FÜR ALLE?
Zusammen gegen rechte Raumnahme und Verdrängung
von Alex Fischer, Bürgerinitiative Kleinzschocher wird bunt

98 »SCHAUDERHAFTE ZEITEN«
Die 90er Jahre in Sachsen
von Fania Stehmann

100 EIN APPELL GEGEN DAS VERGESSEN
Warum ist erinnerungskulturelle und historisch-
politische Bildungsarbeit wichtig?
von Henry Lewkowitz, Erich-Zeigner-Haus e.V.

102 NEONAZISTISCHE UND RECHTSOFFENE GYMS
Hier trainieren Leipzigs Neonazis für den Straßenkampf
von chronik.LE

106 KLETTERN IM VÖLKISCHEN TERRAIN
Rechte Bedrohungen und Angriffe in Böhlitz
von chronik.LE und Naturfreundejugend Leipzig

**108 SCHLAGLICHTER. UPDATES AUS DER
BLAU- UND BRAUNZONE**
von chronik.LE

112 AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl zu rechter Raumnahme
von chronik.LE



06

SERVICE

116 LITERATUREMPFEHLUNGEN
von chronik.LE

120 BERATUNG – BILDUNG – ENGAGEMENT
Anlaufstellen in Leipzig und Umgebung

127 IMPRESSUM

EDITORIAL

Dokumentation in unsicheren Zeiten

Liebe Leser*innen,

Auch an unserer Arbeit gehen die Corona-Pandemie und ihre Folgen nicht spurlos vorbei. Während wir diese nunmehr schon siebte Ausgabe der »Leipziger Zustände« fertigstellen, schlägt die sogenannte zweite Welle voll ein. Leipzigs Straßen werden zeitweise von Corona-Leugner*innen, selbsternannten »Querdenker*innen«, altbekannten Antisemit*innen und ihren Verbündeten aus den Reihen neonazistischer Hooligans unsicher gemacht. Die Ordnungs- und Sicherheitsbehörden scheitern immer wieder daran, die Menschen in Leipzig vor dem Risiko, das von dieser Bewegung ausgeht, zu schützen. Das ist zum einen das Infektionsrisiko durch Missachtung der Hygieneschutzmaßnahmen. Das sind zum anderen aber auch die gefährliche Allianz mit Neonazis und anderen extrem Rechten und die Bedrohung und Gewalt, die von diesen ausgehen. Die Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig war ein fataler Höhepunkt einer sich über Monate abzeichnenden Radikalisierung und Konsequenz einer Politik, die diese Entwicklung viel zu lange nicht ernst genommen hat.

Als wären die regressiven und autoritären Mobilisierungen gegen die vermeintliche »Corona-Lüge« nicht schon schlimm genug, treffen die Auswirkungen der Pandemie jene Gruppen am meisten, die auch zuvor schon gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung erfahren haben: Geflüchtete, prekär Wohnende und Betroffene frauenfeindlicher Gewalt. Wir haben uns deshalb entschieden, in diesem Jahr coronabezogenen Analysen und Berichten ein eigenes Kapitel zu widmen.

Während die Pandemie im Sommer etwas in den Hintergrund trat, löste der Mord an dem Schwarzen George Floyd durch Beamte der Polizei Minneapolis (USA) eine weltweite Protestbewegung gegen institutionellen Rassismus aus. Auch wenn sich Polizei- und Justizsystem in Deutschland grundsätzlich von dem der USA unterscheiden, Waffengewalt und der Tod Schwarzer Menschen durch Polizeieinsätze keine alltägliche Dimension haben, wurde »Black Lives Matter« auch in Deutschland zum Symbol einer neuen, selbstbewussten Mobilisierung migrantischer Antifa-Gruppen und People

of Colour gegen Rassismus. Obwohl die postmigrantisches Realität von einem besorgniserregenden Anteil der Gesellschaft weiterhin abgelehnt wird, können die Kämpfe um Anerkennung und Sichtbarkeit heute nicht mehr ignoriert werden. Das neue daran: Rassismus verliert seinen Status als Problem »der Anderen«, und die Denkmuster der Mehrheitsgesellschaft und ihr koloniales Erbe geraten zunehmend in den Fokus der Auseinandersetzung, die wir auch in dieser Ausgabe wieder aufnehmen.

Fortgeführt haben wir die in der Ausgabe von 2019 begonnene Auseinandersetzung mit Formen des Sexismus und deren Folgen. Im Fokus steht ohne Frage auch unser eigenes politisches und lebensweltliches Umfeld. Ende des Jahres gab es eine Vergewaltigung im Conne Island. Kurz darauf, Anfang des Jahres 2020, wurden schwerwiegende Vorfälle sexualisierter Gewalt mit hunderten Betroffenen auf dem Festival »Monis Rache« in den Jahren 2016 und 2018 öffentlich. Im Laufe des Jahres machten Betroffene sexualisierter Gewalt weitere Fälle öffentlich. Wir fragen deshalb nach dem Stand der Aufarbeitung der Übergriffe, nach Handlungsperspektiven für Betroffene sexualisierter Gewalt sowie der Sichtbarmachung von Gewalt gegen nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Personen. Darüber hinaus beleuchten wir das Thema Femi(ni)zide, also die tödliche Gewalt gegen Frauen.

Der organisierten extremen Rechten widmen wir in dieser Ausgabe zwei eigenständige Kapitel. Eines fokussiert auf die zunehmende Bedrohung durch rechten Terrorismus. Ein zweites befasst sich mit der sogenannten rechten Raumnahme sowie der lokalen Selbstorganisation, die diesen Entwicklungen etwas entgegensetzt.

Den Abschluss dieser Ausgabe bildet das Servicekapitel. Darin findet Ihr Anlaufstellen, Organisationen und Möglichkeiten des Engagements und der Unterstützung.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Wir haben uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt, wie in der deutschen Grammatik üblich, nur Männer anzusprechen oder das

Photo: Tim Wagner



„Leave No One Behind – Evacuate Now!“ am 25. Mai 2020 im Clara-Zetkin-Park

beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor*innen die Schreibweise „*innen“. Falls Ihr beim Lesen darüber stolpern solltet, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir nicht bei Personen und Zusammenhängen an, die ausschließlich aus Männern oder Frauen bestehen.

Wir danken allen Menschen, die zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: den Fördermittelgeber*innen der Stadt Leipzig und vom Verein „Land in Sicht“, den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben, allen Fürsprecher*innen und Spender*innen, Fotograf*innen, Layouter*innen und Lektor*innen. Darüber hinaus geht auch ein großer Dank an all die Menschen, die uns immer wieder auf vielfältige Weise in der alltäglichen Arbeit unterstützen. Unser Engagement braucht einen langen Atem und finanzielle Ressourcen. Wir freuen uns daher über finanzielle Zuwendungen.

Die Redaktion

chronik.LE

www.chronikLE.org

Was ist chronik.LE?

chronik.LE ist eine Plattform zur Dokumentation faschistischer, rassistischer und diskriminierender Vorfälle in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Auf der Webseite www.chronikLE.org veröffentlichen wir diese Ereignisse. Die Online-Chronik bildet die Grundlage für Analysen und Broschüren wie die „Leipziger Zustände“. Gegenstand der Dokumentation sind Handlungen, die maßgeblich aus Ideologien der Ungleichwertigkeit heraus motiviert sind. Wir zählen hierzu v.a. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Sozialdarwinismus.

Melde Vorfälle bei uns!

Wir sind immer auf Zuarbeiten und Beobachtungen angewiesen. Melde uns diskriminierende Vorfälle und neonazistische Aktivitäten! Sowohl wenn Du davon direkt betroffen bist als auch wenn Du Zeug*in davon wurdest. Es gibt dabei keine zu unwichtigen, zu alltäglichen Erlebnisse: Auch das neue Hakenkreuz an der Bushaltestelle oder der rassistische Spruch in der Straßenbahn sind für uns dokumentierungswert.

E-Mail: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de

Web: chronikLE.org

Twitter: twitter.com/chronik_LE

Facebook: facebook.com/chronik.LE

Telegram: telegram.me/chronik_LE

Deine Spende!

Politische Arbeit kostet neben Zeit auch Geld. Unterstütze das ehrenamtliche Projekt chronik.LE gern mit einer Spende!

Kontoinhaber: Engagierte Wissenschaft e.V.

IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63

Bank: Deutsche Skatbank

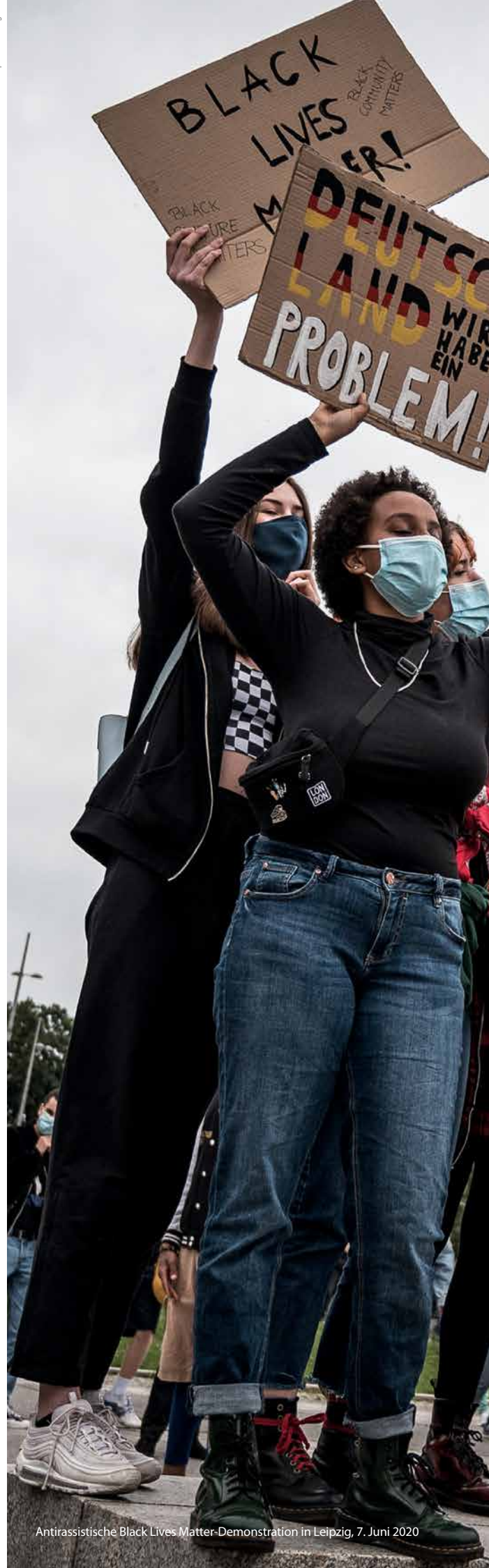
Betreff: Spende chronik.LE

01 KAPITEL

RASSISMUS UND GEGENWEHR

Die Ermordung George Floyds durch einen Polizisten in den USA hat auch in Deutschland Reaktionen hervorgerufen. Institutioneller Rassismus in der Polizei und in Behörden wird angeprangert und skandalisiert. Doch dazu ist gar kein Blick über den großen Teich nötig. Auch in Leipzig zeigt sich, wie Rassismus strukturell in der Gesellschaft wirkt und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Erscheinungsbilds benachteiligt werden.

Das Kapitel Rassismus und Gegenwehr beginnt daher mit einem Redebeitrag von der Black Lives Matter-Demonstration im Juni 2020 gegen die vorherrschende rassistische Normalität. Welch lange Geschichte und Folgen Rassismus mit sich bringt, ist anschließend Thema. Dabei werden Beispiele wie rassistische Polizeikontrollen, die Debatte um den Gründer des Leipziger Zoos als auch die Perspektive von Betroffenen rassistischer Gewalt thematisiert. ■



Antirassistische Black Lives Matter-Demonstration in Leipzig, 7. Juni 2020



»UNSER SCHWEIGEN SCHÜTZT UNS NICHT!«

Redebeitrag zur Black Lives Matter-Demonstration in Leipzig

von Aicha

„Whisper, listen, whisper, listen. Whispers say we're free. Rumors fly-in' must be lyin'. Can it really be? Can't conceive it can't believe it. But it's what they say. Slave no longer, slave no longer, this is Freedom Day. Freedom Day, it's FREEDOM DAY!!!“

Das war der Song von Abbey Lincoln und Max Roach auf ihrem Album „We Insist! Freedom Now Suite“ von 1960.

Während ich diese Worte schreibe, bin ich aufgeregt und habe Angst. Meine Hände sind schwitzig, meine Füße kalt, meine Knie weich.

Am Tag, an dem George Floyd ermordet wurde, ist in mir etwas erwacht: die Erkenntnis, dass ich mein eigenes Schweigen nicht mehr aushalte. Wie Audre Lorde schreibt: „Sonst boxt mir das Wutmonster im Bauch von innen gegen den Mund.“

Warum habe ich solche Angst zu sprechen?

Zweifle und frage mich: Kann ich das? Darf ich das überhaupt?

Angst vor dem Zulautsein oder Zuleisesein, so viel Raum einzunehmen und vielleicht auch noch was Falsches zu sagen.

Warum kann ich nicht einfach beschließen, mich zu äußern? Zu Menschen zu sprechen und darauf zu vertrauen, dass es immer richtig ist, die eigene Stimme zu erheben.

Weil die Gefahr real ist.

Sie ist immer da. Im Kleinen wie im Großen.

Sie ist da in Form einer fremden tätschelnden weißen Hand, die unerlaubt aus dem Nichts nach Afrohaaren greift.

Sie ist da in Form von Blicken in der Bahn, die einen mit purer Abwertung versuchen zu zerstückeln.

Sie ist da in Form von nationalsozialistischen Untergründen, Nazis, die am helllichten Tag PoC und Schwarze Menschen erschießen.

Und sie ist da in Form von europäischen Grenzpolizist*innen, die Menschen auf hoher See sterben lassen und aktiv töten oder zurück in Hölle schicken.

Und sie ist da, wo ein Schwarzer Mensch oder PoC sein Haus verlässt und ein Rassist, der für eine staatliche Institution arbeitet, beschließt, diese Person zu schikanieren, zu beleidigen oder gar zu ermorden und dafür viel zu oft nicht mal zur Rechenschaft gezogen wird!

Und überall da, wo ein rassistisches, kapitalistisches Patriarchat uns die Stimme, die aufrechte Haltung, die Hoffnung und manchmal auch den Atem stehlen will.

Überall da lauert die Gefahr und versucht, uns klein zu halten.

Aber Audre Lorde hat mich gelehrt: „unser Schweigen schützt uns nicht!“

Die Gefahr ist immer da, aber auch unsere Worte werden da sein!

Es gibt noch lange nicht genug Stimmen von Schwarzen Menschen, People of Color, migrantischen Menschen. Und darin: nie genug Stimmen von nicht Cis-Männern und nie genug Stimmen von queeren Personen, von Menschen, die behindert werden, von Menschen, die selbst und deren Eltern vielleicht keinen Uniabschluss haben. Und wir brauchen sie alle! Verschiedene Stimmen! Wütende Stimmen und liebende Stimmen und traurige Stimmen und freudige Stimmen und leise Stimmen und laute Stimmen!

Ich möchte mich in diesem Kontext gerne an die Polizei wenden. Ja, ich meine euch. Es gibt ja Menschen, die sagen, die deutsche Polizei sei nicht rassistisch. Progressive Stimmen stellen die Frage: „Ist die deutsche Polizei auch rassistisch?“

Ich möchte alle, die daran zweifeln, bitten, das dringendst zu überprüfen! Das Minimum, was Sie tun können, um unserer Generation, die eine Gesellschaft der Vielen und nicht aufzuhalten ist, um unserer Generation Respekt zu zollen; das Minimum, was sie tun können, ist, Rassismus als Tatsache anzuerkennen, zu benennen, anzusprechen, Solidarität zu zeigen!

Gehen Sie zu Ihren Vorgesetzten oder Kolleg*innen, laden Sie sich Antirassismus-Trainer*innen ein. Zeigen Sie uns Ihren Respekt! Nach den Ereignissen der letzten Wochen frage ich mich: Auf was zur Hölle warten Sie eigentlich noch?

In meiner Wut und Verzweiflung habe ich gelernt, mich an die zu wenden, die vor uns waren, um Hoffnung zu schöpfen.

Was haben sie uns zu sagen?

Es gibt eine Aussage von Maya Angelou, einer afroamerikanischen Poetin, Schriftstellerin und Schauspielerin, die mich sehr bewegt hat. Bewegt auch, weil ich merke, dass ich mit den Worten kämpfe, mich daran reibe, aber spüre, dass etwas Wahres dran ist.

Sie zitiert den Satz von Terence:

„I am a human being. Nothing human can be alien to me.“

Ich bin ein Mensch, nichts Menschliches ist mir fremd.

Und sie sagt dazu:

„Wenn ein Mensch alle Komponenten besitzt, um seine Energien zu bündeln und sie dafür einsetzt, ein riesiges Arschloch zu sein, das sich auf einen zu wichtigen Posten verirrt hat, oder einen anderen Menschen zu ermorden, dann trage auch ich alle Komponenten in mir.“

Am 7. Juni 2020 gehen mehr als 15.000 Personen in der Leipziger Innenstadt im Zuge der Black Lives Matter-Demonstration auf die Straße, um gegen institutionellen Rassismus zu protestieren. Anlass ist die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten in den USA. Wir dokumentieren hier einen der Redebeiträge.

Aber wenn jemand es wagt, ein Martin Luther King oder Malcolm X oder Audre Lorde oder May Ayim zu sein, wenn ein Mensch es wagt, größer zu werden als die Verhältnisse, in die ihn die Gesellschaft zwingt, so can I! Dann kann ich das auch.

Es geht darum, größer zu werden, sich auszuweiten, sich zu wagen, Platz einzunehmen.

Ich bitte alle hier Anwesenden, für einen Moment die Augen zu schließen und zu spüren, dass wir die sind, die atmen. Hinter uns, in unserem Rücken, stärken und begleiten unsere Kämpfe die Namen der Toten.

In Gedenken an George Floyd, Manuel Ellis, Breonna Taylor, Oury Jalloh, Alberto Adriano, Manuel Diogo, Carlos Conceição, Delfin Guerra, Paul Paret, Amir Ageeb, Halim Dener, Laya-Alama Condé, Dominique Koumadio, Slieman Hamade, Christy Schwundek, Babacar Gueye, Hussam Fadl, Ahmed Amad, Aristei Disl, William Tonou-Mbobda und all' jene, die auf der unendlichen Liste der Namen derjenigen stehen, die durch staatliche Gewalt, durch rassistische Gewalt, getötet und ermordet wurden.

Wir alle sind hier versammelt und ATMEN. Und wir sind heute gekommen, um den Toten Respekt zu zollen, indem wir unsere Power, unsere Macht, nutzen, hierherkommen, zusammenstehen und uns in Bewegung bringen!

Jeder Tag, an dem eine unterdrückte Person ihren Platz ausweitet, ihre Stärke spürt, sich schön findet und ihre Stimme erhebt, ist ein Tag der Befreiung! It's a FREEDOM DAY!

Zum Abschluss möchte ich die Worte teilen, die mir beim Hören eines Interviews von Maya Angelou gekommen sind:

„And when we stretch our bodies and imaginations and dreams and hopes we can become bigger together and then we are unbreakable.
And when we stand together with strong winds of the past in our backs, heading with clear big visions to our future then we are unstoppable.
And when we call all the human beings who had been murdered and invite their suffering, their laughter, their knowledge, and dreams in our rows, then we are uncountable.
And when we finally dare to look in the mirror, then we are invisible.“
Unteilbar. Danke.



Leipzig, 7. Juni 2020

PAUSCHALURTEIL? RASSISMUS IN DER SÄCHSISCHEN POLIZEI

von Lena Nowak
Opferberatung Support RAA Sachsen e.V.

Vor einiger Zeit führten wir als Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt eine Veranstaltung in einem Leipziger Erwachsenenkurs für Deutsch als Zweitsprache durch. Wir stellten unsere Unterstützungsangebote vor und sprachen über die eigenen Rechte und Handlungsmöglichkeiten nach dem Erleben von rassistischer Gewalt. Von den Teilnehmenden wurde eingebracht, dass sie ungern die Polizei in einer Notsituation rufen würden, da sie keine zuverlässige Hilfe erwarten.

Von einigen Sprachschüler*innen wurde die Sorge geäußert, selbst beschuldigt zu werden und eher Probleme als Unterstützung zu bekommen. Wir sahen uns damit konfrontiert, dass eine Bevölkerungsgruppe, die durch rassistische Gewalt gefährdet ist, davon ausgeht, von der Polizei keine Hilfe zu bekommen und sie mitunter als Bedrohung und Gefahr für die eigene Sicherheit wahrnimmt. Die Ursachen dafür sind oft eigene negative Erfahrungen von People of Color im Kontakt mit Polizist*innen – etwa jene Erfahrungen, dass Beweise nicht gesichert und Strafanzeigen nicht aufgenommen werden. Verletzte und verfolgte Menschen erleben, dass ihnen kein Glauben geschenkt wird und sie wie Täter*innen behandelt werden.

Von hellen und dunklen Feldern

Mit der Black Lives Matter-Bewegung und vor allem durch die Tötung von George Floyd im Mai 2020 in Minneapolis durch einen Polizisten wird wieder und vehementer über Polizeigewalt gesprochen. Dabei geht es in Deutschland vor allem um Einzelfälle von Körperverletzung, Folter und unterlassener Hilfeleistung mit Todesfolge durch Polizist*innen an People of Color. Aus der langjährigen Erfahrung der Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt sind uns solche Berichte bekannt; ebenso wie die massiven Schäden, die diese Erfahrungen bei Betroffenen zur Folge haben. Allein in Sachsen haben wir in den letzten fünf Jahren in 26 Fällen explizit rassistisch motivierter Polizeigewalt beraten – ein Schlag-

licht auf eine kaum abzuschätzende Dunkelziffer. Auslöser sind häufig sogenannte verdachtsunabhängige Kontrollen. Solche Situationen können dann der Anlass für physische Gewaltanwendung sein – etwa, wenn sich Betroffene beschwerten, auf Beleidigungen reagieren oder sich weigern, sich schon wieder auszuweisen. Es sind aber auch Fälle überzogener Gewaltanwendung bei Festnahmen und unnötige Fixierung. Und es gibt Fälle, in denen nicht von überzogener, sondern explizit von ungerechtfertigter Gewaltanwendung gesprochen werden muss. Neben Kontrollsituationen sind es vor allem Einsätze im Wohnumfeld, bei denen es zu ungerechtfertigter und offenbar rassistisch motivierter Polizeigewalt kam – bis hin zu schweren Misshandlungen von wehrlosen Personen. Diese Vorfälle führen zu starker Belastung der Betroffenen und großer Frustration unter uns Fachkräften: Frustration, da rechtliche Mittel kaum Erfolg und nicht selten strafrechtliche Konsequenzen für die Geschädigten haben. So werden Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen gewalttätige Polizist*innen nicht selten mit Gegenanzeigen und weiteren Repressionen beantwortet. Das Interventionsrepertoire der Berater*innen ist angesichts des Unrechts und zugefügten Leids sehr begrenzt und beschränkt sich dann oft auf inoffizielle Beschwerden und psychosoziale Unterstützung. Die Ohnmacht ist demzufolge allseits groß. Was aber ändert diesen unzumutbaren Zustand? Öffentliche Skandalisierungen scheinen zumindest in der sächsischen Polizei kaum für Veränderungswillen zu sorgen.

Institutioneller Rassismus... und seine Verleugnung

Die Polizei hat ein strukturelles Problem mit Gewalt und Rassismus. Was bedeutet das genau? Struktureller Rassismus ist die in der Institution angelegte Benachteiligung aufgrund rassistisch gelesener Merkmale, also aufgrund der Sprache oder des Aussehens oder auch, weil jemand keinen deutschen Pass besitzt. Diese Benachteiligung oder Diskriminierung führt dazu, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht in gleicher Art und Weise ihren Dienstauftrag erfüllen, nämlich den der Strafverfolgung. Auf der anderen



Protest gegen die Einführung einer Sonderkontrollzone in der Leipziger Eisenbahnstraße. Die Polizei kann hier Menschen ohne jeden Anlass kontrollieren.

Seite können Täter*innen, Opfer und Zeug*innen ihre Rechte nicht in gleichem Maße wahrnehmen – und zwar aufgrund jener rassistischen Einstellungen der Beamt*innen. Rassistisch motivierte Gewalt ist ebenso ein Effekt dieses Systems wie es auch ein*e Vernehmungsbeamt*in, die*der sich weigert, für eine*n Verletzte*n eine*n Dolmetscher*in zu bestellen. Das ist so wahr, wie es bagatellisierend wirkt. Und es ist deswegen strukturell, weil es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern vielfach erfahren und häufig berichtet wird und Auswirkungen auf den Polizeidienst wie die Ermittlungsarbeit im Ganzen hat. Die Ermittlungskatastrophen, die sich vor der Selbstenttarnung des NSU ereigneten, sind infolgedessen keine zufälligen „Pannen“ und auch nicht „besonders drastisch“, sondern entsprechen rassistisch geprägter Ermittlungstätigkeit bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz. Und daran hat sich bis heute kaum etwas verändert.

Beispiel Polizeireform Großbritannien

Mitte der Neunziger Jahre wurde der Jugendliche Stephen Lawrence in London erstochen. Der rassistische Hintergrund der Tötung wurde mehr als zehn Jahre nicht als solcher durch die Behörden aufgeklärt, da sie sich darauf konzentrierten, im angeblich krimi-

nellen Milieu des Verstorbenen zu ermitteln. Dieses Versagen war Ende der Neunziger Jahre der Anlass für eine umfangreiche Untersuchung der beteiligten Behörden und ihrer Verfahrensweisen. Zwei Jahre später stellte eine Kommission fest, dass in der Londoner Polizei und weiteren britischen Direktionen institutionell ein Problem mit rassistischen Einstellungen und Dienstpraxen existierte.^[1] Die Folge waren umfassende Reformen, die eine angemessene Prüfung rechter Tatbestände beinhaltete, Aufsichts- und Beschwerdestanzen einsetzte, regelhafte Sensibilisierungen der Polizeibeamt*innen durchführte und Maßnahmen ergriff, das Ermittlungspersonal diverser aufzustellen. Der große Fortschritt lag aber darin, dass das Thema „Rassismus in der Polizei“ ernstgenommen und genau als das bezeichnet und nicht wie landläufig als Einzelfall abgetan oder als Angriff auf die Polizei regelrecht verurteilt wird. Dass Betroffenen nicht geglaubt, dass ihre Erfahrungen bagatellisiert werden, ist umso folgenswerer, denn die sozialen Reaktionen auf ein Gewalterlebnis haben unmittelbaren Einfluss auf die Bewältigung der Tatfolgen der verletzten Menschen. Deswegen muss eine wirksame Intervention gegen Rassismus in der Polizei in Deutschland deren Kultur und Strukturen in den Blick nehmen und die Situation und Perspektive der Betroffenen stärken. ■

[1] Sir William Macpherson (1999): The Stephen Lawrence Inquiry, online verfügbar unter <https://www.gov.uk/government/publications/the-stephen-lawrence-inquiry>.

»DIE FRAGE IST DOCH: UM WESSEN SICHERHEIT GEHT ES EIGENTLICH?«

Interview mit dem Team der Zeitung »Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße«

Rafael und Frieder vom Fotokollektiv *unofficial.pictures* haben im Sommer 2020 die zweite Ausgabe ihrer Zeitung »Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße« herausgebracht. Dafür haben sie Interviews mit Bewohner*innen der sogenannten »Waffenverbotszone« und des angrenzenden Viertels im Leipziger Osten geführt und ihre Fotografien mit »Airbnb«-Bewertungen und »Google Streetview«-Aufnahmen kombiniert. Mit chronik.LE haben sie über ihre Arbeit und Sicherheit als Gefühl gesprochen.

Was hat euch dazu motiviert, 2018 die erste Ausgabe von »Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße« herauszugeben?

Frieder: Die Eisenbahnstraße und die Viertel Volksmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld sind immer nur in den Medien, wenn es knallt. Oder es wird über Kriminalität im Viertel berichtet und dann ein diffuser Bezug zu Migration aufgemacht.

Rafael: Die Errichtung der sogenannten »Waffenverbotszone« 2018 hat dann den Ausschlag für uns gegeben, etwas zu machen. Wir wollten der Berichterstattung Stimmen aus dem Alltag entgegensetzen. Nicht zwingend linke Stimmen, es geht uns einfach darum, neue Perspektiven auf das Leben auf und rund um die Eisenbahnstraße zu zeigen.

Frieder: Es ist klar, dass wir beide nicht aus einer Betroffenenperspektive sprechen. Uns war es wichtig, den Bewohner*innen des Viertels zur Seite zu stehen, ohne uns zum Beispiel migrantische Kämpfe anzueignen. Wir sehen uns eher in der Ally-Position.

Als diese »Waffenverbotszone« errichtet wurde, brachten Politiker*innen und Behörden ständig den Begriff der Sicherheit ins Spiel, um die Zone zu rechtfertigen. Auch eure Gesprächspartner*innen reden von Sicherheit, aber aus einer ganz anderen Perspektive. Was bedeutet Sicherheit für sie?

Rafael: Die Frage ist doch: Um wessen Sicherheit geht es eigentlich? Es ist klar geworden, dass die Polizei für viele unserer Interviewpartner*innen ein Faktor der Unsicherheit ist. Wir haben zum Beispiel für die neue

Ausgabe mit einer Transfrau gesprochen, für die die Errichtung der »Waffenverbotszone« ein Problem ist, weil sie jetzt kein Pfefferspray mehr bei sich führen kann, um sich gegen einen transfeindlichen Angriff zu wappnen.

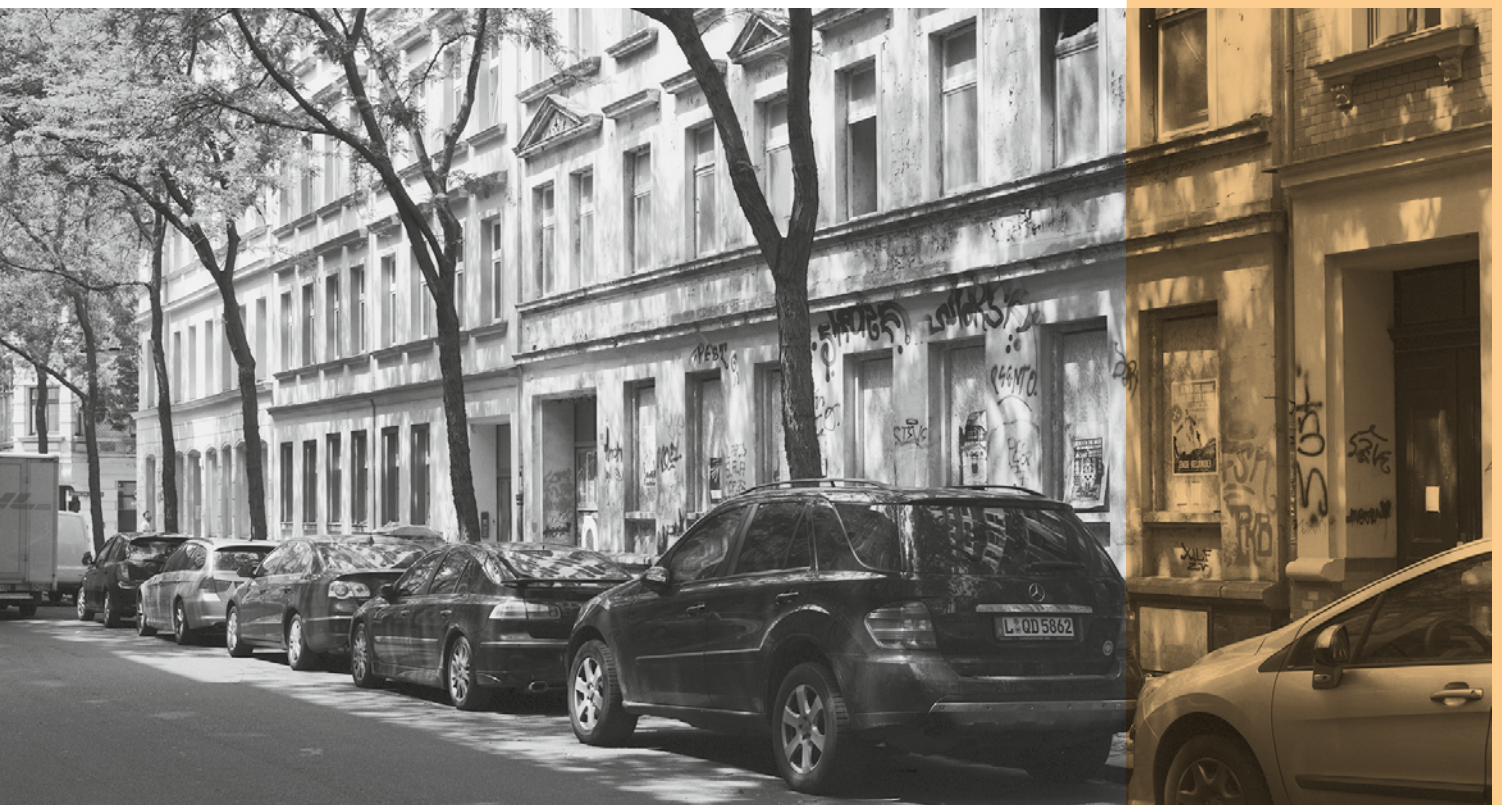
Frieder: Für mich hat eine Podiumsveranstaltung zum halbjährigen Bestehen der »Waffenverbotszone« klar gemacht, dass die Gefühle mancher Weißer benutzt werden, um die Zone zu rechtfertigen, während die Gefühle der anderen Anwohner*innen nichts oder weniger gelten. Holger Gasse von der CDU sprach da von der Angst mancher weißer Deutscher, die ihre Kinder nicht mehr auf die Schulen in den Vierteln rund um die Eisenbahnstraße schicken wollen. Als es später um die Unsicherheit nicht-weißer Menschen in den Vierteln ging, die sich von Polizeirepression und den Kontrollen in ihrem Alltag eingeschränkt fühlen, konnte er das nicht gelten lassen. Ich glaube, das ist typisch dafür mit welcher Denke die »Waffenverbotszone« hier etabliert wurde. Dass die nervt, Betroffene stigmatisiert und am Ende nix bringt, wird dabei ignoriert.

Das sächsische Innenministerium plant eine Evaluierung der »Waffenverbotszone«. Im November 2019 hat der Leipziger Stadtrat beschlossen, dass auch die Anwohner*innen befragt werden sollen. Seht ihr das als positive Entwicklung?

Rafael: Ja, eine Befragung durchzuführen, halte ich generell für richtig. Mit der Evaluierung wurde ursprünglich die Hochschule der Sächsischen Polizei beauftragt, mittlerweile läuft die aber über die Universität Leipzig. Aber es kommt eben auch auf die Methode an. Wir fragen uns dann schon, wer von den Anwohner*innen wirklich die Fragebogen ausfüllen wird.

Frieder: Auch deswegen waren uns die langen Interviews wichtig. Sie bieten Platz für eine andere Perspektive, die sich durch Zahlen und Statistiken nicht bemessen lässt.

Die Fragen stellte Pia Siemer. Das Interview wurde im September 2020 geführt.



Diese Bilder, die um und auf der Eisenbahnstraße entstanden sind, stammen aus der zweiten Ausgabe der Zeitung „Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße“.

GEDENKEN AN NUNO LOURENÇO

»Ich finde es echt beängstigend, dass das in so einer Nähe passiert ist.«

Interview mit Schülerin Jana aus Großdeuben

Am 4. Juli 2019 fand auf dem Bahnhofsvorplatz in Markkleeberg-Gaschwitz eine Gedenkveranstaltung für Nuno Lourenço statt. Dieser wurde 1998 von acht Neonazis nach einem verlorenen Deutschlandspiel so schwer verprügelt, dass er an den Spätfolgen des Angriffs verstarb. Am „Lernwelten-Gymnasium Großdeuben“ beschäftigte sich eine Gruppe Schüler*innen im Rahmen einer Projektwoche mit dem Mord und organisierte die Gedenkveranstaltung. Stellvertretend für die Gruppe sprach Jana mit [chronik.LE](#).

War dir der Mord an Nuno Lourenço schon vor dem Projekt bekannt?

Jana: Tatsächlich nicht, ich hatte persönlich noch nichts davon gehört. Unsere Geschichtslehrerin hat uns davon erzählt und vorgeschlagen, den Mord mit Martin Haufe, einem Künstler, und Martin Baumert, einem Historiker, gemeinsam aufzuarbeiten.

Was sagst du aus heutiger Perspektive zur Tat?

Ich finde es echt beängstigend, dass das in so einer Nähe passiert ist. Es waren ja einige Täter, die auf Nuno Lourenço eingepöbelt haben und die auch teilweise noch in der Nähe wohnen.

Ich finde es auch beängstigend, dass wir in einer Gesellschaft leben in der das [Rassismus] noch so eine große Rolle spielt. Dass das noch so oft ein Thema ist, macht mich traurig und hat mich sehr beschäftigt. Weil man eben oft davon hört, aber selten damit so nah in Berührung kommt.

Wie ging es deinen Mitschüler*innen?

Ähnlich. Also am Anfang haben wir das ja etwas größer gefasst: Was ist eigentlich Rassismus und Diskriminierung und was ist der Hintergrund solcher Fälle? Das hat uns schon auch ein Stück weit mitgenommen. Man hört immer davon, aber ist ja dann doch nicht davon betroffen. Und sich thematisch da so einzuarbeiten, das hat nochmal andere Emotionen ausgelöst. Es gab dann einen anderen Bezug zum Thema würde ich sagen. Wir waren alle total geschockt, weil es so in unmittelbarer Nähe zur Schule passiert ist und dass wir davon noch nichts mitbekommen haben. Was uns noch sehr überrascht hat, waren die geringen Strafen, die es für die Täter gab. Das war für uns sehr unangemessen und somit beängstigend.

Wie seid ihr auf die Menschen gekommen, mit denen ihr das Projekt umgesetzt habt?

Unsere Lehrerin hat das in die Hand genommen, zusammen mit Martin Haufe und Martin Baumert zu schauen, was man dazu machen könnte. Einerseits war die Idee, den Fall aufzuarbeiten und andererseits zu schauen, wie kann man vielleicht daran erinnern – weil es ja eben vor Ort auch nichts gibt, was an den Tod von Nuno Lourenço erinnert.

Wie war es für dich, in der Projektwoche dazu zu recherchieren?

Es war auf jeden Fall sehr spannend, also die ganze Thematik und dazu in den Austausch zu kommen. Es war auch super interessant, die ganzen vorhandenen Quellen anzuschauen und zu analysieren, aber es gab eben nicht sehr viele. Es gibt auch einige Sachen, die wir nie so richtig herausgefunden haben oder die auch unterschiedlich berichtet wurden und nicht ganz eindeutig sind – auch das war ganz interessant.

Nuno Lourenço: Ermordet von Neonazis

Nuno Lourenço wird nur 49 Jahre alt. Am 4. Juli 1998, seinem 49. Geburtstag, wird er von acht Neonazis so stark misshandelt, dass er am 29. Dezember 1998 an den Folgen seiner schweren Verletzungen stirbt. Nuno Lourenço hält sich in Gaschwitz nahe Markkleeberg auf, um als Zimmermann beim Bau des MDR-Geländes zu arbeiten. Nach einem verlorenen Spiel der Fußball-WM des deutschen gegen das kroatische Team zieht eine Gruppe von acht Neonazis mit Eisenketten bewaffnet los, um ihren Frust über die „Niederlage“ an „Ausländern“ auszulassen. Als sie Nuno Lourenço und seine Kollegen erblicken, greifen sie diese an und schreien: „Blöde Ausländer, Scheiß-Ausländer, verpisst euch.“ Die Kollegen von Nuno Lourenço können entkommen, er wird jedoch so stark gewürgt, dass er zu Boden geht. Dort liegend treten die Täter mehrmals mit Stahlkappenschuhen gegen seinen Kopf. Das Landgericht Leipzig wertet die Tat lediglich als Körperverletzung mit Todesfolge. Der Hauptangeklagte Andreas S. wird zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, die Mitangeklagten im Alter von 15 bis 20 Jahren erhalten Bewährungsstrafen. Der Vorsitzende Richter Norbert Göbel lässt die Witwe Noemia Lourenço auf den immensen Kosten der Nebenklage sitzen. Den Tätern hingegen werden die Prozesskosten nicht auferlegt und erst nach überregionaler Berichterstattung erfolgt der Haftantritt des Haupttäters, da der Richter „vergisst“, den Haftantrittstermin festzulegen. Nuno Lourenço wird erst zehn Jahre nach dem Mord offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.





Hauptstraße von Gaschwitz in Richtung Großdeuben. In der Nähe wurde eine Tafel zum Gedenken an Nuno Lourenço angebracht.



Was für Quellen habt ihr euch denn angeschaut?

Wir haben mit Zeitungsartikeln gearbeitet und uns Gerichtstexte angeschaut. Das alles aus der Zeit [des Mordes] und dann vor allem noch Sachen aus späteren Jahren, die dann rückblickend auf den Fall geschaut haben. Es gab ja auch vor uns schon Initiativen, die den Fall aufgearbeitet haben, und auch von denen haben wir Quellen genutzt. Wir waren auch im Hygienemuseum [in Dresden] zu einer Ausstellung, die sich nochmal mit dem Phänomen Rassismus beschäftigt hat.

War von Anfang an klar, was am Ende des Projektes herauskommen sollte?

Nein. Wir haben uns zuerst angeschaut, was so vorliegt und waren dann auch am Tatort – das ist ja nicht weit von der Schule entfernt – und haben uns das dort angeschaut. Dann haben wir überlegt, was man an dem Ort machen könnte, um daran zu erinnern, was da passiert ist. Wir hatten viele Ideen.

Wir haben Plakate gestaltet, auf denen Informationen zur Tat drauf waren und haben die dann auch in einem Glaskasten relativ nah am Tatort aufgehängt. Die Stadt Markkleeberg hat sich nicht bereit erklärt, es ein ganzes Jahr dort hängen zu lassen, aber das Quartiersmanagement hat das dann übernommen. Weiterhin haben wir Sticker entworfen und dann drucken lassen.

Es gab auch noch die Idee, an der Stelle eine Gedenkbank zu installieren. Darüber wird gerade mit der Stadt Markkleeberg gesprochen, die deswegen gerade in Kontakt mit der Deutschen Bahn ist, soweit ich das weiß, weil es das Gelände der DB ist. Das heißt, dass dort eventuell auch eine Gedenkbank hinkommt.

Eine noch etwas utopischere Idee von uns war, ein Graffiti von Nuno Lourenço an die Schallschutzwand der S-Bahn anzubringen. Tatsächlich ist das auch noch nicht komplett rausgeworfen worden.

Schön ist, an diesen konkreten Sachen zu sehen, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema nicht vorbei ist, sondern Dinge weitergetragen werden.

Kannst du noch einmal schildern was ihr eigentlich bei der Gedenkveranstaltung gemacht habt?

Wir haben am 4. Juli 2019, also am Tag von Nuno Lourenços Geburtstag und auch am Tag, an dem er 1998 zusammengeschlagen wurde, eine Gedenkveranstaltung gemacht. Das war ziemlich nah am Tatort. Uns war es wichtig, nochmal an das Geschehene zu erinnern. Wir wollten auch erzählen, was wir gemacht haben und als Schüler*innen dazu Stellung beziehen. Zur Veranstaltung haben wir dann verschiedene Leute eingeladen.

Das wird auf jeden Fall auch weitergeführt. Die Stadt Markkleeberg hat sich dafür eingesetzt, dass es auch 2020 wieder eine Gedenkveranstaltung mit einem Workshop geben wird.

Hast du Reaktionen zu eurer Veranstaltung mitbekommen?

Ich habe tatsächlich nur positives Feedback bekommen. Ich sag mal so: Menschen, die das kritisch sehen, waren ja vermutlich auch nicht bei der Veranstaltung. Aber es würde mich tatsächlich interessieren, was andere dazu sagen. Ich finde es ein bisschen schade, dass da der Austausch nicht so weit ging. Man hat es von den Menschen mitbekommen, die auf einen zukamen, sonst nicht so. ■

Die Fragen stellte Steven Hummel. Das Interview wurde im Dezember 2019 geführt.

DER ANGST INS GESICHT

Über einen, der zweimal flüchten musste

von Lena von Holt

Nach seiner Flucht vor der Militärdiktatur in Eritrea sehnte sich Robel nach Frieden – und fand in Sachsen rechten Terror. Über einen, der zweimal flüchten musste

Als Robel im September 2015 in Wurzen nahe Leipzig aus dem Auto steigt, liegen sechs Monate Flucht hinter ihm. Vier Monate davon in unterschiedlichen Flüchtlingsunterkünften, drei Monate in einem libyschen Gefängnis, drei Wochen Gefangenschaft im Sudan, angekettet an einen Baum. Robel ist damals 18 Jahre alt. Die Flucht vor der brutalen Militärdiktatur in Eritrea hat ihn gezwungen, schnell erwachsen zu werden. Aber jetzt, sagt er sich, jetzt fängt endlich mein Leben an. An den langen, heißen Sommernachmittagen spielt er im Park Fußball oder fährt mit dem Fahrrad zum Schwimmen an den Weiher. Es könnte immer so weitergehen. Doch es sind nur kurze Momente der Unbekümmertheit. Denn es ist noch nicht das Ende seiner Flucht.

Robel ist einer von 200 Geflüchteten, die seit 2015 in der 16.000-Einwohner-Stadt Wurzen leben. Bereits kurz nach der Wende wird sie als Hochburg der Rechtsextremen bekannt. Noch vor den tagelangen rassistischen Ausschreitungen im September 1991 in der sächsischen Kleinstadt Hoyerswerda hatten bewaffnete Neonazis in Wurzen eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen. Eine Generation später beginnt der Terror von Neuem.

Die ersten deutschen Wörter, die Robel lernt: „Schwarzes Schwein“

Robel und seine fünf eritreischen Mitbewohner fallen in Wurzen auf. Wegen ihrer dunkleren Hautfarbe. Sie spüren die Blicke, nach ein paar Wochen trauen sie sich kaum mehr allein raus. Immer wieder strecken Menschen auf der Straße den Arm zum Hitlergruß, wenn sie an ihnen vorbeilaufen. Abends fliegen rohe Eier gegen die Fenster ihrer Wohnung. „Schwarzes Schwein“ sind die ersten deutschen Wörter, die sie lernen, noch bevor sie einen Sprachkurs besuchen können.

Doch wenn Robel damals mit seiner Familie telefoniert, erzählt er nichts von alledem. Es gehe ihm gut, sagt er. Seine Familie hatte ihr Haus verkauft, um ihrem

ältesten Sohn ein besseres Leben zu ermöglichen. Als er auf der Flucht im Sudan entführt wurde, hatte sich seine Familie verschuldet, um ihn freizukaufen. „Ich wollte nicht, dass sie wieder Angst haben.“

Es ist Mitte Januar 2017, Robel guckt mit Freunden Fußball am Domplatz, so nennt er den Begegnungsraum, den das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. dort geschaffen hat. Er ist glücklich, dass er endlich Menschen kennengelernt hat, die ihn mögen. Bei ihnen lernt er Deutsch, sie feiern zusammen seinen Geburtstag. Kurz sieht es so aus, als ob alles gut werden könnte.

Um zwei Uhr nachts geht er nach Hause, schon von Weitem sieht er die eingeschlagenen Fensterscheiben seiner Erdgeschosswohnung. Als er in die Wohnung kommt, ist es eiskalt. Unter seinen Füßen knirschen die Scherben, die überall auf dem Boden verteilt liegen. Seine Mitbewohner sind verängstigt. Ein lauter Knall hat sie aus dem Schlaf geschreckt. Robel bleibt vor seinem Bett stehen. Die Matratze ist schwarz, die Bettdecke hat sich wie heißes Plastik zusammengezogen, noch immer riecht es verbrannt. Ein Feuerwerkskörper ist auf Robels Bett explodiert und hat ein Feuer entfacht. In dieser Nacht wird er bei einem Freund schlafen. Es ist die erste Nacht, in der er wieder auf der Flucht ist. Die Täter werden nie gefasst. Laut Staatsanwaltschaft Leipzig ist die Strafverfolgung aufgrund eines fehlenden hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden. Es ist nur eine Ermittlung von vielen, die nach Angaben der Opferberatung Leipzig ins Leere laufen wird. Bis Ende des Jahres 2017 werden in Wurzen insgesamt 40 Menschen Opfer rechtsmotivierter Gewalt.

Hinter den Zahlen verbergen sich Menschen wie Habtom M., dem Neonazis mit einem Messer die Hand zerschnitten, oder Lwam E., die nur schützend ihre Hände vor ihren Bauch halten konnte, als drei Männer ihr hinter ihrem Haus auflauerten und auf die Schwangere einschlugen. „Du wirst hier kein schwarzes Baby auf die Welt bringen“, rief einer.

Nach dem Anschlag auf Robels Wohnung ist er dort nicht mehr sicher. Die Opferberatung organisiert ihm eine Wohngemeinschaft in Leipzig. Die sieben Monate dort tun ihm gut. Dann läuft der Mietvertrag aus, und

photo: Ilir Tsouko



In Sicherheit: Robel wohnt jetzt mit seiner Frau und seinem Sohn in Leipzig

er muss zurück nach Wurzen. Mittlerweile, so glaubte er, wäre es dort sicherer. „Wir waren jetzt mehr, ich dachte, die machen das jetzt nicht mehr“, sagt er heute. Weil er noch keine Wohnung hat, schläft er die ersten Nächte auf der Couch eines Freundes. Mitten in der Nacht wacht er davon auf, dass ihn ein Pflasterstein am Bein trifft. Der Terror geht wieder los.

In den kommenden Wochen wird Robels Wohnung zu seinem Versteck. Nachdem er einem regionalen Fernsehsender ein Interview gegeben hat, kennt jeder sein Gesicht. Man warnt ihn, er solle abends lieber nicht mehr vor die Tür gehen. Wenn Robel nachmittags von seinem Praktikum aus Leipzig nach Hause kommt und er die rassistischen Sprüche der Jugendlichen am Bahnhof hinter sich gelassen hat, schließt er die Tür hinter sich zu. In seinem neuen Zuhause fühlt er sich jetzt fremder als je zuvor.

Nicht jeder hält es aus, durch die wiederkehrende Gewalt erneut mit seinen traumatischen Fluchterfahrungen konfrontiert zu werden. Einige fangen an zu trinken, zu rauchen, werden depressiv. Er habe das libysche Gefängnis überlebt, dann werde er auch das schaffen, hat sich Robel immer wieder gesagt. „Robel ist stark“, sagt Heike Krause, eine Gymnasiallehrerin, die 14 Eritreer seit 2016 unterstützt, darunter auch Robel. Sie half ihm schließlich, eine Wohnung und eine Arbeit in einer anderen Stadt zu finden.

In Leipzig wagte Robel einen dritten Neuanfang

Zwei Jahre später sitzt Robel zusammen mit seiner Frau und seinem drei Monate alten Sohn auf dem Sofa in seiner Leipziger Wohnung. In Sicherheit. Keine 30 Kilometer von Wurzen entfernt hat er noch einmal neu angefangen. Er hat einen festen Job, trägt Verantwortung. Nach sechs Monaten als Paketbote kennt Robel die Straßen des Leipziger Nordwestens fast alle auswendig. Die Kunden begrüßen ihn mit einem Lächeln, wenn er an ihrer Tür klingelt. Er sagt, er habe jetzt ein glückliches Leben.

Zwei Jahre, nachdem Robel Wurzen verlassen konnte, steht er noch einmal dort, wo er seine schlimmsten Tage nach der Flucht verbracht hat. Ein altes Eckhaus mitten in der Wurzener Altstadt, ganz in der Nähe des Doms. Seine alte Wohnung. Das Klingelschild trägt noch immer seinen Namen.

„Jeder Tag war stressig“, erinnert er sich, und trotz allem ist da so etwas wie Wiedersehensfreude in seinen Augen. Immer wieder um sich schauend, läuft er durch die verwinkelten Gassen. Als ein Auto vorbeifährt, guckt er dem Fahrer ins Gesicht und flüstert „Den kenne ich, mit dem hatte ich viele Probleme.“ Inzwischen ist es ruhiger geworden in Wurzen. Auch weil die meisten Geflüchteten weggezogen seien. „Ihr Ziel war es, uns Angst zu machen, damit wir aus Wurzen weggehen“, sagt Robel. „Sie haben gewonnen.“ ■

Der Text erschien zuerst im Fluter #75 (Sommer 2020).
www.fluter.de/heft75

EIN PLÄDOYER FÜR RASSISMUSKRITISCHE LEHRAMTSAUSBILDUNG

von Lena Uddin

Schulen haben den Auftrag, jungen Menschen Mündigkeit sowie eine freiheitlich-demokratische Haltung zu vermitteln, die demokratische Gesellschaften idealerweise auszeichnen. Dazu gehört auch, sich aktiv allen Formen von Diskriminierung entgegen zu stellen. Doch Lehrer*innen vermitteln manchmal ausschließlich das, was sie selbst in ihrem Studium gelernt haben. Auch die Universität ist nicht frei von gesellschaftlichen Unterdrückungszusammenhängen, Herrschaftsmechanismen und Menschen, die diese (un)bewusst verschleiern. Besonders hier bedarf es dringend mehr politischer antirassistischer Bildung und einem Verständnis dafür, dass eine antirassistische Haltung nicht vom Himmel fällt, sondern Ergebnis langwieriger Auseinandersetzung ist. Diese Bildungsarbeit muss gesellschaftskritisch, emanzipatorisch und handlungsorientiert sein!

ergänzen, dass „DIE [Kinder mit Migrationsgeschichte] eh nur auf Förderschulen oder Hauptschulen gehen und in Problemvierteln leben würden“. Ich reagiere und bin wütend. Alle anderen schweigen, auch die Dozentin äußert sich nicht.

Ich teile meine Kritik der besagten Dozentin im Nachhinein mit und werde mit einer Anhäufung von Rechtfertigungen und Beteuerungen überschüttet, „nicht rassistisch zu sein, aber auch nicht immer auf dem aktuellen Stand zu sein“. Sie wisse, dass nicht mehr N**** gesagt werden würde, doch bei vielen anderen Äußerungen sei sie nicht sensibilisiert genug.

Die Tatsache, dass die anwesenden Studierenden Lehrkräfte werden und solche Äußerungen tätigen oder sie zumindest unkommentiert stehen lassen, ist beängstigend, denn sie zeigt sozialisationsbedingte rassistische Gedankenmuster auf.

Da Lehrer*innen den Schulalltag und damit die (psycho-)soziale Entwicklung eines Kindes maßgeblich begleiten, haben sie einen großen Einfluss auf die Herangehensweise ihrer Schüler*innen an gesellschaftliche Diskriminierungsformen und die Sensibilität diesen gegenüber. Ob Lehrkräfte selbst jedoch sensibel und selbstbewusst mit Themenkomplexen wie Rassismus umgehen beziehungsweise diesen begegnen können, ist an ihre eigene Ausbildung, ihre eigenen Erfahrungen und die Reflexion ihrer gesellschaftlichen Positionierung geknüpft. Eine rassismussensible Lehrer*innenausbildung findet nach meinem Empfinden jedoch überhaupt nicht statt.

„Diversität“ in altbackenen Schablonen

Seit der Veröffentlichung der Empfehlung „Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt“ von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Kultusministerkonferenz (KMK) im Jahr 2015 wird die Bedeutung von „Diversität in einem umfassenden Sinne“ unter Berücksichtigung „verschiedene[r] Dimensionen“^[1] für die Lehrer*innenausbildung betont. Der Schwerpunkt liegt besonders auf migrationsbedingter Diversität.

[1] HRK; KMK (2015): Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt. Gemeinsame Empfehlung von Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz, S. 2.

Leipzig, November 2019. Die Landtagswahlen in Sachsen sind vorbei, die Wahlergebnisse erschreckend. An den Gebäuden der Universität Leipzig hängen Transparente mit der Aufschrift „Weltoffene Hochschule. Weltoffenes Sachsen“.

Mir kommt das vor wie eine Farce. Ich studiere Sonderpädagogik an der Universität Leipzig, bin im Ruhrgebiet aufgewachsen und habe eine sogenannte Migrationsgeschichte. Ich komme aus einem Seminar, das von Studierenden aller Lehramtsstudiengänge besucht wird. Der Großteil der Studierenden in Leipzig ist weiß und in Deutschland groß geworden, viele auch in den neuen Bundesländern, in besagtem Seminar tatsächlich alle Anwesenden außer mir.

In dem Seminar geht es um Bildungssysteme im Vergleich. Wir machen eine Aufstellung und positionieren uns dazu, in welchen Teilen Deutschlands wir die Schule besucht haben und was Gemeinsamkeit und Unterschieden waren. Im Gespräch mit einer Kommilitonin kristallisiert sich bald als größter Unterschied der Anteil von Schüler*innen mit sogenannter Migrationsgeschichte heraus. Im weiteren Gespräch bezeichnet sie diese Schüler*innen als „behindert“, weitere Studierende



Leipzig 1982: Blick auf den Karl-Marx-Platz mit der Karl-Marx-Universität (Mitte, rechts) und dem neuen Gewandhaus (links).

Dies spiegelt ein im allgemeinen Bildungsdiskurs häufig auftretendes Problem der Darstellung von Menschen mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ als homogenisierte problematisierte Gruppe wider. Zusätzlich ist der Zusatz „Migrationshintergrund“ irreführend, da die meisten der hier lebenden Kinder und Jugendlichen in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Die wenigsten besitzen einen „Migrationshintergrund“ in dem Sinne, als dass sie selbst eingewandert wären.

Angehende Lehrkräfte sollen dazu befähigt werden, „mit heterogenen und durch kulturelle Vielfalt geprägten Lerngruppen pädagogisch erfolgreich umzugehen“^[2]. Damit geht die Annahme einher, dass die Präsenz von Schüler*innen mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ in der Institution Schule „spezifische kulturelle Fertigkeiten und spezifisches kulturelles Wissen aufseiten der professionellen Nicht-Migrant/innen erforderlich mache“, was die Aufteilung in kulturell homogene „Nicht-Andere Deutsche“ und „kulturell andere Nicht-Deutsche“^[2] verstärkt. Sogenannter „Migrationshintergrund“ wird hier gleichgesetzt mit „nicht deutsch“. Diese Sichtweise basiert auf einem Kulturbegriff, der gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsverfahren aufgrund von Zugehörigkeit zu ethnischen Herkunfts- und Abstammungsgemeinschaften festlegt und somit rassistische Ausgrenzungsstrategien fortführt.

Die Empfehlung für „Lehrerbildung für eine Schule der Vielfalt“ möchte folglich sensibilisieren, reproduziert und verfestigt aber stattdessen rassistische Denkmuster,

anstatt diesen wirklich zu begegnen und sie abzubauen beziehungsweise zu überwinden.

In den länderübergreifenden Leitlinien „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ der KMK wird „interkulturelle Kompetenz“ als „Kernkompetenz für das verantwortungsvolle Handeln in einer pluralen, global vernetzten Gesellschaft“^[3] dargestellt. Diese „interkulturelle Kompetenz“ soll nicht nur „die Auseinandersetzung mit anderen Sprachen und Kulturen bedeuten, sondern vor allem die Fähigkeit, sich selbstreflexiv mit den eigenen Bildern von Anderen auseinander und dazu in Bezug zu setzen sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung solcher Bilder zu kennen und zu reflektieren“^[4]. Folglich wird eine Reflexion über eigene „Fremd“-Bilder erwartet.

Diese Förderung der (Selbst)Reflexion spielt bereits seit 2004 in den Beschlüssen der KMK eine Rolle, insbesondere „biografisch-reflexive Ansätze“ werden empfohlen. Fraglich ist jedoch, wie und wo eine rassismuskritische Auseinandersetzung stattfindet, wenn sie in nicht Teil der Ausbildung ist.

Wie es sein sollte: rassismuskritische Bildung

Das Wissen über sozial konstruierte „Rassen“ und die damit einhergehenden (de)privilegierenden Dimensionen wird unter anderem in der Sozialisation von Gesellschaftsmitgliedern verortet. Menschen, die in Deutschland sozialisiert werden, wachsen mit Wissen auf, das als „rassistisches Wissen“ bezeichnet werden kann. Dieses

[2] HRK (2013): Empfehlung der 14. Mitgliederversammlung der HRK am 14. Mai 2013 in Nürnberg. Empfehlungen zur Lehrerbildung.

[3] KMK (2019): Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften, S. 9.



Die Bibliothek von Each One Teach One (EOTO) e.V. in Berlin mit 7000 Büchern ist ein Ort für Recherche zu afrodiasporischer Literatur, Philosophie und Kultur und bietet zusätzlich eine einmalige Sammlung von Primärquellen zu Schwarzer Deutscher Geschichte zur Wendezeit. Die Bibliothek ist zum Zentrum der zahlreichen Aktivitäten von EOTO geworden, in dem Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen den Diskurs um Literatur und Kultur gestalten. Der Bestand der Präsenzbibliothek kann über den OPAC Katalog eingesehen werden.

Web: eoto-archiv.de

E-Mail: bibliothek@eoto-archiv.de

auseinander. Sie interessieren sich darüber hinaus für die Stärkung und Ausweitung der Möglichkeiten der Verflüssigung und Auflösung dieser Schemata und Praxen. Dabei werden institutionelle und diskursive Ordnungen sowie Möglichkeiten ihrer Veränderungen betrachtet und dadurch eines der grundlegenden Ordnungsschemata moderner Staaten und Gesellschaften, nämlich die Unterscheidungen jener, die dazugehören und jener, die nicht dazu gehören, thematisiert^[5].

An der Universität Leipzig gibt es jedoch noch keine Professur, die sich mit Diskriminierungstheorie und Migrationspädagogik auseinandersetzt. Es gibt bisher nur besorgte Dozierende, besorgte Studierende und eine große Masse, die sich nicht betroffen fühlt.

Kritische Theorien sind in keinem Modul fest als Lerninhalt verankert. Es ist folglich abhängig vom Engagement und Interesse der Dozierenden, ob und wie die Inhalte vermittelt werden.

Von Seiten der Studierenden bilden sich verschiedene Arbeitskreise (AK), die sich mit kritischer Bildung auseinandersetzen und anfangen, Veränderungen zu fordern. Hierbei werden verschiedene Diskriminierungsformen angesprochen. So gibt es einen AK „Vielfalt lehren“, der sich mit sexueller Vielfalt auseinandersetzt und die Auseinandersetzung damit in die Lehre integrieren will oder auch die „kritischen Lehrer*innen“, eine Initiative Lehramtsstudierender aller Fächer und Richtungen, die verschiedene Themen rund um Schule-Lernen-Lehramtstudium kritisch diskutieren, reflektieren und verändern wollen.

Doch auch jenseits dieser Arbeitskreise ist unabhängig, dass sich Lehramtsstudierende und (angehende) Lehrer*innen mit ihrem Weißsein und den damit zusammenhängenden (un)sichtbaren Privilegien auseinandersetzen und diese Schritt für Schritt dekonstruieren. Es braucht eine eigene Professur, es braucht die feste Verankerung kritischer Theorien im Lehrplan und es braucht mehr als Lippenbekenntnisse, um Rassismus wirklich zu begegnen. Denn erst durch die Dekonstruktion können kollektive Zuschreibungen vermieden und Rassismus relativierende Haltungen und Praktiken verhindert werden. ■

[4] KMK (2013): Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule, S. 2.

[5] Gomolla, Mechtild; Radtke, Frank-Olaf (2009): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Wiesbaden: Springer Verlag für Sozialwissenschaften.

kann dazu führen, die eigene Gesellschaft und die eigene, sozial konstruierte „weiße Norm“ als anderen Gesellschaften und anderen sozial konstruierten Gruppen überlegen anzusehen.

Erst durch das Bewusstwerden der eigenen Sozialisation und ihrer rassistischen Prägung kann eine Veränderung der eigenen Denk- und Verhaltensmuster erreicht werden. Die (selbst)kritische Reflexion ermöglicht schließlich, dass nach den Prinzipien der Gleichheit und Gleichberechtigung die Grundlage geschaffen werden kann, allen Kindern und Eltern gegenüber eine anerkennende sowie rassismussensible Haltung zum Ausdruck zu bringen.

Daher besteht die dringende Notwendigkeit, bestehende Konzepte zur Sensibilisierung zu nutzen und/oder weiterzuentwickeln und diese ins Lehramtstudium zu integrieren. Nicht nur die Studierenden, auch die Lehrenden müssen sich ihrer Denkstrukturen bewusst werden. Sie müssen Strategien entwickeln, kritische Haltungen an ihre Studierenden weiterzugeben. Dafür muss jedoch eine Bereitschaft vorhanden sein, sich mit der eigenen Sozialisation auseinander zu setzen und Kritik von Betroffenen offen gegenüber zu stehen.

Die Lehrer*innensausbildung sollte also Impulse zur rassismuskritischen Reflexion liefern, damit die Unterscheidungsschemata und Hierarchisierung ethnischkultureller Markierungen sowie die damit verbundenen Zuschreibungen bewusst gemacht und aufgebrochen werden können. Es gibt bereits verschiedene Ansätze, die entwickelt wurden, um Rassismuskritik ins Lehramtstudium zu tragen, wie zum Beispiel die sogenannte Migrationspädagogik oder auch interkulturelle Pädagogik. Diese Ansätze setzen sich mit Beschreibungen und Analysen dominanter Schemata der Unterscheidungen zwischen natio-ethno-kulturellem „Wir“ und „Nicht-Wir“, auch ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit genannt,

DIE ARBEIT MIT DEM FLEISCH: DIE PREKARISIERUNG VON ROM*NJA IN NORDSACHSEN

von Harika Dauth

Deutschland ist nach den USA und Saudi-Arabien das „drittbeliebteste“ Einwanderungsland der Welt. Menschen aus fast 200 Ländern leben und arbeiten hier. Nach Sachsen zieht es im bundesweiten Vergleich bislang aber noch immer wenige Zuwanderer*innen. Während in Bayern und Nordrhein-Westfalen der Anteil zugewanderter Menschen im Rahmen internationaler Flucht- und Migrationsbewegungen beispielsweise bei gut zwölf Prozent und in Hessen sogar bei 15 Prozent liegt, beträgt er in Sachsen knapp fünf Prozent, die sich hauptsächlich auf Leipzig, Dresden und Chemnitz verteilen.^[1]

Eine Ausnahme im sachsenweiten Vergleich bildet Torgau, eine kleine Stadt am westlichen Ufer der Elbe. Von den rund 20.000 Einwohner*innen Torgaus sind rund zehn Prozent aus dem europäischen oder außer-europäischen Ausland zugezogen. Etwa ein Viertel von ihnen sind EU-Bürger*innen, unter ihnen auch Angehörige der Rom*nja, mehrheitlich aus der Slowakei. Sie leben in einer Plattenbau-Siedlung im Nordwesten der Stadt, um den viele Torgauer*innen einen Bogen machen, weil sie dort Chaos und Kriminalität vermuten. Wieso verschlägt es diese Menschen ausgerechnet nach Torgau, einer AfD-Hochburg in Sachsen?

Der Grund liegt in Mockrehna, einem kleinen Ort 15 Kilometer südwestlich von Torgau, und heißt „Gräfendorfer Geflügel- und Tiefkühlfeinkost Produktions GmbH“. Die Hühnerfabrik ist eines der größten und ertragreichsten Unternehmen der Region. Im Sommer läuft hier die Grillfleischproduktion auf Hochtouren, ganz zum Wohl der Fleischverzehrer*innen, die Fleischprodukte für wenig Geld im Discounter kaufen können. Und davon gibt es in Sachsen einige. Laut dem „Fleisch-Atlas Regional“ der „Heinrich-Böll-Stiftung“ wird in kaum einem anderen Bundesland so viel Fleisch verzehrt wie hier.^[2]

Von Verwandten, Bekannten oder Mittelsmännern hören Menschen in der Slowakei, aber auch in anderen osteuropäischen Ländern wie Rumänien und Bulgarien, dass es in Torgau und Umgebung Arbeit gibt. Auch für Rom*nja zunächst eine gute Nachricht. Denn

in diesen Ländern finden Angehörige der Minderheit aufgrund von strukturellem Rassismus im Bildungs- und Jobsektor oftmals keine oder zumindest nicht ausreichend Arbeit, um ihre Familien angemessen versorgen zu können. In der Hoffnung, endlich Arbeit zu finden und ihre Kinder auf Schulen schicken zu können, die ihnen einen besseren Bildungsstand ermöglichen als in ihren Herkunftsländern, beschließen die Menschen, ihren Wohnsitz zu wechseln und nach Torgau zu kommen.

Die Zuwanderung in den sächsischen Arbeitsmarkt liegt auch im Interesse von „Gräfendorfer“. Im vergangenen Jahr teilte der Geschäftsführer der Hühnerfabrik mit: „Wir sind auf Arbeitskräfte aus den europäischen Mitgliedsstaaten angewiesen. Zahlreiche Arbeitgeber in Nordsachsen werden künftig um eine gezielte Zuwanderung nicht herumkommen.“^[3] Dementsprechend schnell finden die Zuwanderer*innen nach ihrer Ankunft in Nordsachsen auch Zugang zur Hühnerfabrik. Angestellt sind sie dabei in der Regel als Arbeiter*innen bei Sub-Unternehmen. Die Angestellten dieser Verleih-Firmen sind durch das „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ (AÜG) hauptverantwortlich für die Leiharbeiter*innen aus Osteuropa: Sie schreiben die Arbeitsverträge, legen die Arbeitsbedingungen fest, verhandeln Urlaubszeiten und Vorschusszahlungen. Für die osteuropäischen Arbeiter*innen, die kaum oder kein Deutsch sprechen oder nur wenig lesen und schreiben können, ist der Inhalt ihrer Arbeitsverträge aber nicht immer klar. Ob sie einen befristeten oder unbefristeten Vertrag haben, wissen sie manchmal nicht. Einschlägige arbeitsrechtliche Inhalte kennen sie nicht. Woher auch? Sie sind gerade erst angekommen, maximal seit einigen Jahren hier. Ihnen geht es darum, arbeiten zu können, um das Leben ihrer Familien abzusichern. Doch genau das ist oft gar nicht möglich, denn, oft innerhalb kürzester Zeit, verlieren sie ihre Arbeit wieder.

[1] Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung (o. J.): Migration in Sachsen. Ausländische Mitbürgerinnen in Sachsen. Online verfügbar unter www.slpb.de

[2] Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung (2015): Fleischatlas Regional Sachsen. Online verfügbar unter https://weiterdenken.de/sites/default/files/fleischbeileger_sachsen_web.pdf

[3] Landratsamt Nordsachsen (2019): Hochbetrieb bei Gräfendorfer – Landrat besucht Unternehmen in Mockrehna. In: Leipziger Internetzeitung vom 12.04.2019.

60027944_406841793379053_41 X + - □ ×

https://scontent.fhd2-1... X

GRAEFENDORFER

Lust auf Urlaub?

Komm zu uns als Ferienjobber und füll deine Reisekasse auf!

Winter	Chern	Sommer	Herbst	Weihnachten
18.02.19 bis 02.03.19	15.04.19 bis 24.04.19	08.07.19 bis 16.08.19	14.10.19 bis 25.10.19	23.12.19 bis 03.01.20

Anfahrt:
Du erreichst uns mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus allen Himmelsrichtungen:

Benötigt werden:

- Gesundheitsausweis (Gesundheitsamt Torgau, Südring 17, Tel 03421 7580)
- Steuer ID
- Rentenversicherungsnummer
- Schulbescheinigung

Kontakt:
Gräfendorfer Geflügel- und Tiefkühlfeinkost Produktions GmbH

Screenshot einer Anzeige von „Gräfendorfer“

Der Verlust der Arbeitsstelle kann viele Gründe haben. Arbeitnehmer*innen werden beispielsweise krank, bekommen aber bei Arzt und Ärztin keinen Termin, weil in Torgau chronischer Ärzt*innenmangel herrscht – oder sie in den niedergelassenen Praxen teilweise mit strukturellem Rassismus konfrontiert sind. Medizinische Fachangestellte entgegneten beispielsweise bei einer gewöhnlichen Terminanfrage am Telefon: „Wir können ja hier nicht ganz Nord-West aufnehmen!“ Die Behandlungspflicht scheint in Torgau nicht immer eine Rolle zu spielen. In solchen Fällen ist es den Arbeitnehmer*innen unmöglich, einen Krankenschein zu bekommen, woraufhin sie wegen unentschuldigter Fehlschritte gekündigt werden.

Oft wird der Rausschmiss der Arbeitskräfte von den Firmen auch damit begründet, dass ihre Angestellten nicht pünktlich oder gar nicht zur Arbeit erscheinen. Tatsächlich kommt das ab und zu vor, da ein zuverlässiger Transport nach Mockrehna nicht immer gewährleistet ist. Den Weg zur Arbeit können die Arbeiter*innen eigentlich nur mit dem Auto zurücklegen, da die Schichten, die im Wochenrhythmus wechseln, zu Zeiten beginnen, zu denen die Züge noch nicht fahren. Da es keinen von den Firmen organisierten Transport zur Arbeitsstelle gibt, organisieren sich die Arbeiter*innen in Fahrgemeinschaften. Fahrer*innen dieser Fahrgemeinschaften sind Angehörige der Community mit Führerschein, die andere Angehörige der Community bei Bedarf zu Arbeitseinsätzen und anderen Terminen fahren. Fallen Fahrer*innen aufgrund eigener Krankheit oder der Kinder aus, gibt es oft keinen Ersatz, schon gar nicht in den frühen Morgenstunden. Arbeiter*innen, die auf die Fahrer*innen angewiesen sind, stehen dann ohne die Möglichkeit zur Arbeit da. Und daraufhin in der Regel auch ohne die Möglichkeit, ihre Arbeit in der Firma fortsetzen zu können – oder eben mit einer Abmahnung. Das Problem könnte durch ein Shuttle-Angebot der Firmen gelöst werden, welches die Firmen aber bislang nicht bereit sind, zur Verfügung zu stellen.

Frauen verlieren zusätzlich zu den aufgeführten Gründen ihre Arbeit, weil sie schwanger werden und von ihren Kündigungsschutz-Rechten als schwangere Arbeiterin nicht Gebrauch machen, da sie diese nicht kennen. Rechtsberatungsangebote werden kaum genutzt, zum Teil auch, weil sie nicht bekannt sind, zum Teil aus Angst davor, von den Arbeitgeber*innen nach Inanspruchnahme unter Druck gesetzt zu werden.

Andere Arbeitnehmer*innen bitten ihre Vorgesetzten um einen Kurzurlaub, um zu Hause kranke Verwandte

zu besuchen, was sie offiziell gewährt bekommen. Nachdem sie wieder da sind, wird ihnen mitgeteilt, dass sie nicht mehr kommen brauchen.

Ein besonders gravierender Fall ereignete sich in einem lokalen Dienstleistungsunternehmen in Torgau. Dort bekam eine langjährige Arbeitnehmerin, die immer wieder Schichten von kranken Kolleg*innen übernommen hatte, keinen Kurzurlaub gewährt, um zur Beerdigung ihrer Mutter in die Slowakei zu fahren. Als sie dennoch fuhr, wurde ihr gekündigt.

Wer nicht effektiv arbeitet, wer nicht mobil genug ist, wer krank wird oder Kinder bekommt, wer sich zu sehr um andere sorgt oder um eine nahe Angehörige trauert, wird geschasst. Die Firmen wollen so einen möglichst reibungslosen und ertragreichen Ablauf ihres Betriebes sicherstellen.

In der Regel geht der schriftlichen Kündigung eine mündliche Kündigung voraus. Der oder die Vorgesetzte sagt der Arbeiter*in dann beispielsweise, dass er*sie morgen nicht mehr auf Arbeit kommen muss. Die schriftliche Kündigung greift aber aufgrund der Kündigungsschutzfristen erst Wochen später. Grundsätzlich können Arbeitnehmer*innen bis ihre Kündigung bestandskräftig wird, weiterhin ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Allerdings nur, wenn sie nach der mündlichen Kündigung ihr Interesse anmelden, bis zum Datum der Kündigung weiterarbeiten zu wollen – das aber wissen höchstens diejenigen Arbeiter*innen, die sich im Arbeitsrecht auskennen oder eine Rechtschutzberatung in Anspruch nehmen. Die Betroffenen aus Osteuropa haben dazu in der Regel weder Wissen noch Zugang, was zur Folge hat, dass sie von heute auf morgen keinen Lohn mehr bekommen. Wenn sie sich Hilfe bei Beratungsstellen suchen, ist es oft schon zu spät.

Solange die Arbeiter*innen eine „gute“ Kündigung bekommen, das heißt eine „fristgerechte und ordentliche Kündigung“, können sie regulär Arbeitslosengeld beantragen. Darauf haben sie Anspruch, solange sie sich innerhalb von drei Tagen arbeitslos melden und nicht verhaltensbedingt gekündigt wurden. Das ist in Torgau aber eher die Seltenheit. Denn die dort wohnhaften osteuropäischen Arbeiter*innen bekommen in der Regel Aufhebungsverträge, die im rechtlichen Sinne gar keine Kündigungen sind. Vorteilhaft sind diese vor allem für die Firmen, die dadurch keine Kündigungsfristen einhalten müssen. Inhaltlich beendet ein Aufhebungsvertrag das Arbeitsverhältnis einvernehmlich

zwischen Arbeiter*in und der Firma. In den Aufhebungsverträgen der oben erwähnten Leiharbeitsfirmen steht dann beispielsweise, dass XY das Arbeitsverhältnis freiwillig beendet, weil er*sie eine*n andere*n Arbeitgeber*in gefunden hat. Tatsächlich hat XY natürlich keine*n neue*n Arbeitgeber*in gefunden. Stattdessen kommuniziert der*die Arbeitgeber*in, während er*sie den Arbeiter*innen den Aufhebungsvertrag zum Unterzeichnen hinlegt: „Wir brauchen dich die nächsten drei Monate erstmal nicht. Danach kannst du wieder arbeiten kommen.“ Die Arbeiter*innen, die auf die Arbeit angewiesen ist, weil es kaum Alternativen in und um Torgau gibt, geben ihr Einverständnis und unterzeichnen. In der Regel, ohne den Inhalt zu verstehen, weil auch ein*e Dolmetscher*in nur selten eingesetzt wird.

Das hat zur Folge, dass XY bei der Arbeitslosmeldung bei der Agentur für Arbeit nach meistens längerer Wartezeit eine Bescheinigung ausgehändigt bekommt, auf der die „freiwillige Arbeitslosigkeit“ attestiert wird. Dieses Schreiben bescheinigt den Arbeitnehmer*innen, dass sie selbst schuld an der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind. Das Thema der Selbstverschuldung, das hier von der Agentur für Arbeit ausgespielt wird, hat existentielle Folgen für die Betroffenen, denn mit der Schuldzuweisung folgt auch

die Strafe: eine dreimonatige Sperre des Arbeitslosengeldes. Wenn die Betroffenen dann mit Ablauf der drei Monate Anspruch auf Arbeitslosengeld hätten, sind sie wieder im alten Arbeitsverhältnis, haben sich in der Zwischenzeit aber meist schon hochgradig verschuldet.

Zu Hause türmen sich dann Rechnungen, Abmahnungen und Räumungsklagen, in manchen Fällen ist der Strom bereits abgestellt. Wenn eine Familie ihre Wohnung verliert und obdachlos wird, gibt es für sie in Torgau keine Auffangstruktur. Die wenigen noch nicht wegrationalisierten Plätze für Obdachlose sind nur kinderlosen Erwachsenen vorbehalten. Droht einer Familie die Obdachlosigkeit, steht das Jugendamt vor der Tür – die Kinder dürfen ja nicht auf der Straße leben. In solchen Fällen verlieren die Betroffenen dann nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihre Kinder. Bevor das passiert, machen sie sich lieber wieder auf den Heimweg. Eine neue Familie wartet schon auf die leer gewordene Wohnung. Sie braucht dringend Arbeit. Das Schichtsystem läuft weiter, die nächste Produktionsspitze kommt. ■

Harika Dauth ist Ethnologin. Derzeit promoviert sie im Bereich Recht und Migration und arbeitet als Sozialberaterin für den Leipziger Roma-Verein Romano Sumnal e.V. in einer niedrigschwelligen Anlaufstelle in Torgau.



Diese Aufnahme aus dem Viertel um die Eisenbahnstraße stammt aus der zweiten Ausgabe der Zeitung „Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße“.

DAS KOLONIALE ERBE DES LEIPZIGER ZOOS DIE ERNST-PINKERT-DEBATTE

von Leipzig Postkolonial

Eine Einwohner*innenanfrage an den Leipziger Stadtrat warf Mitte 2020 erneut diskussionswürdige Fragen zum historischen Erbe des Leipziger Zoogründers Ernst Pinkert auf. Diese Thematik sowie die Debatte um die Benennung von Straßen- und Platznamen beschäftigt die Arbeitsgruppe „Leipzig Postkolonial“ schon lange und hat stetig an Fahrt aufgenommen.

„Völkerschauen“ im Leipziger Zoo

Wir als Gruppe „Leipzig Postkolonial“ machen in unserem Stadtrundgang „Auf (post)kolonialen Spuren in Leipzig“ auch vor dem Zoo halt, um das historische Konzept „Menschen ausstellen“ zu thematisieren. Weil ein stadtweites Gedenkkonzept fehlt, das die koloniale Geschichte der Leipziger Wirtschaft und Wissenschaft, der Museen, des Leipziger Missionswerks, des Zoos und anderer Institutionen kritisch aufarbeitet, bemühen wir uns als zivilgesellschaftliche Arbeitsgruppe, Erinnerungsorte durch Gespräche auf unseren Rundgängen zu kommentieren und durch Erinnerungsveranstaltungen oder Mahnwachen zu beleben.

Zur Erinnerung: Der Zoo wurde 1876 vom Gastwirt Ernst Pinkert gegründet, der ein Freund des Hamburger Zoodirektors und wohl bekanntesten Organisations von „Völkerschauen“, Carl Hagenbeck, war. Pinkert übernahm das Konzept auch für den Leipziger Zoo, wo bis ins Jahr 1931 über 40 „Völkerschauen“ stattfanden. Insgesamt wurden circa 750 Menschen of Color inszeniert, die von der Leipziger Bevölkerung begafft werden konnten. Die Zurschaustellung von Menschen ist vergleichbar mit einer Theatervorstellung, die durch Darstellung von Klischees Unterhaltung bieten soll. Nicht immer war den Schausteller*innen bewusst, auf was sie sich einließen und es gibt auch Beispiele für erzwungene Beteiligungen. Die Einbettung in eine zoologische Einrichtung unterstellt eine Überschneidung von Charaktereigenschaften mit der Tierwelt: Wildheit, Ursprünglichkeit, Stolz, kriegerische Fähigkeiten oder ähnliches wurden den Zuschauer*innen verkauft. Während sich die Leipziger*innen in ihrer „Zivilisiertheit“, „Normalität“ und „Sexualmoral“ bestärkt fühlen konnten, wurden die Ausgestellten als „unzivilisiert“ und „triebhaft“ abgewertet. Diese menschenverachtende Praxis zeugte von kolonialer rassistischer Gewaltausübung. Die ausgestellten Menschen waren Zwang, Misshandlungen, Krankheiten und dem Tod ausgesetzt.

Im Jahr 2015 traten wir das erste Mal in einem offenen Brief an den Zoo heran, baten um eine im Zoo sichtbare Aufarbeitung und ein Gedenken an die ausgestellten Menschen und wiesen auf das Fortwirken von kolonialrassistischen Praktiken im Kulturmanagement des Zoos hin. Noch heute lebt nämlich beispielsweise das Format der „Exotischen Abendveranstaltung“ von der exotisierenden Inszenierung von Menschen of Color und der stereotypen Darbietung von Kultur – so etwa bei der „Hakuna Matata“-Abendveranstaltung, über die der Zoo schreibt: „Fremde Gewürze, exotische Früchte und landestypische Köstlichkeiten entführen Sie dann in die faszinierende Welt Afrikas. Eine Live-Band begleitet Sie mit afrikanischen Rhythmen durch den Abend. Während Sie Ihr Dessert genießen, begeistern unsere afrikanischen Tänzerinnen in traditioneller Kleidung. Auf Wunsch kann eine thematische Feuershow hinzugebucht werden.“^[1]

Viele Jahre wurden unsere und auch die privaten Initiativen von Leipziger Bürger*innen, die sich über kolonialrassistische Darstellungen im Zoo beschwerten, mit dem Argument abgeschmettert, man sei sich keines rassistischen Handelns bewusst.

War Ernst Pinkert ein Rassist?

Mitte des letzten Jahres, als in Leipzig über die Umbenennung der Arndtstraße in der Südvorstadt und der Jahnallee diskutiert wurde, hinterfragte eine Einwohner*innenanfrage die Ehrung Ernst Pinkerts durch eine nach ihm benannte Grundschule und Straße. Damit entfachte die Politikwissenschaftlerin Hanne Tijman eine Diskussion um das historische Erbe des Zoogründers.^[2] „Schwarze Menschen in Zoos auszustellen ist eine rassistische und koloniale Praxis“, betont Tijman in ihrer Anfrage an den Stadtrat. „Diese gewaltvolle Praxis verletzt die unantastbare Würde des Menschen. Die Benennung einer Schule und einer Straße nach Ernst Pinkert reproduziert koloniale Machtverhältnisse und ist Ausdruck rassistischer Kontinuitäten. Denn die Benennung öffentlicher Einrichtungen, seien es Straßen oder eben eine Grundschule, ist eine Art Denkmal“, bemängelt sie.

Auch wenn der Stadtrat im Nachgang der Anfrage beschloss, die nach Pinkert benannte Schule und Straße nicht umzubenennen, entstand doch eine begrüßenswerte Debatte um Pinkerts historisches Erbe und die Frage, ob er ein Rassist war. Zoodirektor Jörg Jun-

[1] Zoo Leipzig (2020): Programmbeschreibung Exotische Abendveranstaltungen. Online verfügbar unter <https://www.zoo-leipzig.de/feiern-tagen/abendveranstaltungen/>.

[2] Stadt Leipzig (2020): Einwohneranfrage Nr. VII-EF-01433, online abrufbar unter ratsinfo.leipzig.de/bi/allris.net.asp



Das Ernst-Pinkert-Haus
im Leipziger Zoo

hold rechtfertigte in einem Artikel der LVZ^[3] den unkritischen Umgang mit der Zoogeschichte und der Person Pinkerts damit, dass „die Bewertungsmaßstäbe und auch die Formen der Wissensvermittlung andere“ gewesen seien zu der Zeit. Der Historiker Mustafa Haikal, der maßgeblich an der Erstellung der Zoochronik „Auf der Spur des Löwen“^[4] mitwirkte, räumte in der Leipziger Internetzeitung ein: „Ernst Pinkert teilte die damals herrschenden Auffassungen und half sie – das ist wohl wahr – auch zu verbreiten. In wenigstens zwei Fällen trat er selbst als Impresario in Erscheinung, ohne dass wir die genauen Hintergründe dieser gemeinsam mit Willy Möller organisierten Veranstaltungen kennen. Das gehört zu den widersprüchlichen Seiten seiner Persönlichkeit, aber es bestimmt sie nicht. Pinkert war vieles in einer Person: Tiergärtner und Tierhändler, Gastwirt und Unternehmer, Impresario und Öffentlichkeitsarbeiter, zuallererst jedoch war er ein Kind seiner Zeit.“^[5]

Dennoch müssen die Machtverhältnisse kolonialer Herrschaft und Gewalt reflektiert werden, unter denen diese „Bewertung“ von nicht-Weißen, nicht-europäischen Menschen und eine vermeintliche „Wissensvermittlung“ über Menschen aus anderen Teilen der Welt vorgenommen wurde. Obwohl es auch zu Pinkerts Zeiten Widerstand gegen Kolonialismus und Rassismus gab, so ist anzunehmen, dass die in „Völkerschauen“ ausgestellten Menschen wohl eher keine Stimme und Handlungsmacht in der Leipziger Öffentlichkeit hatten. Die Rolle Pinkerts sollte man in diesem Prozess nicht einfach mit dem Ausdruck, dass er „Kind seiner Zeit“ gewesen sei, erläutern. Er war mehr als ein „interessierter“ Bürger, der sich für einige

Pfennige eine „Völkerschau“ anschaute. Ernst Pinkert war deren Organisator. Er und der Zoo profitierten finanziell und in der Außenwirkung wesentlich von der Aus- und Zurschaustellung von Menschen.

Historische Verantwortung und der Zoo der Zukunft

Die zentrale Frage der Debatte um Ernst Pinkert ist jedoch, wie wir heute mit dieser Geschichte umgehen, wie wir zurückblicken und uns daran erinnern. Die Antwort darauf muss anders ausfallen als Ende des 19. Jahrhunderts. Sie hat etwas mit Erinnerung und historischer Verantwortung für koloniales Unrecht zu tun. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels im September 2020 ist der Leipziger Zoo mit seiner mangelhaften Aufarbeitung der eigenen Geschichte nur ein weiteres Beispiel von weitergetragenen gesellschaftlichen Rassismen und kolonialen Kontinuitäten. Die historische Last zu thematisieren, wird mit Sicherheit nicht das Ende für den Leipziger Zoo bedeuten. Die Forderung von Menschen of Color und zivilgesellschaftlichen Gruppen, das Fortwirken der Kolonialgeschichte und von Rassismus heute zu berücksichtigen, ist vielmehr ein notwendiger Schritt zum „Zoo der Zukunft“, den der aktuelle zukunftsweisende Masterplan des Zoos ausgerufen hat. ■

Seit 2011 macht „Leipzig Postkolonial“ das koloniale Erbe der Stadt sowie postkoloniale Perspektiven durch öffentliche Bildungsarbeit und aktivistische Kritik sichtbar.
leipzig-postkolonial.de

Postkolonialer Aktivismus?

Post- oder auch dekoloniale Aktivist*innen in Deutschland setzen sich mit ihrer Arbeit für eine kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte ein. Sie informieren zum Beispiel auf lokaler Ebene durch Stadtrundgänge oder Veranstaltungen über die Bedeutung des deutschen Kolonialismus und die Vielzahl daran beteiligter Akteur*innen, so auch in Leipzig. Sie betonen, dass die langfristigen Auswirkungen weit über den Zeitraum des formellen Besitzes deutscher Kolonien von 1884 bis 1918 hinausgehen.

[3] Tappert, Andreas (2020): War Leipzigs Zoogründer Ernst Pinkert Rassist? In: Leipziger Volkszeitung vom 20.06.2020.

[4] Junhold, Jörg; Haikal, Mustafa (2003): Auf der Spur des Löwen. 125 Jahre Zoo Leipzig. Leipzig: Pro Leipzig.

[5] Haikal, Mustafa (2020): Ernst Pinkert – ein „rassistischer und kolonialer Täter“? In: Leipziger Internetzeitung vom 01.07.2020.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

RASSISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

10. November 2020

Rassistischer Schriftzug in Markkleeberg

Am Wartehäuschen des S-Bahnhof Markkleeberg werden ein Fadenkreuz sowie der Schriftzug „White Power“ angebracht. Dieser propagiert eine rassistisch begründete weiße Vorherrschaft.

16. September 2020

Radiomoderator verunglimpft Geflüchtete

Der Moderator von Radio Leipzig, André Hardt, verunglimpft in einer Radiosendung Geflüchtete auf Moria. Er vergleicht diese mit einem Fremden, der bei einer hilfsbereiten Familie im Gästezimmer wohnen könne und dann aber auch das Schlaf- und Wohnzimmer fordere. Als die Gastfamilie ihm dies nicht zugesteht, zündet er - der Erzählung folgend - das Zimmer einfach an. Die Analogie geht davon aus, dass Geflüchtete das Camp in Moria selbst angezündet hätten und überträgt das auf alle Geflüchteten vor Ort. Die menschenunwürdige Unterbringung, mangelhafte Verpflegung und der unzureichende Schutz vor Covid-19 spielen in dieser Betrachtung keine Rolle.

28. Juli 2020

Reinigungskraft steigert sich in rassistische Pöbeleien

Seit kurzer Zeit ist bei einer Leipziger Firma eine neue externe Reinigungskraft tätig. Dieser verhält sich mehrfach übergriffig gegen eine Angestellte, was sich in dem Bewerten ihres Körpers, dem ungefragten Anfassen und auf die Pelle rücken äußert. Im Rahmen der wöchentlichen Reinigungsarbeiten äußert die Reinigungsfachkraft weiterhin immer wieder rassistische und verschwörungs-ideologische Thesen. Die Situation eskaliert am 28.07. als sich die Reinigungsfachkraft

über die Grünen und die Geschehnisse in Stuttgart aufregt. Er will alle Geflüchteten, welche nicht arbeiten, „rausschmeißen“ und phantasiert von täglichen Vergewaltigungen deutscher Frauen durch muslimische Männer, welche alle ungestraft bleiben würden. Den Islam bezeichnet er als rückschrittlich („im 12. Jahrhundert von der Denke her“). Auf die Intervention der Angestellten, welche ihn in seiner rassistischen Erzählung unterbricht, dreht er weiter auf und droht, damit mit einem Scharfschützengewehr Muslime zu erschießen. Ein Kollege der Angestellten schmeißt ihn schließlich aus dem Büro.

12. Juni 2020

Rassistische Anfeindung in Wurzen

Ein Mädchen wird beim Durchqueren des Parks am Wurzenener Bahnhof von einer Gruppe erwachsener Männer rassistisch beleidigt und bedroht. Diese sitzen auf einer Bank im Park und trinken Bier.

11. Juni 2020

Rassistischer Angriff in Delitzsch

Zwei Schwarze Deutsche werden gegen 19:30 Uhr von einem Unbekannten angepöbelt und beleidigt. Der Täter zieht ein Messer und läuft auf sie zu, woraufhin die beiden flüchten und die Polizei verständigen. Die beiden Betroffenen arbeiten in der Nähe auf Montage und wohnen in einem Delitzscher Hotel. Nach dem Vorfall verlassen sie die Stadt.

28. September 2019

Neonazis jagen Geflüchtete auf Stadtfest

In der Nacht von Samstag zu Sonntag kommt es auf dem Stadtfest in Grimma zu gewalttätigen Angriffen durch Neonazis sowie Security-Mitarbeiter*innen auf Jugendliche mit Fluchtbiografie.

Im Vorfeld des Stadtfestes berichten mehrere Geflüchtete, dass sie dieses aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Stimmung in der Stadt gar nicht besuchen werden. Auf Fragen wie „Und gehst du zum Stadtfest?“ wird von jungen Menschen beispielsweise mit „Nein, ich komme aus Afrika“ geantwortet und gelacht. Zudem gibt es Drohungen, dass am Freitag Neonazis aus der Umgebung das Stadtfest besuchen werden. Am Freitagabend passiert jedoch zunächst nichts.

Ein Geflüchteter, der am Samstagnachmittag das Stadtfest besucht, wird rassistisch beleidigt, eine andere jugendliche Person erzählt von rassistischen Beleidigungen und Provokationen von zwei Securitymitarbeiter*innen am Samstagnachmittag. Das Stadtfest findet seinen Abschluss in der Nacht von Samstag auf Sonntag, mit zwei aufeinander folgenden schweren Angriffen von Neonazis auf eine Gruppe migrantischer Jugendlicher, die sich auf dem Nicolaipplatz aufhalten: Zuerst greifen in der Marktgasse ca. 20 Personen eine Kleingruppe Jugendlicher an. Dabei skandieren sie „Wir sind die Wurzner“. Weil ein Polizeiauto vorbei fährt, lassen die Täter vermutlich von den Jugendlichen ab und entfernen sich.

Später in der Nacht folgt ein zweiter Angriff: eine Gruppe, hauptsächlich bestehend aus Securitymitarbeiter*innen, verummmt und zum Teil mit Baseballschlägern bewaffnet, bedroht und verletzt die jungen Menschen am Nicolaipplatz teils erheblich. Die meisten erleiden leichte, eine Person schwere körperliche Verletzungen.

07. Juni 2019

Leipziger Neonazis verprügeln Schwarzen Türsteher auf Mallorca

Gegen 21:30 Uhr beginnen zwei Männer grundlos einen Security-Mitarbeiter in einer Diskothek auf Mallorca anzugreifen, so dass er bewusstlos zu Boden fällt. Als er am

Boden liegt, schlagen die beiden Angreifer weiter auf ihn ein. Der 44-jährige Senegalese erleidet ernsthafte Schädigungen seines Rückenmarks mit Verdacht auf Querschnittslähmung. Eine Lebensgefahr besteht jedoch nicht, eine Notoperation kann verhindern, dass der Mann querschnittsgelähmt bleibt. Erst hinzueilendes Sicherheitspersonal kann die Täter schließlich festhalten und der spanischen Polizei übergeben.

Bei den Tätern handelt es sich um Hooligans von Lok Leipzig, die häufig durch rassistische Angriffe auffallen. Bei einer Razzia in den Hotelzimmern wurde Kampfsportausrüstung sichergestellt und verschiedene Symbole von neonazistischen Vereinigungen in Chats auf ihren Smartphones festgehalten. Die spanische Mordkommission wirft den Tätern versuchten Totschlag vor. Die beiden Angreifer sitzen seitdem in Untersuchungshaft.

1. Juni 2019

Angefahrte Frau rassistisch beleidigt

In der Dresdener Straße wird eine schwangere Frau angefahren. Als der Bus weiterfährt und die Frau noch am Boden liegt, kommt eine andere Frau hinzu und sagt „Gut so, dann kommt ein Ausländer weniger“ und bezieht sich damit offensichtlich auf das unborene Kind, welchem sie den Tod wünscht. Von den umstehenden Menschen greift niemand ein oder erwidert etwas.

08. April 2019

Gewalttätige Kontrolle bei der LVB

Als ein Fahrgast bei einer Fahrkartenkontrolle der LVB gegen 15.30 Uhr aufgrund seiner Kopfhörer erst nicht reagiert und dann aufsteht, versperrt ihm ein Kontrolleur den Weg und hält ihn fest. Kurz darauf bringt der andere Kontrolleur den Fahrgast mit unangekündigter Gewalt zu Fall, drückt seine Kehle

mit einem Knie auf den Boden und fügt ihm damit erhebliche Schmerzen zu. Mit seinem deutlich schwereren Körper sitzt er auf dem Fahrgast. Das andere Knie fixiert sein Handgelenk. Diese Position verändert er während der lange andauernden Maßnahme nicht. Der andere Kontrolleur hält ein Bein fest. Weiterhin greift ein weiterer Fahrgast ein und hält ebenfalls ein Bein fest. Angeblich seien „Frauen und Kinder in Gefahr“, so der Fahrgast.

Anwesenden und zusteigenden Fahrgästen wird die Situation durch die Kontrolleur*innen immer wieder damit erklärt, dass der Fahrgast aggressiv gegen die Kontrolleure vorgegangen sei und diese geschlagen hätten. Beides entspricht nicht der Wahrheit. Mitfahrende greifen nicht in die Situation ein.

Der Kontrolleur, welcher die Eskalation maßgeblich vorangetrieben hat, hat auf seinem Unterarm das World Trade Center mit dem Slogan „9/11 - we will always remember“ tätowiert. Dass er mit seiner Handlung dem Fahrgast Schmerzen zufügt, scheint ihn nicht zu interessieren. Vielmehr muss der Fahrgast insgesamt ca. 40 Minuten in dieser Position verharren, bis die Straßenbahn in den Straßenbahnhof Angerbrücke einfährt und alle anderen Fahrgäste aussteigen müssen. Der herbeigerufenen Polizei erzählen die Kontrolleure lediglich vom fehlenden Ticket, erwähnen aber gewalttätige Handlungen nicht mehr.

Der geschädigte Fahrgast sah sich seiner Einschätzung nach aufgrund rassistischer Markierung verstärkter Gewalt ausgesetzt. Die gewalttätige Maßnahme führte zu zweiwöchigen Beschwerden u.a. beim Schlucken und Atmen. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde rechte
und rassistische
Gewalt und
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



02 KAPITEL CORONA

Hat uns Covid-19 eine „neue Normalität“ beschert? Oder spitzen sich in der durch das neuartige Corona-Virus (SARS-CoV-2) ausgelösten Pandemie lediglich bereits vorhandene Konflikte und Einstellungen zu? In diesem Kapitel werfen wir einen Blick auf Erscheinungsformen wie die sogenannten Hygiene-Demos in Leipzig und analysieren die bei diesen Kundgebungen und darüber hinaus verbreiteten Verschwörungsideologien, die eng mit antisemitischen Stereotypen verbunden sind.

Im Laufe des Jahres 2020 hat sich eine bundesweite Bewegung von selbsternannten „Querdenkern“ formiert, die eine große Anzahl von Personen aus verschiedenen Spektren mobilisieren kann und im November eine Großkundgebung in Leipzig durchgeführt hat.

Der Fokus auf die verschwörungsideologischen, häufig antisemitischen und sozialdarwinistischen Corona-Leugner*innen sollte aber nicht überdecken, dass die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung tatsächlich gravierende Auswirkungen auf bestimmte marginalisierte und verletzte Gruppen haben. Dazu gehören u.a. Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete und Asylsuchende, Betroffene von häuslicher Gewalt. Am Beispiel der Wohnungsfrage lässt sich aufzeigen, dass die Pandemie darüber hinaus besonders Menschen in prekären Verhältnissen trifft. ■



Protest gegen regressive „Hygienedemo“ in Leipzig am 18. Mai 2020

Grundrechte schützen mit

 **ABSTAND** zu 

Antisemitismus, Rechten
und Verschwörungsidiotien!

ANTISEMITISMUS: ALTE STEREOTYPE IN NEUEM GEWAND

von Benjamin Damm und Christof Scholze

In den letzten Jahren stieg die Anzahl antisemitischer Vorfälle deutlich an. Darunter fallen vor allem verbale Attacken unter anderem im Internet, aber auch die Zahl der Sachbeschädigungen und körperlichen Angriffe nahm zu. 2019 wurden von der Polizei mehr als 2.000 antisemitische Straftaten in Deutschland verzeichnet – der höchste Stand seit 2001.^[1] Recherche- und Meldestellen gehen jedoch von einer weit höheren Dunkelziffer aus.^[2] Zudem häufen sich Berichte von Juden*Jüdinnen, die sich in Deutschland und Europa nicht mehr sicher fühlen und daher auswandern oder darüber nachdenken.

Doch was steckt hinter dem Phänomen des Antisemitismus? Einen praxisorientierten Zugang liefert die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“^[3]

Diese Wahrnehmung lässt sich als Gerücht über Juden*Jüdinnen beschreiben, denn es geht nicht darum, was sie tun oder nicht tun – es geht einzig und allein um das, was Antisemit*innen ihnen zuschreiben. Dies wird auch darin deutlich, dass auch nichtjüdische Personen zu Juden*Jüdinnen erklärt und damit zur Zielscheibe werden können. Während Hermann Göring noch offen sagte: „Wer Jude ist, bestimme ich“, geschieht dies heutzutage meist in Form von Chiffren, Codes und Platzhaltern. Doch egal ob direkt oder über Umwege – damals wie heute definieren Antisemit*innen, wer für sie als „Jude und Jüdin“ gilt und damit zum beneideten Hassobjekt wird.

Die Welt und die Gesellschaft sind komplex, Vorgänge oft unklar und widersprüchlich. Menschen fühlen sich ihrem Lebensalltag häufig ohnmächtig ausgeliefert, was durch erlebte Krisen verstärkt werden kann. Dem versucht sich die*der Einzelne zu entziehen, indem diese undurchsichtigen Vorgänge konkreten Personen oder Gruppen zugeschrieben werden. Somit muss man im Zweifel gar nicht alles im Detail verstehen, denn ein*e Schuldige*r ist bereits ausgemacht – eine einfachere Antwort gibt es kaum. Damit fassen Antisemit*innen alles Schlechte, das sie in der Welt oder ihrer Umgebung ausmachen, zum einfachsten möglichen Slogan zusammen: „Die Juden sind schuld.“ Zeitgleich beneiden sie jedoch Juden*Jüdinnen um das, was sie ihnen zu-

schreiben: Macht. Frei nach dem Motto „wenn ich es nicht haben kann, soll es keiner haben“, äußert sich die angestrebte Selbstermächtigung in Hass. Die eigene Begierde nach zum Beispiel Kontrolle, Reichtum oder Einfluss wird in Juden*Jüdinnen gebündelt, wofür man sie verachtet. Zugleich möchte man ihren (zugeordneten) Platz einnehmen in der Vorstellung, die Welt dadurch zu einer besseren zu machen. Im Nationalsozialismus wurde dies besonders deutlich: Man schrieb Juden*Jüdinnen zu, dass sie die Welt beherrschen, unterdrücken und morden wollen würden und legitimierte damit das eigene Streben nach Weltherrschaft und die Vernichtung von über sechs Millionen Juden*Jüdinnen.

Auch wenn, wie im Rassenwahn der Nationalsozialist*innen, Rassismus und Antisemitismus nicht selten gemeinsam auftreten, müssen beide Phänomene getrennt voneinander betrachtet werden. Während der Rassismus abwertet, findet im Antisemitismus zeitgleich Abwertung und Überhöhung statt: die Zuschreibung des absolut Bösen, welches man verachtet, dem man gleichzeitig eine Übermacht zuspricht, die man sich selbst wünscht. Im Kern des Rassismus steckt die Verwertung und Ausbeutung der Abgewerteten; im Antisemitismus die Vernichtung um der Vernichtung willen. Dies fand seinen Höhepunkt im Holocaust.

Alte Stereotype

Stereotype, die seit dem Mittelalter mit Juden*Jüdinnen in Verbindung gebracht werden, erleichtern die Zuschreibungen. So stammt die Vorstellung des „gierigen“, „geizigen“ und „reichen Juden“, der „Regierungen beeinflusst“, aus dieser Zeit. Auch die Legende der Brunnenvergiftung, und damit die Schuld an Krankheiten, oder die Beschuldigung des rituellen Mordes an Kindern entstammen mittelalterlichen Mythen. Später unterstellte man Juden*Jüdinnen, sie würden gezielt Staaten und Gesellschaften „von innen zersetzen“, um Eigeninteressen besser umsetzen zu können. Diese Feindkonstruktion hatte den Effekt, dass nationale Kollektive enger zusammenrückten, im Speziellen die deutsche Bevölkerung sich im Nationalsozialismus als Täterkollektiv zum „deutschen Volk“ vereinte.^[4] Entgegen den Tatsachen wurden diese Zuschreibungen immer wieder reproduziert und der jeweiligen Zeit angepasst. Über die Jahrhunderte prägten sich damit die Stereotype und Bilder in das kulturelle Gedächtnis^[5] – also in einen gesellschaftlichen Wissensvorrat, auf den bei Bedarf jederzeit zurück gegriffen werden kann. Auch heute glauben Leute noch, dass man Juden*Jüdinnen am Aussehen erkennen könne, dass sie gut mit Geld umgehen würden, oder dass

[1] Vgl. Jansen, Frank (2020): Rekordzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland. In: Tagesspiegel vom 27.05.2020.

[2] Vgl. Riedel, Alexander (2020): Das große Dunkelfeld Antisemitismus ausleuchten. In: Domradio vom 06.05.2020.

[3] International Holocaust Remembrance Alliance (2020): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Online verfügbar unter <https://www.holocaustremembrance.com/>.

[4] Vgl. Bruhn, Joachim (2012): Echtzeit des Kapitals. Über die Zukunft der Krise. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft.

[5] Vgl. Assmann, Aleida (2008): Gedächtnis-Formen. Bundeszentrale für politische Bildung vom 26.08.2008.



Demonstration in Leipzig in Gedenken an den neonazistischen Mord an Kamal K., 24. Oktober 2020

sie großen Einfluss hätten. Wiederholt man Gerüchte oft genug, verbreiten sich Akzeptanz und Glaube daran.

Neues Gewand

Nach 1945 wurde der offene Antisemitismus gesellschaftlich geächtet – jedoch war er nicht verschwunden. Es wurde auf eine Umwegkommunikation gesetzt, die die alten Stereotype in neues Gewand hüllte. Nun waren nicht mehr „die Juden“, sondern wahlweise „die Westküste“, „die Rothschilds“ oder gar „die Zionisten“ an allem Schuld. Gerade in zahlreichen Verschwörungsmythen verbreiteten sich Codes und Chiffren, welche im Kern einen antisemitischen Ursprung und Ausdruck haben. Dabei wird auch oft auf entmenslichende Vergleiche zurückgegriffen: Die „alles umfassende Krake“, die „fressgierigen Heuschrecken“ oder „zersetzenden Viren“ werden als Synonyme für eine „global agierende Elite“ gesetzt. Ungeachtet dessen, dass diese Bilder bereits im „Stürmer“^[6] verwendet wurden, erfreuen sie sich heute wieder großer Beliebtheit. Dabei ist erneut nicht wichtig, wem was zugeschrieben wird. Vielmehr ist der oben beschriebene Doppelcharakter aus Neid und Hass ausschlaggebend, der sich im Antisemitismus an „den Juden“ abarbeitet.

Beide Denkstrukturen – sowohl Antisemitismus als auch Verschwörungsphantasien, welche oft eng miteinander verbunden sind – münden häufig in einem geschlossenen Weltbild, in dem es weniger um Fakten als um eine gefühlte Wahrnehmung der Welt geht.

Auch Israel gerät in den neuen Ausprägungen des Antisemitismus immer wieder in den Fokus. Ein fast ob-

sessiver Drang nach „Israelkritik“ zieht sich durch alle politischen Lager. Dass es für kein anderes Land auf der Welt einen festen Kritik-Begriff gibt, außer für Israel, ist bereits Ausdruck dieses Drangs. Mit Hilfe des so genannten 3D-Tests lässt sich prüfen, ob es sich um eine legitime Form der Staatskritik handelt, oder um antisemitische Stereotype. Wird Israel dämonisiert, also zum Beispiel als Kriegstreiber bezeichnet oder mit dem Nationalsozialismus verglichen, delegitimiert, also zum Beispiel das Existenzrecht oder das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen, oder werden doppelte Standards angelegt, also etwas kritisiert, was bei anderen Staaten als legitim angesehen wird, dann ist es keine Kritik, sondern Antisemitismus. Jedwede Kritik muss Israel als Schutzraum vor weltweit grassierendem Antisemitismus und damit als Lebensversicherung für Juden*Jüdinnen verstehen. Der jüdische Staat ist eine Notwendigkeit.

Gerade die aktuellen Verschwörungsideologien rund um das Coronavirus und ihre weit verbreitete Akzeptanz liefern einen Nährboden, auf dem antisemitische Stereotype gedeihen und sich ausbreiten. Dies ist eine erschreckende Entwicklung, die unbedingt verhindert werden muss. Antisemitische Schmierereien im Leipziger Stadtbild, die sogenannte „Gürtelattacke“ von Berlin^[7] oder der Anschlag auf die Synagoge in Halle zeigen, wohin solches Denken führen kann und warum dem auf allen Ebenen entgegen getreten werden muss. ■

Christof Scholze studiert Politikwissenschaften und Geschichte, Benjamin Damm Geschichte. Beide arbeiten seit einiger Zeit in der politischen Bildungsarbeit zu den Themen Antisemitismus und Verschwörungsmythen.

[6] Der „Stürmer“ ist eine antisemitische Wochenzeitung, die seit 1923 von der NSDAP herausgegeben wurde. Anfangs eher regional verbreitet, wurde die Zeitung ab 1933 zu einem Massenblatt. Das Hetzblatt kam teilweise auf bis zu zwei Millionen Auflagen und trug ab 1932 zynischerweise den Untertitel: „Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit“ (vgl. Zelnhefer, Siegfried: Der Stürmer. Deutsches Wochenblatt zum Kampf um Freiheit. Historisches Lexikon Bayerns.).

[7] Lauer, Stefan (2018): Antisemitischer Angriff auf offener Straße. In: Belltower-News vom 18.04.2018.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

ANTISEMITISCHER EREIGNISSE CHRONIK

21. Oktober 2020
„Querdenken“-Sticker am
Lindenauer Markt

Am Lindenauer Markt werden zahlreiche Sticker der „Bewegung Leipzig – Querdenken 341“ angebracht, die für die bundesweite „Querdenken“-Demonstration am 7. November 2020 in Leipzig werben. Auf diesen ist eine Person mit Maske zu sehen. Die Bänder der Maske sind nicht wie üblich hinter dem Kopf befestigt, sondern führen zu einer Art Puppenspiellervorrichtung. Die Person wird somit über ihre Maske fremdgesteuert. Damit bedient der Sticker ein verschwörungsideologisch-antisemitisches Bild, dass nämlich geheime Kräfte die Corona-Krise und die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes nutzen würden, um Menschen zu steuern.

06. August 2020
Hakenkreuztattoo vor
Jüdin zur Schau gestellt

Eine jüdische Leipzigerin steigt mit ihrer Tochter am Lindenauer Markt in die Straßenbahn. Als sie sich setzen, bemerken sie einen tätowierten Mann, welcher sein in ein Eisernes Kreuz eingefasstes Hakenkreuz offen zur Schau stellt. Die Frau erstattet daraufhin Anzeige.

08. Mai 2020
Synagogendenkmal mit
Hakenkreuz beschmiert

An die Wand des Synagogendenkmals in der Gottschedstraße wird mit schwarzer Farbe ein Hakenkreuz geschmiert, das mindestens bis montags, drei Tage nach der Schmiererei, dort zu sehen ist.

20. April 2020
Störung von Online-Gottesdienst der
israelitischen Religionsgemeinde

Am 20. April stören circa acht bis zehn Personen ein Abendgebet der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, das auf einer

Videokonferenzplattform abgehalten wird. Der Gottesdienst hat noch nicht begonnen, als sich die Störenden – einige mit dem Usernamen „Hitler“ – in die Konferenz einwählen und auf Englisch fragen, ob es sich bei den Betroffenen um Juden*Jüdinnen handele. Der Rabbiner beendet den Stream, bevor weitere antisemitische Parolen gerufen beziehungsweise geschrieben werden können. Es wurde Anzeige erstattet.

24. Februar 2020
Neonazis grölen Parolen in Anger-
Crottendorf und zeigen Hitlergruß

Gegen 19 Uhr laufen zwei Männer die Schirmerstraße im Leipziger Stadtteil Anger-Crottendorf entlang und brüllen Parolen wie „Heil Hitler“ und „Alle Juden müssen sterben“. Sie zeigen außerdem mehrfach den Hitlergruß.

21. Februar 2020
Rechte Parolen an der
Bürgerruhe in Taucha

An der Haltestelle Bürgerruhe grölt eine Gruppe von circa acht bis zehn Jugendlichen sowie zwei älteren Personen „Sieg Heil“ und singt antisemitische Lieder. Dieser Platz an der Endhaltestelle der Tram in Taucha ist ein bekannter Treffpunkt von Neonazis, die dort ihre Propaganda verbreiten.

25. Dezember 2019
Holocaust-verherrlichende
Schmiererei in Schkeuditz

Unbekannte bringen an der Haltestelle Patzstraße den holocaust-verherrlichenden Schriftzug „Zyklon-B ist ok“ an. Daneben finden sich drei Runen.

18. Oktober 2019
Linken-Politiker erhält Mail mit
antisemitischer Beleidigung

Der Linken-Politiker und Stadtrat Michael Neuhaus erhält eine Drohmail, in der er an-

tisemitisch beleidigt wird. In der Mail wird er unter anderem als „Judensau“ bezeichnet. Weiterhin leugnet der Absender den Holocaust, den er als „Gaskammermärchen“ bezeichnet.

17. Oktober 2019
Bedrohung in Grimma

Beim Verlassen eines Supermarkts in Grimma wird eine Person von einer Gruppe Neonazis im Alter von Anfang bis Mitte zwanzig antisemitisch beleidigt. Weitere Beleidigungen zielen auf politische Gegner*innen ab. Einer aus der Gruppe verfolgt die Person, fordert, ihr Handy einsehen zu können und sagt daraufhin: „Wir kriegen dich schon noch!“

10. Oktober 2019
Roland Ulbrich (AfD) verharmlost
rechtsterroristischen Anschlag in Halle

Der Leipziger Stadtrat und Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich (AfD) postet auf Facebook angesichts des rechtsterroristischen Anschlags in Halle vom 09. Oktober 2019 die Frage: „Was ist schlimmer, eine zerstörte Synagogentür oder zwei getötete Deutsche?“ Die gestellte Frage beantwortet Ulbrich selbst mit den Worten: „Es liegt noch nicht einmal der Versuch eines Tötungsdelikts an den Besuchern des Gottesdienstes in der Synagoge vor.“

02. September 2019
Rechte grölen Parolen
in Wurzener Straße

Eine Gruppe von vier Rechten läuft in der Nacht von Montag auf Dienstag Parolen grölend die Wurzener Straße entlang. Eine der gerufenen Parolen lautet dabei „Nie wieder Israel“ und spricht damit dem jüdischen Staat seine Existenz ab. Weiterhin reißen die Rechten linke Plakate von Hauswänden und randalieren an einer Baustelle.

05. Juli 2019
**Neonazistische Schmierereien
an der Universität Leipzig**

Im Seminargebäude am Campus befindet sich ein gemaltes Hakenkreuz an der Tür der Männertoiletten. Zudem wurde ein Schriftzug, der sich gegen Nazis ausspricht, mit einem Gewaltaufruf gegen Juden übermalt. So ist dort nun „JDN BXN“ zu lesen. Dem Schriftzug „Refugees Welcome“ wird ein „Fuck“ vorangestellt.

21. Juni 2019
Antisemitische Vernichtungsdrohung

Vier Personen rufen in Leipzig öffentlich „Wir schlachten Juden“. Wo genau sich der Vorfall ereignet, ist aus den Informationen des Justizministeriums nicht ersichtlich. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wird eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

13. Mai 2019
**Stolperstein in Geithain mit
Beton überschüttet**

Am 12. Mai werden auf Initiative von Schüler*innen aus Geithain und Bad Lausick sowie dem Erich-Zeigner-Haus Leipzig drei Stolpersteine in Geithain und einer in Bad Lausick verlegt. Die Steine zeigen kleine Messingplatten mit eingravierten Lebensdaten von Personen und werden vor den letzten selbstgewählten Wohnorten von im Nationalsozialismus ermordeten und deportierten Menschen angebracht. Doch bereits in der ersten Nacht werden die Steine mit Beton übergossen und beschädigt. Anwohner*innen reinigen die Steine und verhindern so einen dauerhaften Schaden.

30. April 2019
**Antisemitischer Text in
„Bornaer Stadtjournal“ veröffentlicht**

Im „Bornaer Stadtjournal“ veröffentlicht der freie Mitarbeiter Gert Bundesmann einen Text unter dem Titel „Straßennamen in Borna (Teil 64.3). Kantstraße – Zwischen Nationalsozialismus und Aufklärung“. Jenseits der Überschrift beschäftigt sich der Text

allerdings nicht wie angekündigt mit Straßennamen, sondern mit dem Judentum und Juden*Jüdinnen.

Der Autor vermisst eine Bereitschaft zur Aufarbeitung des Holocaust von Seiten der Juden*Jüdinnen. Daran anknüpfend stellt er die Frage nach einer möglichen Mitschuld am Holocaust in den Raum und beantwortet diese auch: „Nach meiner Auffassung sind die Juden als Vertreter des Judentums weder allein (d.h. selbst) schuld an ihrem Unglück, noch sind sie völlig unschuldig daran.“ In dieser Argumentation wird Juden*Jüdinnen eine Mitschuld an ihrer systematischen Ausgrenzung, Unterdrückung und Vernichtung im Nationalsozialismus unterstellt. Den Vorwurf des Antisemitismus tut der Autor in diesem Zusammenhang als „völlig untauglichen Reflex“ ab. Immerhin gelten Juden als „Inbegriff von Gier und Wucher, also genau jener Übel, die wohl allgemein am (ungezügeln) Kapitalismus verabscheut werden.“ Der Autor unterstellt damit in antisemitischer Manier eine bestimmte Wesenhaftigkeit der Juden*Jüdinnen. Der Artikel wird durch anti-jüdische und antisemitische Zitate Intellektueller und Künstler illustriert.

Der Herausgeber vom „Bornaer Stadtjournal“ distanzierte sich vom Artikel und beendete die Zusammenarbeit mit dem Autor Gert Bundesmann nach eigenen Angaben mit sofortiger Wirkung.

17. März 2019
**Antisemitische Fotomontage
gegen Chemie-Kapitän**

Nach dem Spiel der „BSG Chemie Leipzig“ gegen „Askania Bernburg“ lädt der Torwart von Bernburg einen Screenshot eines bearbeiteten Fotos vom Spiel hoch, auf dem er einem Spieler von Chemie Kopf an Kopf gegenübersteht. Das Bild ist mit dem Schriftzug „Hass“ ergänzt worden. Zudem wurde die Kapitänsbinde des Chemie-Spielers mit einem Davidstern ausgetauscht. Die Anhänger*innen von Chemie Leipzig wurden in der Vergangenheit wiederholt als „Juden“ beleidigt. Diese antisemitischen Schmähungen stammen häufig aus dem Umfeld von „FC Lokomotive Leipzig“.

Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde
antisemitische
Gewalt und
Diskriminierung!

chronikLE.org
report-antisemitism.de



VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN

Was steckt dahinter? Was können wir tun?

von Benjamin Winkler,
Amadeu-Antonio-Stiftung Leipzig

Eine globale Pandemie wie zum Beispiel die Krankheit COVID-19 stellt ohne Frage eine gesellschaftliche Krisensituation dar. Menschen werden aus ihren gewohnten Abläufen und Routinen herausgerissen und müssen umlernen und umdenken. Historisch wie auch in der Gegenwart sind solche Krisenereignisse die Brutstätte von Verschwörungserzählungen.

Was ist eigentlich eine Verschwörungserzählung?

Die Bestandteile sind schnell aufgezählt: Gebraucht wird in der Regel ein Ereignis von einer gewissen (globalen) Bedeutung. Zudem braucht es den Verdacht oder vielmehr den Vorwurf, dass sich eine bestimmte Gruppe im Geheimen verschworen habe und dass diese hinter dem eigentlichen Ereignis einen Plan verfolge, der wiederum zu ihrem Vorteil führe. Hiermit ist meist das Streben nach oder das Sichern von Macht gemeint.

Damit die Verschwörungserzählung vollständig wird, braucht es noch eine Gruppe von Personen, die die „Wahrheit“ kennt und damit beginnt, andere darüber aufzuklären. Das ist auch ein Grund dafür, dass viele Menschen an solche Erzählungen glauben: Sie wecken in uns die Seite des Mysteriösen und Geheimnisvollen, die wiederum zu einer gewissen Leidenschaft führen kann, etwas aufgedeckt zu haben, was andere nicht sehen.

Historisch betrachtet war der Vorwurf einer Verschwörung nicht immer falsch. Populär wurde beispielsweise die so genannte Watergate-Affäre in den USA in den 1970er Jahren. Der republikanische Präsident Nixon hatte sich mit einem ominösen Beraterkreis verschworen, um teilweise illegal gegen Opposition und freie Presse vorzugehen. Das Ganze gipfelte im geplanten Einbruch in den Watergate-Gebäudekomplex am 17. Juni 1972, indem sich das Hauptquartier der demokratischen Partei befand. Da die Vorfälle später aufgeklärt werden konnten, musste Nixon 1974 sein Amt abgeben. Beispiele wie dieses zeigen, dass der Vorwurf, ein Ereignis sei auf eine Verschwörung zurückzuführen, nicht unbedingt gefährlich für eine Demokratie sein muss. Im Gegenteil: Insbesondere die professionelle journalistische Aufarbeitung von Verschwörungen ist ein wichtiger Bestandteil der Kontroll-Funktion, welche Medien in einer Demokratie haben.

Von der Verschwörungserzählung zur Verschwörungsideologie

Wer dem Verdacht einer Verschwörung nachgeht, verpflichtet sich zu einem verantwortungsvollen und transparenten Vorgehen. Er*sie arbeitet mit Methoden, welche auch für Dritte nachvollziehbar sind. Hierzu gehört auch ein ordentlicher Umgang mit Quellen oder das Vorlegen von Beweisen. Das wichtigste aber ist die prinzipielle Offenheit, anzunehmen, dass man sich selbst geirrt hat – also dass der anfängliche Verdacht nicht bewiesen werden konnte, weil mehr gegen als für die Verschwörungshypothese spricht. Exakt an dieser Stelle unterscheiden sich nun seriöse Akteur*innen, welche einer Verschwörungshypothese nachgehen, von Verschwörungs„theoretiker*innen“ sowie Verschwörungsideolog*innen. Das Ganze soll nun an einem bekannten Beispiel illustriert werden.

Bei der sogenannten „Chemtrail“-^[1]-Verschwörung behaupten manche Personen, dass das Kerosin von Flugzeugen bewusst beigemischte Schadstoffe enthalte, welche wahlweise Menschen krank machen würden oder Gedanken manipulieren beziehungsweise kontrollieren ließen. Wenn wir nun das Gedankenexperiment fortsetzen, ergebe sich folgendes Bild. Überall auf der Welt gäbe es Dutzende Mitwisser*innen oder Menschen, denen zumindest Ungereimtheiten auffallen. Dies sind beispielsweise Pilot*innen, Mitarbeiter*innen von Airlines, das Flughafenpersonal oder Wissenschaftler*innen, welche die Luftqualität untersuchen. Wahrscheinlich würden sich dann einige von diesen an die Presse, Polizei oder an andere Stellen wenden. Somit würden auch seriöse Stellen der Verschwörungshypothese nachgehen (müssen). Da exakt dies ausbleibt, gibt es nun nur zwei logische Schlussfolgerungen: Erstens, die Verschwörungshypothese ist falsch und es gibt keine Verschwörung und Zweitens, mächtige Personenkreise im Hintergrund üben sehr viel Macht auf eine große Anzahl an Menschen aus, so dass die Verschwörung nicht mit legalen Mitteln aufgedeckt werden kann. Letztendlich laufen die meisten Verschwörungserzählungen auf diese Kernerzählung hinaus: Eine mächtige Gruppe im Hintergrund verhindert die rechtmäßige Aufdeckung und Aufarbeitung. Somit wird von dem eigentlichen Ereignis abstrahiert und eine „Weltverschwörung“ angenommen. Im Weltbild der Leute, die hieran festhalten, sind die eigentlichen Urheber*innen der Verschwörung faktisch unerreichbar, zugleich sei es aber möglich, das

[1] Das Wort setzt sich aus den englischen Wörtern „Chemicals“ (deutsch: Chemikalien) und „Contrails“ (deutsch: Kondensstreifen) zusammen. Seit Mitte der 1990er Jahren existieren Behauptungen, dass sogenannte „Chemtrails“ existieren würde.

[2] Die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ gelten als Prototyp der Weltverschwörung. Sie entstanden um das Jahr 1900 in Frankreich und Russland und beeinflussten den späteren Antisemitismus in Europa und insbesondere in Deutschland. Dass die Protokolle von Anfang an eine Fälschung waren, änderte nichts an ihrer Beliebtheit.

[3] Mit dem Begriff Verschwörungsmentalität beschreiben Psycholog*innen bestimmte Einstellungs- und Glaubensmuster, die es bei einer Person wahrscheinlich machen, dass diese an die eine oder andere Verschwörungserzählung glaubt. Hierfür gibt es sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Ursachen.

[4] Vgl. Roose, Jochen (2020): Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Erschienen bei der Konrad Adenauer Stiftung.

„Spiel“ dieser Leute aufzudecken. Freilich begeben sich die „Aufklärer*innen“ dabei in große Gefahren und unterlaufen angeblich Zensur, Unterdrückung und Verfolgung. Das Beispiel illustriert, wie aus einem anfänglichen Verschwörungsverdacht schnell eine Ideologie werden kann, eben eine Verschwörungsideologie.

Es geht um Antisemitismus!

Dass immer wieder Verschwörungsideologien entstehen und reaktiviert werden, hängt auch damit zusammen, dass sie die Funktion einer Welterklärung liefern. Anstatt davon auszugehen, dass keine Person oder Gruppe weltweit so viel Macht besitzt, dass sie alle Geschehnisse lenken könnte, werden klare Feindbilder benannt, die bekämpft werden können. Insbesondere in Krisensituationen sind solche alternativen Welterklärungen beliebt.

Historisch wie auch in der Gegenwart führte dies zu einer Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Menschen jüdischen Glaubens. Weil es hieß und heißt, Juden*Jüdinnen hätten sich verschworen, um die Weltherrschaft zu erlangen, wurde antijüdische (Vernichtungs-)Politik legitimiert.^[2] Zwar hat sich der direkte Antisemitismus nach 1945 etwas abgeschwächt, zugleich erwuchs er aber im neuen Gewand. Heute bedient er sich einer Sprache und Codierung, die es erlaubt, nach wie vor die gleiche (falsche) Geschichte zu erzählen, den*die Urheber*in oder Verbreiter*in der Erzählung aber davor schützt, als Antisemit*in erkannt zu werden. Anstelle des Wortes „Jude“ treten Codes wie „Neue Weltordnung (NWO)“ oder „reiche Familien“. Weil damit das antisemitische Gift weiterhin in der Welt weilt, ist die Gefahr für jüdisches Leben stets existent. Attentäter aus der rechtsextremen Szene verübten in den letzten Jahren mehrere Anschläge auf Synagogen oder jüdische Personen und begründeten dies mit der „Allmacht“ oder „Verschwörung“ der Juden. Es ist daher ein wichtiges Ziel im Umgang mit Verschwörungsideologien, einem breiten Umfeld verständlich zu machen, dass es immer auch um Antisemitismus und Judenfeindschaft geht.

Etwas tun ist besser als Schweigen

Viele Menschen sind verwundert, wenn die Nachbarin oder der beste Freund auf einmal Sachen sagt, die man vorher nicht für möglich gehalten hat. Möglich ist dies, weil diese Personen vielleicht schon immer eine gewisse Verschwörungsmentalität^[3] besaßen, es aber einen Anlass wie die gegenwärtige Pandemie brauchte, damit das Gefühlte oder Gedachte ausgesprochen wird. Aktuelle repräsentative Umfragen^[4] lassen vermuten, dass solche Einstellungs- und Glaubensmuster bei bis zu 30 Prozent der deutschen Bevölkerung latent oder manifest vorhanden sind.

Es ist also wahrscheinlich, dass wir in Situationen geraten, in denen wir damit einen Umgang finden müssen. Ratlosigkeit und Frustration sind häufig die ersten Folgen. Man könne nicht mit Argumenten gegen Verschwörungsgläubige vorgehen. Zudem fühlen sich viele Menschen unterlegen, weil das Gegenüber vermeintlich über mehr Wissen als sie selbst



Bei einer Gegendemonstration macht sich jemand über die Logik von Verschwörungstheorien lustig.

verfügt. Hierbei muss man zunächst verstehen, dass Niemand über Nacht zum*zur Anhänger*in von Verschwörungsideologien wird. Ebenso ist es unwahrscheinlich, dass man binnen weniger Tage davon wieder Abstand nimmt. Geduld und ein langer Atem sind deshalb die Grundvoraussetzungen für Gespräche.

Klären Sie zunächst die Beziehung zu der Person, um die es geht. Ist sie Ihnen wichtig oder steht sie Ihnen nah? Wenn Sie die Frage bejahen, werden Sie andere Antworten finden, als wenn es sich um eine entfernte Person handelt. In diesem Fall reicht häufig schon ein gut geübtes Statement, mit dem Sie gleich auch Mithörende und/oder -lesende online wie offline aufklären können. Hierfür sollten Sie sich aber vorher Gedanken zu Ihrer eigenen Meinung machen und diese auf stabile Argumente stellen.

Bei nahestehenden Personen kann es helfen, sich zunächst auf einen „Konsens im Dissens“ zu verständigen. Das heißt, zuerst einmal zu der gemeinsamen Einschätzung zu gelangen, dass man derzeit unterschiedliche Ansichten hat. Zu prüfen wäre aber, ob Sie und die Person noch die gleichen oder zumindest ähnliche Grundannahmen und Werte teilen. Hierzu gehört beispielsweise das Bejahen von Menschenrechten, der Gleichwertigkeit von Menschen oder auch eine Sensibilität gegenüber Diskriminierung von Personen und Gruppen. Teilen Sie und die andere Person diese Grundannahmen, empfiehlt es sich, nicht ausschließlich über die Verschwörungserzählung an sich zu sprechen, sondern auch über Motive, Emotionen und biografische Hintergründe der Person. Werden Werte oder Grundannahmen fundamental verletzt oder ignoriert, ist es manchmal besser, das Gespräch zu beenden oder zu vertagen. So oder so müssen Sie sich in der Regel auf lange und schwierige Gespräche einstellen. Ob sich ein Erfolg zeigt, beispielsweise indem die Person Abstand von Verschwörungsideologien nimmt, bleibt zwar ungewiss, ist aber auch nicht gänzlich unmöglich. Achten Sie dabei nicht nur auf die andere Person, sondern immer auch auf die eigenen Gefühle und die eigenen Bedürfnisse. ■

VERSCHWÖRUNGEN MADE IN LEIPZIG

Von Falschinformationen und autoritärer Agitation

von Julia Fröhlich

Im Zuge der Coronaproteste erhielten nicht nur zahllose Telegrammgruppen, sondern auch Youtube-Kanäle, die verschiedene Verschwörungsmymen verbreiten, zunehmende Aufmerksamkeit. Auch in Leipzig gibt es schon seit Jahren Produzent*innen aus dieser Szene, die damit zum Teil auch ihr Geld verdienen. In diesem Artikel sollen einige der unterschiedlichen Akteur*innen und Formate vorgestellt werden.

NuoViso.TV

Im Jahr 2005 in Leipzig von Frank Höfer als „Nuo-Viso Filmproduktion“ gegründet und heute als „Frank Höfer, Steffen Höfer, Michael Swoboda GbR – Nuo-viso“ firmierend, versprechen die Betreiber von „Nuo-Viso“ ihren Zuschauer*innen „kostenfreie und unabhängige“ Beiträge als Gegenentwurf zu den als einseitig und gesteuert dargestellten öffentlichen Medien.

Mit 215.000 Abonnent*innen ist „NuoViso.TV“ der reichweitenstärkste Kanal eines mehrköpfigen Moderator*innenteams und seit Jahren in der esoterischen und verschwörungstheoretischen Szene etabliert. Exklusive Inhalte werden im angeschlossenen Abo-Kanal „Nuo7“ versprochen, der, zusammen mit Spenden, Werbeeinnahmen und einem Onlineshop, der Finanzierung des Medienprojektes dient.

Das Projekt mit Sitz in der Leipziger Südvorstadt bedient zum einen die Themenvielfalt seines Zielpublikums und bietet zum anderen eine Plattform, auf der auch problematische Positionen und Einzelmeinungen eine Bühne erhalten. So reicht das Spektrum von Verschwörungserzählungen, Leugnung des Klimawandels, Esoterik über Lebenstipps bis hin zur Diskussion aktueller Ereignisse. Wie bereits die „Friedensmahnwachen“ 2014, begleitet „NuoViso“ auch im Jahr 2020 die Coronaproteste mit Liveberichten, Diskussionsrunden und Interviews.

Inhaltlich hält „NuoViso“ keine Distanz zu extremen Positionen. Rechtspopulistische bis rechtsextreme Inhalte finden so leicht Platz im alternativen Youtube-Programm. In den vergangenen Jahren unterstützte „NuoViso“ unter anderem das neurechte „Compact-Magazin“ von Jürgen Elsässer und bot dem als „Volkslehrer“ bekannt geworden und antisemitische Thesen verbreitenden Nikolai Nerling oder dem rechten Rapper Chris Ares eine Plattform.

In ihrem Bemühen, weiteren Anschluss an die bürgerliche Mitte zu erhalten, werden zunehmend Formate gewählt, die man aus den öffentlich-rechtlichen Medien kennt. So soll ab Herbst 2020 eine Diskussi-

onsrunde, „Ruderboot“ benannt, etabliert werden. Moderieren soll diese Runde der mit rechtsoffenen Äußerungen aufgefallene Kabarettist Uwe Steimle und die ehemalige MDR-Moderatorin Katrin Huß.

ExoMagazin-TV

Das 2007 von Robert Fleischer gegründete Projekt „ExoMagazin-TV“ fungiert als deutscher Zweig des internationalen „Exopolitik-Netzwerkes“^[1] und beschäftigt sich vordergründig mit Ufos und angeblich außerirdischen Phänomenen. In den vergangenen Jahren war das ebenfalls in der Südvorstadt ansässige Projekt auch Partner von „NuoViso“.

Die vorwiegenden Ufo-Themen richten sich hauptsächlich an die „Truther-Bewegung“^[2] und gelten außerhalb dieser Szene als unwissenschaftlich und verschwörungsideologisch. Weitere Inhalte für die knapp 90.000 Abonnent*innen sind vermeintlich alternative Fakten zu 9/11, Mythen um Bilderberger-Konferenzen und sonstige Theorien über das angebliche Wirken geheimer Mächte im Hintergrund.

Neue Themen fand auch Fleischer im Zuge der Coronaproteste. Neben Live-Berichten von Demonstrationen und zusammengeschnittenen Videos zugunsten der „Bewegung Leipzig“ bot er dem Leipziger „Widerstand2020“-Mitgründer und „KlagePaten“^[3] Ralf Ludwig in einem Interview ein Podium, um seine Strategie und juristisches Vorgehen für die „Querdenken-Bewegung“ zu erläutern.

Hans-Joachim Müller

Ein weiteres Medienprojekt aus Leipzig, welches besonders während der Corona-Pandemie breitere Popularität erfuhr, ist der gleichnamige Youtube-Kanal von Hans-Joachim Müller. Obwohl das erste Video erst Ende November 2019 veröffentlicht wurde, erreichte der Kanal bis Ende Oktober 2020 97.000 Abonnent*innen.

Müller, der von sich selbst behauptet, im Herbst 1989 Sprecher des „Neuen Forums“ gewesen zu sein, ist kein Neuling der verschwörungsgläubigen Szene. Bereits 2015 war er Teil eines kleinen, politischen Einfluss anstrebenden „Truther-Netzwerkes“. Dieses Netzwerk gründete sich aus ehemaligen Teilnehmenden der seit 2014 stattfindenden „Friedensmahnwachen“ und fand, neben Müller, in Leipzig aktiv Beteiligte vor allem in Kreisen der „Offensive für Deutschland“. Geblieben ist von diesem Netzwerk lediglich der verschwörungsideologische und reichsbürgernahe Blog „Volldraht“. Müller steuerte dem Blog einige seiner regelmäßig auf

[1] Die „Exopolitik-Bewegung“ geht von der Existenz außerirdischen Lebens auf der Erde aus und setzt sich für eine weltweite politische Beachtung dieses Umstandes ein.

[2] Als „Truther(-bewegung)“ bezeichnen sich Personen und Gruppen, die davon ausgehen, von Regierungen und öffentlichen Medien systematisch belogen zu werden. Sie vertreten dogmatisch eigene „Wahrheiten“. Diese weisen Überschneidungen mit verbreiteten Verschwörungserzählungen auf und sind weder wissenschaftlich belegbar noch werden innere Widersprüche aufgelöst.

[3] „Art Rechtshilfeorganisation der Anti-Corona-Bewegung.“ Netzpolitik.org vom 15.09.2020: Die fragwürdigen Spenden-Tricks der Anti-Corona-Bewegung.



Der extrem rechte Youtuber und QAnon-Aktivist Hans-Joachim Müller setzt sich für ein Königreich Sachsen oder besser gleich ein Kaiserreich ein.

Facebook veröffentlichten „Post von Müller“ bei. Überhaupt stellte bis Herbst 2019 Facebook das wichtigste Medium für Müller dar, um seine „Post“ zu veröffentlichen, in der er tagesaktuelle Politik kommentierte und diese teils mit antisemitischen Mythen auflud.

Als 2018 die „QAnon-Bewegung“ weltweite Verbreitung fand, griff Müller diese Erzählungen in seinen Facebook-Posts ebenfalls auf und vermischte sie mit seiner Vorstellung eines „Neuen Forums 89“. So sehr dieser Namen an die politischen Umbrüche von 1989 erinnern soll, so wenig hat er mit den damaligen Ideen gemein. Eine neue Wende soll, ginge es nach Müller und seinen Anhänger*innen, keine Demokratie einführen oder festigen. Entstehen solle vielmehr eine Monarchie, wahlweise ein Königreich Sachsen oder besser gleich ein Kaiserreich, im als besetzt dargestellten, Deutschland.

Um weiteres Publikum zu erreichen, veranstaltete Müller im September 2018 eine der ersten „QAnon“-Demos in Leipzig^[4] und veröffentlicht seit Ende 2019 als „Denkwerk“ benannte Videos bei Youtube. Im März 2020 wurden die „Denkwerke“ mit einer täglichen „Tageskorrektur“ komplettiert und in den folgenden Monaten bei Seminaren in Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie Österreich und der Schweiz vorgestellt. Die „Tageskorrekturen“ selbst stellen die Fortführung der „Post von Müller“ dar und bieten dem Publikum neben subjektiven Erklärungen tagesaktueller Ereignisse auch die Interpretationen geheimer Botschaften in ausgesuchten Nachrichten.

Eingestreute Leseempfehlungen der gefälschten antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“, aufgebaute Feindbilder von Rockefeller und Rothschild bis hin zu vermeintlichen vatikanischen weltensteuernden Juden, zeigen den Zuschauer*innen den Weg zum vermeintlichen „Deep State“, der je nach veränderlicher Interpretation auch gleich der Besetzer Deutschlands

ist. Als angebliche Befreier werden Donald Trump und Wladimir Putin verehrt. Nur durch das Handeln dieser beiden könne Deutschland „souverän“ werden und ein neuer Staat entstehen, so Müller. Wie dieser Staat aussehen könnte, wird mit der Theoretisierung der Errichtung eines König- beziehungsweise Kaiserreichs als neue Gesellschaftsform gleich mitgeliefert. Demokratie und das Grundgesetz als Verfassung stellen keine Option dar.

Neue Reichweite für Verschwörungserzählungen durch Coronaproteste?

Während der Coronaproteste berichtete das „ExoMagazin-TV“ wenig zielgruppenübergreifend und fast ausschließlich aus Leipzig. „NuoViso.TV“ hingegen war mit den unterschiedlichen Sendeformaten und Themen anschlussfähig für ein breites Spektrum weiterer Zuschauer*innen aus dem heterogenen Umfeld der Coronaproteste, wodurch problematische Inhalte ein teilweise neues Publikum und zusätzliche Verbreitung fanden. So auch in dem Kanal von Hans-Joachim Müller. In diesem lieferte er seinem Publikum, das hinter dem Coronavirus alles von absichtlicher Verbreitung bis Nichtexistenz vermutet, einfache Erklärungen und fertige Lösungen „aller“ Probleme. Man kann diesen Kanal inzwischen als einen der populärsten deutschsprachigen „QAnon“-Multiplikatoren bezeichnen. Werden viele der zahlreichen weiteren „QAnon“-Kanäle konspirativ und anonym betrieben, ist Hans-Joachim Müller ein weit bekanntes Gesicht der „Q-Bewegung“ und trägt zur massenhaften Verbreitung und Normalisierung von reichsbürgernahem, antisemitischem und demokratieablehnendem Gedankengut bei. ■

Julia Fröhlich ist Naturwissenschaftlerin und interessiert sich (privat) für rechte Netzwerke und deren Dynamiken.

[4] Vgl. chronik.LE (2018): Rechte Demonstration vor Bundesverwaltungsgericht. 02.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.chronikle.org/ereignis/rechte-demonstration-bundesverwaltungsgericht>.



DIE CORONAPROTESTE IN LEIPZIG

Eine heterogene Mischung selbsternannter Querdenker*innen

von Christoph Hedtke und Julia Fröhlich

Die erste Coronaschutzverordnung war in Sachsen gerade zwei Wochen alt, da fanden sich auch in Leipzig schon Menschen zusammen, die etwas „bewegen“ wollten. Was genau, war und blieb diffus. Es handelt sich um eine unübersichtliche und heterogene Bewegung, die seit März 2020 über einhundert Veranstaltungen durchgeführt hat. Die Formate waren unterschiedlich. Sie reichten von Spaziergängen über Demonstrationen bis hin zu Meditationen und Tanz- und Diskussionsrunden im Park. Dieser Artikel soll einen kurzen Überblick über die Entwicklung der „Coronademos“ in Leipzig geben.

Spazieren und meditieren gegen den Lockdown

In Leipzig knüpfen Protestinitiativen immer wieder an das Narrativ der „Friedlichen Revolution“ an. So auch der Protest gegen die Infektionsschutzmaßnahmen, der sich ebenfalls in die Tradition der Montagsdemos zum Ende der DDR stellte. Seit dem 4. Mai 2020 traf sich immer montags eine lose Gruppe, die dann von der Nikolaikirche oder dem Augustusplatz gemeinsam durch die Leipziger Innenstadt zog.

Um die Ausgangs- und Versammlungsbeschränkungen zu umgehen, nannte man dies Spaziergang. Die Ordnungsbehörden zeigten sich von der Ansammlung jede Woche aufs Neue überrascht. Durch die Abwesenheit von Plakaten oder Parolen, war dieser Protestmarsch in den ersten Monaten jedoch von außen kaum als ein solcher zu erkennen. Für einige der selten mehr als 30 Teilnehmenden, von denen einige schon bei LEGIDA dabei waren, war dies der einzig wahre Widerstand, da die Versammlungen zumindest vorerst nicht angemeldet wurden.

Eine weniger bewegten Form des Protests waren die Meditationen auf dem Augustusplatz, zu denen ein rechter Kampfsportler mobilisierte. Angelehnt an die „Ignorance Meditations“ in Berlin, trafen sich hier bis zu 40 Personen, um sitzend gegen die vermeintliche Ignoranz der Politik zu „meditieren“. Auch hier war das Anliegen des Events für Außenstehende nur schwer ersichtlich.

Mit der schrittweisen Aufhebung der Maßnahmen zum Infektionsschutz verloren diese Veranstaltungen an Zulauf. Zwar fanden bis November etwa 25 der Spaziergänge und sechs „Meditationen“ statt, jedoch ohne größere Mobilisierungserfolge, weitere Öffentlichkeit und langfristige Vernetzung. Etwas anders sieht es bei der selbsternannten „BewegungLeipzig“ aus.

„Querdenken“ in Leipzig

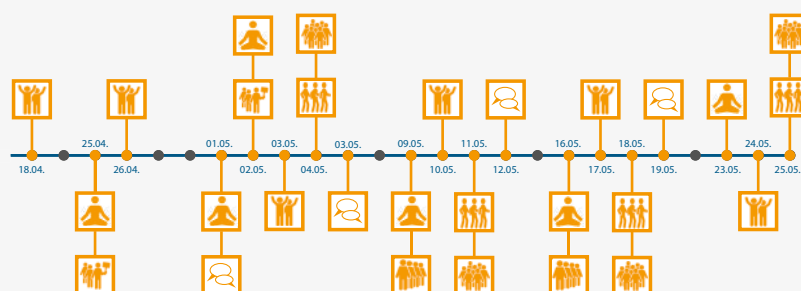
Ebenfalls in eine Linie mit den Demonstrationen von 1989 stellte sich eine Gruppe, die am 26. April 2020 an der Nikolaikirche ihre erste Veranstaltung durchführte. Gegründet als Leipziger Ableger von „Nicht ohne uns“ (NOU) distanzierte sich die Gruppe Ende April jedoch von ihrem Berliner Vorreiter. Während Einzelne die fehlende Abgrenzung von rechten Vereinnahmungsversuchen, allen voran von Ken Jebsen, als Grund nannten, wollten sich Andere von NOU-Berlin lösen und „allein“ weitermachen, da sie die Berliner Bestrebungen als Weg in den Sozialismus sahen.

Auf der Suche nach einem neuen Namen gab es verschiedene Vorschläge, die bereits etwas über die heterogene Zusammensetzung der Gruppe erahnen ließen. So reichten diese von „Menschheitsfamilie Leipzig“ über „Patriotische Plattform Leipzig“ bis hin zum „QAnon“-Slogan „WWGIWGA Leipzig“. Schließlich benannte man sich in „BewegungLeipzig“ (BL) um. In Anlehnung an die Stuttgarter „Querdenken“-Initiative folgte im September der Namenszusatz „Querdenken-341“.

Über mehrere Monate hinweg versuchte die BL mehrmals in der Woche mit verschiedenen Protestformen auf sich aufmerksam zu machen und Menschen zu vernetzen. So mobilisierte man nicht nur samstags zu Kundgebungen auf den Vorplatz der Nikolaikirche und später auf den Marktplatz, sondern auch dienstags zu „Corona-Debatten“ auf den Wilhelm-Leuschner-Platz und sonntags zu Diskussionsrunden mit dem Titel „Forum der Veränderung“ und Tanzdemos in den Volkspark Kleinzschocher.

CORONAPROTESTE IN LEIPZIG

- Tanzdemo**
„BewegungLeipzig“
- Ignorance Meditation**
unbekannte Veranstalter*innen
- Kundgebung**
„Nicht ohne uns“-Spätere
„BewegungLeipzig“
- Montagsdemo Engelsdorf**
AID-Spektrum
- Spaziergang**
lose Gruppierung
- Corona-Debatte**
„BewegungLeipzig“
- „Versammlung für Freiheit“**
„BewegungLeipzig“
- Forum für Veränderung**
„BewegungLeipzig“
- Picknick**
„BewegungLeipzig“
- Autokorso**
„BewegungLeipzig“
- Demo „Die zweite friedliche Revolution“**
„BewegungLeipzig“ & Querdenken-711
- Kundgebung „Zeit es zu beenden“**
„Mitteldeutschland steht auf und bewegt sich“





Inhaltlich heterogen, manchmal konfus, oft antisemitisch, mitunter faschistisch und immer regressiv: Die Corona-Proteste in Leipzig 2020.

Anfänglich gab es bei den Veranstaltungen in der Innenstadt noch offene Mikros. Dies führte aber dazu, dass in Redebeiträgen immer wieder auch antisemitische und rassistische Positionen, Verschwörungserzählungen und Reichsbürgermythen öffentlich verbreitet und beklatscht wurden. Das löste zumindest bei einzelnen Organisator*innen Unbehagen aus. Sicherlich nicht zuletzt auch, weil die BL durch Gegenprotest und mediale Berichterstattung^[1] zunehmend öffentlich wahrgenommen und kritisiert wurde^[2]. Die Reaktion war, dass Redebeiträge künftig angemeldet werden mussten, Fahnen von den Veranstaltungen verbannt und die Chatfunktion in der BL-Telegramgruppe geschlossen wurden. Eine ernstzunehmende kritische Auseinandersetzung oder gar glaubwürdige Distanzierung blieb jedoch aus.

Im Sommer vernetzte sich die BL zunehmend mit anderen Gruppierungen. Innerhalb des Netzwerkes „Bewegung Mitteldeutschland“ unterstützte man sich nun gegenseitig bei den Veranstaltungen, was den Rückgang der Teilnehmenden allerdings nur teilweise kompensierte. Bundesweit knüpfte man Kontakte, vor allem mit anderen „Querdenken“-Gruppierungen, und organisierte Busfahrten zu den großen Demonstrationen in Berlin. Ein Mitglied der Leipziger „Bewegung“ war dort auch wiederholt Anmelder der Versammlungen am Brandenburger Tor.

Telegram als Bewegungskatalysator

Im Zusammenhang mit den Protesten war zu beobachten, dass die zunehmende Nutzung von Messengerdiensten, insbesondere Telegram, eine zentrale Rolle spielte und damit andere Plattformen in ihrer Bedeutung für rasante Mobilisierung und Netzwerkbildung sowie ungehinderten Austausch zunehmend ablöste. Im April wurden binnen kürzester Zeit beispielsweise allein für Sachsen über 20 Lokalgruppen unter

dem Label „Corona-Rebellen“ gegründet. Auch in Leipzig gab es schon bald mehrere anfänglich schnell wachsenden Telegramgruppen und -kanäle, die teilweise unter eigenen Namen liefen, von Einzelpersonen betrieben wurden und nicht unbedingt festen Gruppen zuzuordnen waren.

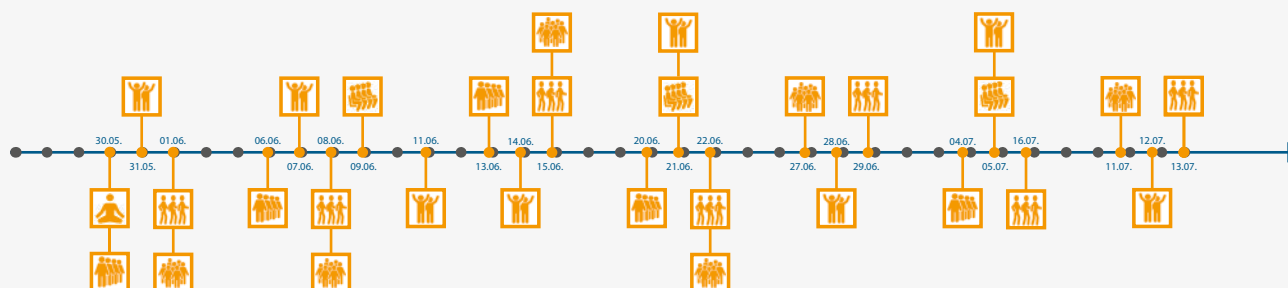
Sie dienten zum einen der Mobilisierung für die unterschiedlichen Protestveranstaltungen. Zum anderen dienten sie dem Austausch darüber, wo man ohne den häufig als „Maulkorb“ oder „Sklavenmaske“ bezeichneten Mund-Nasen-Schutz eingekauft hat oder bahngefahren ist, welche Praxen Atteste zur Befreiung vom Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ausstellen oder wie man den Coronatest in der Schule der Kinder umgehen kann, um nur einige Beispiele zu nennen.

Außerdem fanden diejenigen, die sich in dieser Zeit zunehmend von herkömmlichen Medien abwandten, hier neue „alternative“ Informationskanäle, die beispielsweise über die angeblich „wahren“ Motive von Jens Spahn und Bill Gates berichten. Während man auf der einen Seite dem vermeintlichen „Establishment“ oder der „Elite“ gezielte Desinformation vorwirft und betont, die Dinge zu hinterfragen, vertraut man gleichzeitig blind den noch so absurdesten Nachrichten anonymer Chatteilnehmer*innen.

Mit der Zeit entwickelten sich die Chatverläufe recht unterschiedlich. In Kanälen ohne oder mit nur geringer Moderation dominierten binnen kurzer Zeit unzählige Videos und Sharepics unter anderem über den vermeintlichen Besatzungsstatus Deutschlands und Mythen über antisemitische Verschwörungen, sodass Diskussionen und Veranstaltungsankündigungen eher untergingen. In anderen lokalen Gruppen unterband man zunehmend das Teilen externer Inhalte und setzte mehr auf Austausch und Mobilisierung. Zudem wurde schon bald antizipiert, welche Inhalte von einer Öffentlichkeit

[1] Puppe, Matthias (2020): Corona-Proteste in Leipzig: „Ich dachte: So ist eine totalitäre Diktatur“. In: Leipziger Volkszeitung vom 07.05.2020.

[2] Leipzig nimmt Platz (2020): Bewegung Leipzig: mit Verschwörungstheorien und Querfrontbestrebungen für die Grundrechte. Online abrufbar unter platznehmen.de/bewegung-leipzig-nichtohneuns.





als problematisch aufgefasst werden könnten. Diese wurden gelöscht, ohne dass jedoch eine inhaltliche Auseinandersetzung oder gar Distanzierung erfolgte. Wiesen Chatteilnehmende in Diskussionen auf kritische Inhalte hin, wurden ihre Posts und Accounts oft gleich mit entfernt.

Was bewegt die „Bewegung“?

Auch nach Besuch zahlreicher Versammlungen und langer Beobachtung von Chatverläufen, ist nur schwer zu beantworten, was die sich dort zusammenfindenden Menschen bewegt und vor allem, was sie verbindet. Denn im allgemeinen Unmut haben sich viele sehr unterschiedliche Akteur*innen mit unterschiedlichsten Motiven und ohne einheitliche Ideologie auf den Straßen Leipzigs und in der digitalen Welt zusammengefunden, so dass eine Beschreibung der Proteste mit den gängigen Labels immer unzureichend ist.

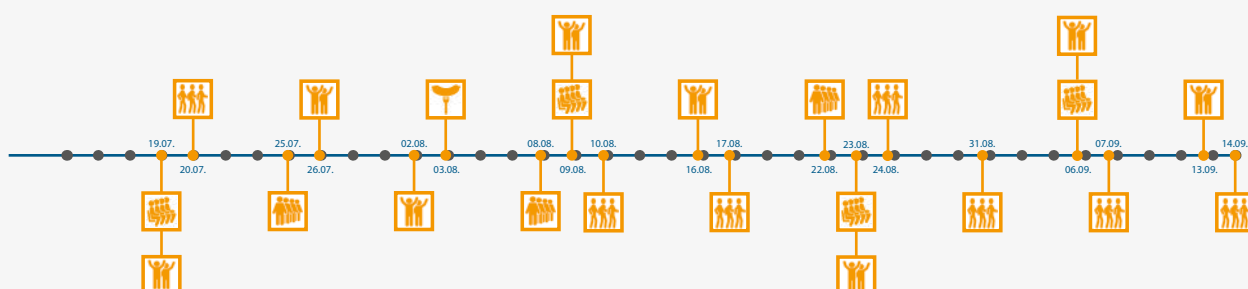
Unseres Erachtens eint sie insbesondere die politisch-kulturelle Entfremdung und das Unbehagen gegenüber aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, welches befeuert wird durch fundamentales und teilweise schon feindseliges Misstrauen in etablierte politische Institutionen, Medien und Wissenschaft. Diesem Misstrauen liegt nicht selten ein geringes bis völlig verqueres Verständnis davon zu Grunde, wie diese Institutionen arbeiten und strukturiert sind. Diese Gemengelage, kombiniert mit einem Un- oder zumindest Missverständnis komplexer gesellschaftlicher Prozesse, ist dann auch wegbereitend für teilweise wahnhaftige Annahmen hinsichtlich dunkler Kräfte, die im Hintergrund alles steuern würden, womit dann plötzlich alles Mögliche „erklärbar“ wird.

Sind dieses Misstrauen, Unverständnis und komplexitätsre-

duzierende Verschwörungsgeraune ausreichend verinnerlicht, ist die Basis dafür gelegt, dass aus der diffusen Sorge vor staatlichen Eingriffen in das eigene Leben eine manifeste Furcht vor der vermeintlich nahenden oder gar bereits errichteten „Coronadiktatur“ werden kann, die wahlweise an den Nationalsozialismus oder die DDR erinnere. So lässt ein Gründungsmitglied der BL verlauten: „Wir werden bedroht mit Handytracking, Überwachung mit Drohnen, Identitätsnachweis und Zwangsimpfung. Wir wurden eingesperrt.“ Auch stellt er im April fest: „Über Nacht sind wir in einer Diktatur aufgewacht.“ Andere zogen Parallelen zwischen den Infektionsschutzmaßnahmen und den Ermächtigungsgesetzen der Nazis von 1933.

Neben denjenigen, die vordergründig durch den Unmut über die Infektionsschutzmaßnahmen und deren Ablehnung getrieben sind, beteiligten sich aber auch zahlreiche, die bereits zuvor eine politische Agenda hatten. Diese versuchten, die Mobilisierungen und Vernetzungen sowie die Untergangs- oder wahlweise auch Erweckungserzählungen für sich zu nutzen und gezielt demokratische Institutionen zu delegitimieren und schwächen. Darunter einige, wenn auch zumindest in Leipzig nicht viele, Akteur*innen der extremen Rechten.

Doch da in der verzerrten Realitätswahrnehmung die vermeintlich drohende Gefahr als so groß angesehen wird, scheinen selbst diejenigen in dieser „Bewegung“, die sich selbst eher als liberal oder gar links verstehen würden, bereit, sich mit allen politischen Lagern und damit auch demokratie- und menschenfeindlichen Akteur*innen zu verbünden. Grundlegende inhaltliche Differenzen und somit auch Widersprüche werden ausgeblendet, Kritik als Spaltungsversuche diskreditiert.





photos: christoph hedtke/ photo 2, 5, 6, 8, 9; tim mörch

Fazit

Auch wenn es anfänglich noch anders schien, wurde im Laufe der Zeit deutlich, dass die Proteste in Leipzig zwar Ausdauer bewiesen, jedoch zumindest vor Ort keine größeren Mobilisierungserfolge und mediales Echo erzielen konnten. Die wöchentlichen Versammlungen waren somit in erster Linie ein soziales Event für die Teilnehmenden, ohne dass trotz beachtlichen Ressourcenaufwandes eine ernstzunehmende Öffentlichkeit erreicht wurde. Passant*innen waren nur mäßig interessiert und man sprach eher unter sich und beklatschte das, was man so-wieso meinte zu wissen.

Doch auch wenn auf Leipzigs Straßen zunehmend weniger Menschen zusammenkamen, sollten die Folgen der Mobilisierung und vor allem der Vernetzung nicht unterschätzt werden. So wurden vor Ort und in der virtuellen Welt Netzwerke gebildet, die zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise wieder aktiviert werden können. Zudem fördern diese schon jetzt eine massive Verbreitung von Fehlinformationen, Verschwörungserzählungen und menschenverachtenden Ideologien, was bereits zur Radikalisierung Einiger in dieser Bewegung geführt hat.

Nicht zuletzt haben wir es hier mit einer Strömung zu tun, die die individuelle Freiheit über die anderer stellt und sich dabei als Beschützerin einer freien Gesellschaft sieht. Die mantraartige Rede von Freiheit und Liebe verschleiert die mangelnde Solidarität und den menschenverachtenden Individualismus der „BewegungLeipzig“.

Christoph Hedtke ist freier (Foto-)Journalist und arbeitet derzeit vor allem zur extremen Rechten und zu den Coronaprotesten in der Region Leipzig.

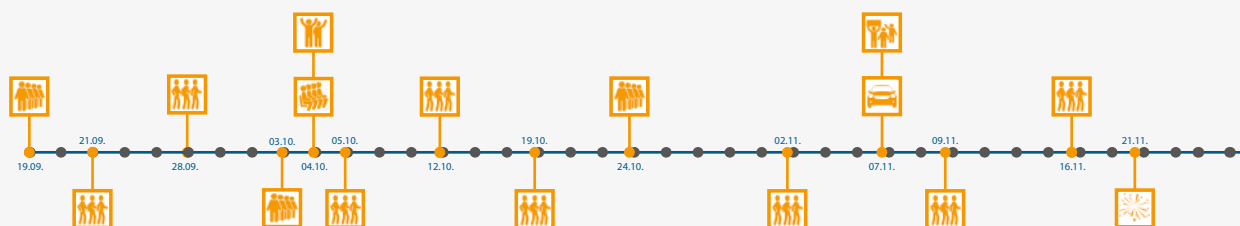
Julia Fröhlich ist Naturwissenschaftlerin und interessiert sich (privat) für rechte Netzwerke und deren Dynamiken.



photo: tim mörch

Leipzig, 7. November 2020

UPDATE: Nach Vorveröffentlichung des Artikels gab es in der Protestlandschaft noch etwas Bewegung: Am 7. November organisierte die BewegungLeipzig als Querdenken-341 gemeinsam mit der Stuttgarter Initiative Querdenken-711 eine Kundgebung, an der sich bis zu 40.000 Menschen beteiligten. Nach deren Auflösung wegen missachteter Auflagen versuchten die Demonstrant*innen ihr Ziel, wie bei den 89er Montagsdemos um den Ring zu laufen, durchzusetzen und gingen hierbei gewaltsam gegen Polizei und Journalist*innen vor. Danach beteiligte sich die BL noch an Veranstaltungen anderer Querdenken-Gruppen, führte aber vorerst keine eigenen mehr durch und strich den Namenszusatz Querdenken-341 wieder. Der „Montagsspaziergang“ am 9. November wurde von einer vielfach größeren Gegen demonstration eingekesselt und blockiert und fand seitdem nur noch unregelmäßig statt. Zu einer Kundgebung am 21. November wurde vor allem aus den Reihen der Reichsbürger und Neonazis mobilisiert. Wegen Auflagenverstößen startete diese jedoch gar nicht erst. Es kam an dem Tag zu zahlreichen gewaltsamen Übergriffen. Im Dezember wird bekannt, dass ein AfD-Gemeinderat aus Böhlen, der am 21. November mitdemonstrierte, an COVID-19 erkrankte und verstarb.



DIE QUERDENKEN-PROTESTE IM NOVEMBER

Selbstermächtigung, Staatsversagen und Radikalisierung

von chronik.LE

Am 7. November 2020 fand in Leipzig mit mehreren zehntausend Teilnehmenden eine der größten Versammlungen der Corona-Leugner-Szene statt und wird zum Höhepunkt der von Querdenken angestrebten „Selbstermächtigung“. Zugleich offenbart sich eine zunehmende Radikalisierung der Proteste und ein Versagen sächsischer Behörden im Umgang damit.

[1] Im „Bushido Sportcenter“ trainieren unter anderem Neonazis wie Brian Engelman, Jonas Fichtler und Martin Krause (alle beteiligt am Überfall auf Connewitz am 11.01.2016) und Johannes Herre (beteiligt am Angriff auf einen Schwarzen Türsteher auf Mallorca am 07.06.2019). Auf dem offiziellen Facebook-Account des Gyms werden unter anderem antisemitische Hashtags wie „fightnwo“ verwendet. Weitere Infos zu rechten Kampfsportgyms in Leipzig im Text „Neonazistische und rechtsoffene Gyms“ auf Seite 102.

[2] Die „Bewegung Leipzig“ demonstrierte u.a. in Halle/Saale, Magdeburg, Dresden, Naumburg und Quedlinburg mit anderen lokalen Corona-Leugnern. Der erhoffte Mobilisierungsschub für die eigenen Veranstaltungen blieb allerdings aus.

Kurz nach Einführung der ersten Corona-Schutzmaßnahmen im März 2020 demonstrieren bundesweit Menschen gegen die Einschränkungen in ihrem Alltag. Auch in Leipzig protestiert eine lose Gruppe schon frühzeitig und bediente sich dabei diffuser Aktionsformen von Tanzdemos über Spaziergänge, Open-Mics und Meditationen. Trotz vielfältiger Ansätze für berechnete Kritik, wie der Einschränkung von Grundrechten oder der ungleichen Beschränkung des öffentlichen Lebens, wurden bei diesen Veranstaltungen von Beginn an, vor allem Verschwörungsideologien und Antisemitismus verbreitet. Weithin war auch bei den Protesten in Leipzig ein fehlender Mindestabstand zur extremen Rechten feststellbar: So fungierte Marko Zschörner, Inhaber und MMA-Trainer des „Bushido Sportcenter Leipzig“ und MMA-Trainer bekannter neonazistischer Gewalttäter^[1], als Ansprechperson für die Polizei der ab April stattfindenden „Ignorance Meditations“. Zusätzlich begleiten lokale Verschwörungsideologen wie der YouTuber Hans-Joachim Müller und das Medienunternehmen NuoViso-TV die Aktionen propagandistisch und verschaffen ihnen bundesweite Öffentlichkeit. Trotz verschiedener aktiver Personenzusammenhänge kristallisiert sich in Leipzig ein Ableger von „Nicht ohne Uns“ als zentraler Protestakteur heraus. Die Gruppe benennt sich später in „Bewegung Leipzig“ um und nimmt im September 2020 den Zusatz „Querdenken 341“ an. Einerseits greifen die Protagonist*innen auf die schon seit Legida bekannte Strategie einer Protesttour durch das Leipziger Umland zurück^[2], andererseits intensivieren sie ihre Kontakte ins bundesweite Querdenker-Netzwerk: Mit Nils Wehner meldete eine zentrale Person der „Bewegung Leipzig“ am 29. August 2020 eine Veranstaltung in Berlin an. In Leipzig tritt er als Moderator, Redner und Anmelder in Erscheinung. Der Anwalt Ralf Ludwig, der Querdenken bundesweit in der juristischen Auseinandersetzung vertritt, kommt wiederholt als Redner nach

Leipzig. Mit „Klagepaten“ betreibt er darüber hinaus ein lukratives Geschäftsmodell zur Durchsetzung von Einsprüchen gegen verschiedene Corona-Maßnahmen.

#le0711: Selbstermächtigung und Staatsversagen

Nachdem bundesweite Querdenken-Proteste im Oktober in Berlin nur noch knapp 2.000 Teilnehmende mobilisierten, rechneten aufmerksame Antifaschist*innen nach Beginn des „Lockdown-Light“ Anfang November für die angekündigten Proteste in Leipzig mit einer fünfstelligen Zahl an Teilnehmenden. Auch die Versammlungsbehörde schloss sich dieser Einschätzung an und beauftragt die Kundgebung daher auf die Neue Messe am Stadtrand, wo die Einhaltung von Abständen zum Infektionsschutz theoretisch möglich wäre. Hatte die Argumentation vor dem Verwaltungsgericht in Leipzig noch Bestand, so kippte das Oberverwaltungsgericht Bautzen diese und erlaubte eine Kundgebung auf dem zentralen Augustusplatz für 16.000 Personen. Auf ihren Ansteckern, Schildern und Transparenten verbreiten diese vielfach antisemitische Verschwörungsideologien und Geschichtsrevisionismus. Redner auf der Bühne setzen die Corona-Gesetzgebung mit dem Ermächtigungsgesetz 1933 gleich und vergleichen Maskierungs-Regeln mit antisemitischen Zwangsmaßnahmen der NS-Zeit. Wie schon bei vergangenen Großveranstaltungen der Querdenker wird die Weigerung eine Maske zu tragen und Abstandsregeln zu achten zur Performance kollektiver Selbstermächtigung, der bereitwillig große Teile der Teilnehmenden folgen.

Seitens der Organisator*innen sind zentrale Personen der Corona-Leugner-Szene wie Nils Wehner, Stephan Bergmann, Bodo Schiffmann, Anselm Lenz und Markus Haintz vertreten. Bei den Protesten finden sich bekannte Verschwörungsideolog*innen und rechte Medienschaffende wie Attila Hildmann, Sven Liebich, Martin Lejeune, Jürgen Elsässer, Elijah Tee und Miriam Hope ein. Auch die Mitglieder der sächsischen AfD Jörg Dornau und Albrecht Harlaß sowie der ideologische Hintermann des völkischen Flügels Götz Kubitschek nehmen teil. Als die Kundgebung nach drei Stunden wegen fehlender Masken und Abstände polizeilich aufgelöst wird, beginnen zugleich Versuche, eine Demonstration auf dem Innenstadtring durchzusetzen. Damit versuchen die Organisator*innen und

Demonstrierenden gezielt an die historischen Montagsdemonstrationen des Jahres 1989 anzuknüpfen. Der Aufruf für den 7.11. lief unter dem Motto „zweite friedliche (R)Evolution“ und auch das Szenario eines „spontanen“ und unangemeldeten Marsches auf dem Ring hatte der Anmelder Nils Wehner bereits im Vorfeld gerechtfertigt. Direkten Bezug auf die 1989 durchgeführten Ringdemonstrationen nehmen letztlich auch Redner*innen wie die Kommunalpolitikerin Heike Oehlert (ehem. Freie Wähler, stellvertretende Bürgermeisterin Zwenkau) und der Pfarrer i.R. Christoph Wonneberger (ehemaliger Koordinator Friedensgebete).

Durchgesetzt wurde der Marsch schließlich durch gewalttätige Hooligans, Kampfsportler und Neonazis. Gemeinsam mit anderen Querdenkern treiben diese die wenigen Beamt*innen vor sich her und machen damit den Weg frei. Bundesweit angereiste Vertreter der extremen Rechten hatten sich schon frühzeitig auf dem Versammlungsplatz eingefunden. Ihre Anwesenheit, zeigt den Stellenwert der Mobilisierung nach Leipzig: Udo Voigt, Stefan Trautmann, Patrick Wieschke (alle NPD), Paul Rzehaczek, Maik Schmidt (beide „Junge Nationalisten“), Michael Brück, Sven Skoda, Kevin Gabbe (alle „Die Rechte“), Enrico Böhm (ehem. NPD), Rick Wegner^[3], Alexander Kurth (ehem.: NPD, „Die Rechte“, „Thügida“, Republikaner; jetzt: „Ungetrübte Media“), Pierre Bauer, Arno Niederländer, Tim Kühn, Yves Rahmel (Geschäftsführer „PC Records“), Chris Junghänel („Kaotic Chemnitz“) Fabian N. und Benjamin B. („Imperium Fighting Team“). Vor den teils koordinierten Angriffen, teils chaotisch wirkenden Durchbruchversuchen zog sich die Polizei schließlich weitgehend vom Innenstadtring zurück. Im Umfeld der Demonstration kam es immer wieder zu gezielten Angriffen auf politische Gegner*innen und Journalist*innen.

#2111: Radikalisierung der Querdenker

Beflügelt von der erfolgreichen Durchsetzung der Demonstration mobilisierte eine den Reichsbürgern nahestehende Fraktion des Corona-Leugner-Spektrums zu einer Folgedemonstration am 21. November. Aufgrund von Gegenveranstaltungen wurde diese jedoch verlegt und durch Absperrungen sowie konsequente Vorkontrollen für die Teilnehmenden sichtbar unattraktiv. Doch auch nach dem Abbruch dieser Kund-



Das rassistische, nationalistische und antisemitische Compact Magazin feiert die Querdenker als Freiheitsbewegung.

gebung demonstrieren Corona-Leugner „spontan“ in der Leipzig Innenstadt. Neonazis griffen mehrfach Gegendemonstrant*innen und Polizeikräfte an. Allein der diesmal zahlenmäßig größere Gegenprotest konnte die spontanen Demonstrationsversuche durch Blockaden stoppen. Unter den Teilnehmenden waren diesmal u.a. die verschwörungsideologischen YouTuber Nikolai Nerling sowie Martin Lejeunen und Anne „Anni“ Höhne, der verurteilte Mörder Rick Wegner sowie die vormaligen Mitglieder des Flügels der AfD Hans-Thomas Tillschneider und Jens Maier.

Trotz der rückläufigen Teilnehmendenzahl ist eine weitere Radikalisierung des Protestspektrums zu beobachten. Straßenkampf erprobte Neonazis finden zunehmend ihre Rolle im arbeitsteiligen Vorgehen der Querdenken-Proteste. Unterstützt werden diese neuerdings vom eindeutigen Bekenntnis Björn Höckes und seiner Unterstützern in der AfD zum „Protest auf der Straße“. In der Partei offenbart diese Strategie der Fundamentalopposition mal wieder die tiefe Zerrissenheit von der Basis bis in die Führung. Die Querdenken-Bewegung und ihre organisatorischen Vorläufer verbreiteten mit ihrer facettenreichen Leugnung der Gefahren von COVID-19 seit Beginn ein zutiefst regressives, insbesondere antisemitisches, geschichtsrevisionistisches und sozialdarwinistisches Weltbild. Bestehende rechte Narrative des Reichsbürger- und Selbstverwalter-Spektrums fügten sich hier ebenso bereitwillig ein, wie die Wahnvorstellung eines bevorstehenden „Tag X“.

[3] Rick Wegner (aka Richard Houdershell) ist ein verurteilter Mörder. Seit seiner Entlassung lebt er in Deutschland und war bereits bei verschiedenen rechten Gruppen aktiv. Am 29. August 2020 ist er u.a. mit Chris Ares und Kai Naggert bei den Protesten in Berlin und beteiligt sich am „Sturm“ auf die Reichstagsstreppe.

Der Text erschien zuerst im Antifa Infoblatt #129 im Dezember 2020. antifainfoblatt.de

»DENN DANN IST MEIN LEBEN TATSÄCHLICH IN GEFAHR«

Zur Situation von Menschen mit Behinderung in Zeiten von Corona

Interview mit Anna Müller und Michel Günther

Anna Müller und Michel Günther haben uns Anfang September ein Interview zur Situation von Menschen mit Behinderung in Zeiten von Corona gegeben. Selbstverständlich bietet das Interview nur einen Einblick, die Interviewten erheben nicht den Anspruch, für alle Menschen mit Behinderung zu sprechen. Die Beiden berichten von ihren persönlichen Erfahrungen und ihren beruflichen Einblicken.

Anna Müller ist 34 Jahre alt, hat eine fortschreitende Muskelerkrankung und sitzt im Rollstuhl. Teilweise wird sie in ihrem Alltag von einem Assistenzteam unterstützt. Sie arbeitet beim „Tanzlabor Leipzig“, einer mixed-abled-Tanzkompanie, der Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, mit und ohne Behinderung angehören. Hier werden auch Menschen mit Behinderung zu Tanzanleiter*innen ausgebildet. Sie ist verantwortlich für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Anna gehört zur Corona-Risikogruppe.

Michel Günther ist 31 Jahre alt und hat eine seltene, angeborene und fortschreitende Muskelerkrankung, weswegen er Vollzeit künstlich beatmet wird. Er hat eine 24-Stunden-Assistenz. Seit 2019 arbeitet er als Peer-Berater bei der „Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung“ (EUTB) vom „Offenen Dialog e.V.“ in Leipzig. Hier beraten vorwiegend Menschen mit Behinderung andere Menschen mit Behinderung, um sie zu unterstützen, zu empowern und Hilfestellungen zu leisten. Michel gehört zur Corona-Risikogruppe.

chronik.LE: Wie hat euch Corona persönlich tangiert? Könnt ihr uns einen Einblick in die Veränderungen eures Alltags und Berufs und eurer Freizeit geben?

Michel: Zurückblickend hat für mich die Coronazeit mit den ersten Fällen in Deutschland begonnen. Als auf Arbeit die Frage aufkam „Michel, was machen wir denn mit dir, wenn das nach Leipzig kommt, du gehörst ja zur Risikogruppe“, da habe ich spontan gesagt „Da werde ich wohl mal eine

Weile zuhause bleiben müssen“. Dann hat sich ja alles überschlagen. Ich habe mich dann sehr intensiv mit dem Virus auseinandergesetzt und versucht, jede neue Information aufzusaugen. Unsere Teilhabeberatung wurde recht schnell geschlossen, es gab circa drei Wochen keine persönlichen Beratungen. Wir haben danach begonnen, Videoberatungen anzubieten, was aber natürlich die persönliche Beratung nicht ersetzt. Es ist schwierig, das Videoberatungsangebot barrierefrei und technisch störungsfrei zu gestalten. Wir haben außerdem eine Telefonhotline eingerichtet. Dieses Angebot wurde nicht im gleichen Maße wie die herkömmliche Beratung angenommen. Die ersten persönlichen Beratungen haben dann mit einem Spaziergang draußen stattgefunden, das hat sich im Sommer angeboten. Wir haben uns peu à peu gesteigert und sind jetzt dank unseres Hygienekonzepts wieder im Normalmodus.

»

Die Krise hat gezeigt, dass unser klassisches Fürsorgesystem sehr anfällig ist.

«

Ich persönlich hatte Sorge, dass Corona in meinem Assistenzteam ausbricht, das in sich zusammenbricht und meine Pflege nicht mehr gesichert ist.

Anna: Für mich ging es tatsächlich mit den ersten Fällen in China los. Ich war sehr wachsam und habe die Nachrichten täglich verfolgt. Als die ersten Fälle in Deutschland bekannt wurden, habe ich mich von Mitte März bis Anfang Mai in Selbstisolation gegeben. Meine Partnerin hat begonnen, im Homeoffice zu arbeiten und meine Assistenz habe ich abgesagt. Das war auch nicht optimal, aber in dem Moment habe ich das Gefühl gehabt, keine Menschen um mich herum haben zu können. Ich brauchte

die Isolation. Das war alles neu und mit Ängsten verbunden. Ich hatte Angst, dass es mich trifft und mich besonders trifft. Ich habe mich dann auch sicherer gefühlt und erst als die Lockerungen kamen, kam für mich der Punkt, an dem es wieder schwieriger wurde. Alle haben sich schon mehr getraut, nur ich nicht. Inzwischen geh' ich raus und treffe mich auch mit Anderen. Ich achte allerdings sehr auf Abstände, beim Unterschreiten von den 1,5 Metern möchte ich, dass eine Maske getragen wird. Im Moment geht es ganz gut, aber ich habe Angst vor dem Winter und der Erkältungssaison.

Anna, du arbeitest ja im „Tanzlabor Leipzig“. Konnte das Angebot aufrechterhalten werden? Wie kann tanzen in Zeiten von Corona umgesetzt werden?

Anna: Es ist natürlich nicht leicht, weil Tanz ganz viel mit körperlicher Nähe zu tun hat. Gerade am Anfang wurde alles abgesagt. Dann haben wir gemeinsam überlegt, was wir machen können und wie wir Teilhabe gestalten können. Daraus sind drei Arbeitsgruppen entstanden. Uns war wichtig, dass es verschiedene Möglichkeiten der Teilhabe gibt und jede*r den eigenen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend teilnehmen kann. Unter anderem haben wir Videoprojekte von zu Hause aus organisiert, bei denen sich die Teilnehmenden beim Tanzen selbst filmten. Jetzt ist Tanzen unter Beachtung eines Hygienekonzepts mit wenigen Menschen wieder möglich. Wir haben verschiedene Kanäle geschaffen, um mit den Teilnehmenden Kontakt halten zu können. Von Mail über Telefon bis hin zum Brief. Technik kann nämlich auch Barrieren schaffen, da nicht jede*r in der Lage ist, sie zu bedienen beziehungsweise nicht jede*r Laptop oder Handy besitzt. Um noch mehr Menschen zu erreichen, hätten wir mehr Kommunikationsassistent*innen gebraucht.

Stichpunkt Isolation: Welche psychosozialen Folgen sind für Menschen mit Behinderung mit Isolation und Quarantäne eurer Meinung nach verknüpft?

Michel: Ich glaube, was schon da war, hat Co-



Michel Günther und Anna Müller beim Interview mit chronik.LE

rona noch potenziert oder sichtbar gemacht. Das war ein Katalysator, es hat Depressionen und Ängste verstärkt. Wenn man zum Beispiel künstlich beatmet wird, kann das für Menschen, die das nicht gewohnt sind, ein traumatisches Erlebnis sein. Künstliche Beatmung ist kein Zuckerschlecken. Aber wir haben teilweise auch andere Erfahrungen gemacht, dass für manche Menschen der gesellschaftliche Druck während des Lockdowns etwas rausgenommen wurde, also zum Beispiel sozial mitzuhalten, rauszugehen und Kontakte aufrechterhalten zu müssen. Das haben manche Personen sehr genossen, dass alles so ein bisschen entschleunigt war.

Anna: Ich weiß, wie es sich anfühlt, isoliert zu sein. Ich weiß, wie es sich anfühlt, nicht so am Leben teilhaben zu können, wie man möchte. Für mich war es nicht ganz so schlimm, nicht zu jeder Veranstaltung gehen zu können und für mich war das normal, dass ich mich mit meinen Freund*innen über Skype treffe. Ich habe Bekannte, die keine Behinderung haben, für die war dieses „Oh, plötzlich kann ich nichts mehr machen“ viel schlimmer. Ich dagegen dachte so „ja, ja, mein Leben, story of my life“. Ich bin das gewohnt, dass ich nicht alle Sachen immer so machen kann, wie ich das gern würde. Ich glaube, Menschen mit Behinderung haben da auch eine Menge Skills und Fähigkeiten, weil Teilhabe für behinderte Menschen generell nicht leicht möglich ist. Deshalb wissen sie häufig besser mit Isolation umzugehen. Das Problem fehlender Teilhabe ist nicht erst seit Corona da, sondern es war schon vorher da. Corona hat das nur noch verstärkt.

Michel: Diese Erfahrung habe ich auch gemacht. Menschen mit Behinderung sind teilweise viel resilienter in Bezug auf Krisen. Ich bin sehr beeindruckt davon, wie Bekannte mit einer Behinderung es wochenlang, monatelang durchgestanden haben und teilweise noch durchstehen, in häuslicher Isolation zu leben.

Habt ihr das Gefühl, dass die sozialen Träger, die Pflege und Betreuung von Menschen mit Behinderung anbieten, adäquat mit der Situation umgegangen sind?

Anna: Am Anfang war da eine Schockstarre, da ist viel versäumt worden, da ist vieles nicht passiert. Ich hätte mir außerdem gewünscht, dass es für Menschen, die sich nach den ersten Lockerungen nicht wieder zurück in die Werkstätten begeben wollten, mehr Möglichkeiten gibt, von zu Hause aus zu arbeiten.

Solidarität war insbesondere zu Beginn der Pandemie ein viel gehörtes Wort. Habt ihr diese auch praktisch erlebt, insbesondere in Bezug auf Menschen mit Behinderungen, die in Quarantäne leben?

Michel: Ja, das fand ich schon sehr beeindruckend, was es alles für Initiativen gab. Das „Inklusive Nachbarschaftszentrum“ hat Essen für Bedürftige gekocht und das dann an die Tür gehangen. Das fand ich sehr bewegend. An meiner Haustür hing ein Zettel, auf dem angeboten wurde, für Angehörige der Risikogruppe einkaufen zu gehen. Da war schon viel Solidarität da. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die

sehr unsolidarisch gehandelt haben oder noch immer handeln, die sich zum Beispiel gar nicht an Empfehlungen und Maßnahmen, wie das Tragen eines Mund-Nasenschutzes oder das Einhalten von Abstand halten. Das zerstört viele Bemühungen.

Was denkt ihr über die Coronaleugner*innen und ihre sogenannten „Hygienedemos“?

Anna: Grundsätzlich haben die Demonstrierenden natürlich das Recht, ihre Meinung zu äußern. Ich bin froh, dass es nicht die Mehrheitsmeinung ist. Ich hoffe, dass sie auch nie zur Mehrheitsmeinung wird, weil ich dann ein großes Problem habe. Denn dann ist mein Leben tatsächlich in Gefahr.

Michel: Die Anzahl der Menschen, die sich da versammeln, ist erschreckend. Dass Leute aus so unterschiedlichen Strömungen zusammenfinden, ohne damit Probleme zu haben, ist verwunderlich. Ich denke, dass diese Erscheinungen nur ein Zeichen von Unsicherheit sind. Wir verlieren alle die Kontrolle über unser gewohntes Leben und die Angst davor lässt einige Menschen nach abwegigen Erklärungen suchen.

Was zeigt uns die Krise in Bezug auf den Umgang mit Menschen mit Behinderung für die Zukunft?

Michel: Die Krise hat gezeigt, dass unser klassisches Fürsorgesystem für Krisen sehr anfällig ist. Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen haben die größten Probleme in Bezug auf das Recht auf Selbstbestimmung und das Infektionsrisiko gehabt. Wenn man als Mensch mit Behinderung selbstbestimmt lebt, beispielsweise mit Assistenz, kann man Krisen viel besser tragen. ■

Die Fragen stellten Sarah Starck und Jannek Lassau.

EUTB Offener Dialog e.V.
Brandvorwerkstraße 37, 04275 Leipzig
Telefon: 0341 58155280
E-Mail: eutb@offenerdialog-ev.de
Web: teilhabeberatung.de

Tanzlabor Leipzig
Soziokulturelles Zentrum Die VILLA
Lessingstraße 7, 04109 Leipzig
Telefon: 0341 35 52 04 50
E-Mail: kontakt@tanzlabor-leipzig.de
Web: tanzlabor-leipzig.de

WENN ALLTAGSORTE UND SOZIALE ROUTINEN WEGBRECHEN

Die Auswirkung von Corona auf das Leben junger Geflüchteter in Leipzig

von Elisabeth Kimdörfer

[1] Der Text entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Alltagserfahrungen junger Geflüchteter und Asylsuchender im öffentlichen Raum“, das am Institut für Länderkunde (Leipzig) zusammen mit internationalen Partner*innen durchgeführt wird. Sein Ziel ist es, auf die besonders schwierige Situation geflüchteter und asylsuchender Menschen in der Coronasituation hinzuweisen.

[2] Der hier vorliegende Text basiert auf Gedanken und Einschätzungen von zehn jungen Geflüchteten und Asylsuchenden. Diese leben nicht (mehr) in einer Gemeinschaftsunterkunft, sondern in ihrem privaten Zuhause in Leipzig. Zudem wurden Telefonbefragungen unter gesellschaftspolitischen Akteur*innen durchgeführt, die für das Ankommen geflüchteter Menschen in der Stadt sorgen. Alle Namen sind anonymisiert.

Wie wirkt sich die Coronakrise auf das Leben junger Geflüchteter und Asylsuchender in Leipzig aus? Was bedeutet „zu Hause bleiben“ für sie? Und wie gehen sie mit dem Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens und der Aktivitäten im öffentlichen Raum um? Es zeigt sich, wie empfindlich die Krise die tagtägliche „Arbeit am Ankommen“ getroffen hat, die junge Geflüchtete und Asylsuchende leisten. Und darüber hinaus, wie sehr sich der Staat, der Geflüchtete und Asylsuchende politisch, sozial und räumlich ausgrenzt, auf die Arbeit von Initiativen und Vereinen verlässt, die junge Menschen mit Fluchtbiografie unterstützen.^[1]

„Zu Hause bleiben“ im Kontext von Flucht und Migration

„Am meisten vermisse ich es, ins Fitnessstudio zu gehen.“ So antwortet M.^[2] auf meine Frage, was er während der Coronakrise am meisten in Leipzig vermisst. Das Fitnessstudio ist aus seiner Perspektive kein banaler Alltags- und Freizeitort. Was er dort findet, ist eng mit seiner aktuellen Lebenssituation verknüpft: „den Stress loswerden, weißt du, was ich meine? Den Stress ein bisschen loswerden...“ Stress: Die Coronasituation, und besonders das damit einhergehende Wegbrechen alltäglicher Mobilität und Routinen verschärft den Druck, der auf dem Leben junger Geflüchteter sowieso schon lastet – durch Asylverfahren, die langwierige und komplizierte Kommunikation mit den Behörden oder das Kämpfen um eine Arbeitserlaubnis, um nur einige Stressfaktoren zu nennen.

Vereine und Initiativen als Wege in die Stadtgesellschaft

Für W. ist die Coronazeit „die schwierigste Zeit hier in Deutschland“: Ohne seine sozialen Netzwerke, den Austausch in Vereinen, ohne Sport und das Miteinander beim gemeinsamen Musizieren fühlt sich sein Leben „total zerstört“ an. „Vor Corona war ich sehr aktiv, ich war fast von 8 bis 22 Uhr draußen: Schule, Arbeit, Veranstaltungen – ich war fast immer mit Menschen im Kontakt. Und danach war Corona und auf einmal: die ganze Zeit zu Hause. Alles hat sich geändert.“ Sein Leben in Leipzig ist eng mit Räumen der Anerkennung, des Empowerments und der Begegnung verwoben, die zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Stadt schaffen.

Doch was ist mit den Menschen, die nicht die Möglichkeit hatten, sich einen Anlaufort zu erschließen? Denn sich soziale Netzwerke zu erschließen, dies betont auch die Mitarbeiterin eines großen soziokulturellen Zentrums in der Stadt, ist harte Arbeit und es braucht Glück dafür. Nur einem kleinen Teil von einer sehr großen Gruppe gelingt dies.

Nahezu „auf sich allein gestellt“, so der soziale Betreuer in einer Unterkunft für Geflüchtete und Asylsuchende, sind vor allem jene Menschen, die in abseits der Stadtzentren gelegenen Gemeinschaftsunterkünften oder in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind. Hunderte Menschen leben dort auf ungewisse Zeit – mittlerweile legal bis zu 24 Monate – auf engstem Raum, ohne Anschluss an zivilgesellschaftliche Strukturen. Sie leiden ganz besonders unter den Beschränkungen, denn Beratungen sind eingestellt, Gemeinschaftsräume geschlossen, Kinder- und Familienbetreuungsangebote und Aktivitäten wie Sport und Nähcafés sind ausgesetzt, die Fahrradwerkstätten geschlossen. Ehrenamtliche Unterstützungen, wie zum Beispiel Patenschaften wurden ganz „auf Eis gelegt“ – es gibt kaum Kontakt zu den Bewohner*innen. Die sehr prekäre Teilhabesituation, die durch die geographische Lage der Unterkünfte sowieso schon besteht, ist während der Pandemie also verschärft, der Anschluss an gesellschaftliches Leben quasi unmöglich. Auch aufgrund des fehlenden, längst nicht umfassend bereitgestellten freien WLANs, sind „diese Menschen de facto gerade von der Außenwelt abgeschnitten.“ Außerdem können sie sich aufgrund fehlender Hygienemaßnahmen nicht angemessen gegen das Virus schützen. Aus diesem Grund fordert eine Aktive: „Wenn wir von Risikogruppen sprechen, müssen wir auch an Geflüchtete denken, besonders in Unterkünften.“

Von der „Arbeit am Ankommen“ zu „versuchen, damit klarzukommen“

Teilweise sind es nur kleine Verschiebungen im Alltag, die die Coronasituation für junge Geflüchtete und Asylsuchende mit sich bringt: das Verpassen von Kursinhalten, das Aufschieben des Sprachkurs-Besuches einer jungen Mutter, die nun ihre Kinder zu Hause betreut, oder der drastisch verlängerte Weg zur Arbeit aufgrund des Wegfalls einer Mitfahrgelegenheit. Die



Menschenkette unter dem Motto „Leave No One Behind – Evacuate Now!“ am 25. Mai 2020 im Clara-Zetkin-Park: Aktivist*innen der Seebrücke fordern die Evakuierung der griechischen Lager.

Lebenssituation der Menschen ist von einer „prekären Zeitlichkeit“^[3] geprägt, das heißt, sie lässt langfristige Planungen kaum zu, ist aber gleichzeitig „auf Dauer“ angelegt. Hier wirkt sich jedoch auch ein vorgezogener Tagesbeginn – Aufstehen um 4:30 – oder die Unterbrechung des Deutschlernens ungleich stärker aus als unter „normalen“ Bedingungen. Im ersten Fall bleibt kaum mehr Zeit für die Pflege sozialer Netzwerke; im zweiten Fall verstärkt sich der Druck, der bezüglich des Spracherwerbs auf Newcomer*innen lastet. Die Pandemie potenziert die Herausforderungen, mit denen sich junge Geflüchtete in ihrem tagtäglichen „doing arrival“, also ihren Anstrengungen für das Ankommen, konfrontiert sehen.

Die Coronasituation ist jedoch gleichzeitig eine, die die jungen Geflüchteten aktiv gestalten. So ist es einigen meiner Gesprächspartner*innen auch gelungen, dieser kontaktreduzierten Zeit etwas Positives abzugewinnen: F. erzählt, dass er „in dieser Zeit etwas anderes entwickelt“ habe, nämlich eine Art „Überblick“ – „Weißt du! Dass ich darauf schaue, was ich bisher gemacht habe und was ich gut kann und daran weiterarbeite.“

Fazit

Diese kleine Sammlung an Perspektiven auf die Krise hat erstens gezeigt, wie folgenreich es ist, wenn alltägliche Praktiken, mit Hilfe derer sich junge Geflüchtete und Asylsuchende den urbanen und damit gesellschaftlichen Raum erschließen, durch Ausgangsbeschränkungen und das Herunterfahren des öffentlichen Le-

bens zum Erliegen kommen. „Zu Hause bleiben“ ist im Kontext von Flucht keine wohlthuende Pause in stressigen Alltagsroutinen, sondern eine ernsthafte Gefährdung des „doing arrival“. Zu dieser tagtäglichen Arbeit am institutionellen, sozialen und privaten Ankommen und Teil-Werden sind die Newcomer*innen aufgrund des staatlichen Asylsystems mit seinen restriktiven Bestimmungen gezwungen. Darüber hinaus zeigt diese Sondierung, auf welche Umgangsstrategien die jungen Menschen zurückgreifen können, um dem erhöhten Druck zu begegnen und handlungsfähig zu bleiben. Die Coronasituation verdeutlicht außerdem die immense Rolle soziokultureller Einrichtungen, im Besonderen auch von Migrant*innenselbstorganisationen, im „urban emplacement“^[4], im „urbanen Teil-Werden“ für junge Geflüchtete. In diesem Zusammenhang steht auch die zentrale Botschaft, die die Mitarbeiterin in einem soziokulturellen Verein an die Politik richtet: „Wir steuern auf eine große soziale Krise zu und müssen jetzt dafür sorgen, dass die organisierte Zivilgesellschaft gut arbeiten kann.“ ■

Elisabeth Kirndörfer hat zu den biografischen Aushandlungen der ostdeutschen Umbruchsgeneration promoviert. Nach ihrer dreijährigen Arbeit im Forschungsprojekt „Postmigrantische Stadt“ am Leibniz Institut für Länderkunde (Leipzig) ist sie im Forschungsprojekt „Alltagserfahrungen junger Geflüchteter und Asylsuchender im öffentlichen Raum“ (2019-2022) beschäftigt.

[3] Meeus, Bruno; Arnaut, Karel; van Heur, Bas (Hrsg.) (2019): *Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobilities*. Palgrave. S. 5.

[4] Glick Schiller, Nina; Caglar, Ayse (2015): *Displacement, emplacement and migrant newcomers: rethinking urban sociabilities within multiscalar power*. *Identities*, Vol. 23, 1.

DIE AUSWIRKUNGEN VON CORONA AUF LEIPZIGER ARBEITS- UND MIETVERHÄLTNISSE

von Elisa Gerbsch

In der andauernden Pandemie geraten immer mehr Menschen über ein Zusammenspiel von Arbeits- und Wohnungsmarktmechanismen in prekäre oder unsichere Lebenslagen. Deutlich zeigt sich nun auch, dass sich die Wohnungsfrage in Leipzig vor allem den Haushalten stellt, die von geringen oder ungewissen Einkommen abhängig sind. Bleibt der Wohnungsmarkt weiterhin von Gewinninteressen bestimmt, driftet die Leipziger Stadtgesellschaft nicht nur sozial, sondern auch räumlich zunehmend auseinander.

Die Anspannung auf dem Leipziger Wohnungsmarkt nimmt seit einigen Jahren aufgrund sinkender Leerstände und steigender Mieten zu. Da insbesondere preiswerter Wohnraum rar ist, sehen sich einkommensschwache Haushalte nicht nur mit hohen Ausgaben, sondern auch mit einem starken Verdrängungsdruck konfrontiert. Die Wohnungsfrage in Leipzig ist somit vor allem eine der prekären Haushalte, also der Haushalte, deren Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen finanziell, sozial oder rechtlich unsicher sind.

[1] Lebuhn, Henrik et al. (2017): Wohnverhältnisse in Deutschland - eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“. Hans-Böckler-Stiftung.

[2] Kommunalen Bürgerumfrage 2018 Ergebnisbericht.

[3] Julke, Ralf (2020): Anstieg der Arbeitslosigkeit in Leipzig im Juni deutlich gebremst. In: Leipziger Internetzeitung vom 02.07.2020.

[4] o. A. (2020): Rund 576.000 Beschäftigte in Sachsen für Kurzarbeit angemeldet, höchste Betroffenheit im Gastgewerbe. Leipziger Internetzeitung vom 20.06.2020.

Das Zuhause ist ein Ort der Gemeinschaft, des Rückzugs und des Schutzes. Das machen die landesweiten und regionalen Lockdowns sowie die langfristigen pandemiebedingten Einschränkungen besonders deutlich. Das Recht auf Wohnen ist Teil der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UNO und dennoch gerät es in der Corona-Krise wieder verstärkt in Gefahr. Grund dafür ist, dass sich der Preis für das Wohnen immer seltener an den Bedürfnissen der Bewohner*innen orientiert. In den Vordergrund tritt anstatt dessen das Ziel der Eigentümer*innen, die Profite im Bereich der Immobilien zu steigern.

Ein doppeltes Ausbeutungsverhältnis: Mietwohnen und Lohnarbeit

Da Mietzahlungen von den monatlichen Haushaltseinkünften entrichtet werden müssen, sind die Wohnbedingungen vor allem für Bewohner*innen von Mietshäusern an die Einkommenssituation geknüpft. In Deutschland lebt jede zweite Person zur Miete. In Städten mit über 100.000 Einwohner*innen sind es rund drei Viertel^[1]. In Leipzig sollen es sogar nahezu 90 Prozent der Bevölkerung sein, die zur Miete wohnen. Aus der jüngsten Kommunalen Bürger*innenumfrage der Stadt geht hervor, dass Leipziger*innen im Durchschnitt rund 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens (Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder) für die Miete (Grundmiete und Nebenkosten) aufwenden. Der Durchschnittswert täuscht jedoch über den Umstand hinweg, dass Haushalte mit hohem Monatseinkommen (3.200 Euro und mehr) lediglich 20 Prozent der Einnahmen für die Miete ausgeben. Rund ein Fünftel aller Leipziger Haushalte verzeichnet weitaus geringere Einnahmen (unter 1.100 Euro). Hier macht die Miete einen Anteil von 45 Prozent aller Ausgaben aus.^[2]

Die soziale und räumliche Ausbreitung der Prekarität Das Risiko oder die Realität miserabler Auftragslagen und niedriger Einkünfte, von Lohnausfällen oder einem Arbeitsplatzverlust in Verbindung mit hohen Mieten bedroht zu sein, Druck durch die Vermieter*innen zu bekommen oder mangelhaften Wohnbedingungen ausgesetzt zu sein – all das kann Betroffene nicht nur über ihre sozio-ökonomische Situation, sondern auch über ihre Wohnbedingungen ins Abseits drängen. Die prekäre Arbeitssituation setzt sich somit im Bereich des Wohnens fort, soziale Missstände werden auf diese Weise räumlich verschärft.

In der Coronakrise zeigt sich, wie viele Menschen in unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen arbeiten: Soloselbstständige, Kulturschaffende oder Kleingewerbetreibende sehen sich aufgrund der derzeitigen Auftragslage mit massiven Einkommensbußen konfrontiert. Die coronabedingten Umsatzeinbrüche seitens der Arbeitgeber*innen bedeutet für viele Beschäftigte unter anderem in Minijobs, Praktika, Leih- und Saisonarbeit den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Wie die „Leipziger Internet Zeitung“ berichtet, waren im Juni 2020 acht Prozent aller Leipziger*innen, rund 6.000 Menschen mehr als im Vorjahr, arbeitslos.^[3] Die sogenannte Kurzarbeit wurde daraufhin als Puffer geschaffen, um massenhafte Arbeitslosigkeit zu verhindern. Von März bis Mai haben 45 Prozent aller sächsischen Betriebe Kurzarbeit angezeigt. Potenziell könnte somit mehr als ein Drittel aller sächsischen Arbeitnehmer*innen, insbesondere im Gastgewerbe, in Kurzarbeit beschäftigt werden.^[4] Die Verringerung oder der Ausfall des Einkommens bedeutet jedoch für die Betroffenen, dass sie für ihre Lebenshaltungskosten nur schwer oder gar nicht mehr aufkommen können. Werden die Mieten nicht mehr beglichen, drohen Kün-

digungen, Zwangsräumungen sowie Strom- und Wassersperren, die für Betroffene wiederum einen Entzug der Lebensgrundlage bedeuten.

Während die einen um ihr Zuhause fürchten, können andere gar nicht erst auf den Schutzraum einer Wohnung zurückgreifen. Die Situation von Menschen ohne Wohnung gestaltete sich während des Lockdowns dementsprechend dramatisch. Für sie bedeuteten die Maßnahmen oftmals einen alternativlosen Aufenthalt im Freien. Der rechtlich forcierte Rückzug in den eigenen Wohnraum ließ Menschen ohne Unterbringungsmöglichkeiten abgeschnitten von medizinischer Versorgung, ohne adäquaten Schutz vor Witterungsbedingungen und Gewalt im öffentlichen Raum zurück. Gleichzeitig drohte die ständige Gefahr, dass ein Leben auf der Straße als rechtlicher Verstoß gegen Hygieneauflagen kriminalisiert werden könnte. Der Wohnraum, auf den insbesondere während des Lockdowns als Rückzugsort verwiesen wurde, war nicht bedingungslos für alle sichergestellt.

Stadtgesellschaftliche Spätfolgen der Coronakrise

Die Covid-19-Pandemie hat eine wirtschaftliche Krise ausgelöst, deren Auswirkungen uns in voller Stärke vermutlich erst in den kommenden Monaten und Jahren erfassen werden. So sind beispielsweise sachsenweit die Arbeitslosengeld I-Bezüge stark gestiegen, während die Zahl der Hartz-IV-Empfänger*innen nur moderat zunahm. Bis Frühjahr 2021 laufen die ALG-I-Bezüge derjenigen aus, die aufgrund der Pandemie ihre Lohnarbeit verloren haben. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger*innen wird dann wahrscheinlich deutlich ansteigen. Auch die wohnräumlichen Folgen der Corona-Krise bilden sich bereits in den Statistiken ab. So ist die Zahl der sächsischen Wohngeldempfänger*innen im Juni 2020 um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.^[5] Für Hartz-IV-Empfänger*innen liegen die „angemessene“ Wohnraumgröße sowie die gezahlten Mietkosten zudem häufig im Bereich des Mindeststandards. Ist die Wohnung in den Augen des Jobcenters nicht angemessen, werden den Betroffenen staatliche Hilfen versagt, so dass nur der Umzug bleibt. Auf dem angespannten Leipziger Wohnungsmarkt, auf dem die vom Jobcenter übernommenen Kosten der Unterkunft seit Jahren den steigenden Angebotsmieten hinterher hinken, gestaltet sich die Wohnungssuche allerdings immer schwieriger.

Im Ringen um bezahlbaren Wohnraum wird sich die für die größer werdende Zahl prekärer Haushalte deswegen weiter zuspitzen.

Während Mieter*innen auf Sozialleistungen des Staates verwiesen werden, kommen die im Zuge der Pandemie aufgesetzten Darlehen von Bund und Ländern vor allem Vermieter*innen zugute. Dabei macht es die Coronakrise umso nötiger, alle Mitglieder der Gesellschaft auf ihre soziale Verantwortung hinzuweisen und diese auch einzufordern. Vor diesem Hintergrund können auch die Hausbesetzungen in Leipzig Anfang September 2020 als Hilferuf der Stadtgesellschaft verstanden werden, mit dem Grundbedürfnis nach Wohnraum nicht weiter zu spekulieren. Insbesondere leerstehende Mietshäuser müssen dem Leipziger Wohnungsmarkt zugeführt werden – allerdings nicht als Eigentums-, Ferien- oder Luxuswohnung. Ist die Leipziger Wohnungsversorgung weiterhin stärker an Profitmaximierung als an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums interessiert, driftet die Stadtgesellschaft sowohl sozial als auch räumlich immer weiter auseinander. ■

[5] Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Juliane Nagel: Nachfrage zu Drs 7/2183 und Drs 7/2184: Mieter*innenschutz in Zeiten von COVID-19-Pandemie und Staatliche Unterstützung bei Mietzahlungsproblemen infolge der COVID-19-Pandemie.

Elisa Gerbsch promoviert derzeit im Fachbereich Humangeographie der TU Dresden. Sie interessiert sich für Stadtentwicklungsprozesse aus wissenschaftlicher, planerischer und aktivistischer Perspektive.



ZUR SITUATION IN FRAUENHÄUSERN WÄHREND CORONA

von Frauen für Frauen e.V.

In Frauenschutzhäusern bekommen Frauen* und ihre Kinder, die häusliche Gewalt verschiedenster Art erlebt haben, den Raum und die Zeit, einen Umgang mit der erlebten Gewalt zu entwickeln. Gemeinsam mit Sozialarbeiterinnen* können neue Lebenspläne entworfen und gewaltfreie Perspektiven erarbeitet werden. Während der Coronakrise wurde dieser wichtige Schutzraum von vielen beansprucht. In diesem Beitrag beschreiben die Mitarbeiterinnen* der Leipziger Frauenschutzhäuser des „Frauen für Frauen e.V.“ die Situation der vergangenen Monate.

Ein Interims-Frauenschutzhäuser für Leipzig

Plätze in Frauenschutzhäusern sind generell rar. Um bei steigendem Bedarf schnell reagieren zu können, wurde sachsenweit eine regelmäßige Platzabfrage von Stadt und Land durchgeführt. In Erwartung der Zunahme häuslicher Gewalt während der Coronakrise, hat die Stadt Leipzig schnell reagiert und im März 2020 eine Interimseinrichtung mit zusätzlichen Plätzen geschaffen – doch auch diese Plätze waren zeitnah belegt. Dennoch erlebten und erleben wir das zusätzliche Haus als Entlastung, in dem nun mehr Frauen und Kinder einen sicheren Ort vor Gewalt finden konnten und können. Die Mitarbeiterinnen* der Einrichtung kommen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit und wurden von den Mitarbeiterinnen* der schon bestehenden Häuser eingearbeitet und geschult. So konnten die Kolleginnen* sicher in das für sie neue Arbeitsfeld „Frauenhaus“ starten. Für uns Fachkräfte aus den schon bestehenden Häusern stellte dies jedoch eine besondere Herausforderung dar. Denn neben dem komplexen Arbeitsalltag im Frauenhaus, neben unseren regulären Bereitschaften jede Nacht sowie an Feiertagen und Wochenenden und der unklaren Coronasituation, war dies für alle Beteiligten auch kräftezehrend.

Steigende Anfragen nach den Ausgangsbeschränkungen

Es kann nicht eindeutig bewertet werden, ob es wegen Corona zu einem deutlichen Anstieg von häuslicher Gewalt kam. Auch vor Corona mussten Frauenhäuser täglich Frauen* und Kinder aufgrund fehlender Plätze abweisen. Während der Ausgangsbeschränkungen war

der Zugang zum Frauenhaus erschwert, da der*die Täter*in das Wohnumfeld ebenfalls kaum verlassen durfte. Hinzu kommt, dass viele Frauen* den Zugang zum Frauenhaus über ein Hilfesystem finden (zum Beispiel über Jugendamtsmitarbeiter*innen, Ärzt*innen, Lehrer*innen usw.), das während der Ausgangsbeschränkungen wegfiel. Bedenken vor einer möglichen Ansteckung mit dem Virus gab es bei Frauen* auch, da die Bewohnerinnen* sich Küche und Badezimmer mit den anderen Frauen* und Kindern teilen. Des Weiteren gehen wir davon aus, dass sich Frauen* in traditionellen Rollenbildern als Pfeiler der Familie sehen, der alles zusammenhält. In gesellschaftlichen Krisensituationen gilt es also besonders als Frau* durch- und auszuhalten, erst recht, wenn Kinder versorgt werden müssen. Seit der Lockerung der Ausgangsbeschränkungen ist jedoch auffällig, dass wir wieder mehr Anfragen haben und viele Frauen* abweisen müssen, da die Häuser voll sind. Deutlich bemerkbar war, dass das mediale Interesse an dem Thema „häusliche Gewalt“ in der Coronazeit gestiegen ist. Das ist immens wichtig für unsere Arbeit, die neben der konkreten Hilfe für Betroffene auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema umfasst.

Frauen für Frauen e.V.

Der Verein „Frauen für Frauen e.V.“, welcher dieses Jahr dreißigjähriges Bestehen feiert, betreibt neben weiteren Projekten das „1. Autonome Frauenhaus“ sowie das Schutzhaus „S.H.E“ für geflüchtete Frauen. Wir unterstützen die Frauen* bei alltäglichen Angelegenheiten wie der KiTa- oder Wohnungssuche und vermitteln zu Anwalt*innen und anderen Projekten oder Institutionen. Neben der Begleitung zu Ämtern und Behörden, sozialer Beratung und Lebensberatung besteht unsere Aufgabe auch darin, zum Thema Gewalt und Gewaltschutz, Trennung von Täter*in, Kindesumgang, zu beraten. Diese Aufgaben gestalteten und gestalten sich während Corona anders.

Prekäre finanzielle Lage durch Schließung der Behörden

Wichtige, persönliche Rücksprachen bei Behörden und Institutionen fielen weg. So konnten zum Beispiel abgelaufene Aufenthaltstitel bei der

Ausländer*innenbehörde nicht verlängert werden, was wiederum zu Erschwernissen bei der Beantragung von Transfer- und Sozialleistungen führte. Viele Frauen* konnten dadurch wochenlang kein eigenes Konto eröffnen oder einen Scheck des Jobcenters einlösen. Andere behördliche Angelegenheiten wurden vereinfacht. So war keine persönliche Vorsprache mehr erforderlich, vieles konnte per Telefon oder E-Mail geklärt werden. Das zahlreiche Arbeitsplätze wegfielen, betraf auch im Frauenhaus lebende Frauen*. Frauen*, die in Hotels oder in der Gastronomie arbeiteten, wurden gekündigt. Für Frauen*, die sich als EU-Bürgerinnen in Leipzig aufhalten, war das besonders hart. Sie haben kein Anrecht (beziehungsweise nur im Ausnahmefall) auf Leistungen durch das Jobcenter und stehen vor dem Nichts.

Wegfall von persönlichen Beratungen und Sprachmittlung

Der Kontakt mit den Bewohner*innen musste auf das Nötigste beschränkt werden. Normalerweise finden im Frauenschutzhaus regelmäßige Gespräche mit den Bewohnerinnen* und Kindern statt, die aber in der Hochphase der Infektionswelle nicht ausreichend durchgeführt werden konnten. Gerade in den ersten Wochen im Frauenschutzhaus ist eine intensive traumasensible und stabilisierende Begleitung der von Gewalt betroffenen Frauen* von Nöten. Auch die so wichtige Anti-Gewalt-Arbeit war kaum möglich. Am Anfang des Aufenthaltes im Frauenhaus fangen persönliche Gespräche Unsicherheiten und Krisen ab und sind daher unabdingbar. Außerdem fiel der persönliche Kontakt mit unseren Sprachmittlerinnen* weg, die für Frauen*, die wenig oder gar kein Deutsch sprechen, dolmetschen. Für die Frauen* ist es erleichternd und auch wichtig, sich in ihrer Muttersprache ausdrücken zu können. Und auch für uns Mitarbeiterinnen* stellt die Arbeit mit Sprachmittlerinnen* eine große Erleichterung dar. Bis jetzt beraten wir nur unter Einhaltung der strengen Hygiene- und Abstandsvorschriften oder telefonisch. Unsere Arbeit wurde und wird von zahlreichen ehrenamtlichen Helfer*innen unterstützt. Sie bieten Sprachkurse an, helfen bei Umzügen, betreuen Kinder oder begleiten die Frauen* zu Behörden. Ehrenamtliche Personen erleichtern und bereichern den Arbeitsalltag im Frauenschutzhaus sehr. Den coronabedingten Wegfall dieser unterstützenden Menschen haben wir deutlich wahrgenommen.

Belastende Situation durch Schließung von Kitas und Schulen

Durch die Schließung von Schulen und Kitas war die Situation für alle zusätzlich belastend. Gemeinschaftsräume und der Außenbereich der Häuser konnten nicht wie gewohnt genutzt werden. Die beengte Wohnsituation jeder Familie, beschränkt auf einen Raum, tat ihr Übriges. Konflikte innerhalb des Hauses waren spürbar. Die Frauen* im Frauenhaus sind überwiegend alleinerziehende Mütter. Für sie stellte die Schließung der Schulen und Kitas eine hohe Belastung dar. Für die Betreuung bei den Schularbeiten fehlten oft die technischen Mittel. Mütter, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, sahen sich durch fehlende Sprachkenntnisse zusätzlichen Hürden ausgesetzt, ihre Kinder gut beim Lernen zu unterstützen. Hilfe bei den Schulaufgaben durch Externe oder sonstige Gruppenangebote konnten ebenfalls nicht durchgeführt werden.

Besondere Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche

Bemerkbar machte sich die aktuelle Situation auch beim Thema Wohnungssuche. Der ohnehin angespannte Wohnungsmarkt stellt zu jeder Zeit eine Hürde für die Frauen* dar. Während Corona fanden keine Wohnungsbesichtigungen oder Termine zum Unterschreiben von Mietverträgen statt. Besonders betroffen und diskriminiert sind beim der Wohnungssuche Frauen* mit Fluchterfahrung und/oder sogenanntem Migrationshintergrund. Dies bedeutete für die Betroffenen* in den vergangenen Monaten, dass sie noch länger in beengten Wohnverhältnissen leben mussten.

Abschließend können wir sagen, dass das Coronavirus für Bewohner*innen und Mitarbeiterinnen* im Frauenhaus Veränderungen nach sich zog. Das Virus bringt besondere Unsicherheiten, Anstrengungen und Herausforderungen mit sich. Die kommende Entwicklung ist momentan noch nicht absehbar. Wir werden jedoch auch weiterhin für die von Gewalt betroffenen Personen da sein und sie unterstützen. Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützer*innen unseres Vereins und unserer Arbeit, denn die Zunahme der Solidarität war in den vergangenen Monaten deutlich spürbar! ■

Frauen für Frauen e.V. Notfall-Telefon

0341 – 30 61 0800

Der Frauennotruf ist Fach- und Beratungsstelle zum Thema sexualisierte Gewalt.
Für akute Krisensituationen sind wir rund um die Uhr telefonisch zu erreichen.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL VON VORFÄLLEN

CHRONIK

MIT BEZUG ZU CORONA

05. November 2020

Querdenken-Propaganda in Engelsdorf und Paunsdorf verteilt

In Engelsdorf und Paunsdorf werden zahlreiche Flugblätter mit dem Titel „Das Leben mit Corona“ in Briefkästen verteilt. In diesem wird behauptet, dass sich Corona nicht nachweisen lasse und Corona nicht gefährlicher sei als eine Grippe. Schwerer als die Corona-Toten würden die Verluste bei mittelständischen Unternehmen und Jobs allgemein ins Gewicht fallen. Der Flyer schließt mit den Worten „Dieser Wahnsinn muss sofort beendet werden!“ und wirbt für die bundesweite Querdenken-Kundgebung/Demonstration am 07.11.2020 in Leipzig. Das gleiche Flugblatt wurde bereits zuvor in Leipzig-Marienberg und Böhlen verteilt.

17. Oktober 2020

Wegen Maskenpflicht: Fahrgast greift Busfahrer an

Ein Mann, zwei Frauen und zwei Kinder steigen am Samstag Abend an der Haltestelle „Möckernscher Markt“ in die Buslinie 80 ein. Der Busfahrer macht die Gruppe auf das korrekte Tragen des Mund-Nasen-Schutzes aufmerksam. Als der Mann seinen Sitzplatz erreicht, nimmt er diesen ab und wird vom Busfahrer erneut auf die Maskenpflicht hingewiesen. Daraufhin wird der Mann verbal ausfällig. Als die Gruppe an der Haltestelle Bremer Straße aussteigt, kommt der Mann auf den Busfahrer zu, beleidigt ihn und schlägt ihm anschließend ins Gesicht. Dieser verteidigt sich mit einem Tierabwehrspray.

22. Juni 2020

Corona-Demonstration in Leipzig-Engelsdorf

Zum wiederholten Male findet in Leipzig-Engelsdorf eine Demonstration gegen die Corona-Beschränkungen statt. An dieser beteiligen sich insgesamt 28 Personen. Anmeldet ist die Versammlung durch Volker

Zocher. Dieser war Bürgermeister und dann Ortsvorsteher von Engelsdorf und später Bürgermeister von Naunhof. Lediglich einige wenige Teilnehmende tragen Mundschutz, auf Abstand wird verzichtet.

Vor Beginn der Versammlung fährt ein älterer Teilnehmer demonstrativ mit seinem Auto auf die Gegenkundgebung des Bündnis Leipzig nimmt Platz zu. Ein Durchfahren wird durch die Polizei unterbunden.

Im einzigen Redebeitrag zu Beginn der Kundgebung wird Corona bagatellisiert. Weiterhin gehe mit den Einschränkungen die Abschaffung der Demokratie einher.

Als die Demonstration beginnt, wird ein anwesender Journalist durch den Anmelder Zocher bedroht. Dieser nähert sich bis auf wenige Zentimeter und sagt sinngemäß, dass es irgendwann keinen Abstand mehr gäbe und es dann richtig zur Sache gehe.

Der Gegenprotest von Leipzig nimmt Platz und der lokalen Initiative Open Engelsdorf führt zu einer kurzzeitigen Verzögerung der Demonstration. Diese führt schlussendlich einmal durch das Wohngebiet. Anwohner*innen werden mit Parolen aufgefordert sich anzuschließen, reagieren aber nicht. Zur Untermalung ihres Anliegens führen die Demonstrierenden zwei Deutschlandfahnen sowie ein Schild mit der Aufschrift „Corona App - Corona Nepp“ mit.

Am Start- und Endpunkt der Demonstration angekommen wird eine weitere Demonstration für nächsten Montag angekündigt und zum Abschluss die Nationalhymne gesungen. Nach Vorbild von PEGIDA wird dazu aufgefordert, dass jede_r Teilnehmer*in zum nächsten mal „einen mit bringt“.

2. Juni 2020

Verschwörungstheoretische Kreidebotschaft in Schleußig

Auf einem Bürgersteig an der Könnertstraße Ecke Rochlitzstraße steht mit Kreide „#QANON“ und ein Herz geschrieben. Anhänger*innen der QAnon-Bewegung glauben, dass berühmte Schauspieler, Poli-

tiker und hochrangige US-Beamte, an einem internationalen Kinderhändlerring zum Zwecke der Gewinnung eines lebensverlängernden Substrats, das aus dem Rückenmark von Kindern gewonnen werde, beteiligt sind. Im Zuge der Corona-Krise wurde dieser Mythos auch in Deutschland vielfach geteilt.

8. Mai 2020

Kundgebung zu Corona in Wurzen

Am Freitagabend findet auf dem Wurzenener Marktplatz eine rechte Kundgebung mit 200 Teilnehmenden unter dem Motto „Ja zu Demokratie und Grundrechten! Nein zu Aussetzung, Einschränkungen und Abbau der Grundrechte“ statt. Diese wird vom Wurzenener Neonazi Michael Woitag angemeldet. Einziger Redner ist der Bennewitzer Unternehmer und ehemalige Präsident des ATSV Frisch Auf Wurzen Ralf Neustadt. Er spricht von einer angeblich seit dem ersten Weltkrieg andauernden Besatzung Deutschlands, Bill Gates und der WHO.

Das Publikum besteht zu großen Teilen aus Neonazis und Rechten. Ein Stadtrat vom „Neuen Forum für Wurzen“ bedrängte eine anwesende Pressevertreterin. Die Polizei bleibt untätig. Die Teilnehmenden verzichten auf Mundschutz und stehen eng beisammen.

7. Mai 2020

Corona-Spaziergang Torgau

In Torgau veranstalten mehrere hundert Menschen einen unangemeldeten Spaziergang gegen die Einschränkungen in der Corona-Krise. Dabei nutzen sie weder Mundschutz noch halten sie Abstandsregeln ein. Unter den Teilnehmenden befinden sich auch mehrere klar erkennbare Neonazis. Mehrfach hallen die bei rechten Demonstrationen beliebten Parolen „Merkel muss weg“, „Wir sind das Volk“ und „Widerstand“ durch Torgau. Ein Teilnehmer trägt ein T-Shirt des rechten Rappers Chris Ares.

5. Mai 2020**Verschwörungsideologische
Sticker verklebt**

Rund um die Lindenauer Calvisiusstraße und Georg-Schwarz-Straße werden dutzende Sticker mit verschwörungsideologischem Inhalt verklebt. Darauf zu sehen ist ein von einem Dreieck umfasstes Auge. Darunter steht „Plandemie“.

Das Dreiecks-Symbol mit Auge gilt als Zeichen der Freimaurer-Logen. In diversen Verschwörungserzählungen wird diesen Vereinigungen eine nicht belegbare Macht oder Weltverschwörung angedichtet.

Mit der Wortneuschöpfung „Plandemie“ wird suggeriert, die Covid-19-Pandemie sei geplant gewesen. Der Verweis auf die Freimaurer-Logen soll einen Zusammenhang dazu herstellen und setzt die Erzählung des angeblich allmächtigen Geheimbundes fort. Den Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen genügen häufig nicht belegbare und weit interpretierbare Symbole und Andeutungen als Bestätigung kruder und oftmals antisemitischer Behauptungen.

2. Mai 2020**Rassistisch motiviertes
Anhusten in Connewitz**

Am Samstagabend laufen zwei Männer in Connewitz an der Ecke Stockartstraße/ Bornaische Straße in Leipzig Connewitz extrem nah an einer Person vorbei, wobei sie diese gezielt anhusten. Die betroffene Person hatte einen Schal als Kopftuch auf. Einige Meter weiter husten beide Männer erneut demonstrativ und machen Brechreiz-Geräusche in Richtung des Eingangs eines Imbiss. Danach lachen sie ausgelassen.

Das simulierte Husten in Richtung einer Person, die ihren Schal als Kopftuch trägt sowie vor einem migrantisch lesbaren Imbiss deutet auf eine rassistische Motivation hin. Während der Corona-Krise wird empfohlen körperliche Abstand voneinander zu halten,

um eine weitere Infektion des Virus zu verhindern. Das Virus wird vor allem über die Atemwege übertragen. Ein bewusstes Anhusten erhöht das Risiko ungemein.

30. April 2020**AfD Landkreis Leipzig teilt
Verschwörungserzählung zu Corona**

Die AfD Landkreis Leipzig teilt auf ihrer Facebook-Seite ein Sharepic, in dem unterstellt wird, dass Corona (gemeinsam durch Politik, Medien, die Pharmaindustrie und verschiedene NGOs) geplant wurde. Damit verbreitet die AfD im Landkreis eine Verschwörungserzählung, laut der geheime Kräfte die Pandemie lenken und von ihr profitieren würden. Der Post wird über 400 mal geteilt und 800 mal kommentiert. Wenige Tage nach der Erstellung wird der Post ohne Begründung gelöscht.

6. April 2020**Rassistische Anfeindungen in Plagwitz**

Zwei Personen gehen an der Haltestelle Antonien-/Gießstraße vorbei, als sie von zwei Jugendlichen mit „es ist Corona-Zeit“ angepöbelt werden. Als die beiden Personen weitergehen wollen, folgen ihnen die Jugendlichen und beleidigen sie mehrfach rassistisch, z.B. als „Schlitzauge“. Auch die Ankündigung die Polizei zu rufen, hält die beiden Täter*innen nicht von weiteren Beleidigungen ab. Eine Täterin ruft „Sieg Heil“ und betont, dass sie „stolze Deutsche“ sei. Sie führt weiter aus, dass sie Fieber hätte und spuckt auf eine der beiden Personen. An der Bushaltestelle halten sich mehrere Personen auf, welche nicht eingreifen. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde rechte,
rassistische,
antisemitische
und sexistische
Gewalt und
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



03 KAPITEL

GESCHLECHT
UND SEXISMUS

Sexismus und sexualisierte Gewalt gehören für viele FLINT*^[1]-Personen zum Alltag. Kaum eine der Betroffenen kann sich der Auseinandersetzung damit entziehen, denn Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt haben die meisten bereits erlebt – ob in eigener Betroffenheit oder der von Bekannten und Freund*innen. Dennoch: Der Widerstand gegen die Erlebnisse ist groß. 2020 gingen in Leipzig viele Menschen auf die Straße, um auf die verschiedenen Formen sexualisierter Gewalt aufmerksam zu machen und die Stimme zu erheben.

Dieses Kapitel thematisiert, welche Gewalterfahrungen FLINT*-Personen machen und in welchen Formen vergeschlechtliche Diskriminierung auftritt. Dazu werden Mechanismen und Situationen aus verschiedenen Perspektiven beschrieben. Die Autor*innen gehen dabei jedoch über eine reine Analyse hinaus. Sie stellen Initiativen und Strategien vor, die sich sexualisierter Gewalt widmen. Das übergreifende Ziel: Selbstermächtigung und Sichtbarkeit der Betroffenen.

Wie mit sexualisierter Gewalt in der linken Szene am Beispiel Leipzigs umgegangen wird, beschreibt der Einstiegstext. Im Anschluss daran widmet sich Sichtbar & Selbstbestimmt der Frage, welche Möglichkeiten Betroffene haben, sich mit Übergriffen selbstermächtigend auseinanderzusetzen. In „Allgegenwärtig und Unsichtbar“ wird dargestellt, welche Gewalterfahrungen nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Personen machen – und wie diese Erlebnisse konsequent unsichtbar gemacht werden. Eine politische Auseinandersetzung ist wichtig, um dem Gefühl der Vereinzelung zu entkommen und Selbstermächtigung zu erlangen. Hier knüpft der Text zu Femi(ni)ziden an: Tötungen von Frauen durch ihre Partner passieren häufig in Beziehungen. Die Gewalt, die von den männlichen Tätern ausgeht, wird dabei häufig verschleiert und nicht explizit als misogyn^[2] benannt.

Schließlich bilden die von uns dokumentierten Ereignisse mit Bezug zu Homo- und Trans*feindlichkeit, Sexismus und anderen Formen vergeschlechtlicher Diskriminierung den Abschluss dieses Kapitels. ■

^[1] „FLINT*“ steht für Frauen*, Lesben, inter, non-binary und trans* Personen und ist eine Abkürzung, die nicht nur Frauen in feministische Arbeit und Feminismus inkludieren will, sondern kurz alle Personen, die vom Patriarchat unterdrückt werden.“

^[2] Misogynie bezeichnet Hass von Männern gegenüber Frauen.



Antisexistische Kundgebung am Landgericht in Leipzig am 7. Oktober 2020 zum Prozessauftritt wegen eines Feminizids

#keinemehr

MÄNNER töten
FRAUEN, weil sie
FRAUEN sind !



Männlichkeit
tötet!
#KeineMehr

DER LETZTE WILLE DER FRAU

Femi(ni)zide und die Reproduktion männlicher Herrschaft

von #KeineMehr Leipzig

[1] Mit Femizid (femicide) bezeichnet Diana Russel geschlechtsbasierte Morde von Männern an Frauen. Der Begriff wurde vor allem in der lateinamerikanischen Debatte aufgegriffen und weiterentwickelt. So zum Beispiel von Lagarde y de los Rios, die mit der Verwendung des Begriffs Feminizid (feminicidio) auf die staatliche Verantwortung hinweist. Beide Begriffe sind auch zentraler Ausgangspunkt sozialer Bewegungen. Wir haben uns entschieden, mit der Schreibweise Femi(ni)zid beide Begriffe aufzugreifen, um die Debatte und Diskussion um Begriffsbestimmung anzudeuten.

[2] FLINT* steht für Frauen, Lesben, Inter-, Non-Binary und Trans*-Personen. Das * drückt aus, dass es nicht lediglich eine Trans-Identität gibt, sondern viele Trans-Identitäten.

[3] In der letzten Ausgabe der Leipziger Zustände setzten sich Naomi Shibata und Lena Kirsch mit den Themen Misogynie und Femi(ni)zide auseinander und kritisieren die rassistische Instrumentalisierung der Berichterstattung.

[4] Kasselt, Julia; Oberwittler, Dietrich (2011): Ehrenmorde in Deutschland. München: Luchterbach Fachverlag.

In Deutschland kommt es nahezu täglich zu dem Versuch eines Mannes, „seine“ (Ex)-Partnerin zu töten. Allein 2018 zählt das Bundeskriminalamt (BKA) 324 Tötungsversuche, bei denen 122 Frauen starben. An jedem dritten Tag kommt es zu einem vollendeten Femi(ni)zid.^[1] In Leipzig ist Anfang April 2020 ein Femi(ni)zid im Connewitzer Auwald begangen worden. Infolgedessen hat sich die Gruppe „#KeineMehr Leipzig“ gegründet, um gegen das Vergessen und für die Sichtbarmachung von Femi(ni)ziden sowie männlicher Gewalt gegen FLINT*-Personen^[2] in und um Leipzig vorzugehen.

Femi(ni)zide werden häufig in der medialen Darstellung verharmlost, indem sie als „Beziehungstragödien“ oder „Eifersuchtsdramen“ bezeichnet werden. Nur im Begriff „Ehrenmord“ taucht die Tötung sprachlich überhaupt auf.^[3] In den meisten, als „Ehrenmorde“ bezeichneten Fällen, haben die Motive tatsächlich nichts mit der Wiederherstellung einer Familienehre zu tun, sondern mit dem Streben von Frauen nach Unabhängigkeit, unterstellter oder tatsächlicher Trennungsabsicht oder sogenannter Untreue. Motive also, die mit männlichem Besitzdenken und Dominanzbestreben zusammenhängen.^[4] Der Begriff Femi(ni)zid bietet die Möglichkeit, diese Morde als Zuspitzung männlicher und patriarchaler Gewalt gegen FLINT*-Personen zu begreifen und deren strukturelle Hintergründe zu problematisieren.

Auch die Betonung der tatsächlichen oder vermeintlichen nicht-deutschen Herkunft der Täter lenkt den Blick weg von den Hintergründen der Taten und schiebt sie in ein vermeintliches Außen – als sei männliche Gewalt gegen FLINT*-Personen „importiert“. Dies lässt sich sowohl bei dem eingangs thematisierten Femi(ni)zid in Connewitz im April 2020, als auch bei dem Femi(ni)zid im Juni 2018 an Sophia L. nachzeichnen, die beim Trampen durch den LKW-Fahrer Boujemaa L. ermordet wurde. Ähnlichkeiten bestehen bei beiden Morden darin, dass in ihrer (gerichtlichen) Aufarbeitung statt der Umstände und Hintergründe der Tat die (angebliche) nicht-deutsche Herkunft der Täter im Fokus stand.^[5] Um ein tieferes Verständnis über das Phänomen Femi(ni)zid zu erhalten, müssten die Taten auf ihre Hintergründe hin beleuchtet und

untersucht werden, was auch bedeutet, die Täter in die Verantwortung zu nehmen. Verschiedene Forschungen zum Thema Femi(ni)zid gehen davon aus, dass Faktoren wie Klasse oder Herkunft der Täter eine untergeordnete Rolle für das Zustandekommen femi(ni)zidalen Gewalt spielen. Zentral ist jedoch die Einstellung der Täter zum Geschlechterverhältnis. Als wichtiger Risikofaktor werden traditionelle Rollenvorstellungen angesehen, aber auch die gesellschaftliche Akzeptanz männlichen Dominanzverhaltens.^[6]

Fälle wie der Femi(ni)zid im April 2020 zeigen, dass männliche femi(ni)zidale Gewalt auch in linken Zusammenhängen verübt wird. So war der Täter des Femi(ni)zids in Connewitz zeitweise in linken Szenezusammenhängen aktiv – eine Tatsache, die bisher kaum thematisiert wurde oder Aufmerksamkeit in der Linken erhielt. Auch hier ist männliche Gewalt ein tabuisiertes Thema.^[7]

Femi(ni)zide in und um Leipzig – Eine erste Übersicht
Allein zwischen diesen beiden Femi(ni)ziden – also zwischen Juni 2018 und April 2020 – fanden sieben versuchte Femi(ni)zide und wohl ein vollendeter statt, der im März 2020 im Leipziger Osten verübt wurde, so lassen es die Umstände der Tat zumindest vermuten.

Bei unseren weiteren, derzeit noch anfänglichen Recherchen sind wir auf 30 Fälle versuchter oder vollendeter Femi(ni)zide seit 2009 in und um Leipzig gestoßen. 14 dieser 30 Fälle sind vollendete Tötungen von FLINT*-Personen durch Männer, die ihnen im Vorfeld zumeist bekannt gewesen sind: also (Ex-)Partner/Ehemänner oder Bekannte/Freunde. Lediglich in drei Fällen begegnen sich die später getötete FLINT*-Person und die Täter erstmals erst kurz vor der Tat und selbst hier besteht ein anfängliches Vertrauensverhältnis.

Die Täter sind zwischen 22 und 81 Jahren alt und gehören, sofern dies von ihrer beruflichen Tätigkeit ableitbar ist, allen gesellschaftlichen Schichten an: Unter ihnen befinden sich unter anderem Studenten, Unternehmer, Bauarbeiter, Erwerbslose, Rentner, Altenpfleger, Bäcker und Köche.



Aus einem landesweiten Aktionstag mit der Forderung „Ni Una Menos“ entstand 2015 in Argentinien eine globale Bewegung gegen Femizide und sexualisierte Gewalt: „Keine Mehr! Für ein Ende der Gewalt gegen FLINT*“ auf einer Demonstration in Leipzig am 24. Oktober 2020.

Alle Fälle werten wir derzeit in Anschluss an eine umfangreich angelegte Recherche aus. Unter anderem betrachten wir, ob seitens Betroffener/der Mordopfer bereits im Vorfeld des (versuchten) Femi(ni)zids Gewalterfahrungen bestanden. Ob Kontakt zu Hilfe-/Beratungsstellen oder auch ein Kontakt- oder Näherungsverbot beziehungsweise etwaige andere Anzeigen gegen den Täter bestehen. Zudem erheben wir eine mögliche Mitbetroffenheit von Kindern der Betroffenen/Mordopfer. Ebenso fragen wir, inwieweit der Täter bereits eine Gewaltgeschichte hat, also bereits Gewalt gegen FLINT*-Personen ausgeübt hat, und welches Motiv für seine Tat angegeben wird. Neben diesen Kategorien – insgesamt gibt es momentan 31 – untersuchen wir auch, wie Medien über die (versuchten) Morde berichten und wie das Landgericht urteilt. Exemplarisch für die Bewertung von (versuchten) Femi(ni)ziden seitens der Richter*innen des Landgerichts Leipzig sind die Äußerungen von Hans Jagenlauf, seit März 2020 Vizepräsident des Landgerichtes:

► Im September 2015 wird eine 34-jährige Frau durch ihren Ehemann erstochen. Dieser habe sie aufgrund der von ihr geforderten Scheidung sowie ihrer „wech-

selnden Sexualpartner“ ermordet. Jagenlauf meint bei der Urteilsverkündung im April 2016, die „turbulente Beziehungsgeschichte des Paares [habe] ihren Teil zur Eskalation am Tatabend beigetragen“. Die Frau habe die dominantere Rolle gehabt, sei beruflich erfolgreicher gewesen und sie habe wechselnde Sexualpartner, trotz ihrer Ehe, gehabt. Auch habe sie vor der Tat eskalierend einwirken können, stattdessen habe sie ihren Ehemann beleidigt. Dem Mann hätten „nur ein beschränktes Repertoire an Selbsthilfemöglichkeiten zur Verfügung gestanden“, die Tat sei daher eine Affekthandlung und kein Mord gewesen. Die Aussage: Der Frau wird letztlich eine Mitschuld an ihrer Ermordung gegeben. Sie hätte sich dem Willen des Mannes fügen und wieder unterordnen können. Hätte sie nicht selbstbestimmt gehandelt, wäre dies nicht passiert.

► „Es ist leider wieder mal ein Fall, bei dem sich die Schwierigkeiten beim Zusammenleben verschiedener Kulturen gezeigt haben“, fasst Jagenlauf im Rahmen einer Urteilsverkündung im Januar 2018 den versuchten Femi(ni)zid an einer 28-jährigen Frau durch ihren 32-jährigen Lebensgefährten im Mai 2017 zusammen.

[5] Der Mörder der Frau im Auwald lebte seit seinem sechsten Lebensjahr in Sachsen. Trotzdem meint der LVZ-Chefredakteur Jan Emendorfer, die Tat habe etwas mit dem „kulturellen Hintergrund und [den] damit möglicherweise verbundenen Ansichten des Zusammenlebens von Mann und Frau, die mittelalterlichen Vorstellungen entspringen können“ (LVZ vom 02.07.2020, S. 18) zu tun.

[6] Siehe hierfür z.B. Şengül Tosun Altınöz; Ali Ercan Altınöz; Çisem Utku; Altan Eşizoğlu; Selçuk Candansayar (2018): Femicide: Psychosocial Characteristics of the Perpetrators in Turkey. In: International Journal of Offender Therapy and Comparative Criminology, Jg. 62, Nr. 13, S. 4174–4186.

>>



Ein Graffiti in der Nähe eines Tatorts im Auwald fragt kritisch nach der Motivation des Täters.

[7] Siehe dazu #keineMehr Leipzig vom 31.07.2020: Zum Femi(ni)zid im Leipziger Auwald im April 2020: Männliche Gewalt in der Linken, online unter keinemehrleipzig.noblogs.org

[8] Wischniewski, Alex (2018): Femi(ni)zide in Deutschland – Ein Perspektivwechsel. In: *Femina Politica*, Jg. 27, Nr. 2, S. 126-134.

[9] Online verfügbare Beispiele für gelingende Berichterstattung zu Femi(ni)ziden sind: Bettina Wilpert vom 02.07.2020: Die unerkannte Pandemie Femizid; Koschka Linkerhand: Mörderische Männlichkeit; Kow, Anna; Schnalzger, Barbara: Femizide sind kein Einzelfall; MDR vom 19.06.2020: Femizid – Es ist Mord und kein „Beziehungsdrama“.

► Im November 2019 wird eine 73-jährige Frau durch ihren 75-jährigen Ehemann mit einem Hammer auf offener Straße angegriffen; er schlägt mehrere Mal auf ihren Kopf ein. Zur Urteilsverkündung im Juli 2020 wird Jagenlauf mit den Worten „Die Absurdität der Tat liege darin, dass ein philosophisch gebildeter Mann ohne jegliches Motiv versuche, seine Frau kaltblütig und heimtückisch zu töten“ zitiert.

Äußerungen wie die des Richters Jagenlauf normalisieren männliche und geschlechtsbasierte Gewalt und können als Ausdruck eines hierarchischen Geschlechterverhältnisses verstanden werden, das männliche Herrschaft absichert.^[8] Ein besonders hohes Risiko, Opfer eines Femi(ni)zids zu werden, eröffnen Situationen, in denen sich die männliche Vormachtstellung durch Trennung, Schwangerschaft und beruflichen Aufstieg von Frauen bedroht sieht.

Feministische Aktionen und Interventionen

Neben der Dokumentation von Femi(ni)ziden in und um Leipzig will „#KeineMehr Leipzig“ öffentlich an die ermordeten FLINT*-Personen erinnern: So entsteht noch in der Nacht des tödlich geendeten Angriffs im Auwald ein Gedenkort für die ermordete Frau. Blumen, Kerzen und politische Transparente, die den Mord als Femi(ni)zid benennen und auf die strukturellen Hintergründe aufmerksam machen, etablieren erstmals einen Gedenkort an einen Femi(ni)zid in Leipzig. Bis heute gibt es diesen gut gepflegten Ort, der sowohl von Familienangehörigen der Ermordeten, von Freund*innen sowie von solidarischen Personen auf-

gesucht und gestaltet wird. Ein weiterer Ort mit Gedenktafel entstand durch eine autonome feministische Gruppe für die ermordete Frau im März 2020 im Osten von Leipzig. Mehrere feministische Gruppen organisierten gemeinsam den Aktionstag „Das Private bleibt politisch – Für ein Ende der Gewalt“ am 16. Mai 2020. Dies verstetigt die öffentliche Auseinandersetzung und Problematisierung von Gewalt gegen FLINT*-Personen.

Aktuell reflektieren und kritisieren wir immer wieder die mediale Berichterstattung über Femi(ni)zide, die sich durch fehlerhafte und unzulängliche Darstellungen und Analysen auszeichnet. Auf Grundlage eines offenen Briefes haben wir uns gemeinsam mit zahlreichen Leipziger Gruppen an die LVZ gewendet, um auf die verharmlosende Berichterstattung über den Femi(ni)zid vom 8. April 2020 aufmerksam zu machen und fordern Journalist*innen auf, patriarchale Machtverhältnisse zu thematisieren und das geschehene Verbrechen klar zu benennen.^[9]

Auch wenn in Zeiten der Corona-Pandemie die gestiegene Gefahr, dass Frauen und auch Kinder männlicher Gewalt ausgesetzt sind, öffentlich thematisiert wurde, existiert unseres Erachtens nach in Deutschland kein grundlegendes Verständnis über die Hintergründe und Ausmaße femi(ni)zidaler Gewalt. Dennoch entsteht seit kurzem der Eindruck, dass die Diskussion um Morde an FLINT*-Personen zunimmt. Der Begriff des Femi(ni)zids wird teilweise aufgegriffen, seine verschiedenen Definitionen und Konzeptionen werden



Transparent am Neuen Rathaus mit den Namen der 13 Opfer von Femiziden in den vergangenen 10 Jahren.

auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene diskutiert. Als politischer Begriff ermöglicht er es, auf die Problematik männlicher und patriarchaler Gewalt aufmerksam zu machen, was als politisches Problem auf die Tagesordnung gesetzt werden muss.

Trotzdem: Das Interesse an der Thematisierung von Gewalt gegenüber FLINT*-Personen und Femi(ni)-ziden ist in der feministischen Linken Leipzigs groß: Durch Corona konnten im April keine Versammlungen oder Demonstrationen stattfinden, so entwickelte sich eine vielfältige Debattenkultur im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel die weißen Wände an den Unterführungen zum Auwald und zahlreiche Plakate mit Forderungen von verschiedenen Gruppen und Aktivist*innen.^[10] „#KeineMehr Leipzig“ hat sich mit dezentralen Gedenkaktionen beteiligt und weiße Bänder an verschiedenen Orten der Stadt aufgehängt – ein Band für jeden statistisch-erhobenen Femi(ni)zid, der im Jahr 2019 begangen worden ist.^[11]

Unser Eindruck ist, dass durch die Kämpfe gegen männliche Gewalt gegen FLINT*-Personen, die durch globale feministische Bewegungen geführt werden, Auseinandersetzungen angestoßen werden, die ein Problembewusstsein entstehen lassen können und auch Widerstandspotenziale mit sich bringen. So bleibt das konkrete Benennen von Femi(ni)ziden als solche im Sprachgebrauch und in Texten, und das Einfordern dessen gegenüber Medienvertreter*innen eine feministische Intervention und Praxis, um die sexistische Berichterstattung oder die Verharmlosung von Tötungen zu unterbinden.

Um Femi(ni)zide als Zuspitzung männlicher Gewalt bekämpfen zu können, ist es notwendig das Phänomen zu verstehen, da das Wissen über das Ausmaß und die Formen von Femi(ni)ziden in Deutschland sehr lückenhaft ist. Feministische Genoss*innen haben bereits einige zentrale Probleme für den deutschen Kontext ausgemacht und Forderungen formuliert. Diese reichen von einer adäquaten statistischen Erfassung und Erforschung von Femi(ni)ziden, entsprechenden Interventions- und Präventionsmaßnahmen, über eine Veränderung der Rechtsprechung bis hin zur Aktualisierung antisexistischer Standards in feministischen und linken Zusammenhängen.

Eine weitere Form der Sichtbarmachung ist die Begleitung von Gerichtsprozessen zu Femi(ni)ziden. Öffentlichkeit bei Prozessen zu schaffen, bedeutet nicht nur konsequent auf der Seite der Betroffenen zu stehen und sie zu unterstützen. Es bedeutet auch zu signalisieren: das Private ist politisch! Was sich vermeintlich in der (Ex-)Liebesbeziehung abspielt, wo mit Begriffen wie Eifersucht oder Emotionen Täterverständnis hergestellt und männliche Gewalt verleugnet wird, das alles zu analysieren, zu benennen und zu bekämpfen, dort stehen Feminist*innen zusammen und treten für Betroffene ein. ■

Die Gruppe „#keineMehr Leipzig“ hat sich nach dem Femizid am 08. April 2020 gegründet. Sie bezieht sich auf internationale feministische Bewegungen gegen Femizide wie sie in den letzten Jahren weltweit aktiv geworden sind, um sich patriarchalen Verhältnissen und männlicher Gewalt zu widersetzen. keinemehrleipzig.noblogs.org

[10] Facebook-Seite „MONALIESA“ vom 17. April 2020, Facebookseite „Entmietung Thierbacherstraße 6“ vom 12. April 2020.

[11] Facebook-Seite „MONALIESA“ vom 22. April 2020.

ALLGEGENWÄRTIG UND UNSICHTBAR

Gewalt gegen nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Personen

von Kuku Schrapnell

Die Gewalt gegen Personen, die nicht in der geschlechtlichen Ordnung von Mann und Frau aufgehen oder sich nicht mit dem bei der Geburt aufgrund der Genitalien zugewiesenen Geschlecht identifizieren können, ist allgegenwärtig und zugleich unsichtbar. In Leipzig wurde solche Gewalt das erste Mal 2018 öffentlich diskutiert, als ein Mann eine Studentin vor der Moritzbastei beleidigte, sie aufforderte ihre Genitalien zu zeigen und ins Gesicht schlug. Dieser Übergriff stellt aber nur die Spitze des Eisbergs dar, von dem was nicht-binäre, trans- und intergeschlechtliche Personen alltäglich erfahren.

[1] Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen: Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen. S. 25-27.

[2] Siehe die Facebook und Instagram-Präsenz von „Queering Defaults“.

Der erste Treffer der weltgrößten Suchmaschine zum Thema trans, führt zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Auch wenn seit Jahrzehnten für die Gleichbehandlung und gesellschaftliche Anerkennung gekämpft wird, sagt dieses Suchergebnis doch schon recht viel über den Erfolg dieser Kämpfe aus. Denn natürlich ist es wirklich ein Erfolg, dass auf Bundesebene anerkannt wird, dass es Menschen gibt, die sich nicht mit dem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren und infolge ihres Outings und ihrer Angleichung an ihr erlebtes Geschlecht diskriminiert werden. Auf der anderen Seite zeigt sich aber eben auch, dass die Wahrnehmung von trans Personen in erster Linie negativ und problemzentriert ist. Gerade in den letzten Jahren ist das Thema zwar präsenter geworden und immer mehr Serien, Filme und Dokumentationen rund um trans und nicht-binäre Menschen erscheinen, aber für die konkrete Situation in Leipzig beziehungsweise Sachsen fehlen bis heute belastbare Daten.

Der kriminalpolizeiliche Meldedienst für Sachsen zählt von 2001 bis 2017 bei den Fällen politisch motivierte Kriminalität aufgrund der sexuellen Orientierung gerade einmal 55 Fälle. Dass hier die Gewalt aufgrund der Geschlechtsidentität unter den Bereich der Sexualität gezählt wird und so noch weiter unsichtbar gemacht wird, zeigt eine weitere Dimension transfeindlicher Gewalt, auf die später noch einmal eingegangen werden soll. Diese Zahl von gerade einmal 55 Fällen in einem Zeitraum von sechs Jahren steht in einem starken Missverhältnis gegenüber dem, was die

verschiedenen queeren Vereine aus ihrer Beratungspraxis berichten. Aus diesem Grund veröffentlichte die „Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen“ im Juni letzten Jahres eine Dunkelfeldstudie zu Gewalt gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, und intergeschlechtliche Menschen (kurz: lsbtqi). Allein unter den Teilnehmenden der Studie ergeben sich 1672 Übergriffe in Sachsen innerhalb der letzten fünf Jahre (Stand 2019). Dabei geben 79 Prozent der teilnehmenden trans und 74 Prozent der nicht-binären Personen an bedroht worden zu sein^[1]. Zur Frage nach körperlicher Gewalt gegenüber Menschen abseits der geschlechtlichen Norm ist die Studie leider nicht aussagekräftig.

Dass es trotz dieser großen Zahl an Gewalterfahrungen zu den geringen offiziellen Zahlen kommt, liegt nicht zuletzt an einem fehlenden Vertrauen in die Polizei, wie die Studie beschreibt. So gaben gerade einmal 11 Prozent der Betroffenen an, Anzeige erstattet zu haben. Vera Ohlendorf von der LAG und Autorin der Studie dazu: „Viele Betroffene haben Angst, den Weg zur Polizei zu gehen, weil sie dort weitere Diskriminierungen fürchten. Die Anzeigebereitschaft ist gegenwärtig sehr gering“. Gewalt gegen trans, inter und nichtbinäre Personen sei ein allgegenwärtiges Problem in Sachsen, das dennoch kaum in den Fokus rücke. Und weiter: „Innerhalb unserer Studie wurden uns einige drastische Fälle von lsbtqi* geschildert, in denen Betroffene körperliche Gewalt, Beleidigungen oder massive Bedrohungen erleben mussten, von denen einige auch den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt haben dürften.“

Tammo Wende, der als Berater für die „RosaLinde“ in Leipzig tätig ist, berichtet Ähnliches aus seiner Arbeit. Seine Klient*innen beschreiben verschiedene Formen der Gewalt. Angefangen bei psychischen Übergriffen wie Beleidigungen und Anspucken bis hin zu körperlicher Gewalt. Aber auch strukturelle Gewalt zählt dazu, für die bei den Betroffenen häufig noch kein Bewusstsein besteht. Wende berichtet von Gewalt innerhalb der Herkunftsfamilie oder durch Institutionen und Therapeut*innen, wo die Bedürfnisse ignoriert und der gewünschte Name und Pronomen verweigert werden,



Antirassistische und antisexistische „Black Lives Matter“-Demonstration in Leipzig im Sommer 2020

auch die Unterstützung während des Transitionsprozesses wird teilweise verwehrt. Zu den Folgen sagt Wende: „In der Regel halten trans, inter und nicht-binäre Personen diese Abwertungen über eine lange Zeit aus und das schreibt sich ein und hinterlässt Spuren. Viele haben große Schwierigkeiten einen positiven Bezug zu sich selbst herzustellen und es wird lange dauern das aufzuarbeiten.“

Wie schon eingangs beschrieben, ist die gesellschaftliche Position von Personen, die nicht in der zweigeschlechtlichen Ordnung aufgehen, ambivalent. So gibt es zwar Fortschritte wie eine zunehmende mediale Repräsentation und die damit einhergehende Sensibilität für das Thema geschlechtliche Vielfalt oder auch rechtliche Fortschritte wie die Möglichkeit zur Eintragung des Geschlechtsmerkmals „divers“ für intergeschlechtliche Personen in den Personalausweis, auf der anderen Seite sieht Tammo Wende auch Stagnierendes und gefährliche Tendenzen: „Das Transsexuellengesetz muss mindestens reformiert bzw. abgeschafft werden, aber es geschieht nichts. Für nicht-binäre Menschen gibt es rechtlich und auch medizinisch aktuell keine Möglichkeit als die Personen, die sie sind, anerkannt zu werden. Sie existieren also gar nicht. Auch in der Gesellschaft werden lsbtq-feindliche Positionen immer lauter.“

Wie prekär die Situation tatsächlich ist, zeigte zuletzt auch die deutsche Medienlandschaft. So wurde in den Berichten über die staatliche Repression gegenüber „stop bzdurom“ in Polen oder nach einer satirischen

Kolumne von Hengameh Yaghoobifarah in der taz von vielen Journalist*innen die gewünschten Pronomen absichtlich ignoriert und die Aktivist*innen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität zur Zielscheibe von öffentlichem Spott gemacht. Nicht zuletzt diese Berichterstattung gibt den Täter*innen Rückendeckung, die nur ausführen, was die konservative Mehrheit denkt. Umso wichtiger ist es, hier eine Öffentlichkeit zu schaffen, die sich über die verschiedenen Bedarfe und Forderungen einer radikalen trans und inter Bewegung informiert und diese mitträgt. Dabei sollte es weder um eine Idealisierung gehen, die gerade intergeschlechtliche Personen zum revolutionären Subjekt im Kampf gegen die Ordnung von Mann und Frau zu machen sucht, noch darum den gemeinsamen Kampf gegen das Patriarchat zu verleugnen und trans Personen aus Frauenräumen auszuschließen. Gruppen wie „Queering Defaults“ versuchen gerade in Leipzig Kämpfe von lsbtq* mit antirassistischen und antikapitalistischen Ansätzen zu verbinden.^[2] Dabei gehen sie darauf ein, dass auch innerhalb einer queeren Szene häufig trans- und intergeschlechtliche sowie nicht-weiße Personen diskriminiert werden. Sich mit diesen Ausschlüssen, auch in den eigenen Kontexten auseinanderzusetzen, ist ein guter erster Schritt, die Betroffenen vor weiterer Gewalt zu schützen. ■

Kuku Schrapnell ist Aktivistin und Autorin aus Leipzig. Ihre Themen sind Queer, Feminismus, das Internet und der Kampf für eine Welt, in der alle ohne Angst verschieden sein können.



photo: christoph hecker

»ANTISEXISTISCHE ARBEIT IST IN ERSTER LINIE AUCH GANZ VIEL FRUSTRIERENDE ARBEIT«

Zum Umgang mit sexueller Gewalt und Sexismus in der linken Szene

von chronik.LE

Am 7. Januar 2020 laden Journalist*innen von „Funk“, dem jungen Angebot der ARD, eine Reportage ins Netz: „Spannervideos: Wer filmt Frauen auf Toiletten?“. Darin deckt die Journalistin Patrizia Schlosser die Geschichte eines Mannes auf, der heimlich FLINT*-Personen^[1] auf Dixi-Toiletten filmt. Schnell wird klar, dass die Filmaufnahmen von „Monis Rache“ stammen, einem Festival mit feministischem Anspruch, das viele Leipziger*innen besuchen, und dass der Täter in einem linken Leipziger Hausprojekt lebt. Nach dem ersten Schock versucht die Szene einen Umgang zu finden.

Im Januar 2020, als die Vorfälle auf dem Festival „Monis Rache“ nach und nach publik werden, wundert sich Dette über die darauffolgenden Reaktionen. „Ich habe in den Wochen danach viele überraschte und überforderte cis-Männer erlebt“^[2], erzählt Dette einige Monate später. Dette organisiert seit 2017 mit einer weiteren Person den „SexTalk3000“. Das Gesprächsformat dient dazu, sich in lockerer Runde über Themen rund um Sex, Geschlecht und Politik auszutauschen. Das Format, das einmal im Monat stattfindet, ist offen für Menschen aller Geschlechter. „Es kommen meist zwischen fünf und zwanzig Personen, die Mehrzahl davon sind FLINT“, sagt Dette.

Mitte Januar 2020 ändert sich das. Dette und andere organisieren eine Art Spezialausgabe des „SexTalk3000“, zu der explizit cis-Männer eingeladen werden. Themen sind einerseits der Support von Betroffenen sexualisierter Gewalt und andererseits eine Auseinandersetzung mit (der eigenen) Männlichkeit. Es kommen über 100, die Hälfte muss das Orga-Team wegschicken. Das große Interesse finden Dette und die anderen Mitstreiter*innen zwar generell positiv, sie haben aber die Befürchtung, es könnte nur temporär sein. Denn: „Es ist doch nicht nur der Januar der scheiße war, das ist die Realität!“, meint Dette.

Zwischen Strafverfolgung und Selbstorganisation

Zeitgleich beginnen Betroffene, die das Festival besucht haben, sich in Chatgruppen sowie persönlich zu organisieren. Bei einem ersten Treffen sind über 100 Personen anwesend. Schon bei diesem Treffen wird klar, dass sich trotz der geteilten Wut die Bedürfnisse einzelner stark unterscheiden. „Manche wollten den Namen des Täters erfahren, andere auf keinen Fall“, erzählen Rebecca und Sarah^[3], zwei der Betroffenen, mehrere Monate später. Die Betroffenen finden einen Weg, damit umzugehen. Wer den Namen wissen möchte, kann eine Person gezielt ansprechen, ansonsten wird er nicht verwendet. Ähnlich unterschiedlich verhalten sich die Meinungen zum Thema

[1] Das Akronym FLINT* steht für Frauen, Lesben, Intersexuelle-, Nichtbinäre- und Trans-Personen.

[2] Cisgender, auch Zisgender, Zissexualität oder Zissexualismus, bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität demjenigen Geschlecht entspricht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

[3] Namen auf Wunsch der Betroffenen geändert.

Es ist nicht das erste Mal, dass die linke Szene Leipzigs mit sexuellen Übergriffen aus den eigenen Reihen konfrontiert wird. Die Übergriffe auf „Monis Rache“ sind aber der Fall mit den meisten Betroffenen. In den vergangenen zwei Jahren wurden verschiedene Fälle von sexuellen Übergriffen an Orten bekannt, die sich entweder selbst als links verstehen oder die von Teilen der linken Szene frequentiert werden: Im Juli 2019 kündigen acht Mitarbeiter*innen des Tanzlokals Illes Erika gleichzeitig und kritisieren in einem offenen Brief den Sexismus, der ihnen hinter der Theke widerfahren war. Im Dezember 2019 vergewaltigt ein Mitglied des Bandkollektivs „HGich.T“ während des Konzerts eine junge Frau in einem schlecht einsehbaren Teil der Bühne des Conne Islands. Im Februar 2020, kurz nach der Veröffentlichung der „Funk“-Dokumentation, erfahren Leipziger*innen über einen anonymen Aushang, dass ein Mitarbeiter der Kneipe Goldhorn auf der Eisenbahnstraße, weibliche Gäste unter Alkoholeinfluss zu nicht konsensuellem Sex genötigt haben soll. Außerdem ist ein sexueller Übergriff des Betreibers der Connewitzer Bar Pivo schon länger bekannt, im Sommer 2020 schließt das Lokal augenscheinlich auch deswegen. Das sind nur die von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommenen Vorfälle. Es gibt aber auch nicht-öffentliche Ereignisse, die im Kleinen, unter Freund*innen, Hausprojekten und politischen Gruppen verhandelt werden.



Strafverfolgung durch staatliche Behörden. Daraufhin bildet sich eine Untergruppe aus denjenigen, die eine Anzeige stellen wollen.

Aus der anfänglichen Betroffenen Selbstorganisation geht auch die Gruppe „MoRa“ hervor, in der Rebecca und Sarah organisiert sind. „MoRa“ versteht sich selbst als Aktions-AG und Betroffenenvernetzungsgruppe. Die Gruppe organisiert unter anderem Aktionstage in der Leipziger Innenstadt, die auf sexuelle Gewalt aufmerksam machen sollen. „Wir wollten damit sexualisierte Gewalt in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext setzen“, erzählt Sarah.

Da sich der Täter mittlerweile ins europäische Ausland abgesetzt haben soll, beginnt die Gruppe auch, linken Projekten in ganz Europa zu schreiben, um sie auf den Mann aufmerksam zu machen. „Wir wollen in linke Räume intervenieren, denn linke Gruppen und Räume sind keine Safe Spaces und linker Konsens ist nicht gleich feministischer Konsens“, erklärt Rebecca. Es ist ihnen wichtig, als handelnde Subjekte aufzutreten. „Interessant war, dass es so viele Feministinnen gab, die potentiell betroffen waren und dadurch eine krasse Energie entstand und alle das Gefühl hatten, dass sich ja wirklich etwas bewegen kann“, sagt Sarah. „Und gleichzeitig fühlt es sich manchmal an, als wären wir noch im Kindergarten, wenn es darum geht, über diese Themen zu sprechen“, ergänzt Rebecca.

Awareness Arbeit wird oft auf bestimmte Gruppen abgewälzt

Auch Alex von der „Initiative Awareness“ sieht hier noch großen Handlungsbedarf: „Ich würde mir wünschen, dass nicht so eine Angst vor dem Thema da ist, dass sich dann doch nicht damit beschäftigt wird.“ Oft würde es in Gruppen auf bestimmte Leute abgeschoben, die dann gezwungen seien, das Thema zu pushen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, sich mit sexualisierter Gewalt auseinanderzusetzen, findet Alex. Dort sollte die Auseinandersetzung aus ihrer Sicht aber nicht stehen bleiben, sondern sich auch mit

anderen Formen der Gewalt beschäftigen, die in linken Kontexten existiert. Die „Initiative Awareness“ gründete sich als Verein im Jahr 2018 aus Einzelpersonen und Gruppen, die in Leipzig bereits in Clubs und anderen Veranstaltungskontexten Awareness-Strukturen geschaffen hatten, während Veranstaltungen für Betroffene da waren und bei diskriminierendem Verhalten intervenierten. „Die Idee zur Gründung des Vereines entstand, als wir immer öfter kurzfristig angefragt wurden, ob wir nicht bei dieser Party oder jener Veranstaltung Awareness „machen könnten“.

Es ist zwar schön, dass Awareness immer mehr zum Standard wird, doch sollte dies nicht nur auf die wenigen „Expert*innen“ abgewälzt werden“, erzählt Alex. Ihrer Meinung nach sollten linke Gruppen oder Kollektive Awareness nicht als Dienstleistung für ihre Veranstaltungen ansehen. Stattdessen möchten die Mitglieder des Vereins sie dabei unterstützen, eigene Awareness-Strukturen aufzubauen, die durch die gesamte Gruppe getragen und gelebt werden. Denn in erster Linie sei Awareness eine Haltung und der Wille, eine Atmosphäre und einen Umgang zu schaffen, um Diskriminierung, Gewalt und Übergriffe zunächst zu minimieren, meint Alex. Awareness sei daher mehr, als konkret zu intervenieren und für Betroffene da zu sein. Denn zur Awareness-Arbeit gehört auch die transformative Arbeit mit gewaltausübenden Personen. Diese kann aber erst greifen, nachdem Maßnahmen der Prävention ergriffen und Betroffene unterstützt werden. Durch präventive Maßnahmen Übergriffe zu verhindern, hat sich auch das Conne Island als Veranstaltungsort zum Ziel gesetzt. „Permanente Selbstreflexion und offene Diskussionskultur sind die Ziele“, heißt es dazu. Konkret bedeutet das, dass das Team versucht, Strukturen zu bieten, die eine möglichst niedrige Hemmschwelle im Ansprechen von sexistischen Handlungen und Äußerungen ermöglichen. Falls die direkte Thematisierung in der Situation selbst nicht möglich ist, gibt es auch intern Möglichkeiten, dies beispielsweise bei der Unterstützungsgruppe ausgelagert zu diskutieren. >>



Antisexistisches und feministisches Graffiti in Leipzig-Connewitz

[4] Eine kritische Einführung zum Konzept der Definitionsmacht hat die feministische Gruppe „e*vibes“ aus Dresden unter dem Titel „Wir arbeiten nicht mit ‚Definitionsmacht‘“ im November 2014 online veröffentlicht.

[5] Eine Einführung in das Konzept der „transformative justice“ und diverse Materialien finden sich unter <https://www.transformativejustice.eu>.

Auf die von Alex als weitere Schritte beschriebenen Interventionsmöglichkeiten fokussieren sich zwei Arbeitsgruppen innerhalb der Gruppe „Antisexistischer Support Leipzig“ (ASL) – die Unterstützungsgruppe und die transformative Gruppe. Erstere will vor allem Betroffene von sexualisierter Gewalt unterstützen. Zweitere setzt auf die Arbeit mit Täter*innen und deren Umfeldern. Der ASL wurde gegründet, um eine kollektive feministische Struktur zu schaffen, an die sich Betroffene wenden können, wenn sie sexualisierte Gewalt und Gewalt in Beziehungen erfahren (haben). Die Idee dahinter ist, sexualisierte Gewalt als ein gemeinsames Problem aufzufassen, die Last der Aufarbeitung und Heilung von den Schultern der Betroffenen und ihren Freund*innenkreisen zu nehmen und das Problembewusstsein innerhalb der Szene zu schärfen. Als Unterstützungsgruppe will sie Betroffenen und ihrem Umfeld konkret Support bieten und damit einen politischen und solidarischen Raum schaffen, um eine Ansprechbarkeit innerhalb der Szene zu bieten. „Wir verstehen uns als linksradikaler, emanzipatorischer, feministischer Zusammenhang, der in Leipzig politische Unterstützungsarbeit für Betroffene von sexualisierter Gewalt anbietet“, schreibt die Unterstützungsgruppe über ihr Selbstverständnis.

Solidarität mit Betroffenen als Basis

Dazu gehört für ASL auch die Anwendung des Kon-

zepts der „Definitionsmacht“, das als Grundlage ihrer Arbeit dient. Das bedeutet, dass der betroffenen Person, die sich Unterstützung sucht, geglaubt wird, ihre Erfahrungen nicht in Frage gestellt werden und sie selbst entscheiden kann, wie sie ihre Erfahrungen benennen und wieviel sie davon schildern möchte^[4]. Relevant ist das Konzept aber nicht nur für Aktivist*innen, sondern auch für Veranstaltungsorte, beispielsweise wenn es darum geht, einer Person Hausverbot zu erteilen. Auch die Mitarbeiter*innen des Conne Islands haben sich deshalb auf einer ihrer Klausurtagungen mit diesem Konzept auseinandergesetzt. Wenn eine übergreifende Person ein für den Abend geltendes Hausverbot erhalten hat, kann dies ausgeweitet werden, wenn betroffene Personen, das Conne Island Plenum oder Dritte dies fordern. „Die Person mit Hausverbot kann ins Plenum kommen, um für dessen Aufhebung zu diskutieren, wobei vorbereitende Treffen oder eine Ankündigung gewünscht sind, um eine Konfrontation von Betroffenen im Plenum zu vermeiden“, erklärt das Team.

Der Gedanke liegt auch der Arbeit der transformativen Gruppe des „Antisexistischen Support Leipzig“ zugrunde. Allerdings fokussiert sich diese vor allem auf die gewaltausübende Person und deren Umfeld. Dazu erklärt die transformative Gruppe: „Wir verstehen es als eine Notwendigkeit, problematisches Verhalten bei Freund*innen anzusprechen und es nicht als individu-

photo: tm wagner



Frauenkampftag in Leipzig 2016

elles, privates Problem abzutun.“ Sie hoffen, dass das frühzeitige Erkennen und Ansprechen von grenzüberschreitendem Verhalten, die Gewaltspirale unterbrechen kann. Ursprünglich entwickelt wurde das Konzept der „transformative justice“^[5] in den schwarzen Communities in den USA, die das staatliche Justizsystem aufgrund seines strukturellen Rassismus bewusst ablehnen. Aus einer ähnlich ablehnenden Position gegenüber staatlichen Strafverfolgungsbehörden, griffen später linke Gruppen das Konzept auf. Es geht den Mitgliedern der Leipziger Gruppe dabei explizit nicht darum, die gewaltausübende Person zu verurteilen. Vielmehr soll diese aus zumeist einer passiven Position des Verurteilten heraustreten und aktiv Verantwortung für das Geschehene übernehmen. „Wir wollten Ansätze entwickeln, die als Alternativen zu Sanktionierung und Bestrafung funktionieren“, heißt es von der Gruppe dazu.

Die Auseinandersetzung mit gewaltausübenden Personen war für die transformative Gruppe allerdings auch immer wieder frustrierend. Daher entschied sie, ihre ursprüngliche Arbeit so nicht fortzusetzen. „Wir glauben, dass es sinnvoller ist, dass diese konkrete Arbeit innerhalb eines Umfeldes, das heißt von Menschen, die sich besser kennen, geführt werden muss. Wir als externe Personen konnten und wollten diese relevante Rolle nicht einnehmen“, schreibt die Gruppe. In Zukunft will sie sich vor allem darauf fokussieren, Umfeldler kritisch zu begleiten und auf mögliche Fallstricke in diesem Prozess hinzuweisen.

Das Umfeld im transformativen Prozess

Im Falle des Täters von „Monis Rache“ versuchte eine Gruppe aus seinem Umfeld, die lange vor der Veröffentlichung der Reportage von seinen Taten erfuhr, das Konzept der „transformative justice“ anzuwenden. Allerdings scheiterte die Umsetzung zum Beispiel schon daran, dass die Betroffenen nicht informiert wurden. Ihre Zustimmung ist jedoch eine Grundvoraussetzung der Arbeit mit dem Täter. Dadurch wurde vor allem der Täter geschützt. Außerdem: Auch der Täter muss sich freiwillig und bereitwillig in diesen Prozess begeben. Zumindest aus ihrer beobachtenden Position heraus meint die transformative Gruppe, dass der Täter vom „Monis Rache“-Festival kein ausreichendes Schuldbewusstsein entwickelt habe und die Tragweite seiner Taten nicht anerkannte. So konnte das Vertrauen nicht wiederhergestellt werden.

Das Verhalten des direkten Umfelds des Täters hat nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Vorfälle schnell dazu geführt, dass nicht nur der Täter, sondern auch einige ihm nahestehende Personen mit Ausschlüssen aus linken Räumen sanktioniert wurden. Die Unterstützungsgruppe des ASL, die ihre Gedanken im September 2020 auch in einem Blogbeitrag festgehalten hat, kritisiert, dass die linke Szene hier vielleicht überschnell reagiert hat und gibt zu bedenken: „Wir fragen uns, ob auf die Ausschlüsse auch eine gruppeninterne Auseinandersetzungen mit cis-Männlichkeit und Täter*innenschaft folgte“. Innerhalb der transformativen Gruppe herrscht keine Einigkeit über den Umgang mit dem Umfeld des Täters, der auf die Veröffentlichung der Dokumentation folgte. Aber sie halten fest: „Uns ist wichtig, dass dieser Fall nicht davon ablenkt, dass es regelmäßig zu Übergriffen innerhalb der linken Szene kommt. Dahingehend konnten wir in den letzten Monaten ein immer wiederkehrendes Muster an männlicher Abwehr zu eigenen misogynen Verhalten beobachten“^[6]. Häufig werde die eigene vermeintlich schon ausreichend reflektierte und antisexistische Position einer „schlechten“ und gewaltausübenden Männlichkeit gegenüber gestellt.

Die Unterstützungsgruppe des ASL sieht das Problem ähnlich: „Cis-Männer verstecken sich immer noch hinter feministischen Plattitüden, ein viel zu geringer Teil von ihnen ist bereit, sich mit der eigenen Männlichkeit auseinanderzusetzen“. Die wenigen, die es doch täten, kämen aber oft nicht darüber hinaus, sich von einem „Feindbild Mann“ abzugrenzen oder aber sich in ewigen Schuldgefühlen zu baden und darin förmlich zu ertrinken, meint die Gruppe.

Dennoch sehen beide Gruppen auch begrüßenswerte Entwicklungen innerhalb der linken Leipziger Szene. Vor allem durch feministische Aktivist*innen und deren Arbeit nach dem Femi(ni)zid im Leipziger Auwald und durch die Selbstermächtigung der Betroffenen von „Monis Rache“ habe sich die Aufmerksamkeit für sexualisierte Gewalt innerhalb der Szene erhöht. Trotzdem sind es meistens FLINT*-Personen, die sich dieser Arbeit annehmen. Für die Unterstützungsgruppe des ASL ist das ein Problem, denn: „Antisexistische Arbeit ist in erster Linie auch ganz viel frustrierende Arbeit.“ Allerdings erhalten sie für ihre Arbeit auch sehr viele positive Rückmeldungen. Nur so ist es manchmal überhaupt möglich, weiterzumachen und gegen ein System anzukämpfen, das Täter und ihre Taten tagtäglich stützt. ■

[6] Misogyn beziehungsweise Misogynie bedeutet frauen- bzw. FLINT*-Feindlich(keit) im Sinne der Bezeichnung von Geschlechtern in diesem Artikel.

»GANZ SCHÖN KOMPLEX... ABER BÄM!«

Selbstermächtigung gegen sexualisierte Gewalt

von Sichtbar und Selbstbestimmt

„Lange drüber nachgedacht, alles ganz schön komplex, ziemlich aufregend, aber bäm!“ So begann die Einladung zum ersten Treffen unserer Gruppe, was inzwischen über ein Jahr her ist. Schon bei diesem Treffen wurde wieder deutlich spürbar: sexualisierte Gewalterfahrungen sind nicht nur persönliche Ereignisse. Genauso wenig ist Vergewaltigung einfach die neutrale Beschreibung eines Straftatbestands. Wie unsere Gesellschaft (einschließlich Familie, Umfeld, Freund*innen) über sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung spricht, wie mit Betroffenen umgegangen wird, ist genauso Teil unserer Gewalterfahrungen. Stigmatisierungen und Tabus, Vergewaltigungsmymen und stereotype Opferbilder, wem geglaubt wird und wem nicht: es sind alles Mechanismen, die dazu führen können, dass Betroffene sich in Unsichtbarkeit und Vereinzelung wiederfinden – ständig entmenslicht, entmacht, entmündigt werden. Das Tabu über sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung zu sprechen, spüren wir alltäglich, auch wenn die eigentliche(n) Gewalterfahrung(en) zum Teil schon Jahre oder Jahrzehnte hinter uns liegen. Wie mächtig diese Mechanismen sind, und wie schwer es uns fällt, sie zu durchbrechen, zeigt sich auch in linken und feministischen Kreisen. Meist bleibt sexualisierte Gewalt ein abstrakter Begriff, ein politisches Phänomen, zu dem aber nicht unbedingt ein eigener Bezug hergestellt wird.

Wenn überhaupt, geschehen Auseinandersetzungen mit sexualisierter Gewalt meist erst, wenn es schon zu spät ist, wenn es wieder einen „blöden Vorfall“ in irgend einem Kollektiv oder Projekt gab. Auch das

Privileg sich nicht mit den Folgen von sexualisierter Gewalt (zum Beispiel in der Kindheit erlebter) auseinandersetzen zu müssen, ist selten Thema. Psychische Krisen und Diskriminierungserfahrungen aufgrund dessen, was als „psychisch gesund“ angesehen wird, sind bisher selten auf dem Schirm – oder werden als persönliches Problem abgetan und damit entpolitisiert. Fast immer bleibt es an uns, den Betroffenen, sexualisierte Gewalt zu thematisieren. In der Regel wird überrascht reagiert, mit betretenem oder hilflosem Weggucken oder Bagatellisierungen. Und leider auch immer wieder mit krasser Verleumdung und der „Täter-Opfer-Umkehr“.

Wir wollen mehr politische Auseinandersetzungen. Wir wollen uns Räume erkämpfen, Sichtbarkeit und Verständnis für Komplexität schaffen. Wir wollen ein selbstbestimmtes Sprechen und eine selbstbestimmte Sprechposition finden. Wir wollen nicht irgendwelchen Vorstellungen von Überlebenden entsprechen müssen, damit uns geglaubt wird. Und wir wollen irgendwelchen Vorstellungen von Überlebenden entsprechen können, ohne nur noch als „Opfer“ zu gelten. Wir wollen nicht im Hamsterrad von Gewalt hängen bleiben.

Wir wünschen uns, feministische Perspektiven zu teilen, die sensibel sind für alle Formen von Unterdrückung, und nicht ausklammern, dass es auch unter Betroffenen verschiedene Privilegien gibt. An den Beratungsangeboten zeigt sich etwa, dass von sexualisierter Gewalt betroffene Menschen nicht alle die gleichen Zugänge zu Unterstützungsstrukturen haben. Erst langsam

schaffen Beratungsstellen mehrsprachige Angebote, gerade für kleinere Sprachgruppen bleibt es dürrig. Auch existieren wenig zielgerichtete Angebote, etwa um Gewalterfahrungen auf der Flucht oder um sexualisierte Gewalt in deutschen Aufnahmehäusern oder durch deutsche Sicherheitskräfte zu verarbeiten. Größtenteils sind es – wenn überhaupt – die Gewalterfahrungen von weißen Cis-Frauen aus der Mittelschicht, die auf Gehör stoßen. Auch gibt es kaum Beratungsangebote für männliche* (erwachsene) Betroffene und die Belange und Kämpfe von trans* Personen spielen selten eine Rolle.

Viele von uns haben bei Therapeut*innen und Ärzt*innen erneute Ohnmachtserfahrungen machen müssen. Unser Wissen, was gut für uns ist, wird uns abgesprochen, Überlebensstrategien werden nicht als solche anerkannt oder als „Störung“ bezeichnet. Natürlich können Therapien oder andere begleitete Prozesse immens hilfreich sein und stärken. Zu oft sind es leider aber auch Orte, wo wir Fremdbestimmung und Machtdynamiken weiter erleben. Ganz unabhängig, ob eine Therapie persönlich weiterbringt oder nicht, die Gesellschaft ändert sich dadurch noch lange nicht. Sexualisierte Gewalt bleibt individualisiert und entpolitisiert – es braucht mehr öffentliche Thematisierung und Weiterbildung. Wir brauchen mehr Austausch, wir brauchen Platz, wir brauchen selbstorganisierte Räume.

Teil von Patriarchat und anderen Gewaltstrukturen ist die Tabuisierung der Erfahrungen, die Scham und oft auch die verinnerlichten Schuldgefühle bei Betroffenen. Clever gemacht, denn diese verinnerlichte



Unter dem Motto „Wenn wir streiken, steht die Welt still“ haben sich etwa 3000 Demonstrant*innen am 8. März 2020 in Leipzig versammelt. Die Forderung: Nach Jahrzehnten feministischer Kämpfe soll es endlich Gleichberechtigung für FLINT*-Menschen geben.

Scham führt dazu, dass wir das System selbst mit aufrechterhalten. Dem können wir nur gemeinsam die Macht entziehen! Es klingt so banal: Aber über sexualisierte Gewalt zu sprechen, als Betroffene, ist ein Alltagskampf und den sollte eben keine*r allein führen müssen. In einer Gruppe organisiert zu sein, gibt uns Rückendeckung beim Sprechen über sexualisierte Gewalt. Es macht uns möglich, das Thema als gesellschaftliches Problem, nicht nur als individuelles anzusprechen. Wie bestärkend es sich anfühlen kann, den Mitbewohner*innen, den Freund*innen oder gänzlich Unbekannten, von einer feministischen Gruppe zum Thema sexualisierter Gewalt aus Betroffenenperspektive zu erzählen – und nicht wieder ein Outing-ähnliches Gespräch à la „ich habe eine Vergewaltigung/Missbrauch/Gewalt überlebt...“ durchstehen zu müssen!

Einen Großteil der emotionalen Arbeit, die in Gesprächen zu sexualisierter Gewalt und den ganzen Begleitprozessen steckt (zum Beispiel unser nicht betroffenes Gegenüber emotional aufzufangen), erledigen Betroffene, Frauen* oder queere Menschen. Und das viel zu oft unsichtbar und so nebenbei. Für diese Gespräche und diese Arbeit brauchen wir Strategien und Austausch – und alle sollten sich daran beteiligen. Selbstorganisation bedeutet auch mal, sich

den Frust vom Herzen zu reden, bittere Anekdoten und Enttäuschungen loszuwerden. Es hilft uns ganz einfach mal Nein zu sagen, wenn auf uns schon wieder die Erklär- und Emoarbeit abgeladen wird. Dass das knallharte, ermüdende, kräftezehrende Arbeit ist, ist allen klar, die das alltäglich machen müssen. Und doch kann es schwerfallen, diese selbst anzuerkennen.

Hey, ihr euch als links verstehende Personen, die diesen Text lest: wann habt ihr das letzte Mal Anerkennung, Bewunderung, Wertschätzung den Menschen gegenüber ausgedrückt, die aus Betroffenen- oder Verbündetenperspektive ständig diese Arbeit leisten? Und wie sehen dein Beitrag und deine Verantwortungsübernahme aus?

Nicht zuletzt brauchen wir Selbstorganisation, um miteinander zu lernen. Als Betroffene sind wir keine einheitliche Gruppe, sondern haben alle sehr unterschiedliche Geschichten. Wir haben Ressourcen zur Verfügung (Freund*innen, Szene-Anbindung, deutsche Staatsbürgerschaft, Zugang zu Beratungsstellen etc.), die andere Betroffene nicht haben. Wie können auch wir darin wieder Verantwortung übernehmen

und Verbündete für andere werden? Denn auch bei sexualisierter Gewalt spielen Mehrfachdiskriminierungen eine erhebliche Rolle. Wir müssen über unseren eigenen Tellerrand schauen und uns gemeinsam fragen, wie wir einander eine Unterstützung sein können. Da gibt es auch bei uns in der Gruppe noch viel zu tun.

Und gleichzeitig haben wir verdammt viel Wissen, denn wir sind Expert*innen unserer jeweiligen Situation. Sich gemeinsam politisch zu organisieren, bedeutet nicht unsere individuellen Erfahrungen und Umgangsweisen aufzugeben. Es ist wichtig, dass diese nebeneinanderstehen können und, dass Empowerment, Zuversicht, Freude, Schwere, Unsicherheit und Zweifel gleichzeitig Platz haben können. Das alles unter einen Hut zu bekommen, sich über alle Unterschiede hinweg zur Seite zu stehen und zu bestärken, ist nämlich tatsächlich ganz schön komplex – aber bäm, wir sind da und wir versuchen es mal weiter!

Sichtbar und Selbstbestimmt ist eine selbstorganisierte Gruppe von Menschen, die sexualisierte Gewalt/Vergewaltigung erfahren haben. Wir wollen kollektiv Austauschräume schaffen und sexualisierte Gewalt als gesellschaftliches Problem sichtbar machen.

Email: sichtbarundselbstbestimmt@riseup.net

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

SEXISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

20. September 2020

Homofeindliche und sexistische
Beleidigungen beim Fußball

Bei dem Frauen-Fußballspiel zwischen dem FSV Kitzscher und Roter Stern Leipzig II äußern Fans des FSV Kitzscher immer wieder homosexuellenfeindliche, sexistische und frauenverachtende Schmähungen gegen Spieler*innen und Fans des gegnerischen Teams. Die Ordnungskräfte des Heimteams greifen nicht ein.

13. September 2020

Sexueller Übergriff durch Fahrradfahrer

Am Sonntagabend laufen zwei Personen gegen 20.00 Uhr die Dresdener Straße entlang. Kurz vor der Abzweigung zur Wurzner Straße kommt ein Fahrradfahrer von hinten angefahren und greift einer Frau im Vorbeifahren kräftig an den Hintern. Der Täter fährt eilig davon, bevor sich die betroffene Person wehren kann.

05. September 2020

Junge Frau brutal
zusammengeschlagen

Am Dienstag fährt eine junge Frau mit der Straßenbahn Linie 9 Richtung Thekla. Im Bereich Zentrum Süd wird sie in der Tram von zwei unbekannten Männern angesprochen und sexuell belästigt. Sie erklärt ihnen, dass sie nicht auf Männer steht und in Ruhe gelassen werden will. Als die junge Frau aussteigt, folgen ihr die Männer und beleidigen sie homosexuellenfeindlich. Wenige Sekunden später schlagen beide auf die Betroffene ein, brechen ihr mehrere Knochen und beinahe das Jochbein. Die Frau bleibt regungslos auf dem Boden liegen, die beiden Unbekannten flüchten. Die Frau wird schließlich mit einem Krankenwagen in das nahegelegene Krankenhaus gebracht.

30. August 2020

Sexueller Übergriff an der Neuen Linie

In Connewitz auf dem Waldweg Neue Linie greift ein Mann eine 39-jährige Frau sexuell an. Er packt sie und schiebt sie in ein Gebüsch. Dabei fällt sie zu Boden. Die Frau wehrt sich gegen den Übergriff und schreit laut. Darauf werden Passant*innen aufmerksam, die der Frau zur Hilfe kommen. Der Mann flüchtet, während er von zwei Personen verfolgt wird. Auf seiner Flucht belästigt er eine weitere Frau und bedrängt sie. Polizist*innen stellen den Mann schließlich im Keller eines Hauses, zu dem er sich unter Vorwand Zutritt verschafft hatte. Er wird in eine Justizvollzugsanstalt gebracht.

25. Mai 2020

Misogynen Auto-Aufdruck

Auf einem Auto, das in der Kochstraße parkt, sind auf dem Heck zwei piktogrammartige Bilder angebracht. Auf dem ersten stehen ein Mann und eine Frau in stilisierter Form nebeneinander. Das Bild ist unterschrieben mit „Problem“. Auf dem zweiten Bild wird die Frau vom Mann aus dem Bildrahmen geschubst und stürzt. Das Bild ist unterschrieben mit „Get Lost“ (deutsch: „Hau ab!“).

21. Mai 2020

Männer kommentieren Frauen
in der Georg-Schwarz-Straße

Gegen 11 Uhr am sogenannten „Männertag“ steht eine Gruppe Männer vor einer Spielbar in der Georg-Schwarz-Straße und kommentiert die Körper vorbeilaufender Frauen – selbstverständlich unaufgefordert. Weiterhin äußern sie sich lautstark abfällig über „Ausländer“. Einer der Männer trägt ein T-Shirt der rechtsextremen Hooligan-Band Kategorie C mit der Aufschrift „Deutsche Jungs“.

20. Mai 2020

Sexistisches Graffiti in der
Hildegardstraße

An einer Hauswand in der Hildegardstraße im Leipziger Stadtteil Volkmarsdorf wird ein sexistisches Graffiti angebracht. Dabei wird auf eine unter anderem im Islam verbreitete Schlachtmethode Bezug genommen.

03. Mai 2020

Homofeindliche und sexistische
Anfeindung in Connewitz

Am Sonntagnachmittag werden vier Personen in Connewitz von einem Mann sexistisch beleidigt und körperlich bedroht. Der Mann ist offensichtlich alkoholisiert, hat eine große und muskulöse Statur und ist in Begleitung von drei weiteren Männern unterwegs. Beim Vorbeigehen an der Vierergruppe wirft er unvermittelt eine Bierflasche auf den Boden, um eine Konfrontation zu provozieren. Es folgen sexistische und homosexuellenfeindliche Beleidigungen, unter anderem äußert er Vergewaltigungsfantasien gegenüber den Personen. Während seine Begleiter versuchen, ihn zurückzuhalten, regt er sich kontinuierlich weiter auf, bis hin zum angedeuteten Werfen eines Bauzauns auf die Gruppe. Eine Gruppe in der Nähe solidarisiert sich mit den betroffenen Personen. Der Täter entfernt sich mit seiner Begleitung und wütet vor einem Imbiss weiter.

08. April 2020

Femizid in Connewitz

Gegen Mittag wird eine Frau durch ihren Ex-Freund im Parkplatzbereich an der Neuen Linie angegriffen und schwer verletzt. Die Frau ist mit ihrem drei Monate alten Kind spazieren, als der Mann sie attackiert und ihr schwerste Kopfverletzungen zufügt; das Kind bleibt unverletzt. Passant*innen alarmieren

den Rettungsdienst sowie die Polizei, woraufhin die Frau in ein Krankenhaus eingeliefert wird.

Im Laufe des folgenden Tages stirbt die Frau an den ihr zugefügten Verletzungen im Krankenhaus. Am selben Tag geben die Ermittlungsbehörden bekannt, den gesuchten Mann festgenommen zu haben. Seither befindet er sich in Untersuchungshaft. Gegen ihn wird wegen Mordes aus Heimtücke und niedrigen Beweggründen ermittelt. Zum Redaktionsschluss läuft der Prozess gegen den mutmaßlichen Täter Edris Z. noch.

22. Februar 2020

Frau nach Intervention bei rassistischem Gesang sexistisch beleidigt

In der Nacht von Freitag zu Samstag fährt eine Gruppe von acht jungen Männern in der Regionalbahn von Großkorbetha nach Leipzig. Sie stimmen nach kurzer Zeit das Lied „Zehn nackte N*“ an und steigern nach jedem Durchgang die Lautstärke. Als eine Mitfahrende interveniert, kommt zu einer längeren Diskussion in welcher die Männergruppe die Frau zu provozieren versucht.

Als die Frau schließlich genervt aufgibt, dictiert die Männergruppe ein neues Lied, welches u.a. die Textzeile „Die Frau muss wieder kochen und wird dann kräftig durchgefickt“ enthält. Die Gruppe steigt am Leipziger Hbf aus und singt auch auf dem Bahnsteig lautstark weiter.

30. November 2019

Selbstverteidigung nach misogynem Angriff

Am späten Abend laufen drei Männer mit einem Hund in Leipzig eine Straße entlang und unterhalten sich auf sexistische, herablassende Weise über Frauen.

Als eine Frau, die zum Ziel der Attacken der Gruppe wird, die Männergruppe bittet, die Bemerkungen zu unterlassen und weiterzugehen, leugnen die Männer zuerst, sich sexistisch geäußert zu haben. Im Anschluss daran beleidigen sie die Frau homosexuellenfeindlich und würdigen sie weiter herab. Als Form ihrer Herabwürdigung beziehen sie sich auf ihr „Frau sein“.

Eine Anwohnerin beobachtet die Situation

und fordert die Gruppe auf, die Frau in Ruhe zu lassen. Die Betroffene macht den Männern nunmehr unmissverständlich klar, dass sie mit ihren homosexuellenfeindlichen, sexistischen und misogynen Äußerungen aufhören sollen.

Die Männer machen sich zuerst über die Frau lustig, setzen ihre Beleidigungen fort und werden dabei zunehmend lauter, schließlich nähern sie sich ihr auf bedrohliche Weise. Zugleich fordern sie die Frau mehrfach auf, zuzuschlagen. Infolgedessen schlägt die Frau in Richtung der Männer, verfehlt ihr Ziel jedoch knapp.

Daraufhin packt einer der drei Männer die Frau und würgt sie mit dem Unterarm gegen eine Hauswand. Mit dem Rücken an der Wand beginnt die Frau sich zu verteidigen und tritt den Angreifer von sich weg. Dieser will sie erneut angreifen, woraufhin sie ihm einen Schlag versetzt. Der Mann mit dem Hund droht ihr mit der Polizei und versucht sie zugleich zu attackieren. Sie kann ihn und den ersten Angreifer durch wiederholte Schläge abwehren; hierfür nutzt sie die Hundeleine, die einer der Männer um den Hals trägt.

Der dritte Mann versuchte die gesamte Zeit, seine Freunde zum Weitergehen zu bewegen, und verspricht der Frau, dies nunmehr zu tun. Die Frau weist ihn daraufhin, dass dies von Beginn an ihr Wunsch war. Sie verlässt den Ort. Ein Mann versucht sie nochmals zu verfolgen, kann sie aber nicht mehr ausfindig machen.

13. April 2019

Misogyne Beleidigung gegen eine Journalistin

Ein Mann beschimpft eine taz-Journalistin per E-Mail und beleidigt sie misogyn, nach dem sie sich auf Twitter über einen Femizid in Leipzig geäußert hat.

Der Mann, der in verschiedenen Redaktionen bereits als sogenannter „Kampfschlesier“ bekannt ist, verschickt regelmäßig E-Mails adressiert an Journalist*innen verschiedener Medienhäuser, in denen er Pressevertreter*innen herabwürdigt. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde sexistische
Gewalt und
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



04 KAPITEL

RECHTS- TERRORISMUS

Kassel, Halle, Hanau: Seit 2019 kamen in Deutschland 13 Menschen durch rechtsterroristische Gewalttaten ums Leben. Nur jeweils vier Monate liegen zwischen dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, dem antisemitisch, rassistisch und antifeministisch motivierten Anschlag in Halle im Oktober des selben Jahres sowie dem rassistischen Anschlag in Hanau im Februar 2020. Diese rechtsterroristischen Taten sind Ausdruck eines Phänomens, das nicht erst mit dem sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) seinen Anfang nahm, sondern in Deutschland eine lange Geschichte aufweist.

Dieses Kapitel widmet sich jener Kontinuität rechten Terrors aus historischer Perspektive und zeigt ebenso neue Entwicklungen auf. Von rechtem Straßenterror über neonazistische Prepper-Gruppen bis hin zu vermeintlichen „Einzeltätern“ wird deutlich, welche Erscheinungsformen Rechtsterrorismus annimmt. Im Fokus stehen hierbei Netzwerke und Strukturen, online als auch offline, die vom extrem rechten und rechtsterroristischen Spektrum bis in die Bundeswehr reichen. Darüber hinaus erfolgt eine kritische Auseinandersetzung und Betrachtung des Handelns von Sicherheitsbehörden und Justiz im Umgang mit Hinterbliebenen sowie der strafrechtlichen Verfolgung und Aufarbeitung rechtsterroristischer Gewalttaten. ■



Gedenkdemonstration für die Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt am 10. Todestag von Kamal K. in Leipzig am 24. Oktober 2020.



NAU

KEIN
ELFALL

TÖTET

#say their names

Ferhat Unvar
Gökhan Gütekin
Hamza Kurtović
Said Nesar Hashemi
Mercedes Kierpacz
Sedat Gürbüz
Kaloyan Velkov
Fatih Saraçoğlu
Vili Viorel Păun
19.02.2020 | wir trauern

REINT IN TÜR UND WU
WIEDER
UNT

migrantif

WAS IST EIGENTLICH RECHTSTERRORISMUS?

von Emily Bandt und Steven Hummel

[1] Unter Rechtsextremismus werden mit Hans-Gerd Jaschke Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die „von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus der liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (1994: 31). Mit diesem Verständnis wird sich explizit nicht auf ein sicherheitsbehördliches Extremismusverständnis bezogen.

[2] Zur Definition von Rechtsterrorismus siehe auch Virchow 2016: 8; Schedler 2019: 107ff.

[3] Ranghohe Nationalsozialisten wurden in insgesamt 13 Prozessen („Nürnberger Prozesse“) angeklagt und teilweise verurteilt. Zahlreiche weitere Personen wurden aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern entfernt. Der Versuch der juristischen Ahndung verschiedener Verbrechen im Zuge der Entnazifizierung endete für insgesamt 2,5 Millionen Angeklagte zumeist mit der Einstufung als Mitläufer (54%) oder der Einstellung des Verfahrens (knapp 37%).

[4] Lesenswerte historische Beiträge zu den 1970er/1980er Jahren sind im DFG-Forschungsprojekt „Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1970-1990“ unter der Leitung von Barbara Manthe entstanden (vgl. Manthe 2019, 2020).

Wenn in Deutschland über Rechtsterrorismus gesprochen wird, denken viele lediglich an den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Dabei hat der Rechtsterrorismus in Deutschland eine lange Geschichte. Der Artikel zeigt die historischen Kontinuitäten seit der Weimarer Republik auf und beleuchtet exemplarisch das problematische Handeln von Sicherheitsbehörden im Umgang damit.

Rechtsterrorismus wird im Folgenden als geplantes, gezieltes und potentiell tödliches Gewalthandeln auf der Grundlage eines geschlossenen rechtsextremen^[1] Weltbildes der Täter*innen verstanden. Die Taten werden in der Regel im Geheimen vorbereitet und zur Durchführung zumeist Waffen und/oder Sprengstoff verwendet. Die Taten zielen dabei als Botschaftstaten „auf die Verbreitung extremer Angst in einer Zielgruppe [...], die größer ist als die unmittelbaren Opfer“ (Schedler 2019: 108). Zur Unterstützung des Botschaftscharakters werden teilweise Bekenner*innenschriften und Manifeste verfasst. Rechtsterrorismus unterscheidet sich von rechter Gewalt vor allem durch seine Planung im Verborgenen.^[2] Die Entwicklung des Rechtsterrorismus ist dabei eng mit der Entwicklung des Rechtsextremismus im Allgemeinen verbunden.

Der Beginn des Rechtsterrorismus

Die Anfänge des Rechtsterrorismus lassen sich auf die Zeit der Weimarer Republik und die paramilitärischen „Organisation Consul“ zurückführen. Der aus einem Freikorps hervorgegangene und von der Reichsregierung zunächst geduldete Geheimbund setzte sich für eine Militärdiktatur und die Revision des Versailler Vertrages ein. Stellvertretend für die von ihnen verhasste Demokratie ermordeten Mitglieder der Gruppe die hochrangigen Politiker **Matthias Erzberger** (1921) und **Walther Rathenau** (1922). Der Mordversuch an **Philipp Scheidemann** (1922) schlug fehl.

Der Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel weist für die ersten Jahre des Bestehens der Weimarer Republik nicht nur eine deutlich höhere (Todes-/)Opferzahl durch Rechtsterrorismus als durch linke Täter, sondern auch eine deutliche Schieflage in der juristischen Aufarbeitung dieser Fälle nach. Rechte Täter wurden oftmals lediglich mit geringen Strafen belegt oder ihre Taten nicht geahndet, wohingegen linke Täter zu sehr hohen Strafen verurteilt wurden (vgl. Gumbel 1922).

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialist*innen wurde die systematische Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung von Juden*Jüdinnen, politischen Gegner*innen, Menschen mit Behinderung und Krankheiten, Homosexuellen, „Asozialen“, Rom*nja und Sinti*zze sowie weiteren Gruppen zur Staatsräson.

Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik

Der militärische Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus führte nur langsam und schrittweise zu einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, die nie gänzlich realisiert wurde. Viele Angehörige, Unterstützer*innen und Sympathisant*innen des Nationalsozialismus lebten ungestört in der Bundesrepublik weiter.^[3] Versuche der Wiederbelebung des Nationalsozialismus auf politischer Ebene durch die „Sozialistische Reichspartei“ (1952 verboten) und Teile der FDP, beziehungsweise einer Unterwanderung derselben, waren nicht erfolgreich und wurden durch die Alliierten kritisch beobachtet. Anders verhielt es sich hingegen bei Organisationen wie dem 1950 gegründeten und 1953 wieder verbotenen antikomunistischen „Bund Deutscher Jugend“ und seiner Unterorganisation „Technischer Dienst“. Die teilweise paramilitärische Organisation wurde durch die USA im Kontext des aufkommenden Kalten Krieges und einer zunehmenden Verbreitung antikomunistischer Einstellungen und Stimmung als stay-behind-Organisation unterstützt und sollte im Zuge eines sowjetischen Angriffs gegen den Feind vorgehen. Ebenfalls unterstützte die USA die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU). Sie propagierten eine starke antikomunistische Haltung in Westberlin sowie der sowjetischen Besatzungszone/DDR. Zu Beginn der 1950er Jahre weitete sich ihr Aktionsfeld auf Sabotage und Anschläge aus (vgl. Heitzer 2015).

Im Zuge der Restrukturierung des Rechtsextremismus wurde 1964 die NPD gegründet. Als diese 1969 knapp den Bundestageinzug verpasste, setzte eine erneute Zersplitterung der extremen Rechten ein, die auch die Gründung einer Vielzahl rechtsterroristischer Gruppen zur Folge hatte.

Die 1970er/1980er: Hochphase des Rechtsterrorismus

Die 1970er und 1980er Jahre stellten in Deutschland eine Hochphase des Rechtsterrorismus dar.^[4] Die „Gruppe Ludwig“ verübte in Deutschland und Italien aus einer christlich-homosexuellenfeindlichen und nationalsozialistischen Gesinnung mindestens zehn Morde und Anschläge auf Menschen



„Kein Schlussstrich“-Demonstration in Gedenken an die zehn Todesopfer der rechtsterroristischen Anschlagsserie des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), Hamburg am 14. Juli 2014.

und Einrichtungen, die nicht in ihr Weltbild passten: Drogendealer*innen und Drogenabhängige, Homosexuelle sowie Menschen aus dem „Rotlichtmilieu“. Bekannte Todesopfer sind **Guerrino Spinelli** (1977), **Luciano Stefanato** (1977), **Claudio Costa** (1979), **Alice Maria Beretta** (1980), **Luca Martinotti** (1981), **Mario Lovato** und **Giovanni Pigato** (beide 1982), **Armando Bison** (1983), **Giorgio Fronza**, **Ernesto Mauri**, **Pasquale Esposito**, **Elio Molteni** und **Domenico La Sala** und **Livio Ceresoli** (alle 1983) sowie **Corinna Tartarotti** (1984). Die beiden Täter verfassten Bekenner-schreiben, auf denen sie Reichsadler und Hakenkreuze abbildeten und mit „Gott mit uns“ unterzeichneten.

Die „Deutschen Aktionsgruppen“ führten fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge aus. Bei einem Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in der Hamburger Halskestraße starben die beiden Vietnamesen **Nguyễn Ngọc Châu** und **Đỗ Anh Lân** (1980). Seit einigen Jahren bemüht sich eine Initiative vor Ort um ein angemessenes Erinnern.^[5]

Die wohl bekannteste Gruppe dieser Zeit ist die „Wehrsportgruppe Hofmann“, die 1973 gegründet und 1980 verboten wurde. Die nach ihrem Anführer Karl-Heinz Hoffmann benannte paramilitärische Organisation umfasste zeitweise mehrere hundert Personen. Sie zielte auf einen Umsturz ab und strebte eine Gesellschaft mit Führerstruktur und einem ausgeprägten Leistungs- und Selektionsprinzip an. Die Gruppe war hauptsächlich in Bayern, allerdings nicht ausschließlich dort tätig.

Nachdem die Gruppierung im Januar 1980 verboten wurde, verübte mindestens ein ehemaliges Mitglied im September 1980 einen Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest. Dabei kamen **Gabriele Deutsch**, **Robert Gmeinwieser**, **Axel Hirsch**, **Markus Hölzl**, **Paul Lux**, **Franz Schiele**, **Ignaz Platzler**, **Ilona Platzler**, **Angela Schüttrigkeit**, **Errol Vere-Hodges**, **Ernst Vestner** und **Beate Werner** ums Leben, weitere 213 Personen wurden verletzt.^[6] Der damalige bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß (CSU) hatte noch im März 1980 das Verbot der Gruppe als unverhältnismäßig bezeichnet und eine Gefahr von Anschlägen verneint. Auch in der juristischen Aufarbeitung wurde eine politische Motivation des vermeintlichen Einzeltäters ausgeschlossen. Es ist den beharrlichen Recherchen des Journalisten Ulrich Chaussy und weiterer Personen zu verdanken, dass das Ermittlungsverfahren 2014 wieder aufgerollt und neuen Hinweisen nachgegangen wurde (vgl. Chaussy 2014, 2020). Trotz Einstellung des Verfahrens vertritt nun auch die Generalbundesanwaltschaft die Position, dass der Täter aus einer „rechtsextremistischen Motivation heraus gehandelt“ habe. Die Recherchen lassen es zudem fraglich erscheinen, dass der Täter alleine gehandelt hat.

Im Dezember 1980 ermordete ein weiteres ehemaliges Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann den jüdischen Verleger und Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen. Auch hier bemüht sich seit einiger Zeit eine antifaschistische Initiative um ein angemessenes Gedenken.^[7]

[5] Die „Initiative zum Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân“ erinnert an die rassistische Tat und will die verdrängten Morde als Teil der Hamburger Geschichte in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Dazu soll es neben einer Straßenumbenennung auch eine feste Gedenktafel am Tatort geben. Weitere Infos unter: inihalskestrasse.blackblogs.org.

[6] Der bayrische Ableger der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ hat im Oktober 2020 ein lesenswertes Zine mit Schwerpunkt rechter Terror in Bayern herausgebracht. Neben einem Artikel zum Oktoberfestattentat findet sich ebenfalls ein Interview mit der „Initiative kritisches Gedenken Erlangen“. Online abrufbar unter www.nationalismusistkeinealternative.net/bayern.

[7] Die „Initiative kritisches Gedenken Erlangen“ erinnert an den antisemitischen Mord von Shlomo Levin und Frieda Poeschke und setzt sich unter anderem kritisch mit Gedenkpoltik auseinander. Weitere Infos unter: kritischesgedenken.de.

>>



photos: christoph heidke



[8] Vgl. Kleine Anfragen „Rittergut Sahlis und Karl-Heinz Hoffmann“ (Drs.-Nr. 5/4674) und „Rittergut Sahlis und Karl-Heinz Hoffmann, Nachfrage zu Drs. 5/4674“ (Drs.-Nr. 6/3818) von Kerstin Köditz, abrufbar unter edas.landtag.sachsen.de.

[9] Vgl. chronik.LE vom 11.09.2010.

[10] Vgl. chronik.LE vom 02.10.2010.

[11] Die Online-Dokumentation „zweiteroktober90“ trägt allein für den 02. und 03. Oktober 1990 zahlreiche rechte und rassistische Angriffe, auch in Leipzig, zusammen. Nach einem Angriff auf ein Konzert auf dem Markt greifen Neonazis später das soziokulturelle Zentrum Die Villa an. Online abrufbar unter: zweiteroktober90.de.

[12] Vgl. Beitrag von Fania Stehmann in dieser Broschüre, S. 98

[13] Einen guten Überblick über Kontinuitäten rassistischer Mobilisierungen in und um Leipzig liefert der Text „Leipzig rassistisch – Der schmale Grat zwischen Stimmungsmache und Gewalt“ der Leipziger Gruppe „Rassismus tötet!“, online abrufbar unter www.rassismus-toetet-leipzig.org.

Der 1981 verhaftete Hoffmann musste seine neun-einhalbjährige Gefängnisstrafe wegen Geldfälschung, Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung sowie wegen eines Vergehens gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz nicht vollständig absitzen. Er wurde wegen guter Führung und einer günstigen Sozialprognose bereits vorzeitig entlassen. Mittlerweile war er zu einer Ikone in der Neonaziszene avanciert. Hoffmann kaufte 2004 ein altes Rittergut in Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig) und sanierte es teilweise mit Fördermitteln. Das Geld musste er später teilweise zurückzahlen.^[8] Im September 2010 sprach er auf Einladung des „Freien Netz Borna-Geithain“ über die Wehrsportgruppe Hoffmann.^[9] Im Oktober desselben Jahres beteiligten sich lokale Neonazis an einem Arbeitseinsatz auf seinem Schloss.^[10]

Die 1990er: Rassistische Straßengewalt

Anfang der 1990er Jahre befeuerte eine politisch und medial besonders scharf geführte Debatte zur Asyl- und Migrationspolitik die gesellschaftliche Stimmung. Neben der Vernetzung west- und ostdeutscher Neonazis nach der Wiedervereinigung sowie dem stärker werdenden Nationalismus, war dies einer der Faktoren, die den Nährboden für eine Welle rassistischer Gewalt bereitete^[11]. Das heute als „Baseballschläger-jahre“ bekannte Jahrzehnt war insbesondere durch rassistische und rechte Angriffe auf migrantisierte Personen und politische Gegner*innen geprägt.^[12] Aufgrund der Alltäglichkeit der Angriffe verschwamm die Grenze zwischen rechter Gewalt und Rechtsterrorismus zunehmend. Pogrome, wie im September 1991 in Hoyerswerda, im Mai 1992 in Mannheim-Schönau und im August des selben Jahres in Rostock-Lichten-

hagen sowie Brandanschläge in Mölln im November 1992 und im Mai 1993 in Solingen sind dabei lediglich die Spitze des Eisbergs.

Auch in Leipzig und im Leipziger Umland war die Grenze zwischen rechter Gewalt und Rechtsterrorismus diffus: Im August 1991 griffen mit Pistolen, Baseballschlägern und Schlagringen bewaffnete Neonazis eine Geflüchtetenunterkunft in Wurzen an. Für die Anreise mieteten sie extra einen Bus. Ebenfalls im August 1991 griffen 80 Neonazis eine Unterkunft für Geflüchtete im Leipziger Stadtteil Grünau an. Sie hatten zuvor ein Konzert der Neonaziband „Störkraft“ im Grünauer Jugendclub Arena besucht. In einem Monitor-Beitrag gaben später einige der Täter*innen unumwunden die Tat sowie die Planung weiterer Angriffe zu – wohlwissend um die Unterstützung von Teilen der lokalen Bevölkerung.^[13] Ein weiterer Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft ereignete sich im März 1992 in Eilenburg. Hier warfen 30 Neonazis Brandsätze auf einen vor dem Haus parkenden PKW sowie einen Streifenwagen.

In den 1990er Jahren kursierten in der deutschen Neonazi-Szene zudem verschiedene Schriften, die rechtsterroristische Handlungskonzepte und -anweisungen propagierten. Das in den USA entstandene Konzept des „leaderless resistance“ (deutsch: „führerloser Widerstand“) wurde somit auch vermehrt von der deutschen Szene aufgegriffen. Das Konzept sieht die Bildung von terroristischen Kleinzellen vor, die unabhängig von einer übergeordneten Organisation oder Führer*innenperson agieren und somit weniger Gefahr laufen von Sicherheitsbehörden entdeckt zu werden.



photo: Halitbar Wikimedia CC-BY-SA 3.0, Halitplatz

Orte des Gedenkens an die Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Leipzig, Halle und Kassel: Es geht nicht nur um Erinnerung, es geht auch um Bewusstsein und Scham.

Popularisiert wurde das Konzept maßgeblich durch den US-amerikanischen Roman „The Turner Diaries“ (1978). Der in Form eines Tagebuchs verfasste Roman handelt von einer aus dem Untergrund agierenden rechtsterroristischen Kleinzelle, die in den USA in einem „Rassenkrieg“ um die weiße Vorherrschaft kämpft.^[14] Rassismus, Antisemitismus und die äußerst brutale Beschreibung von Gewalt sind zentraler Bestandteil des Buches. Das Konzept sowie der Roman wurden auch im Umfeld des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ propagiert und dienten womöglich als Blaupause (vgl. Sanders; Stützel; Tymanova 2014).

NSU als Zäsur?

Das rechtsterroristische Kerntrio agierte ab 1998 aus dem Untergrund und ermordete zwischen 2000 und 2011 mithilfe einer Vielzahl von Unterstützer*innen neun Personen aus rassistischen Motiven: **Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat** sowie die Polizistin **Michèle Kiesewetter**. Die Ermittlungen wurden vorrangig im Umfeld der Ermordeten geführt, ein rechtsterroristischer Hintergrund systematisch ausgeschlossen. Neben dem strukturellen Rassismus, der sich deutlich in den Ermittlungen niederschlug, ist dies weiterhin auf das damalige sicherheitsbehördliche Verständnis von (Rechts-)Terrorismus zurückzuführen: (Rechts-)Terrorismus wurde lange Zeit lediglich als Gewalt gegen den Staat, nicht aber gegen marginalisierte Gruppen definiert. Die Betroffenen-Communities verstanden jedoch sehr wohl die Botschaft der Taten, dafür bedurfte es auch keines

Bekenner*innenschreibens.^[15] Der Umgang der staatlichen Sicherheitsbehörden stellt somit keineswegs eine Zäsur, sondern vielmehr eine Kontinuität dar. Dies zeigt sich auch in der juristische Aufarbeitung vor dem Oberlandesgericht München. Während die Bundesanwaltschaft nur einige wenige Angehörige des NSU-Netzwerkes verurteilte, ist der Anstoß einer umfassenden Aufarbeitung des NSU-Komplexes auf die Arbeit und das Engagement der Hinterbliebenen und Nebenklagevertreter*innen zurückzuführen. Nach Prozessende erklärte die Witwe Elif Kubaşık: „Die Gerechtigkeit, die ich uns gegenüber erhofft hatte, hat das Urteil nicht gebracht. Es ist, als ob Mehmet nur eine Nummer für sie gewesen ist, als ob es unsere Fragen nicht gegeben hätte.“

Prepper und Tag X

In den letzten Jahren wurden in Deutschland vermehrt Fälle bekannt, die rechtsterroristische Bestrebungen in sogenannten Preppergruppen wie der Gruppe „Zuflucht“^[16] oder „Nordkreuz“^[17] an die Öffentlichkeit brachten und Verbindungen zur Bundeswehr und Sicherheitsbehörden aufdeckten. Dabei ist die Prepperszene heterogen, nicht alle Prepper*innen sind Rechtsextremist*innen. Gemein ist ihnen die Annahme einer drohenden Katastrophe, der sogenannte „Tag X“. Personen, die preppen (von dem englischen Wort to prepare, das überbesetzt sich auf etwas vorbereiten bedeutet), legen hierfür große Mengen Essensvorräte an, horten Waffen oder bauen Häuser katastrophensicher um. In diesem apokalyptischen Untergangsdenkens, der Inszenierung von Männlichkeit und einer Waffenaffinität begründet sich auch die

[14] Der Täter des Anschlags auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City 1995 mit 168 Todesopfern gab an, dass ihn die „Turner Diaries“ zu seiner Tat inspiriert hätten.

[15] Nach der Ermordung von Halit Yozgat im April 2006 organisierten Angehörige und Freund*innen in Kassel einen Schweigemarsch mit der Forderung „Kein 10. Opfer“. Unter den circa 4000 Teilnehmenden befanden sich ebenfalls Angehörige der Ermordeten Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık. Familie Kubaşık organisiert im selben Jahr einen weiteren Schweigemarsch in Dortmund.

[16] Vgl. Beitrag von Martin Leonow in dieser Broschüre, S. 78.



Grafitto in Gedenken an die Todesopfer des rassistischen und antiziganistischen Terroranschlags in Hanau am 19. Februar 2020:

[17] Die Gruppe „Nordkreuz“ gehörte zum „Hannibal-Netzwerk“, das durch Recherchen der taz aufgedeckt wurde.

[18] Das Bündnis „Halle gegen Rechts“ begleitet die juristische Aufarbeitung. Online unter: <https://anschlag.halggr.de>

[19] Die „Initiative 19. Februar“ erinnert an den rassistischen Anschlag in Hanau. Infos online unter: <https://19feb-hanau.org>.

Anschlussfähigkeit zum Rechtsextremismus. So wollen rechtsextreme Prepper*innen die drohende Katastrophe wiederum für eine politische Machtübernahme und einen Systemwandel nutzen oder durch das eigene gewaltvolle Handeln den drohenden Zusammenbruch beschleunigen und zusätzlich einen „Rassenkrieg“ herbeiführen (vgl. Quent 2019: S. 29f.).

Auch in der Region Leipzig finden sich Beispiele für dieses Phänomen. Im April 2020 entdeckten Jogger in der Nähe des Stausee Rötha (Landkreis Leipzig) ein mutmaßliches Prepper-Camp. Hier hatten Unbekannte aus gefällten Bäumen zeltähnliche Konstruktionen errichtet. Auf die Abdeckungsplanen sowie an eine nahegelegene Waldhütte wurden verfassungsfeindliche Kennzeichen und Parolen geschmiert. Die Schmiere-reien legen nahe, dass es sich keineswegs um ein harmloses und unpolitisches Survival-Training handelte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass hier ein rechtes Prepper-Camp stattfand.

Alles Einzeltäter?

In jüngster Vergangenheit waren es in Deutschland vor allem als Einzeltäter bezeichnete Rechtsterroristen, die Anschläge verübten. Von Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus motiviert, versuchte ein Täter am 09. Oktober 2019 in Halle (Saale) bewaffnet in die örtliche Synagoge einzudringen. Als ihm dies nicht gelang, tötete er die Passantin **Jana Lange** und wenig später **Kevin Schwarze** in einem Dönerimbiss. Seit April 2020 steht der Täter am Landgericht Magdeburg vor Gericht.^[18]

Nur vier Monate danach kam es in Hanau zu einem weiteren rassistisch motivierten Anschlag. Am 19. Februar 2020 erschoss ein Rechtsterrorist neun Personen in zwei Shishabars: **Ferhat Unvar**, **Mercedes Kierpacz**, **Sedat Gürbüç**, **Gökhan Gültekin**, **Hamza Kurtović**, **Kaloyan Velkov**, **Vili Viorel Păun**, **Said Nesar Hashemi** und **Fatih Saraçoğlu**.^[19] Anschließend tötete er seine Mutter und sich selbst. Diese Einzeltäter, auch Lone Actor oder Lone Wolf-Terroristen genannt, han-

deln bei der Planung und Durchführung der Tat allein. Der Begriff des Einzeltäters ist folglich insofern richtig, da die Tat von einem einzelnen Individuum begangen wurde, doch fand deren Radikalisierung nicht im luftleeren Raum statt. Die Politisierung und Radikalisierung erfolgt zumeist in einem rechtsextremistischen und/oder rechtsterroristischen Umfeld – offline oder online. Für den modernen Rechtsterrorismus ist vor allem die Einbindung in Online-Communities von besonderer Bedeutung. Auf sogenannten Imageboards wie „4chan“ und „8chan“ tauschen sich Nutzer*innen anonymisiert aus, teilen unpolitische, aber auch rechtsextreme und menschenverachtende Inhalte. In diesen internationalen Netzwerken stehen Nutzer*innen im ideologischen Austausch und finden hier Unterstützer*innen für die Planung eines rechtsterroristischen Anschlags.

Hendrik Puls (2020: 32) sieht in der Rede vom Einzeltäter eine entlastende Funktion: „die Tat erscheint dann losgelöst von extrem rechten Organisationen und gesellschaftlichen Diskursen. So wird sie lediglich als Ausdruck eines individuellen Hasses oder einer krankhaften Störung wahrgenommen.“ Eine kritische Aufarbeitung von Rechtsterrorismus muss immer auch die Radikalisierung der Täter und ihre Netzwerke in den Blick nehmen.

Die Gamification des Rechtsterrorismus

Mit dem rechtsterroristischen Anschlag in Christchurch (Neuseeland) 2019 entwickelte sich eine neue Form des Rechtsterrorismus, die als „Gamification“ bezeichnet wird (vgl. Speit; Baeck 2020) und mit der Vernetzung in Online-Communities einhergeht. Schreitet ein Rechtsterrorist zur Tat, werden immer häufiger Manifeste beziehungsweise Bekenner*innenschreiben veröffentlicht sowie die Tat per Livestream im Internet geteilt. Die Live-Übertragung über eine am Körper des Täters angebrachte Kamera ermöglicht den Zuschauer*innen die Teilnahme am Tatgeschehen aus einer Ego-Shooter-Perspektive. Im „Manifest“ des Täters von Halle werden wie in einem Videospiel zu-



Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Kaloyan Velkov, Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi.

sätzlich perfide Missionen formuliert. Je nach Art des Mordes und Zielgruppe sowie Anzahl an Opfern gibt ein „Punktesystem“ Auskunft über unterschiedliche „Achievements“. Als Kommunikationsstrategie soll die Veröffentlichung dieser Schriften sowie das Streamen der Taten Gleichgesinnte erreichen und diese zu ähnlichen Anschlägen motivieren. Einmal im Internet, reproduziert sich dieses Material immer wieder und bleibt somit für Sympathisant*innen zugänglich.

Fazit

Der Blick auf die Geschichte des Rechtsterrorismus zeigt, dass Rechtsterrorismus eine lange Tradition und Kontinuität in Deutschland hat. Dabei unterliegt er jedoch einem Wandel, der eng mit Entwicklungen im Rechtsextremismus verknüpft ist. Immer wieder erkannten Sicherheitsbehörden die Gefahr des Rechtsterrorismus nicht. In der Auseinandersetzung und Berichterstattung geht es oft um die Täter*innen und weniger um die Betroffenen und Hinterbliebenen. Ibrahim Arslan, ein Überlebender des rassistischen Brandanschlags in Mölln 1992, betont jedoch, „Opfer und Überlebende sind keine Statisten, sie sind Hauptzeugen der Geschehnisse.“

Emily Bandt ist Kulturwissenschaftlerin und arbeitet historisch und soziologisch zu den Themen Rechtsterrorismus sowie Rechtsextremismus und Gender. Steven Hummel ist Sozialwissenschaftler aus Leipzig und beschäftigt sich hauptsächlich mit Rechtsextremismus. Er ist bei chronik.LE aktiv.

Literaturverzeichnis

- Chaussy, Ulrich (2014): Oktoberfest. Das Attentat: Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann, Berlin: Chr. Links Verlag.
- Chaussy, Ulrich (2020): Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen: Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Berlin: Chr. Links Verlag.
- Gumbel, Emil Julius (1922): Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau: Verlag der neuen Gesellschaft.
- Heitzer, Enrico (2015): Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959, Köln; Weimar; Wien: Böhlau Verlag.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Leverkusen: Opladen.
- Manthe, Barbara (2019): Ziele des westdeutschen Rechtsterrorismus vor 1990, in: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft - Schwerpunkt Rechtsterrorismus (6), 2019, S. 30–39.
- Manthe, Barbara (2020): Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (68) 2020, S. 63–93.
- Puls, Hendrik (2020): Rechtsterroristische »Einzeltäter«, online abrufbar unter: www.der-rechte-rand.de
- Rassismus tötet! Leipzig (2012): Leipzig rassistisch – Der schmale Grat zwischen Stimmungsmache und Gewalt, in: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2012, S. 6–10.
- Sanders, Eike; Stützel, Kevin; Tymanova, Klara (2014): Taten und Worte – Neonazistische „Blaupausen“ des NSU, online abrufbar unter: www.nsu-watch.info
- Schedler, Jan (2019): Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung, in: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft - Schwerpunkt Rechtsterrorismus (6), 2019, S.104–117.
- Speit, Andreas; Baeck, Jean-Philipp (2020) (Hrsg.): Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Berlin: Chr. Links Verlag.
- Quent, Matthias (2019): (Nicht mehr) Warten auf „Tag X“. Ziele und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus, in: APuZ (49-50), S. 27–32.
- Virchow, Fabian (2016): Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

BURSCHENSCHAFTER RÜSTETEN ZUM »RASSENKRIEG«

von Martin Leonow

Recherchen zeigen, wie sich Mitglieder der Leipziger Burschenschaft Germania in geheimen Chats auf einen „Tag X“ vorbereitet haben.

Die Germania in Leipzig ist die „älteste Burschenschaft in Sachsen“. Dort finden sich „Freunde fürs Leben“, sie sichern einander „Erfolg in Studium und Beruf. Wer die Website der pflichtschlagenden Verbindung aufruft und solche Sätze liest, wähnt sich bei einem urkonservativen Karrierenetzwerk. Einen ganz anderen Eindruck des Männerbundes, in dem man schwarz-weiß-rote Bänder trägt, hinterlassen jedoch die aufwändigen Recherchen, die seit Juni 2020 durch die Tageszeitung „taz“, das MDR-Magazin „Exakt“, die antifaschistische Rechercheplattform „Sachsen-Anhalt rechtsaußen“ und den „Informationsdienst zur AfD in Sachsen“ veröffentlicht wurden. Inhalte bislang unbekannter Facebook-Gruppen, zahlreicher Chatnachrichten und umfangreichen Mailverkehrs aus dem inneren Zirkel der Burschenschaft zeigen, dass einige Mitglieder bereits vor mehreren Jahren begonnen haben, ein Prepper-Netzwerk aufzubauen - mit einem ausgeprägten Faible für Uniformen und Waffen, voll von rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Parolen. Die Auswertung des Materials im Umfang von tausenden Druckseiten legt nahe, dass dahinter mehr steht als bloße Gewaltphantasien.

Ausgangspunkt der internen Planungen waren zwei Facebook-Chatgruppen, die im September 2015 eingerichtet worden sind. Unter den Stichworten „Zuflucht“ und „Endkampf“ tauschten sich eine Handvoll „Alter Herren“ und teils auch deren Partnerinnen über eine gemeinsame Krisenvorsorge aus. jene Krise, das war zu dieser Zeit die wachsende Zahl von Geflüchteten, ergänzt um die eigene Überzeugung, damit einem finalen „Rassenkrieg“ entgegenzugehen. Das Narrativ war keine Erfindung der Germanen. Sie hatten wiederholt PEGIDA-Versammlungen in Dresden besucht, die damals neuen Zulauf erhielten und in deren Umfeld die Idee virulent wurde, „Bürgerwehren“ aufzustellen.

Die Überlegungen der Leipziger Bundesbrüder klangen zunächst noch defensiver: Wie schlägt man sich durch, wenn die Ordnung ins Chaos kippt? Die Chats kreisten zunächst um den Vorschlag, besonders lang haltbare Nahrungsvorräte anzulegen und einen Zufluchtsort zu schaffen, an den man sich zurückziehen kann, wenn der Tag X anbricht. Diesen Ort hat man im Landkreis Nord-sachsen auf dem Grundstück des „Alten Herrn“ Jörg K. gefunden, der dafür warb, es Geflüchteten „so schwer wie

möglich zu machen“. Fotos zeigen, dass in dem kleinen Dorf Equipment, u. a. Konserven in einer Art Vorratskammer eingelagert wurde, die offenbar weiter aufgefüllt werden sollten. Die Gespräche drehten sich bald auch um die Beschaffung von Waffen und Munition sowie das Abzweigen verschreibungspflichtiger Medikamente. Im Fall des Falles würde man von diesem kleinen Stützpunkt aus den gesamten Ort übernehmen und sich mit einem „militärischen Arm“ verschanzen. Die Bewohnerinnen wären vor die Wahl gestellt worden: „Wer nicht mitmacht, hat zwei Tage Zeit das Dorf zu verlassen“, und wer nicht Folge leistet, müsse mit „Kopfschuss“ rechnen.

Im Chat wurde bald eine Sammelbestellung für Teleskopschlagstöcke organisiert. Einige Beteiligte gaben zudem offen zu erkennen, dass sie bereits Waffen- oder Jagdscheine besitzen, und sie hatten Tipps parat, wie man sich waffenrechtliche Erlaubnisse erschleichen könnte, etwa durch gefälschte Schießnachweise. Der Tonfall schwankte zwischen anscheinend scherzhafter Kraftmeierei und kühler Ernsthaftigkeit. Manches erinnert an das „Nordkreuz“-Netzwerk, und tatsächlich gab es im Germanen-Umfeld eine Verbindung zum militaristischen Verein „Uniter“. Es gibt außerdem Aufnahmen, auf denen augenscheinlich Schießübungen mit einem Schnellfeuergewehr zu sehen sind. Für das Waffentraining der Germanen wurde mutmaßlich eine Anlage im sachsen-anhaltischen Landkreis Wittenberg genutzt, die zu dieser Zeit keine Betriebserlaubnis hatte. Vorher war dieselbe Anlage auch durch die Bundeswehr verwendet worden. Einige Soldaten, die dort schossen, kamen von einer Dienststelle des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), des Geheimdienstes der Bundeswehr. Dieser behauptet heute, von den verdeckten Aktivitäten der Germanen nichts mitbekommen zu haben.

Dabei waren einige der Schlüsselpersonen jahrelang aktive Reservisten, dienten teils sogar als Funktionäre in Reservistenverbänden, nahmen an Wehrübungen teil und erhielten Auszeichnungen der Truppe. Einer, der eingeweiht war, schaffte es im Frühjahr sogar in den Corona-Krisenstab des sachsen-anhaltischen Burgenlandkreises: Gunnar G.. Abseits offizieller Termine posierte man für Fotos in Flecktarn, ergänzte die Uniform mal mit den schwarz-weiß-rotten Bändern der Germania, mal mit einem „Eisernen Kreuz“, das nach 1945 nicht mehr verliehen wurde. Damit würde kaum rechnen, wer die Mitgliederliste der Burschenschaft überfliegt. Rund 50 Personen sind darauf verzeichnet, neben den „Alten Herren“ auch ungefähr ein dutzend „Aktivitas“, die noch studieren. Die meisten Bundesbrüder scheinen fest im zivilen Leben zu stehen, sie üben angesehene Be-

rufe aus, viele sind Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Immobilienmakler und Unternehmer, einige daneben auch sozial engagiert. So könnte man leicht übersehen, dass ihre Verbindung immer noch dem völkisch-nationalistischen Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ angehört. Auf den zweiten Blick fällt denn auch auf, dass auf der Mitgliederliste der bekannte Chemnitzer Neonazi Maik O. steht oder beim Germanen-Nachwuchs der Name Paul Rzehaczeks, aktueller Bundesvorsitzender des NPD-Jugendverbandes Junge Nationalisten“, auftaucht.

Ab April 2016 wurde auf andere Kommunikationskanäle, etwa verschlüsselte Messengerdienste, ausgewichen. Ein E-Mail-Konvolut, das eine zeitlich viel größere Zeitspanne abdeckt, enthält allerdings keine Hinweise, dass später ein Gesinnungswandel eingetreten wäre. Gerade unter denen, die vorher für den „Rassenkrieg“ rüsten wollten, blieben Grußformeln wie „Heil und Sieg“, verbale Ausfälle über „Kanacken“ und das Judensystem“ durchaus üblich. Unter den E-Mails ist auch eine Nachricht, die Christopher L. ein „Alter Herr“ der Germanen, der in Leipzig als Rechtsanwalt arbeitet, im Frühjahr 2015 an rund zwei Dutzend Bundesbrüder sandte. Darin schlug er recht unumwunden vor, sich eine Linken-Landtagsabgeordnete („Drecksvieh“) vorzuknöpfen - oder sich ersatzweise an ihrer Mutter zu vergreifen. Im Empfängerfeld dieses Gewaltaufrufs steht die Mailadresse eines weiteren Juristen Axel K., der ebenfalls auf der Germania-Mitgliederliste auftaucht. Er war damals für die Staatsanwaltschaft Leipzig tätig und dort unter anderem für die Verfolgung rechtsmotivierter Straftaten zuständig, heute ist er Richter am Landgericht Leipzig. Dem MDR sagte der Mann, er habe die Mail nie gelesen. Tatsächlich hatte damals niemand darauf geantwortet, jedenfalls nicht direkt. Doch rund ein halbes Jahr später kam es zu einem Anschlag auf die Eltern der Landtagsabgeordneten. Über Nacht griffen bis heute unerkannt gebliebene Täter deren Wohnhaus mit Steinen an, die teils im Inneren landeten. Die Ermittlungen verliefen im Sande und wurden erfolglos eingestellt.

Erfolgreich ging es für einige Germanen weiter, die auch Protagonisten des Gewalt-Chats waren, so etwa für den Leipziger Michael S. Er zog 2016 nach Magdeburg und begann dort, für die damals neue AfD-Landtagsfraktion zu arbeiten. Als Referent für Arbeit, Soziales und Integration schrieb er Anfragen, Anträge und Reden. Zudem wirkte er am Aufbau der parteinahen „Friedrich-Friesen-Stiftung“ mit. Neben S., der die Stimmung bei seinem Arbeitgeber als „ausgelassen hitleristisch“ bezeichnete, wurde mit Hannes R. ein weiterer Leipziger Germane für die sachsen-anhaltische Fraktion tätig, beide sind offenbar auch mit sächsischen Funktionär*innen und Mandatsträger*innen der Partei bekannt. Als in diesem Sommer erste Medienberichte über die Germania-Aktivitäten erschienen sind, stellte sich heraus, dass das Germanen-Duo schon aufgestiegen war, sie hatten es mit der AfD bis in den Bundestag geschafft.



Stolz und mit „Eisernem Kreuz“ auf der Brust präsentierte sich der mutmaßliche Wortführer Michael Volker S. Er pflegte enge Verbindungen zu sächsischen AfD-Abgeordneten – bis hin zum Vizepräsidenten des Landtags.

In Sachsen-Anhalt wurden die Recherchen inzwischen zum Thema einer Landtagsdebatte. AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner sagte dabei, er könne „in keinen Kopf eines Mitarbeiters schauen“. Sein Fraktionskollege Robert Farle nannte die Berichte eine „alte Zeitungsklamotte“. Auf der Germania-Website erschien unterdessen eine Stellungnahme, der zufolge man „überrascht“ von den Chatinhalten „einiger weniger Mitglieder“ sei. Der Altherrenverein habe davon keine Kenntnis gehabt und billige die inkriminierten Äußerungen nicht. „Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die betroffenen Personen, soweit ihnen der Vorwurf eines persönlichen Verschuldens gemacht werden konnte, nicht mehr Mitglieder unseres Vereins sind“, heißt es weiter. Die Formulierung lässt offen, ob überhaupt jemand ausgeschlossen wurde. Die Burschenschaft existiert weiter, nur einige Social-Media-Profile verschwanden. Verfassungsschutzbehörden erklärten auf Medienanfragen, dass ihnen die Germanen-Aktivitäten nicht aufgefallen seien. Die Burschenschaft wird durch das zuständige sächsische Landesamt für Verfassungsschutz auch nicht beobachtet - trotz nachweisbarer Verbindungen einiger Mitglieder etwa zur Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ und den „Identitären“.

Die sachsen-anhaltische Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, die Staatsanwaltschaft Leipzig einen Prüfvorgang - unter anderem wegen möglicher Verstöße gegen das Waffenrecht, aber auch im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Eltern der Landtagsabgeordneten. Das Verfahren in Naumburg wurde eingestellt.^[1]

Der Text erschien ursprünglich im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 128 (Herbst 2020). Martin Leonow ist Redakteur des Informationsdienstes zur AfD in Sachsen (idas). Idas veröffentlicht Berichte und Hintergründe zur „Alternative für Deutschland“ in Sachsen. Das Projekt ist unabhängig, aber nicht unparteiisch – die AfD und ihre Positionen werden kritisch betrachtet.

idas.noblogs.org

Mehr Informationen zur
Leipziger Burschenschaft
„Germania“ auf
lsa-rechtsaussen.net
idas.noblogs.org

»SCHÄFCHENS« WAFFENLAGER

Ein KSK-Soldat hortete Kriegswaffen, Munition und Sprengstoff in seinem Haus in Nordsachsen. Wieso hat das so lange keiner bemerkt?

von Sebastian Erb, Christina Schmidt und Sarah Ulrich, taz

Als der Haftrichter an einem Donnerstag Mitte Mai 2020 entscheidet, dass der Soldat der Kommando Spezialkräfte (KSK) in Untersuchungshaft bleiben muss, sind die Ermittlungen bei ihm zu Hause noch nicht abgeschlossen: Mit einem Bagger durchgraben Ermittler*innen des Landeskriminalamts Sachsen den Garten seines Einfamilienhauses in Wermsdorf-Collm in Nordsachsen, eine Drohne erkundet das Gelände, sie suchen nach Waffen, Munition, Sprengstoff. Und werden wieder fündig.

Tags zuvor hatten Ermittler bereits ein Sturmgewehr bei ihm sichergestellt sowie Munition und Plastiksprengstoff in großen Mengen, beides aus Bundeswehrbeständen. Auch am Freitag dauerten die Durchsuchungen an. Die detaillierte Liste wird später ziemlich lang sein: Ein Sturmgewehr AK-47, mehrere Tausend Schuss Pistolen- und Gewehrmunition, zwei Kilogramm PETN-Plastiksprengstoff und Zünder, Schreckschuss- und Luftdruckwaffen, diverse Zünder, Signalpatronen, eine Armbrust. Und nicht nur das: Sie stellten auch „Thor-Steinar“-Shirts und nationalsozialistische Devotionalien sicher: Unter anderem Postkarten und Aufkleber mit NS-Motiven, ein SS-Liederbuch und Zeitschriften für ehemalige Angehörige der Waffen-SS.

Es geht also um Rechtsextremismus, und konkret um Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz. Und um die Frage: Was hatte der Soldat damit vor? Der Soldat im Range eines Oberstabsfeldwebels heißt Philipp Sch., er ist 45 Jahre alt, und seit 2001 beim KSK. Nach taz-Recherchen ist er in der 2. Kompanie eingesetzt, er ist Heeresbergführer und war mehrfach im Auslandseinsatz. Zuletzt war er innerhalb seiner Kompanie für Ausbildung und Planungen von Übungen zuständig. Dass seine Personalie öffentlich bekannt wird, ist außergewöhnlich: Das KSK ist eine streng abgeschottete Einheit, die im baden-württembergischen Calw stationiert ist.

Elite, sagen die einen. Eine Einheit, in der es auffällig oft zu rechtsextremen Verfehlungen kommt, sagen die anderen. Derzeit stuft der Militärische Abschirmdienst (MAD) rund 20 KSK-Soldaten als Verdachtspersonen ein. Es ist auch die Einheit, in der André S. alias Hannibal Mitglied war. Dieser hatte ein rechtes Preppernetzwerk gegründet und paramilitärische Trainings für Zivilist*innen durchgeführt.

Auch auf Philipp Sch. kamen die Ermittler*innen aufgrund eines rechtsextremen Vorfalls. Am 27. April 2017 verabschiedeten Mitglieder der 2. KSK-Kompanie ihren damaligen Kommandanten Oberstleutnant Pascal D. mit

einer Party: Er sollte einen Parcours absolvieren und dabei unter anderem Schweineköpfe werfen. Als Gewinn gab es Sex mit einer Frau, die eigens zu diesem Zweck angereist war. Sie war es, die sich später an Journalist*innen des Y-Kollektivs wandte und von Hitlergrüßen berichtete, die Pascal D. und andere an diesem Abend gezeigt hätten. Und von Musik der rechtsextremen Band „Sturmwehr“. Der Kommandeur Pascal D. wurde aufgrund dieser Vorermittlungen zu einer Geldstrafe verurteilt. Er ist der einzige, für den die Party juristische Konsequenzen hatte, einige wenige andere mussten Disziplinarmaßnahmen hinnehmen.

Recherchen der taz ergaben, dass auch Philipp Sch. bei dieser Party anwesend war. Die Zeugin nannte ihn den „Nazi-Opa“. Im KSK ist Phillip Sch. unter seinem Spitznamen „Schäfchen“ bekannt. Menschen, die ihn aus Calw kennen, sagen: Der Name ist Programm. Er sei ein harmloser Typ, der im Kasernenalltag nicht negativ aufgefallen sei. Der Bundeswehrgeheimdienst MAD hat ihn trotzdem seit besagter Party beobachtet. Aufgabe des MAD ist es, extremistische Bestrebungen bei Soldat*innen zu entdecken. Anfang 2020 habe der Dienst schließlich Hinweise darauf erhalten, dass Sch. Waffen- und Munitionsverstecke angelegt haben soll, heißt es in einem internen Papier für die Verteidigungspolitik*innen des Bundestags. Der Dienst schaltete daraufhin die Ermittlungsbehörden in Sachsen ein.

Drei Jahre nachdem Philipp Sch. zum ersten Mal aufgefallen war, kündigt die Bundeswehr nun disziplinarrechtliche Schritte an: Gegen Sch. werde ein Uniformtrageverbot erlassen und er dürfe seine Kaserne nicht mehr betreten, sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im Bundestag. „Niemand, der in radikaler Art und Weise in unseren Streitkräften auffällt, hat in der Bundeswehr Platz“, sagte sie weiter, „wir gehen jedem Fall mit Härte und Konsequenz nach“. Die Ermittlungen bewertete sie als Erfolg.

Noch am selben Tag war MAD-Chef Christoph Gramm im Verteidigungsausschuss zu Gast, auch das Parlamentarische Kontrollgremium kam zusammen. Obwohl in allen Presseinformationen betont wurde, dass die Arbeit des Geheimdienstes überhaupt erst zu den Ermittlungen geführt hatte, konnte Gramm kaum Auskunft geben – auch nicht erklären, warum Philipp Sch. drei Jahre lang unter Beobachtung stand und trotzdem Waffen horten konnte.

Unter Parlamentarier*innen ist das Erstaunen über diese spärlichen Informationen groß: „Das Ministerium und der MAD haben jahrelang alle Hinweise eher abgetan“, sagt Tobias Pflüger, Verteidigungspolitik*in der Linken.

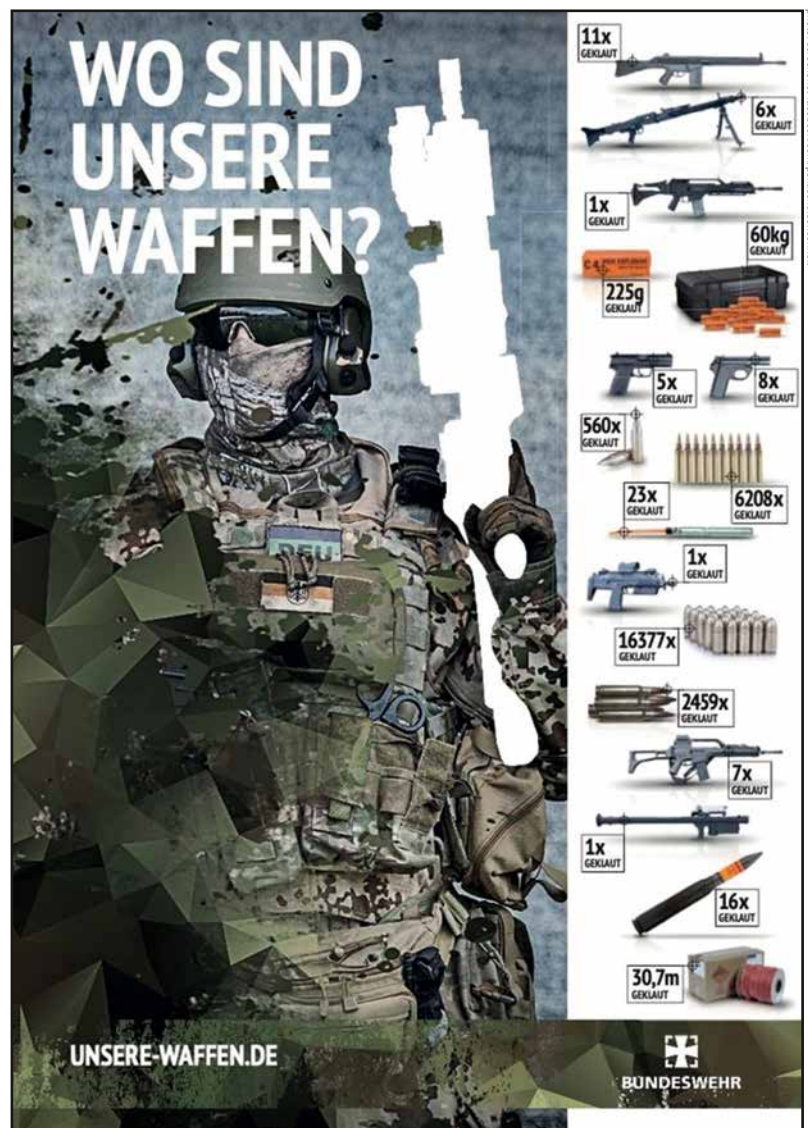
„Ein ‚Erfolg‘ ist das Ganze nicht. Es ist ein Beginn, an die Substanz des Problems zu kommen: Es gibt aktive rechte Netzwerke in der Bundeswehr, die wirklich gefährlich sind.“

In einem als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuftem Schreiben heißt es wenig später zur Frage, ob Philipp Sch. Mitglied in einer rechten Chatgruppe war, wie sie der ehemalige KSK-Soldat André S. alias Hannibal verwaltete: „Zum jetzigen Zeitpunkt liegen dem BMVg keine Erkenntnisse vor.“ Später wird das Verteidigungsministerium zugeben müssen, dass Philipp Sch. zumindest mittelbar Kontakt zur Preppergruppe „Nordkreuz“ hatte. Es gebe „Indizien für Kennverhältnisse zu zwei Polizisten sowie dem Inhaber einer Firma, die professionelle Schießausbildungen anbietet“, gemeint ist der Chef der Firma „Baltic Shooters“ in Mecklenburg-Vorpommern. Alle drei wiederum sollen Kontakt zu „Nordkreuz“-Chef Marko G. gehabt haben.

Eine der Fragen, die die Ermittler*innen nun klären müssen, ist der Weg des Sturmgewehrs, eine Kriegswaffe, die man so in Deutschland nicht besitzen darf. Während sich viele am KSK-Standort Calw nicht zusammenreimen können, warum Philipp Sch. alias „Schäffchen“ Munition und Sprengstoff hortete, haben sie zu der AK-47 eine Theorie: Er könnte das Sturmgewehr als Andenken aus Afghanistan mitgenommen haben. Das komme schon mal vor, heißt es, dass nach dem Einsatz beschlagnahmte Waffen im Gepäck nach Hause landen, mit zugeschweißtem Rohr, also behelfsmäßig demilitarisiert – oder auch nicht.

Auch in Wermsdorf-Collm versuchen sich die Nachbar*innen von Philipp Sch. einen Reim auf den Mann zu machen. Obwohl er seit mehr als zehn Jahren dort lebt, wurde er wenig gesehen. Einer berichtet der taz, Philipp Sch. sei ab und zu mit seinem Sohn unterwegs gewesen, in „Kampfmontur“ und mit einem großen Rucksack seien sie zusammen in den Wald gegangen und am nächsten Morgen wiedergekommen. Auch der Sohn, sagt der Nachbar, sei inzwischen bei der Bundeswehr. Als die Durchsuchungen noch liefen, wurde er am Standort Büchel als Zeuge befragt. Die Ermittlungen dauern noch an und viele Fragen, wieso der Vorfall solange unentdeckt blieb und wie es dazu kommen konnte, sind nach wie vor ungeklärt. Im November 2020 kündigte die Generalstaatsanwaltschaft an Anklage gegen Sch. zu erheben. ■

Dieser Text basiert auf zwei Artikeln aus der taz, die am 15.05. und 27.05.2020 erschienen sind. Der Fall Philipp Sch. war Anlass für die Verteidigungsministerium, im Sommer umfassende Reformen im Kommando Spezialkräfte anzukündigen, unter anderem die Auflösung der 2. KSK-Kompanie. Philipp Sch. sitzt derzeit nicht mehr in U-Haft, er wurde Anfang Dezember gegen Kaution entlassen.



Das Zentrum für politische Schönheit versuchte im Oktober 2020 mit einem Meldeportal „vermisste“ Waffen der Bundeswehr aufzuspüren.

Photo: screenshot facebook.com/polische_schoenheit

FÜNF JAHRE SPÄTER

Die juristische Abarbeitung des Neonazi-Angriffs auf Connewitz

von Prozess1101.org

Zum Erscheinen dieses Artikels sind bereits fünf Jahre verstrichen, seit am 11. Januar 2016 bis zu 300 Neonazis, Hooligans und Kampfsportler den Leipziger Stadtteil Connewitz angegriffen haben.

[*] Quelle für die Zitate:
Tweets auf unserem Twitter-
Account @1101prozess.

[1] Vgl. den Artikel „Der
Angriff auf Connewitz“ in der
vorigen Ausgabe der Leipziger
Zustände (2019), S. 46/47.

Damals findet parallel in der Innenstadt die Kundgebung zum einjährigen „Jubiläum“ des Leipziger PEGIDA-Ablegers LEGIDA statt. Die währenddessen durch Connewitz marschierenden Neonazis greifen in einer konzertierten Aktion vermeintliche Linke an, zerstören Autos und Geschäfte. Dabei entsteht laut Anklageschrift der Staatsanwaltschaft ein Sachschaden von rund 113.000 Euro. Mindestens drei Menschen werden verletzt, einer von ihnen von einem Metallgeschoss, das sein Wohnzimmerfenster durchschlägt und ihm eine Brandverletzung zufügt.

Schnell ist klar: Es handelt sich um organisierte Gewalttat, zu der überregional mobilisiert wurde. Unter den Tätern und einer Täterin befinden sich unter anderem Neonazis aus Berlin und Thüringen. Noch am Tababend werden 215 Personen, die vor der heranrückenden Polizei über die Auerbachstraße fliehen wollten, in Gewahrsam genommen. Zwei weitere Beteiligte werden nachträglich ermittelt – trotz der miserablen Spurensicherung am Tatort, die für die folgenden juristischen Verhandlungen gravierende Konsequenzen bedeutet. Anwohner*innen berichten, dass mehrere Kleingruppen von insgesamt etwa 60-80 Tätern unerkannt entkommen konnten.^[1]

Für den anreisenden Mob gab es mehrere Vortreffpunkte, der wichtigste auf einem Parkplatz nahe der Autobahnabfahrt Naunhof. Laut mehreren übereinstimmenden Aussagen von Angeklagten vor Gericht wurden hier von Vermummten Zettel mit der Beschreibung des weiteren Wegs ausgegeben. Navigationsgeräte sollten deaktiviert werden, woran sich aber mangels Ortskenntnis nicht alle hielten. Hier habe

auch eine Tüte mit Steinen bereit gestanden, aus der man sich bedienen konnte. Bis heute ist unklar, wer auf diesem Parkplatz die Ansagen gemacht und Regie geführt hat.

Die Justiz im Schneckentempo

Zweieinhalb Jahre nach der Tat beginnen im August 2018 vor dem Amtsgericht Leipzig die Verhandlungen im Connewitz-Prozess. Den Angeklagten wird jeweils ein besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs vorgeworfen. Die juristische Aufarbeitung gleicht einem wenig ergiebigen Marathon im Schneckentempo. In der Regel stehen zwei Angeklagte zusammen vor Gericht. Bei über 200 Anklagen führt dies zu rund 100 Verfahren vor dem Amtsgericht Leipzig sowie in einigen Fällen vor den Amtsgerichten Eilenburg, Torgau und Grimma. Hinzu kommen Berufungsverfahren am Landgericht Leipzig. Ein geringer Teil der Verfahren wurde nach Dresden abgegeben und wird dort im Zuge der Prozesse gegen die kriminelle Vereinigung „Freie Kameradschaft Dresden“ (FKD) verhandelt.

Die Justiz zeigt sich von der großen Zahl an Verfahren und Angeklagten überfordert. Dies räumt der Richter Marcus Pirk im Juni 2019 selbst ein: „Streng genommen sind wir als Gericht gar nicht in der Lage, all diese Verfahren vollumfänglich zu führen.“^[2] Eine reguläre, umfassende Beweisaufnahme ist für das Amtsgericht nicht machbar. So wurden in den ersten Prozessen noch ausführlich Zeug*innen gehört: Einerseits Polizeibeamt*innen, die an dem Einsatz am 11. Januar 2016 in Leipzig oder der Auswertung der spärlichen Beweismittel beteiligt waren, andererseits Anwohner*innen und weitere Augenzeug*innen des Angriffs. Um die Verfahren zu beschleunigen, wurde jedoch bald zum Mittel der Verfahrensabsprachen gegriffen: Sofern sich die Angeklagten „geständig“ einlassen, werden ihnen Bewährungsstrafen innerhalb eines vereinbarten Rahmens in Aussicht gestellt.

„
Heute standen wir [...] vor ver-
schlossenen Saaltüren. Der Pro-
zess, der ursprünglich im Mai be-
ginnen sollte, scheint also wieder
mal verschoben worden zu sein.“

August 2019^[*]



Protestaktion gegen rechten Terror und die mangelhafte juristische Aufarbeitung des Angriffs auf Leipzig-Connewitz

Ein Netzwerk von Einzeltätern

Das Resultat dieser Strategie sind in den meisten Fällen jedoch nur Pro-Forma-Geständnisse. Die Angeklagten geben zwar zu, in Connewitz dabei gewesen zu sein. Sie hätten aber selbst keine Gewalttaten verübt und vorher auch nicht gewusst, dass so etwas geplant sei. Die meisten geben an, sie hätten zu der LEGIDA-Kundgebung gewollt. Von dem Marsch durch Connewitz hätten sie von Freunden oder aus einer Nachricht über Whatsapp erfahren. Fragen nach Drahtziehern, so sie den überhaupt gestellt werden, bleiben unbeantwortet. Von wem die Whatsapp-Nachricht kam, will niemand gewusst haben. Im März 2019 sagt eine Staatsanwältin bei der Befragung eines Angeklagten resigniert, sie erwarte ja gar nicht, dass er Namen nennen würde.

So behaupten die Angeklagten regelmäßig, sie hätten sich in der letzten Reihe des Mobs befunden und nicht erkannt, wer um sie herum die Straftaten begangen habe. Überhaupt habe man niemanden gekannt. Ein angehender Jurist will sich aus Angst nicht getraut haben, die Gruppe zu verlassen, als die Ausschreitungen losgingen. Dabei nimmt er als Kampfsportler selbst an Wettkämpfen teil. Fotos von einem solchen Kampf zeigen ihn mit einschlägigen Tattoos auf dem Oberkörper. Trotz Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und vier Monaten (bestätigt durch Landgericht und Oberlandesgericht) darf er noch sein Referendariat beenden und zum zweiten Staatsexamen antreten. Die angeblichen Einzeltäter stammen allesamt aus

einem Konglomerat aus rechten Fußballfans (vor allem von Lok Leipzig, Dynamo Dresden, Hallescher FC und Rot Weiß Erfurt), Hooligans und Kampfsportlern (unter anderem „Faust des Ostens“, „Scenario Lok“, „Jungsturm Erfurt“, „Imperium Fight Team“) sowie

neonazistischen, rechtsterroristischen Gruppierungen wie der „Freien Kameradschaft Dresden“ oder der „Gruppe Freital“^[3]. Offenbar gibt es eine Vernetzung zwischen diesen Akteuren und Gruppierungen, die in der Lage ist, mehr oder weniger klandestin so einen Angriff zu organisieren. Die Sicherheitsbehörden wollen davon im Vorfeld zumindest nichts mitbekommen haben. Und auch nach dem Angriff lieferten die Ermittlungen nur dürftige Erkenntnisse.

[2] Aus der taz vom 01.07.2019: Prozesse gegen rechte Hooligans: „Wir sind wegen den Zecken hier!“

[3] Eine gute Übersicht bietet die Grafik zum Kreuzer-Artikel „Nazis, Schläger, Ideologen“ vom 16.10.2016.

[4] Vgl. Kleine Anfrage von Juliane Nagel „Stand der Prozesse (und Ermittlungen) in Sachen neonazistischer Angriff in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016“ (Drs. 7/3624).

„
Als Seitennotiz kam im heutigen #le1101prozess zu Tage, dass Christian S. den JVA Beamten Kersten H. auf der Demo getroffen habe und ihn aus seinem Freundeskreis kenne.“

September 2019

Strafen, Befehle und Bewährungsungen

Immer wieder sind seit Beginn der Connewitz-Prozesse Verhandlungen ausgefallen oder verschoben wurden. Von den insgesamt 217 Angeklagten sind bis zum 10. September 2020, über vier Jahre nach der Tat, laut Angaben des Justizministeriums erst 114 Personen rechtskräftig verurteilt. In 19 Fällen stand zu diesem Zeitpunkt die Berufung noch aus, in zwei Fällen war die Frist zur Einlegung von Rechtsmitteln gegen das Urteil in erster Instanz noch nicht abgelaufen.^[4]

Die meisten Verfahren fanden am Amtsgericht Leipzig statt. Am Amtsgericht Eilenburg wurden acht, in Torgau zwei und in Grimma eine Person verurteilt.

[5] Vgl. dazu die Übersicht des „Antifa Recherche Team Dresden“ vom 02.10.2020: „Freie Kameradschaft Dresden“ abgeurteilt, naziwatchdd.noblogs.org

[6] Vgl. Kreuzer-Online vom 23.02.2019: Rechtspflege.

Am Landgericht und Amtsgericht Dresden sowie Pirna wurden insgesamt fünf Personen rechtskräftig verurteilt. In Dresden wurden die Angriffe auf Connowitz im Zuge der mittlerweile vier Prozesse gegen Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ mit verhandelt.^[5]

Ein Angeklagter ist zwischenzeitlich verstorben. Somit steht mit Stand 10. September 2020 für 81 Beteiligte am Überfall auf Connowitz das Verfahren in erster Instanz noch aus (siehe **Grafik 1**). Darunter sind mehrere bekannte Neonazis wie Thomas K., Mitglieder des „Imperium Fight Teams“ oder der Justizbeamte Kersten H. Von dessen Beteiligung am Angriff auf Connowitz erfuhr das Justizministerium erst kurz vor seinem ersten angesetzten Verhandlungstermin im Januar 2019. Seitdem ist H. suspendiert, der Prozess gegen ihn wurde mehrfach verschoben.

Berufung haben von Seiten der Angeklagten vor allem diejenigen Verurteilten eingelegt, die sich vor dem Amtsgericht nicht zur Tat eingelassen haben und zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. In der Regel bezieht sich die Berufung in diesen Fällen nur auf die Höhe des Strafmaßes. Das Urteil selbst wird also ebenso anerkannt, wie die Beteiligung an dem Überfall. Aufgrund dieses technischen Geständnisses wird das Urteil aus erster Instanz dann vom Landgericht meist zur Bewährung ausgesetzt. Bis es soweit kommt, vergeht oft nochmal eine längere Zeit, in der das Urteil aus erster In-

stanz nicht vollstreckt wird. So wurden zwei Angeklagte im Februar 2019 vom Amtsgericht Leipzig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Ein Termin für die Berufungsverhandlung steht in diesem Fall aber immer noch aus.

In **Grafik 2** sind nur die rechtskräftigen Urteile und Strafbefehle (110) aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft Leipzig (AG Leipzig, Eilenburg, Torgau und Grimma) dargestellt. Die zeitliche Entwicklung ist zur besseren Übersicht im halbjährlichen Verlauf zusammengefasst und entspricht unserem Wissensstand bis zum 10. September 2020 (das zweite Halbjahr 2020 ist also nur teilweise erfasst).

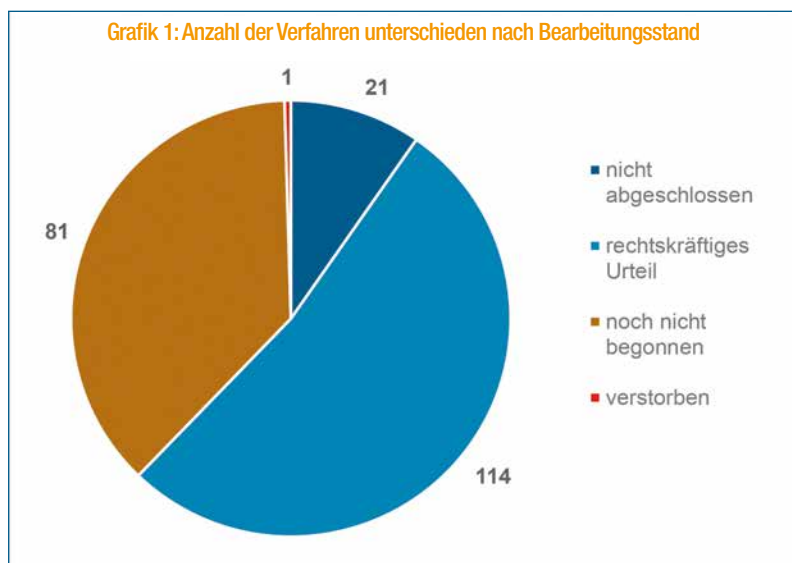
Die Anzahl der rechtskräftig abgeschlossenen Urteile steigt im Zeitverlauf kontinuierlich an. Im ersten Halbjahr 2020 ist dies jedoch nur aufgrund der hohen Zahl von 21 Strafbefehlen (ohne Präsenzverhandlung oder in Abwesenheit des Angeklagten) der Fall. Ein Grund dafür ist vermutlich die Covid-19-Pandemie und das Bemühen, auf unnötige Kontakte zu verzichten. Trotzdem ist der Verzicht auf Hauptverhandlungen und damit der Ausschluss der Öffentlichkeit angesichts des Tatvorwurfs (schwerer Landfriedensbruch mit über 100.000 Euro Sachschaden) äußerst fragwürdig.

Insgesamt machen Bewährungsstrafen (von acht Monaten bis zu einem Jahr und elf Monaten) den Großteil der verhängten Strafen aus: In gut zwei Dritteln der Fälle im Ergebnis von Hauptverhandlungen (74 Urteile) sowie in 24 Fällen über Strafbefehle. Acht Angeklagte wurden zu Geldauflagen, Verwarnungen oder Sozialstunden verurteilt. Zwei Personen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, die nicht zur Bewährung ausgesetzt sind. Dabei handelt es sich in einem Fall um eine Einheitsjugendstrafe von drei Jahren (AG Torgau), im anderen Fall um eine Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren (AG Leipzig, Berufung am LG Leipzig). Neben dem schweren Landfriedensbruch in Connowitz sind in diesen Fällen also noch weitere Straftaten ins Urteil eingeflossen.

Rechte Rechtsanwälte

Die Angeklagten lassen sich vor Gericht durch eine bunte Mischung von Anwalt*innen vertreten. Während sich die meisten darauf beschränkten, für ihre Mandanten ein möglichst mildes Urteil herauszuschlagen, ziehen andere die Prozesse beispielsweise durch Befangenheitsanträge gegen die Richter*innen in die Länge. Wieder an-

Grafik 1: Anzahl der Verfahren unterschieden nach Bearbeitungsstand



dere Anwalt*innen nutzen den Prozess, um sich selbst zu profilieren. So schwadronierte ein Anwalt aus Dresden in seinem halbstündigen Abschlussplädoyer unter anderen über seinen Vater und die vom „Denkerstaat“ entrückte Jugend, nur um am Ende gar nichts konkretes zu fordern.

Aber auch bekannte rechte Szeneanwälte waren bereits als Verteidiger im Connewitz-Prozess zu erleben. Darunter Frank Hannig aus Dresden (ehemaliger Verteidiger des Angeklagten Stephan E. im Prozess wegen Mordes am CDU-Politiker Walter Lübcke), Olaf Klemke aus Cottbus (Verteidiger von Ralf Wohlleben im NSU-Prozess), Andreas Wölfel (DB-Burschenschafter), Wolfram Nahrath (ehem. Vorsitzender der Wiking-Jugend und ebenfalls Verteidiger von Ralf Wohlleben im NSU-Prozess) und Dirk Waldschmidt (ehem. hessischer NPD-Kader, vor Hannig kurzzeitig Verteidiger von Stephan E. im Lübcke-Prozess). Waldschmidt fiel durch die Bemerkung auf, er bereue es, angesichts der Lage des Amtsgerichts in der Südvorstadt unweit von Connewitz keine „9 Millimeter“ eingepackt zu haben.^[6]

Der Vorhang zu und viele Fragen offen

Von einer ernsthaften Aufarbeitung des organisierten Angriffs auf Connewitz kann fünf Jahre später keine Rede sein. Vielmehr werden die Anklagen an den ver-

schiedenen Gerichten wie am stockenden Fließband abgearbeitet. Bis heute sind viele Fragen offen: Wer hat den Angriff organisiert? Wie lief die Vernetzung der Beteiligten? Wer hat in Naunhof Ansagen gemacht und Steine verteilt? Diese Fragen werden vermutlich nie aufgeklärt.

”

*Auch in dieser Woche
finden einige angesetzte
#le1101prozess-Verhandlungen
nicht statt. Am Donnerstag fällt
der Prozess gegen den Justizbe-
amten H. sowie den Freefighter
Christopher H. und Danny L.
am Amtsgericht Leipzig aus.*

“

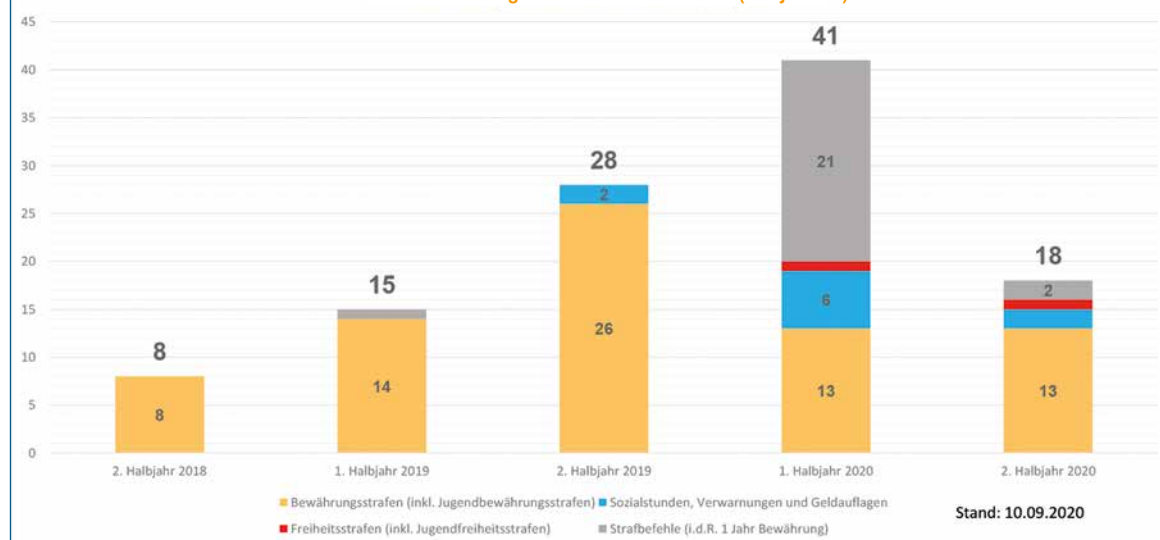
April 2020

Das öffentliche Interesse an den Prozessen hat aufgrund der sich hinziehenden Verhandlungen schnell nachgelassen. Einzelne Versuche, durch Kundgebungen vor dem Amtsgericht oder eine Demonstration unter dem Motto „Die längste letzte Reihe der Welt“ in Connewitz, eine konsequente strafrechtliche Verfolgung einzufordern, haben wenig gebracht. Trotzdem sind solche Aktionen wichtig, um Aufmerksamkeit für die immer noch laufenden Prozesse herzustellen. Glücklicherweise beteiligen sich zuletzt wieder mehr Personen an der Prozessbeobachtung.

Die konsequente Bekämpfung neonazistischer Gewalt braucht eine aktive, kritische Öffentlichkeit genauso wie eine ambitionierte Justiz, die gewillt ist, alle rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Täter dingfest zu machen. ■

Die Gruppe „Prozess1101“ beobachtet und dokumentiert den Prozess zum Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016. Auf der Website finden sich Verhandlungstermine und Prozessberichte. prozess1101.org

Grafik 2: Entwicklung der Urteile im Zeitverlauf (halbjährlich)



05 KAPITEL

RECHTE RAUMNAHME

Die Dokumentation bei chronik.LE zeigt: Orte wie die Kleinstadt Taucha in Nordsachsen, die Leipziger Stadtteile Groß- und Kleinzschocher sowie Stötteritz sind Schwerpunktgebiete neonazistischer Aktivitäten. Hier wird systematisch Propaganda verbreitet, hier kommt es vermehrt zu rassistischen Angriffen und Antifaschist*innen werden gezielt attackiert. Zum Einstieg ins Kapitel erläutert Paul Zschocke, die wissenschaftliche Perspektive auf das Konzept der rechten Raumnahme.

Gemeinsam mit Bündnispartner*innen, insbesondere Betroffenen, engagierten Einzelpersonen und antifaschistischen Initiativen, haben wir uns in den letzten Jahren vor Ort für eine demokratische Stadtkultur, solidarische Nachbarschaften und antifaschistische Kieze eingesetzt. Diese Engagierten kommen anschließend zu Wort und liefern Zustandsbeschreibungen, Berichte über ihre Arbeit und Ideen dafür, wie die Gesamtsituation vor Ort besser werden kann.

Ein weiterer Artikel widmet sich der Verflechtung rechter Hooligans, Neonazis sowie Securityfirmen in und um Kampfsportgyms, die aus unserer Sicht zentrale Ausgangspunkte rechter Raumnahme geworden sind. Fania Stehmanns Blick in die „schauderhaften Zeiten“ der 1990er Jahre weist auf die historische Bedeutung rechter Jugendgewalt für die heutigen Zustände hin. Und mit einem Aufruf für eine aktive lokale Erinnerungskultur als Ansatzpunkt gegen rechte Raumnahme schließt Henry Lewkowitz vom Erich-Zeigner-Haus das Kapitel. ■



Demonstration für die Errichtung eines Gedenks in der Kamenzer Straße am 15. Juni 2019. Das dortige ehemalige KZ-Außenlager wird heute durch Neonazis und Hooligans genutzt.

...ließen!
...affen!

 **Erinnern. Kämpfen.**
Erinnert an das Frauen-KZ. Kämpft gegen den Nazitreff.

RECHTE RAUMNAHME

Wo die extreme Rechte den Normalzustand definiert, werden Grundrechte faktisch außer Kraft gesetzt

von Paul Zschocke

[1] Döring, U. (2006): „National befreite Zonen“. In: Klärner, A.; Kohlstruck, M. (Hg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg, S. 177-206;
Bürk, T. (2012): *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland*. Münster.

[2] Diese Organisationsweise hat sich aufgrund der Verbote von zentralen Organisation insbesondere in den 1990er Jahren durchgesetzt (vgl. Quent, M.; Schulz, P. (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten*. Wiesbaden, S. 26).

[3] Wagner, B. (2002): *Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland*. In: Grumke, T.; Wagner, B. (Hg.): *Handbuch Rechtsradikalismus*. Opladen, S. 13–28.

[4] Eine rechtsextreme Raumordnungsbewegung sieht Wilhelm Heitmeyer bereits Ende der 90er Jahre in Ostdeutschland (Heitmeyer, W. (1999): *Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus*. In: Kalb, P. et al (Hg.): *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?* Weinheim, S. 47-79). Die hier verwendete Typologie ist eine Weiterentwicklung dieses Ansatzes (Borstel, D.; Luzar, C. (2016): *Geländegewinne? – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge*. In: Braun, S. et al (Hg.): *Strategien der extremen Rechten*. Wiesbaden, S. 39–54).

Die Auswirkungen rechter Raumnahme sind für viele Menschen im Alltag deutlich wahrnehmbar: neonazistische Aufkleber und Parolen an Häuserwänden, Beleidigungen und Bedrohungen an der Straßenbahnhaltestelle. Im schlimmsten Fall sind sie Betroffene rechter Angriffe, Gewaltakte oder gar Morde. Doch wie lässt sich rechte Raumnahme eigentlich wissenschaftlich fassen und differenzierter beschreiben?

Rechte Raumnahme ist zentraler Bestandteil der Dokumentation von chronik.LE und in all ihren Facetten auch in Leipzig zu beobachten. Mit etwas Distanz zu den einzelnen Taten fällt auf, dass diese oft in spezifischen Räumen verübt werden und sich Häufungen in bestimmten Stadtteilen oder Quartieren beobachten lassen. Von rechter Gewalt bedrohte Menschen wissen selbst am besten um die Gefahren im Alltag: bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, in schlecht einsehbaren Parkanlagen und auf dem nächtlichen Heimweg. Für sie wird der öffentliche Raum oft zum „Angstraum“ – auch jenseits konkreter Bedrohungen. Wenn Neonazis, Identitäre und andere rechte Schläger gezielt Angriffe im Umfeld ihrer Wohnung, ihrer Zentren oder den Treffpunkten ihrer Cliques verüben, dann wird aus dem „Angstraum“ alsbald eine „No-Go-Area“ – oder im neonazistischen Jargon eine „national-befreite Zone“^[1].

Moderner Neonazismus als subkulturelle Bewegung

Der heutige Neonazismus hat sich über die 1980er Jahre in Westdeutschland und anschließend in der Bundesrepublik nach 1990 als dominierende Form des Rechtsextremismus herausgebildet. Trotz seiner andauernden Veränderung prägen drei wesentliche Merkmale den Neonazismus bis heute: Erstens entstammen die allermeisten seiner Anhänger*innen subkulturellen Cliques und Milieus, den Fangruppen einschlägiger Fußballvereine, dem Kampfsportmilieu oder völkisch beeinflussten Strömungen in der Tradition der Punk- und Skinheadszenen. Zweitens nehmen die Ausübung und Rechtfertigung von körperlicher Gewalt und heroischer Männlichkeit einen zentralen Stellenwert in ihrem täglichen Leben ein. Und drittens sind ihre Überzeugung und Gesellschaftsvorstellungen zutiefst von einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ bestimmt. Sie stehen unserer Gesellschaft, die ihre zentralen Werte durch Menschenrechte, Gleichheit, Solidarität und Universalismus bestimmt sieht,

damit feindlich gegenüber. Sie haben ihre gewaltförmige Abschaffung und Ersetzung durch die Volksgemeinschaft zum Ziel.

Auch wenn Parteien wie die NPD es zeitweise geschafft haben, das neonazistische Milieu erfolgreich an sich zu binden, besteht die Stärke der Bewegung in ihrer dezentralen Organisationsweise. Diese ist gekennzeichnet durch Cliques, Kameradschaften, Hooligan- und Musikgruppen oder Kampfsportvereine, die trotz interner Hierarchien eher lose Strukturen bilden.^[2] Die Präsenz neonazistischer Gruppen wird deshalb zuallererst vor Ort spürbar, im Stadtviertel, der Kleinstadt oder der Gemeinde, bevor sie ganze Regionen erfassen oder sie sich punktuell zu überregionalen Events wie Großdemonstrationen, Festivals oder Kampfsportturnieren zusammenfinden. Neonazismus – viel mehr gewalttätige Lebensweise als Form von Politik – ist insofern vor allem „ideologisch begründeter Kleinkrieg gegen „Feinde“ um Raumordnung und Macht“^[3]. Zur Analyse neonazistischer Aktionen hat sich in der Rechtsextremismusforschung das Konzept der „Raumordnungsgewinne“ etabliert^[4]. Entlang dieses mehrstufigen Schemas werden die Aktionen rechter Akteur*innen nach ihrer Wirkung auf das (zivil-)gesellschaftliche und institutionelle Umfeld eingeordnet.

Provokations- und Räumungsgewinne

Die weiteren Beiträge in diesem Kapitel der Leipziger Zustände beschreiben anschaulich, wie rechte Raumnahme durch neonazistische Einzelpersonen, lose Cliques oder gar organisierte Gruppen mehr oder weniger gezielt abläuft. Sowohl in Stötteritz als auch in Klein- und Großzschocher sowie in Taucha ist das Verbreiten von rechter Propaganda in Form von Stickern, Plakaten und Graffiti ein alltägliches Phänomen. Auf dieser ersten Stufe dienen Codes und Sprüche mit positivem Bezug zum Nationalsozialismus, völkischen Gesellschaftsvorstellungen sowie Schmähungen und Gewaltaufrufe gegen „Feinde“ als Provokation und zur Markierung von Gebietsansprüchen. Jedoch spielt auch der Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Themen eine wichtige Rolle. „Volkstod“-Sticker, der Ruf nach „Remigration“, die dumpfe Kriminalisierung von Geflüchteten oder antisemitische und verschwörungsmythologische Parolen gegen Coronamaßnahmen vermitteln das völkische Weltbild häppchenweise, wenn sie unwidersprochen den öffentlichen Raum dominieren.

Der Widerspruch, also das Entfernen oder Überkleben der Propaganda von Nazis, ist deshalb ein essentieller Teil zivilgesellschaftlicher Gegenwehr. Und diese Gegenwehr ist nicht ohne Gefahren, wie die Berichte von Betroffenen aus Stötteritz zeigen. Angriffe und Bedrohungen gegen „Feinde“ ebenso wie die zur Schaustellung ihrer Dominanz verdeutlichen, dass Neonazis die „Räumung“ bestimmter Orte von Gegner*innen anstreben. Wenn die Neonaziclique den zentralen Platz im Stadtteil dauerhaft einnimmt, werden andere beginnen ihn zu meiden. Auch im Kleinen führt der moderne Rechtsextremismus so einen „Kulturkampf“, in dem Codes zur Unterscheidung von Kameraden und „Feinden“ dienen.^[5]

Raum- und Normalisierungsgewinne

Damals wie heute bleibt das Ziel rechter Akteure die „kulturelle Hegemonie“^[6], also die Durchsetzung ihrer Deutungen, ihrer Lebensweise und insbesondere ihrer Vorstellung davon, wer dazu gehören darf und wer nicht. Die Schaffung von Zentren und Locations sind fester Bestandteil dieser Strategie des „Raumgewinns“ und kündigt die Dominanzbestrebung über ganze Stadtteile oder Städte an. Anhänger*innen und rechtsextrem Eingestellte finden sich hier zu „Liederabenden“ und Konzerten, Zeitzeug*innenvorträgen oder zum Kampfsporttraining zusammen. Es werde Strategien entwickelt, interne Hierarchien und Strukturen gefestigt und Propaganda- und Gewalttaten vorbereitet. In Leipzig scheiterte 2014 der Versuch, das seit 2008 bestehende „Nationales Zentrum“ in der Nähe des Lindener Marktes langfristig zu etablieren im Anschluss an die erfolgreiche antifaschistische Kampagne „Fence Off“ und die Landtagswahl Niederlage der NPD.^[7] Jedoch ist es überaus schwierig, derart etablierte Strukturen wieder zu verdrängen, wo Raumgewinne einmal institutionalisiert worden. Wo es Neonazis und anderen extrem Rechten gelingt Gegner*innen gänzlich

zu vertreiben und Widerspruch zum Verstummen zu bringen – also gar „Normalitätsgewinne“ zu erzielen – dort „droht eine beständige, unkritische und nachhaltige Integration des Rechtsextremismus ins Gemeinwesen und damit eine gesellschaftliche Situation vor Ort, in denen Grundrechte zum Beispiel für Minderheiten faktisch und alltagspraktisch außer Kraft gesetzt sind und nur durch den massiven Einsatz staatlicher Repressionsorgane zurück gewonnen werden können.“^[8]

Während eine derartige Verankerung der extremen Rechten heute in Leipzig vielen undenkbar scheint, war diese bis 2000 sogar von Seiten der Stadt akzeptiert: im Grünauer Kirschberghaus konnten Neonazis über mehrere Jahre zwei benachbarte Jugendclubs komplett in Beschlag nehmen.

Was tun?

Es gibt kein Generalkonzept gegen rechte Raumnahme. Die akribische Dokumentation rechter Aktivitäten, wie chronik.LE und andere Initiativen sie leisten, ist Voraussetzung dafür rechte Raumnahmestrategien zu verstehen und zu analysieren. Daraus können lokale Handlungsstrategien, die nicht nur die Aktivitäten rechter Akteure in den Blick nehmen, entwickelt und Problemlagen vor Ort konkret angegangen werden. Eine erfolgreiche antifaschistische Zivilgesellschaft muss den Kampf um Hegemonie dort aufnehmen, wo rechte Akteure versuchen Räume zu besetzen: Demokratie- und Stadteilläden gründen wie in Kleinzschocher, Jugendgruppen aktivieren wie in Taucha und über rechte Aktivitäten aufklären wie in Stötteritz. ■

Paul Zschocke ist Sozialwissenschaftler und forscht zur extremen Rechten, Rechtspopulismus und Autoritarismus sowie zu Stadtentwicklung und Neoliberalismus.

[5] Während in den 1990ern Bomberjacke und Rechtsrock noch zur Unterscheidung zwischen Kameraden und „Feinden“ ausreichten (vgl. Fanja Stehmann in dieser Broschüre, S. 98), wirken diese Codes heute oft subtiler Zum Begriff des Kulturkampfs: Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Berlin, S. 120ff.

[6] Heitmeyer, Wilhelm (2009). Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 11.

[7] Gegenwärtig nehmen sogenannte Kampfsport-Gyms eine wichtige Rolle in der Institutionalisierung rechter Raumgewinne ein. Vgl. chronik.LE in dieser Broschüre, S. 102.

[8] Borstel, D. (2009). Geländegewinne? In: Braun, S. et al (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden, S. 68



Plakat der Kampagne "Ein Herz für Baulücken" (2014) gegen das damalige NPD-Zentrum in der Odermannstraße im Leipziger Stadtteil Lindenau.



#SOLIDARISCHESTAUCHA STATT NAZI-KIEZ

von Sarah Klein

In Taucha, einer Kleinstadt im Nordosten Leipzigs, in der es vermehrt zu Vorfällen mit extrem rechten Hintergrund kam, ringen die Engagierten von SAfT seit Anfang 2019 um eine solidarische Gesellschaft. Unter dem Hashtag #Solidarische-Taucha versuchen sie nicht nur die rechten Einflüsse zurück zu drängen, sondern auch das kulturelle, soziale und politische Leben vor Ort zu gestalten.

Rechte Raumnahme in Taucha

Seit Beginn 2018 häufen sich in Taucha rechte Parolen auf Hauswänden und an Laternenmasten. Sticker, Tags und großflächige Graffiti versuchen Taucha als „NS-Zone“ oder „Nazi-Kiez“ zu deklarieren. Eigens produzierte Sticker behaupten: „Taucha bleibt rechts“. An diversen Treffpunkten im Stadtgebiet sammeln sich regelmäßig rechte Jugendliche. Gemeinsame Bezugspunkte sind unter anderem die rechte Fanszene von Fußballvereinen und Kampfsport. Im Verlauf des Jahres werden Engagierte, die die menschenverachtende Propaganda entfernen oder ihrem Aussehen nach nicht ins Weltbild der Rechten passen, mit zunehmender Häufigkeit von den zumeist jugendlichen Neonazis bedroht oder verbal angegriffen. Auch am Gymnasium und an der Oberschule in Taucha ist eine rechtsoffene bis extrem rechte Subkultur präsent. Doch nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Personen beleidigen am helllichten Tag Menschen auf der Straße – unter anderem als „Zecke“.

Kontinuität extrem rechter Aktivitäten

Das Phänomen ist nicht gänzlich neu in Taucha. In der LVZ finden sich seit Langem kontinuierlich Berichte über rechte Gewalttaten oder Parolen an den Wänden der Stadt. Um die Jahrtausendwende gibt es kameradschaftsähnliche, der NPD nahestehende Strukturen, die sich auch aus dem Hooliganumfeld des heutigen 1. FC Lokomotive Leipzig speisen. Im Jahr 2015 thematisieren Aktivist*innen bei einer antifaschistischen Demonstration, dass ein Neonazi, der am rassistisch motivierten Mord von Kamal K. in Leipzig beteiligt gewesen war, nach seiner Haftstrafe nach Taucha gezogen ist und sich hier weiter in der rechten Szene aktiv engagiert. Auch sind mindestens zwei Personen aus Taucha an dem organisierten Angriff in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016 beteiligt. Zudem gibt es immer wieder öffentliche Bezugnahmen auf den historischen Nationalsozialismus. Beispielsweise werden im Jugendpavillon auf der Tauchaer Festwiese neben Hakenkreuzen

und anderen verfassungsfeindlichen Kennzeichen auch Sprüche wie „Rommel-Hools“ an die Wände geschrieben. Bereits Ende der 1990er firmierten einige der Neonazis in Taucha als „Gruppe Rommel“.

SAfT – Solidarische Alternativen für Taucha

Nach einer vom Jugendparlament Taucha und anderen organisierten Putzaktion unter dem Motto „Taucha ohne Rassismus“ gründet sich die „Initiative SAfT – Solidarische Alternativen für Taucha“. In dieser organisieren sich Betroffene und deren Unterstützer*innen seit Ende 2018, um der rechten Raumnahme in Taucha entgegenzutreten und sich für ein solidarisches und vielfältiges Miteinander einzusetzen. Im Mai 2019 veranstaltet „SAfT“ mit Unterstützung von anderen Akteur*innen aus Taucha und Leipzig einen Aktionstag auf dem Tauchaer Marktplatz. Mit einem Infostand, Musikprogramm, Redebeiträgen, einer Hüpfburg, Kinderspielen und einer Diskussionsecke wird ein Anlaufpunkt für Interessierte und Sympathisant*innen geboten. Damit ist „SAfT“ den Schritt in die Öffentlichkeit gegangen, um an einem zentralen Ort der Stadt Präsenz zu zeigen. Die Veranstaltung ist gut besucht und stellt auch für die Engagierten selbst ein motivierendes Erlebnis dar. Allerdings ist es im Verlauf zu mehreren rechten Provokationen gekommen. Durch eine klare Veranstaltungsordnung und bestimmtes Auftreten konnten dem rechten Spektrum zuzuordnende Personen von der Teilnahme ausgeschlossen werden.

„SAfT“ organisiert seither weitere Veranstaltungen in Taucha, nimmt an diversen Vernetzungstreffen teil und berichtet mit Vorträgen in Leipzig von der Situation in der benachbarten Kleinstadt. Mit Aktiven vom „Dorf der Jugend“ aus Grimma ist beispielsweise über die menschenrechtsorientierte Arbeit mit Jugendlichen diskutiert worden. Im Anschluss an die Präsentation des Dokumentarfilms „Blut muss fließen. Undercover unter Nazis“ stand im Diakonot Taucha der Regisseur Peter Ohlendorf Rede und Antwort. Zudem erinnert die Initiative an die Jüdin Ruth Elias, die als KZ-Häftling in Taucha inhaftiert war. Anfang 2020 wird der gemeinnützige Verein „SAfT e.V. - Solidarische Alternativen für Taucha“ ins Leben gerufen, um das gemeinsame Engagement zu verstetigen.

Runder Tisch Taucha

Unter Beteiligung vom „Mobilen Beratungsteam“ des „Kulturbüro Sachsen e.V.“, dem „Projekt SUPPORT“



Gut besuchter Aktionstag der „Solidarischen Alternativen für Tauscha“ (SAfT) im Mai 2019 in Taucha.

des „RAA Sachsen e.V.“, chronik.LE, dem „Jugendparlament Taucha“, der „Zeit-Tausch-Börse Taucha“, Sozialarbeiter*innen aus Schulen und dem Jugendclub sowie bei „SAfT“-Aktiven findet sich 2019 der „Runde Tisch Taucha“ zusammen. Hier tauschen sich die Beteiligten über Erfahrungen und Entwicklungen zur rechten Szene vor Ort aus und erarbeiten ein gemeinsames Positionspapier. In diesem werden eine Chronik der Vorfälle, Berichte von Betroffenen und Sozialarbeiter*innen, aber auch die gemeinsam in einer Zukunftswerkstatt erarbeiteten Handlungsempfehlungen dokumentiert. Im Januar 2020 wird das Dokument in Taucha öffentlich präsentiert. An der sehr gut besuchten Veranstaltung nehmen auch der Bürgermeister und einige Stadträt*innen teil und beteiligen sich an den angeregten und konstruktiven Diskussionen.

Kaum Stimmen aus der lokalen Politik

Politik in Kleinstädten ist häufig von einem romantisierenden Bild von Harmonie und vermeintlich objektiver Sachpolitik geprägt. Darum verwundert es auch nicht, dass es jenseits des Tauchaer Bürgermeisters und des Sachgebietsleiters „Öffentliche Ordnung und Soziales“ bisher kaum öffentliche Stimmen und Positionierungen aus der lokalen Politik gibt. Nicht selten wird auch in der lokalen Berichterstattung das Extremismusmodell bemüht und sich pauschal von jeglichem Extremismus distanziert, anstatt sich inhaltlich zu Rassismus, Intoleranz, Antisemitismus und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zu positionieren. Häufig werden die rechten Graffiti und Tags lediglich als Sachbeschädigung problematisiert. Über die Aufstockung der Polizeibehörde, Benutzungsordnungen für öffentliche Grünflächen und die Änderung der Polizeiverordnung wird vorwiegend ordnungspolitisch agiert. Die AfD ist nach der Stadtratswahl 2019 lediglich eines

von den vier ihr eigentlich zustehenden Mandaten angetreten. Folglich hat sich der Tauchaer Stadtrat auf 19 Sitze verkleinert. Anlässlich einer Veranstaltung der AfD in Taucha im März 2020 haben Akteur*innen aus dem Umfeld des Runden Tisches und weitere Unterstützer*innen ein Fest für eine bunte und vielfältige Stadt organisiert. In diesem Zusammenhang hat „SAfT“ zu einer Kundgebung unter dem Motto „Rechte Hetze ist keine Alternative“ vor dem Veranstaltungsort mobilisiert. Trotz Regens nehmen mehrere hundert Menschen an den Veranstaltungen teil, um gegen die AfD zu protestieren.

#Solidarisches Taucha – Zwischenfazit und Ausblick

Mit „SAfT“ schaffen sich die Betroffenen und deren Unterstützer*innen eine Kooperation, die Schutz, Vertrauen und Solidarität bietet. Für das Problem der rechten Raumnahme in Taucha kann dadurch lokal und teilweise auch überregional Öffentlichkeit hergestellt werden. Vor Ort ist ein solides Netzwerk an Akteur*innen entstanden, die entschlossen sind, für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft im Kleinen wie im Großen zu streiten. Auch die Diffamierungs- und Spaltungsversuche haben die gemeinsame Arbeit bisher nicht gestört.

Die neu gegründete Jugendgruppe „DuFTe“ zeigt, dass es gelingt, den Kreis der Engagierten weiter zu vergrößern. Zukünftig muss es nach Ansicht von „SAfT“ auch darum gehen, dass weitere Akteur*innen aus der Tauchaer Zivilgesellschaft und der lokalen Politik öffentlich gegen die neonazistischen Aktivitäten klar Position beziehen und tätig werden. Ziel der Initiative ist außerdem, dass mittelfristig ein Ort für demokratische Kultur und eine kritisch-demokratische Zivilgesellschaft entsteht. Für all das ist weiterhin öffentlicher Druck, Unterstützung und konsequentes Engagement nötig. ■

»DAS SOLLTE KEIN NORMALZUSTAND SEIN«

In Taucha engagieren sich Schüler*innen lokal gegen den Rechtsruck

Interview mit DuFTe

Sieg-Heil-Rufe und Hitlergrüße im Unterricht?
Im Sommer 2019 hat sich in Taucha die Schüler*innengruppe „DuFTe“ gegründet, um eine Alternative für couragierte Jugendliche zu bieten, die rassistische Kommentare und rechte Pöbeleien nicht mehr hinnehmen wollen. Wir haben mit drei von ihnen gesprochen.

chronik.LE: Wer seid ihr und was ist „DuFTe“?

Wir sind eine Gruppe von Jugendlichen aus Taucha. Uns ist generell der Rechtsruck aufgefallen, weshalb wir uns gedacht haben, dass man da etwas gegen tun muss, weil es so nicht weitergehen kann. Deswegen haben wir „DuFTe“ gegründet. Das steht für „Demokratie und Freiheit, Toleranz erleben“. Wir haben vor, verschiedene Aktionen mit Leuten zu machen, damit sie sich in Taucha wohler fühlen und wir wollen eine Anlaufstelle für politisches Engagement sein. Wir wollen ein offenes Taucha schaffen, wo man keine Angst haben muss, in irgendeiner Form diskriminiert zu werden.

Wie erlebt ihr den Rechtsruck in Taucha?

Es gibt sehr viele Sticker und Graffiti, die man überall sieht. Und es gibt Hotspots, wo es eben extrem ist. An der Straßenbahnhaltestelle ist das ganz schön schlimm, wenn da Jugendliche sitzen und rufen, wenn da nicht typisch Deutsche langlaufen. Bei Leuten, die offen links sind, wurden auch schon Fahrräder zerstört. Wir haben bei einer Aktion mitgemacht, wo die Sticker entfernt wurden

und man sich das Ausmaß mal bewusst macht. Das ist schon krass.

Beim Stadtfest in Taucha gab es Sieg-Heil-Rufe und Hitlergrüße. Ich war mit einem Freund da. Ihm wurde von vier Jugendlichen gesagt, er soll mal mitkommen. Dann sind wir hinterhergelaufen, weil wir ihn nicht alleine lassen wollten. Er hat uns im Nachhinein erzählt, dass ihm – er ist Chemie-Fan – gesagt wurde, er soll sich vom Stadtfest

„

Man hat Angst, durch Taucha zu gehen und von Nazis angehalten

zu werden.

“

verpissen, sonst würden sie ihn verprügeln. Er solle sich nicht mehr blicken lassen, weil das hier Lok-Revier ist und, dass hier linke Zecken nichts zu suchen haben. Teilweise hat man Angst, durch Taucha zu gehen und von Nazis angehalten zu werden. Es gibt Gruppen, die abends rumlaufen und zum Beispiel am Park herumsitzen und Leute belästigen. Wir wollen aus Taucha eine Stadt machen, in der man sich wohlfühlt, ohne belästigt oder angegriffen zu werden.

Man merkt das auch allgemein in der Schule. Bei uns gibt es einige, die offen rechts sind. Heute kam zum Beispiel die Frage auf, wie man mit der Flüchtlingssituation umgehen soll. Da kamen Kommentare wie „foltern“. Das ist schon ex-

trem. Da gibt es einige, die da politisch vielleicht gar nicht so dahinterstehen, sondern das nachquatschen, was andere sagen. Das finde ich sehr gefährlich.

Es ist schon öfter vorgekommen, dass in unserem Unterricht Hitlergrüße gemacht werden, „Sieg Heil“ durch die Klasse gerufen wird, sich über Minderheiten lustig gemacht wird. Bloß weil alle auf einem Raum sitzen und sich deswegen stark fühlen. Das sind für mich Momente, wo mir einfach der Mund offen steht und ich mir an den Kopf greife und mich frage, wieso? Wie kommt man darauf, so etwas zu sagen oder witzig zu finden?

Was machen solche Erfahrungen mit euch?

Ich finde das echt richtig traurig, wenn man darüber nachdenkt und auch gefährlich, dass man in der eigenen Stadt Angst hat, an einige Orte zu gehen. Das sollte kein Normalzustand sein. Wenn man nachts am Straßenbahnhof ist, da ist schon damit zu rechnen, dass da irgendwas kommt. Besonders wenn man schon ein bisschen dafür bekannt ist, dass man dagegen vorgeht. Das ist bei uns noch nicht so extrem, aber es gibt Leute, bei denen das schlimmer ist. Die werden beleidigt und deren Sachen werden zerstört. Ich finde das schon beängstigend.

Wie hat sich die Situation in den vergangenen Jahren entwickelt?

In vielen Freundeskreisen gibt es Leute, die rechts sind. Dann bewegt sich häufig die ganze Gruppe in diese Richtung, aus Angst ausgeschlossen zu werden. Deswegen laufen viele mit, obwohl sie selber



gar nicht unbedingt der gleichen Meinung sind. Schlimmer geworden ist, dass sich viele nicht trauen, zu widersprechen. Es gibt in der Gruppe einen Anführer, der die Meinung vorgibt. Viel Interesse, das kritisch zu hinterfragen, ist da nicht.

Wie wird in der Schule mit den Vorfällen umgegangen?

Von Seiten der Lehrer wird das meistens ignoriert. Ich habe es selber ehrlich gesagt, noch nie mitbekommen, dass ein Lehrer etwas dagegen gesagt hat. Ich habe auch das Gefühl, dass sich die meisten Lehrer nicht positionieren wollen. Wenn wir uns nicht trauen würden, etwas zu sagen, würde keiner etwas sagen. Es wird einfach so hingenommen. Von den anderen wird noch darüber gelacht, wodurch natürlich noch mehr Sprüche kommen.

Außer Schüler*innen, die einander helfen, ist da nicht viel da, auch wenn es zwar so etwas wie einen Vertrauenslehrer gibt. Aber deswegen haben wir auch gesagt, wir wollen eine AG machen, weil wir aktiv dagegen vorgehen wollten, wenn Leute diskriminiert werden. Sei es sexistisch, homophob oder rassistisch. Wir versuchen gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen.

Wie kam es schließlich zur Gründung von „DuFTe“?

Das war 2019. Da haben wir die Initiative ergriffen und gesagt, wir müssen etwas machen. An Schulen in Leipzig gibt es „Schule-ohne-Rassismus“-Teams, aber so etwas gab es an unserer Schule dem Geschwister-Scholl-Gym-

nasium einfach noch nicht. Das hat uns dann motiviert, selbst etwas zu machen. Wir haben uns dann mit unserem Schulsozialarbeiter zusammengesetzt, der uns unterstützt hat.

Ursprünglich wollten wir das als AG an unserer Schule machen. Dann ist uns aber klar geworden, dass wir noch andere Leute integrieren können, die daran Interesse haben. „DuFTe“ besteht nicht nur aus Schüler*innen. Wir wollen generell für Leute aus Taucha und der Umgebung ansprechbar sein. Wir wollen kreative Sachen machen: Patches oder Plakate für Demos, T-Shirts designen. Wir haben da schon so ein paar Ideen.

Wie hat sich die Situation für euch seit der Gründung verändert?

Dadurch, dass wir „DuFTe“ gegründet haben, gibt es eine Alternative für Jugendliche in Taucha. So ist das Selbstbewusstsein schon nochmal größer geworden, weil man weiß, man hat eine Gruppe, die hinter einem steht. Jetzt nimmt man das in der Schule nicht mehr hin, wenn man da so einen Kommentar hört, sondern sagt dann etwas dagegen. Vorher war es häufig so, dass man das nicht gut gefunden hat, aber ignoriert hat. Auch andere werden davon mitgezogen.

Man merkt zumindest an der Schule, dass es sich schon ein bisschen herumgesprochen hat. Aber wenn das jetzt an Popularität gewinnt, kann ich mir schon vorstellen, dass dann einige bewusst gegen uns vorgehen. Wir haben überlegt, ob wir auf unserem Instagram-Account Namen und Bilder von uns veröf-

fentlichen und haben uns dann bewusst dagegen entschieden. In Taucha ist das halt nicht so wie in Leipzig. Da muss man schon aufpassen.

Aber das ist eben auch ein Problem, dass man sich nicht öffentlich dazu bekennt. Schweigen bringt nichts. Wenn meine Freunde rechte Parolen grölen und ich einfach nur schweigend daneben sitze, wird sich daran nichts ändern. Wenn ich meinen Freunden nicht sagen kann, dass ich nicht die gleiche Meinung veretrete wie sie und deshalb um die Freundschaft Angst haben muss, dann sind das keine Freunde.

Zuspruch kriegen wir gerade hauptsächlich von Erwachsenen. Wenn Leute wirklich mitmachen, wird es sich nochmal verändern, weil sie merken, jemand ergreift die Initiative. Ich finde, dass Leute, die vorher gar nicht politisch interessiert waren, aber im Freundeskreis dabei waren, schon mehr Interesse entwickeln.

Ich kenne auch Leute aus eher rechten Freundeskreisen, die selbst auf mich zugekommen sind und sagen, dass es eine gute Initiative ist. Sie hängen zwar mit rechten Leuten ab, aber dadurch bemerkt man, dass sie eigentlich gar nicht alle rechts sind. Selbst aus deren Freundeskreisen kommen Leute auf einen zu, von denen man das nie erwartet hätte und sagen: Hey, das ist gut, was ihr macht! Macht weiter so. ■

Instagram: www.instagram.com/dufte_now
Email: dufte.taucha@gmail.com



STÖTTERITZ – EIN VIERTEL WIRD BRAUN?

von Basisnahe Antifa / Stötteritzer Aktion (BA/STA)

Leipzig – das „gallische Dorf“^[1], umzingelt von rechtsdominierten Landstrichen, selbst aber unbeugbar antifaschistisch? Dieses Bild entspricht nicht der Realität, wie antifaschistische Initiativen in Kleinzschocher und anderen Leipziger Stadtteilen bezeugen können. In Stötteritz lässt sich ein ähnliches Phänomen beobachten: Rechte versuchen, einen Leipziger Stadtteil für sich einzunehmen.

Nationalsozialistische Botschaften überall

Rechte Parolen sind in Stötteritz kein neues Phänomen. Schon im September 2017 wurden aus Leipzig-Stötteritz regelmäßig neonazistische Sticker gemeldet.^[2] In Stötteritz wurden häufig Sticker der Kleinstpartei „Der III. Weg“ geklebt, auf denen gegen den jüdischen Staat Israel, Antifaschist*innen und andere politische Gegner*innen gehetzt wurde. Dazu kamen häufige „White Power“ oder „NS-Area“-Schriftzüge und -Sticker. Die genannten Sticker und Schriftzüge wurden hauptsächlich rund um den Güntz-Park angebracht.

Zwischen 2017 und 2019 ist Stötteritz mehrfach Ziel von größeren Propagandaaktionen der „Identitären Bewegung“ (IB) gewesen. Die IB kommt ursprünglich aus Frankreich und ist seit 2012 auch in Deutschland vertreten, ihre Ideologie orientiert sich am „Ethnopluralismus“^[3]. Die Bedeutung dieser Gruppe nimmt derzeit stark ab. Nach wie vor bestehen Verknüpfungen von Leipziger IB-Aktivist*innen zur neonazistischen Szene. Die vermeintliche Abgrenzung von Gewalt, Rassismus und klassisch neonazistischen Strukturen ist kaum noch aufrecht zu erhalten. Im Stadtteil ist die IB weiterhin aktiv: Bei Aktionen in Stötteritz werden Plakate und Sticker unter anderem in der Schönbach-, Holzhäuser- und Prager Straße geklebt. Außerdem dient der Stadtteil immer wieder in sozialen Medien als Inszenierungskulisse für verschiedene lokale Kader der IB.

Neben der IB sind vor allem Sticker der neonazistischen Jugendorganisationen „Junge Nationalisten“ (der Jugendverband der NPD, JN) und der „Jungen Revolu-

tion“ im Stadtteil präsent. Eine inszenierte „Besetzung“ des Völkerschlachtdenkmals durch die JN um die Jahreswende 2019/2020 schafft es in die Lokalpresse.^[4] Neben den rechten Stickern finden sich häufig Symbole aus der Hooligan- und Fanszene von Lok Leipzig, was auf personelle Überschneidungen hindeutet.

Zudem werden in den letzten Monaten vermehrt Graffiti mit rechten und neonazistischen Inhalten in Stötteritz angebracht. Besonders das Beschmieren des Eingangsbereichs der Neuen Nikolaischule mit fünf Hakenkreuzen sowie eine homofeindliche Beleidigung erregte Aufmerksamkeit. Statt mit Codes und Symbolen ihre Gesinnung zumindest auf den ersten Blick zu verschleiern, ist den Stötteritzer Rechten offenbar daran gelegen, klar als Nationalsozialist*innen erkennbar zu sein. Dafür sprechen Schriftzüge wie „Nazi Kiez“, „NS-Zone“ sowie „Heimatliebe“. Mit „Anti-Antifa“ und „Zecken töten“^[5] wird zu Gewalt gegen politische Gegner*innen aufgerufen. Im Juli 2020 berichtet der MDR von einer Zuspitzung der Situation in Stötteritz.^[6] Die Polizei bezeichnet den Stadtteil auf MDR-Anfrage aber „nicht als Hot-Spot rechtsextremer Aktivitäten“. Diese Einschätzung teilen wir nicht.

Zugezogene Neonazikampfsportler

Mehrere rechte Kampfsportler aus dem Umfeld des „Imperium Fighting Teams“ und der Lok-Hooligan-Szene haben sich im Kiez niedergelassen. Mit Fabian N. trat eine Person aus diesem Umfeld bereits beim Neonazi-Kampfsportevent „Kampf der Nibelungen“ für die Partei „Der III. Weg“ an und ist überregional vernetzt.^[7] Weitere Personen sind beim Neonazi-Angriff am 11. Januar 2016 auf Connewitz beteiligt gewesen. Bisher nicht klar zu erkennen ist, ob die zugezogenen jungen Neonazis die Strategie des durch Propaganda- und Gewaltaktionen markierten „Nazikiez“ wie in Dortmund oder Chemnitz-Sonnenberg verfolgen. Vorzüge wie die räumliche Nähe zu rechten Kampfsportstudios, dem Lok-Stadion und Völkerschlachtdenkmal oder die Vermutung, in Stötteritz auf wenig antifaschistischen Widerspruch zu stoßen, könnten ebenfalls ausschlaggebend sein.

[1] Aus der taz vom 29.09.2017: Leipzig ist kein gallisches Dorf.

[2] chronik.LE vom 13.09.2017: Neonazistische Aufkleber in Leipzig-Stötteritz.

[3] Diese kulturrassistische Argumentation geht davon aus, dass es unterscheidbare und homogene Kulturkreise gäbe, die durch Migration bedroht seien.

[4] chronik.LE vom 31.12.2019: JN „besetzt“ Völkerschlachtdenkmal.

[5] Als „Zecken“ werden in der rechten Szene Antifaschist*innen und andere Linke bezeichnet.

[6] MDR vom 01.07.2020: Angst im „Nazi-Kiez“?

[7] Runter von der Matte vom 09.10.2019: Neuigkeiten von der Matte #6 – kommende Events mit rechter Beteiligung, Recherche & Analyse.



photo: tim wagner

Auffällig ist, dass in Stötteritz weitere eher eigenständig agierende Gruppierungen verschiedensten Alters aktiv sind, die für rassistische Pöbeleien und Angriffe verantwortlich sind. Neben einer Gruppe älterer Rechter (um die 50 Jahre alt) erregte besonders eine Gruppe Jugendlicher mit expliziter nationalsozialistischer Symbolik auf Kleidungsstücken Aufmerksamkeit. Bisher scheinen diese Gruppen neben dem offenen Zeigen ihrer Gesinnung wenig in die organisierte Neonaziszene vernetzt zu sein. Ob dies so bleibt, wird auch davon abhängen, ob eine Problematisierung und Auseinandersetzung stattfindet oder ausbleibt.

Auf Worte folgen Taten

Rechte Graffiti und Sticker werden regelmäßig unkenntlich gemacht. Dennoch können sich rechte Kräfte im Stadtteil ausbreiten, ohne auf den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung zu treffen. Die offen nationalsozialistischen und gewaltverherrlichenden Schriftzüge dominieren immer wieder ganze Straßenzüge. Damit einher geht ein Bedrohungsgefühl für Bewohner*innen. Diese sind nicht unbegründet: Dem Aufruf „Zecken jagen“ folgten nur einen Tag später Taten im Wortsinne: Als zwei Antifaschist*innen im April 2020 die rechten Graffiti überkleben, werden sie zunächst von einer Einzelperson verbal und körperlich attackiert und kurz darauf von einer Gruppe verfolgt.^[8] Innerhalb von zwei Monaten werden chronik.LE fünf Vorfälle gemeldet, bei denen Personen bedroht oder verbal angegriffen werden.^[9]

Ebenfalls Anfang des Jahres 2020 werden die Scheiben zweier Ladengeschäfte eingeworfen, die Personen mit Migrationshintergrund gehören. Eine rassistische Motivation kann hierbei bislang weder bestätigt noch ausgeschlossen werden. Auch die Motivation ein Auto mit einer Reichsflagge zu besprühen^[10], geht über reine Sachbeschädigung hinaus. Auf die rechte Raumnahme durch Graffiti und Sticker folgen Versuche der gezielten Einschüchterung, indem Gegner*innen rechten Gedankenguts gezeigt wird: „Wir wissen, wo ihr wohnt! Wir werden euch angreifen!“

Wie geht es weiter?

In einem bürgerlich geprägten Stadtteil wie Stötteritz scheint es für viele kaum vorstellbar, dass Rechte die Öffentlichkeit eines ganzen Viertels dominieren können. Doch offen nationalsozialistische Propaganda kann bisher häufig wochen- oder sogar monatelang im Viertel herumhängen, ohne einen nennenswerten Aufschrei auszulösen. Ist es vielleicht gerade das Fehlen antifaschistischer Strukturen, das es den Rechten so leicht macht? Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden zeigen, dass ein Ignorieren solcher Vorkommnisse oder ein Herunterspielen von rechten Aktivitäten als „Jugendstreiche“ rechten Strukturen in die Hände spielt. Eine Verleugnung wird auch hier das Problem nicht lösen.

Antifaschistische Initiativen wie „Leipzig nimmt Platz“ organisieren beharrlich Gegenkundgebungen zu jedem Versuch rechter Akteur*innen, in Leipzig Fuß zu fassen. Vielfältige Formen antifaschistischen Engagements haben dafür gesorgt, dass Leipzig für Rechte bisher kein einfaches Pflaster war. Jedoch ist Leipzig nicht das antifaschistische und antirassistische Paradies, als das es oft idealisiert wird.

Als Reaktion auf die körperlichen Angriffe und zunehmende rechte Propaganda schlossen sich zuletzt Stötteritzer Bewohner*innen mit Unterstützer*innen aus umliegenden Vierteln zusammen. Ziel ist es, der rechten Raumnahme im Kiez eine solidarische Alternative entgegenzusetzen. Neben gezielten Reaktionen auf Graffiti und Sticker soll auch die Nachbarschaft für rechte Parolen und Symbole sensibilisiert werden, das Ausbleiben einer Reaktion wäre ein fatales Zeichen. Rechte Propaganda und Gewalt dürfen nicht ohne Widerspruch bleiben. ■

Die Basisnahe Antifa / Stötteritzer Aktion (BA/STA) ist eine unabhängige Gruppe engagierter Bewohner*innen. Wir treffen uns regelmäßig, um uns über die Lage im Kiez auszutauschen und gemeinsame Aktionen zu planen.

[8] chronik.LE vom 26.04.2020: Neonazistischer Angriff in Stötteritz.

[9] Vgl. <https://www.chronikle.org/ort/leipzig/sudost/stoetteritz>.

[10] chronik.LE vom 09.07.2020: Auto in Stötteritz beschmiert.



ZSCHOCHER FÜR ALLE?

Zusammen gegen rechte Raumnahme und Verdrängung

von Alex Fischer,
Bürgerinitiative Kleinzschocher wird bunt

Nachdem die Leipziger Zustände 2019 ein düsteres Bild über die rechten Raumnahmeaktivitäten in Kleinzschocher zeichnen, hat sich im Kiez einiges bewegt. Trotz anhaltender Propaganda und Übergriffen haben sich Aktive mit unterschiedlichem Hintergrund unter dem Dach des „Lixer e.V.“ zusammengeschlossen, informieren die Nachbar*innenschaft, gestalten den öffentlichen Raum und setzen auf Solidarität gegen die neonazistischen Umtriebe.

„Kleinzschocher – ein rechter Kiez im bunten Leipzig?“ lautet die Überschrift zu einem ausführlichen Artikel über rechtsradikale Umtriebe am südwestlichen Stadtrand von Leipzig, der in der 2019er Ausgabe der Leipziger Zustände erschien. Die damalige Zustandsbeschreibung liest sich reichlich düster. Neonazistische beziehungsweise neurechte Aufkleber, die in hoher Stückzahl und flächendeckend im Kiez verklebt werden sowie rechtsradikale Graffiti dominieren das Straßenbild. Rechtsextreme besetzen ohne Scheu den öffentlichen Raum und erkennbar linke oder als nicht-deutsch gelesene Menschen fühlen sich eingeschüchtert und meiden bestimmte Orte. Es kommt zu Übergriffen und Bedrohungen, Menschen werden verletzt oder denken darüber nach umzuziehen. Ein schwer erträglicher Zustand.

Die Hoffnung auf eine schnelle Veränderung scheint nicht immer berechtigt. Die Möglichkeiten auf eine solche Situation einzuwirken, sind begrenzt: Polizei und Justiz werden bei rechten Straftaten oftmals nur zögerlich aktiv. Häufig werden die Täter*innen jedoch nicht ermittelt oder erhalten nur geringe Strafen. Die Opfer hingegen müssen mit den Konsequenzen der Tat leben – oft für den Rest des Lebens.

Um präventiv zu handeln und zu verhindern, dass Menschen zu Schaden kommen und traumatisiert werden, braucht es eine kritische Öffentlichkeit, die Missstände benennt und Konzepte erarbeitet, die diesen effektiv entgegenwirken. Aber: Wer den Finger

in die Wunde legt und auf rechtsradikale Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld aufmerksam macht, erntet oft Unverständnis oder wird als Nestbeschmutzer*in gesehen. Wer dabei seine Identität preisgibt, setzt mitunter die eigene körperliche Unversehrtheit aufs Spiel und muss gegebenenfalls mit permanenter Bedrohung rechnen. Zudem erscheint es oft aussichtslos, die Einstellung von Anhänger*innen der rechtsradikalen Szene durch Diskussionen zu ändern. Es wird nicht umsonst von einem „geschlossenen Weltbild“ gesprochen, um den Grad der Verfestigung politischer oder gesellschaftlicher Ansichten zu beschreiben.

Eine Spielwiese für Neonazis

Allerdings gab und gibt es schon seit langer Zeit Menschen im Kiez, die sich mit der rechtslastigen Prägung ihres Lebensumfelds nicht abfinden wollen. Nachdem Ende der 2000er-Jahre bekannte neonazistische Akteur*innen aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten“ und Fangruppen des 1. FC Lok versuchten, sich öffentlichkeitswirksam in Großzschocher zu etablieren, bildete sich die Initiative „Großzschocher gegen Rechts“. Als 2016 die Zahl der Übergriffe und Bedrohungen wieder zunahm, gründet sich die Bürgerinitiative „Kleinzschocher wird bunt“.

Trotzdem hatte das Viertel lange Zeit den Ruf, eine Art Spielwiese für Neonazis zu sein, auf der sie ungestört ihre menschenverachtende Ideologie nach außen tragen können. In den letzten drei Jahren wurden der Dokumentationsplattform chronik.LE mehr als 60 Ereignisse mit rechtsradikalem Hintergrund gemeldet. Das heißt: Im Schnitt gibt es in Zschocher jede zweite Woche einen nennenswerten Vorfall mit rechtsradikalem Hintergrund! Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich um einiges höher.

Begünstigt wird die rechte Raumnahme in Zschocher auch durch das Fehlen linker Strukturen. Es gab lange Zeit nahezu keine Anlaufstellen für Menschen, die sich nicht von rechter Ideologie beeinflussen lassen wollen beziehungsweise diese nicht in ihrem Umfeld akzeptieren. Trotz der vielen etablierten selbstorganisierten

Hausprojekte sowie Wagenplätze und obwohl es viele Menschen gibt, die von dem braunen Spuk die Nase voll haben, gab es kaum Orte oder Anlässe zum Kennenlernen und Vernetzen.

Was tun gegen rechte Raumnahme und verfestigte rechtsradikale Strukturen im Viertel?

Als 2017 die Bürgerinitiative „Kleinzschocher wird bunt“ beginnt, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, ändert sich das zunehmend. Hier kommt eine Gruppe aktiver Menschen zusammen, die das Ziel hat, eine Veränderung der Zschocherschen Zustände zu bewirken. Seit 2018 finden regelmäßig Konzerte und Infoveranstaltungen in Parks statt, die bisher ohne größere Störung verliefen und die Vernetzung der verschiedenen Vereine und Initiativen im Viertel fördern. Damit wurde es möglich, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und auch auf andere Problematiken im Viertel hinzuweisen, wie steigende Mieten oder fehlende Freizeitangebote für Jugendliche.

Nach kurzer Zeit entstand eine Broschüre, in der rechtsradikale Aufkleber und Graffiti dokumentiert wurden. Nicht nur die Menge an verschiedenen Aufklebern von fast allen relevanten rechtsradikalen, neurechten und neonazistischen Parteien und Zusammenschlüssen ist schockierend, sondern auch deren Inhalt. Diese Zusammenstellung verdeutlicht jedoch auch, wie normal es für die meisten Bewohner*innen von Zschocher war beziehungsweise ist, rechtsradikaler Propaganda im Alltag zu begegnen. Allerdings ist uns auch klar, dass es vielen Menschen nicht leicht fällt, rechtsradikale Propaganda als solche zu erkennen – egal wie offensichtlich sie zu sein scheint.

Je mehr Öffentlichkeit dafür geschaffen und über die Herkunft beziehungsweise Aussage von rechtsradikaler Propaganda aufgeklärt wird – möglichst ohne die menschenverachtenden Inhalte wiederzugeben – umso schneller verschwinden auch die Aufkleber wieder aus dem Straßenbild. Dies hat wiederum zur Folge, dass die augenscheinlich organisierten Aktionen, in denen meistens über Nacht im gesamten Viertel in hoher Stückzahl Nazipropaganda verklebt wird, immer seltener vorkommen.

Zschocher, ein Stadtviertel im Umbruch

Um nicht nur zu reagieren und dokumentieren, sondern um eigene Akzente zu setzen, hat sich ein gemeinnütziger Verein gegründet, mit dem Ziel, einen

Stadtteilladen zu eröffnen: Der „Lixer e.V.“ ist benannt nach Karl Hauke, der den Spitznamen „Lixer“ trug, in Kleinzschocher in den Meyerschen Häusern aufwuchs und zusammen mit seinen Eltern Max und Helene in Zusammenarbeit mit sowjetischen Zwangsarbeiter*innen Widerstand gegen das Naziregime leistete. Zschocher war lange Zeit ein Arbeiter*innenviertel mit einer starken kommunistischen beziehungsweise sozialdemokratischen Prägung. Auch die „Meute Hundestart“ – eine der Jugendgruppen, die als „Leipziger Meuten“ bekannt wurden und im sogenannten „Dritten Reich“ ebenfalls verfolgt und kriminalisiert wurde – traf sich regelmäßig am Schwartzepark. Das Wiederbeleben einer aktiven Erinnerungskultur ist ein Mittel darauf hinzuweisen, dass die politische Prägung unserer Umgebung nicht in Stein gemeißelt ist, und um an den Mut und die Zivilcourage von Antifaschist*innen während der nationalsozialistischen Diktatur zu erinnern.

Durch die Arbeit des „Lixer e.V.“ entstehen unterschiedliche Angebote, die die Bedürfnisse der Menschen im Kiez aufgreifen: eine Bürokraatiesprechstunde, die Orientierung im Behördendschungel bietet, eine Jugendredaktion, in der Kinder und Jugendliche unter Anleitung über ihr Leben und ihre Perspektive auf Zschocher bloggen und einen Podcast für den Kiez.

Für eine solidarisch Nachbarschaft

Die Erfolgsaussichten bleiben gering, wenn es darum geht, Anhänger*innen rechtsradikaler und rechtspopulistischer Ideologien durch Diskussion davon zu überzeugen, ihre Einstellung zu ändern. Der Aufbau einer solidarischen Nachbarschaft, in der mensch sich gegenseitig kennt, schätzt und unterstützt, scheint der sinnvollere Weg zu sein, um rechtsradikale Aktivitäten einzudämmen.

Sie bietet einen Anknüpfungspunkt, um Menschen abzuholen, die noch nicht im Sumpf von Hetze, sogenannten „Alternativen Medien“ und völkischen Ideen feststecken, sondern die Perspektive auf eine solidarische Gesellschaft richtet, deren Mechanismen nicht auf Ausschluss und Entwertung von Menschen basieren. Eine Gemeinschaft, die auf gegenseitiger Hilfe und Akzeptanz fußt, braucht kein konstruiertes äußeres Feindbild. ■

Alex Fischer ist Teil der Bürgerinitiative „Kleinzschocher wird bunt“ und beobachtet und dokumentiert seit mehreren Jahren rechtsradikale Aktivitäten im Leipziger Südwesten.

»SCHAUDERHAFTE ZEITEN«

Die Baseballschlägerjahre der 90er in Sachsen

von Fania Stehmann

„Mein erstes Erlebnis, das erste Mal Disco, das war ’93. [...] Plötzlich hieß es: ‚Es gibt Ärger, es kommen irgendwelche Faschos aus Weißenfels.‘ Das waren ziemlich brutale Typen, recht krass gebaut, alle übelst groß und null Millimeter Haare. Und die wollten dann da rein, haben halt versucht, die Disco zu stürmen. Da flogen Glasflaschen rein, Steine in den Eingang. Wir waren zu dritt und hatten tierisch Schiss. Wir hatten richtig Angst. Wir haben gedacht ‚Jetzt müssen wir sterben‘ und haben uns sogar überlegt, ob wir aus dem zweiten Stock hinten rausspringen, um abzuhausen.“ – Patrick.

[1] Dass die Auseinandersetzung langsam beginnt, zeigen der 2019 von Christian Bangel auf Twitter gestartete Hashtag #baseballschlägerjahre und das Projekt „zweiteroktober90“, zweiteroktober90.de.

[2] Um sie zu schützen, wurden alle Namen geändert. Meine Interviewpartner sind alle weiß und männlich, kommen aus verschiedenen Kleinstädten in Ostdeutschland und haben ihre Teenagerzeit in den 1990er Jahren dort verbracht.

Wer mit Personen spricht, die in den 1990er Jahren in Ostdeutschland aufwuchsen, kennt Variationen dieser Erzählungen. Gewalt und Angst waren für als alternativ wahrgenommene Jugendliche so präsent, dass sie ihr gesamtes Leben danach ausrichten mussten. Trotzdem sind diese Geschichten kein Teil der öffentlichen Erinnerung.^[1] Dabei ist eine Auseinandersetzung sowohl für die Opfer als auch für das Verständnis der Nazi-Netzwerke von heute, die auf dem Geschehen der 1990er Jahre aufbauen, wichtig. Dieser Text basiert auf Interviews mit Betroffenen aus dem Leipziger Umland^[2].

Rechte Gewalt: ein Alltagsphänomen

Schon Ende der 1980er Jahre gab es in Ostdeutschland rechte Jugendgruppen, die von der DDR-Führung geduldet und gleichzeitig geleugnet wurden. Nach 1989/90 radikalisierten sich viele ihrer Mitglieder, sie bekamen immer mehr Zulauf und traten vielerorts so gewalttätig auf, dass alle, die nicht in ihr Weltbild passten, sich vor ihnen fürchteten.

„Alles und jeder war Zecke, der keine Bomberjacke anhatte. [...] Du musstest dich nicht mal irgendwie äußern, das hat schon gereicht, wenn du nicht so [wie sie] warst, [dann] warst du halt ’ne Zecke, und [dann gab’s] aufs Maul.“ – Patrick.

Die Opferwerdung erfolgte nur aufgrund der vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer von außen definierten Gruppe. Wer in diese Kategorie fiel und somit „nicht rechts“ war, hatte mit einer ständigen Bedrohung zu kämpfen.

„Mein Großwerden hier [...] war einfach nur davon geprägt ‚Wie komm ich jetzt von A nach B abends? Wo lauf ich lang? Wo fahr ich lang?‘ Also dieses Gefühl, dass was passieren konnte, hatte man ständig. Nicht nur abends oder nachts, auch tagsüber.“ – Philipp.

„Es konnte halt überall passieren. Und so hat man sich dann auch bewegt. [...] Dann war das schon tatsächlich so, dass man Hauptstraßen gemieden hat, dass man dunkle Wege gefahren ist – meistens auch ohne Licht am Fahrrad, dass man nicht gesehen wurde. Das war eigentlich normal. Und bei jedem Auto was kam, da hat man dann – wenn da ’ne Straße war links und rechts ein Fußweg, hat man schon überlegt: ‚Geh ich jetzt links oder geh ich rechts, wo kann ich über’n Zaun hüpfen?‘“ – Patrick

Die Angriffe reichten von Pöbeleien, denen sie und ihre Freund*innen und Familie tagtäglich ausgesetzt waren, über ständige Verfolgungen und wiederholte Sachbeschädigungen bis hin zu tätlichen Übergriffen, bei denen die Opfer teilweise lebensgefährlich verletzt wurden.

„Da kam dann ein Auto vorbei, voll besetzt mit Bomberjacken und da sind wir losgerannt. Ich bin über so’n Parkplatz, da haben sie mich erwischt, haben mich halt umgefahren, aus voller Fahrt. War dann aber nicht gleich bewusstlos, konnt’ auch noch aufstehen, weiterrennen. Da sind die ausgestiegen und haben mir dann so lange vor’n Kopf getreten bis ich ohnmächtig geworden bin. Ja, dann lag ich halt auf der Intensivstation mit 14.“ – Patrick.

„Ein Junge, der damals vielleicht 16 war, 17, dem [ist] so’n Bolzenschussgerät an den Kopf gehalten worden [...] von Faschos. Und der war eben auch schwer verletzt, hat geblutet, lag auf der Straße. Die Polizei war da, die Nazis standen ein Stückchen weiter weg und der hat halt gefleht, dass die ihn dort wegbringen. Und die Bullen haben gesagt ‚Ne, du versaust uns unser ganzes Auto mit dem Blut.‘“ – Philipp.

Vertrauensverlust und Resignation

Trotz der Allgegenwärtigkeit dieser Bedrohung erhielten die nicht-rechten Jugendlichen keine Unterstützung. Sie alle erzählen von mangelnden Rückzugsräumen, da die Jugendclubs von Rechten genutzt wurden. Die Sozialarbeiter*innen, aber auch Politiker*innen leugneten dieses Problem ebenfalls und gaben den alternativen Jugendlichen die Schuld, wenn ihre selbst hergerichteten Räume von Rechten angegriffen wurden – sie zögen die Gewalt an. Das Gefühl, nicht ernstgenommen und alleingelassen zu werden, verfestigte die Angst vor weiteren Angriffen und führte häufig zu einem Verlust des Vertrauens in gesellschaftliche Institutionen.



Leipziger Neonazis auf einem NPD-Aufmarsch in Neustrelitz am 1. August 1998

Übereinstimmend sind auch die Erfahrungen der Betroffenen mit der Polizei von Enttäuschung und Misstrauen geprägt. Oft kam die Polizei erst zu Tatorten, nachdem die Täter*innen bereits wieder verschwunden waren, Anzeigen wurden nicht weiterverfolgt oder die Beamt*innen sympathisierten offen mit den Rechten. Nachdem Patrick angegriffen wurde, zeigte er die Täter bei der Polizei an.

„Das war nicht wie 'ne Zeugenaussage, sondern eher wie so 'n Verhör [...]. So, dass man nicht das Gefühl hatte, dass dort geholfen wird oder dass da 'ne Straftat geahndet wird. Das wurde auch ganz schnell eingestellt, das Verfahren, [...] obwohl's ein Nummernschild gab von dem Auto. Das kam halt zusätzlich noch zu der Angst, da war das noch so 'ne Gewissheit, dass man da auf sich selber gestellt ist.“ – Patrick.

Ähnlich ging es auch den Anderen. Nach einer Weile wandten sie sich nicht mehr an die Polizei, weil sie auf deren Hilfe nicht vertrauen konnten. Stattdessen überwog das Bewusstsein, die eigene Sicherheit selbst gewährleisten zu müssen.

„Also ich muss sagen, unsere Leute hatten eigentlich alle Teleskopschlagstöcke. Hier hatte jeder einen einstecken, das ging gar nicht ohne! Was willst du machen, wenn da auf einmal 3, 4, 5 Leute vor dir stehen? Dann nützt dir bloß – entweder, du schaffst's, rechtzeitig wegzurennen, oder du hast das Teil dabei, dass du sagen kannst ‚Okay, kommt mir ja nicht zu nah.“ – Markus.

Bleibende Unsicherheit

Viele der Betroffenen hat diese Zeit stark geprägt. Noch heute meiden sie bestimmte Orte oder fühlen sich auf großen Veranstaltungen nicht sicher. Insbesondere „Volksfeste“ beschreiben sie als Treffpunkt der Rechten aus dem gesamten Umkreis und somit als „No-Go-

Area“. Am tiefsten sitzt wohl das Misstrauen gegenüber Polizei und Justiz als rechtsstaatliche Organe. Doch auch die mangelnde Solidarität und Unterstützung durch die Bevölkerung hat ihre Spuren hinterlassen. Das Gefühl, mit der Erfahrung allein zu sein, hält bis heute an.

Zudem sind die Täter*innen von damals keineswegs verschwunden. Sie sind älter geworden, tragen keine Bomberjacken mehr und haben sich ins Private zurückgezogen. Doch einige sind Unternehmer und stellen der rechten Jugend von heute Räume zur Verfügung oder organisieren Rechtsrockkonzerte. Einhergehend damit lässt sich am Beispiel der AfD und ihrem Einzug in die Parlamente symptomatisch die weit verbreitete Akzeptanz rechter Ideologien in der Bevölkerung aufzeigen.

„Ich glaube, die '90er waren ausschlaggebend dafür, dass es [heute] so ist – also nach wie vor so ist. Dass da einfach auch bei den Leuten nicht viel passiert ist. [...] Die Nazis von damals sind zu 40 Prozent noch hier, oder zu 50 Prozent sogar. Und die sind mitten in der Gesellschaft. Da redet keiner mehr darüber, ob die früher mal ein Asylbewerberheim angegriffen haben, oder angezündet – ‚Ach, das war ja früher. War'n alle mal jung.“ – Robert.

Dadurch bleiben auch die Betroffenen weiterhin ungehört. Die Auseinandersetzung mit ihnen würde gleich zwei Eingeständnisse erfordern: Zum Einen, dass jede*r Opfer werden kann, zum Anderen, dass die Mehrheit der Menschen in den ostdeutschen Kleinstädten sehr wohl etwas zum Thema zu sagen hätte. Sie hat die Übergriffe, die Pogrome, die Jagden auf Menschen selbst erlebt, doch sie schweigt: Damals und bis heute. ■

Fania Stehmann ist Geisteswissenschaftlerin und forscht zu Erinnerung der jüngeren Zeitgeschichte sowie weiblicher Täterschaft während der Shoah. Sie lebt in Leipzig.

EIN APPELL GEGEN DAS VERGESSEN

Warum ist erinnerungskulturelle und historisch-politische Bildungsarbeit wichtig?

von Henry Lewkowitz,
Erich-Zeigner-Haus e.V.

Derzeit lässt sich europaweit ein deutlicher Rechtsruck wahrnehmen. Dabei scheint sich auch ein Zusammenhang zwischen dem Erstarken der Rechten und dem Verblässen der Erinnerung an die NS-Verbrechen abzuzeichnen. Der Artikel fordert eine stärkere Förderung erinnerungskultureller Projekte, um einen positiven Effekt gegen diese Tendenzen zu erzielen.

Geschichtsvergessenheit und alte Debatten

Der Diskurs um die Erinnerung an die NS-Verbrechen zeigt sich derzeit so aktuell wie lange nicht. Denn auch am 75. Jahrestag der Befreiung eröffneten unter anderem Äußerungen rechter Politiker*innen erneut Diskussionen zum Thema „Erinnerungskultur“. Aussagen wie die von AfD-Politiker Alexander Gauland gewählte Bezeichnung des 8. Mai als „Tag der absoluten Niederlage“^[1] sowie daran anknüpfende Diskussionen sind insgesamt auch Ausdruck eines in den letzten Jahren wachsenden Problems: Die kritische Erinnerung an die NS-Verbrechen lässt in Deutschland zunehmend nach, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies zeigen auch die Ergebnisse des „Multidimensionalen Erinnerungsmonitors“ (MEMO), der sich seit 2017 mit der Entwicklung der Einstellung zur Erinnerung innerhalb der deutschen Bevölkerung befasst. Bei einem Vergleich der Erhebungen der letzten Jahre zeichnet sich eine Verschiebung in der Einschätzung der Bedeutsamkeit historischer Ereignisse ab. Denn während 2018 noch 37 Prozent der Befragten auf die Frage nach dem „wichtigsten Ereignis in der deutschen Geschichte seit 1900“ eine Antwort im Kontext des Nationalsozialismus erwiderten^[2], sank dieser Anteil nur zwei Jahre später bereits auf 28 Prozent; nur 6,8 Prozent nahmen in ihrer Antwort dabei explizit Bezug auf den „Holocaust“ oder die „Judenverfolgung“^[3]. Dennoch scheinen die Ergebnisse der Studie nicht auf eine generelle Geschichtsvergessenheit hinzudeuten.^[3] Vielmehr zeichnet sich eine Verschiebung des Fokus ab: während die (vermeintlich negative) NS-Erinnerung nachlässt, erhält die Wiedervereinigung als historisches Ereignis vermehrt eine (positive) Erinnerung.^[3] Doch welche Ursachen stehen hinter dieser Entwicklung und wie hängt sie mit Veränderungen der deutschen Erinnerungskultur und -politik oder der wachsenden Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien zusammen?

„Erinnerungspolitische Wende“ und Geschichtskonzept von rechts

Rechte und rechtspopulistische Parteien äußern sich mitunter sehr provokant, wenn es um das Thema Erinnerungskultur geht. Besonders bekannt wurde in diesem Zusammenhang die Aussage Alexander Gaulands (AfD), der die NS-Verbrechen als „Vogelschiss in unserer [...] Geschichte“ bezeichnete und selbige dadurch ganz bewusst relativierte.^[4] Auch die von seinem Parteikollegen Björn Höcke geforderte „erinnerungspolitische Wende“^[5] zeigt deutlich das Interesse an einem neuen Geschichtskonzept von rechts auf, das sich von der kritischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen wegbewegt. Das sprachliche Bild der 180°-Drehung ist besonders aussagekräftig, da es die angestrebte „Veränderung“ als vollständige Abkehr von der bisherigen Erinnerungspolitik entlarvt. Obgleich die AfD in ihrem Grundsatzprogramm ihr Interesse an einer „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ bekundet, strebt sie folglich vielmehr einen dezidierten „Schlussstrich“ unter die NS-Erinnerung an. Hinter der Kritik der angeblichen „Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ steht insofern der Wunsch, die augenscheinlich „positiven, identitätsstiftenden Aspekte“ der deutschen Geschichte zu priorisieren.^[6]

Dabei kann durch den oft geforderten „Schlussstrich“ überhaupt nicht – wie von rechts erhofft – mit der NS-Vergangenheit abgeschlossen werden. Vielmehr wird diese durch aktives Verdrängen bis hin zur bewussten Abwehr konserviert und eine elementare Aufarbeitung qua Reflexion, Historisierung und Umwertung übersprungen. Diese braucht es jedoch, um die NS-Verbrechen kritisch im kollektiven Gedächtnis zu bewahren und gleichermaßen normative Werte für ein tolerantes und pluralistisches Zusammenleben in unserer demokratischen Gesellschaft abzuleiten.^[7]

Die Bedeutung erinnerungskultureller Projektarbeit

Eine zentrale Rolle für die Aufarbeitung und Bewahrung der Vergangenheit im kulturellen Kontext spielt das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit, das einerseits auf die Intensivierung der kritischen Geschichtsaufarbeitung durch jede nachrückende Generation und andererseits auf die Veranschaulichung der praktischen Projektarbeit durch die Installation von er-

[1] Vgl. Alexander Gauland (Fraktionsvorsitzender d. Bundestagsfraktion und Ehrenvorsitzender der AfD) in einem Interview vom 06. Mai 2020 zum 08. Mai, online verfügbar unter tagesschau.de.

[2] MEMO-Studie 2018 – „Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ der Stiftung EVZ.

[3] MEMO-Studie 2020 – „Multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ der Stiftung EVZ.

[4] Vgl. Tagesschau vom 03.06.2018: Gauland provoziert mit Aussage zur NS-Zeit.

[5] Redebeitrag von Björn Höcke beim Kongress der Jungen Alternativen vom 18.01.2017.

[6] Grundsatzprogramm der AfD, 2016, S. 94.

[7] Aleida Assmann (2016): Das neue Unbehagen in der Erinnerungskultur – Eine Intervention, 2. Auflage, München: C.H. Beck.

innerungskulturellen Produkten (z.B. Gedenktafeln, Stolpersteine) im öffentlichen Raum abzielt. Diese Projekte sollen neben einer dauerhaften Verankerung der Erinnerung im gesellschaftlichen Bewusstsein auch eine zunehmende Sensibilisierung fördern und so proaktiv gegen Tendenzen einer Geschichtsrelativierung wirken.

Die Bedeutung allein des Bildungsaspektes wird auch anhand der Ergebnisse der letzten Memo-Studie deutlich: So lehnten die Befragten mit einem höheren Bildungsabschluss und einem größeren Grundwissen zur NS-Diktatur einen „Schlussstrich“ tendenziell stärker ab. Die Studie belegt hierbei einen Zusammenhang zwischen „Erinnerungslücken“ und der Anfälligkeit für „revisionistische Tendenzen“ in Bezug auf die Interpretation der NS-Zeit. Der Auftrag für die historisch-politische Bildungsarbeit ist deutlich: Ein vielfältiges historisch-politisches Projektangebot kann der Vergrößerung bestehender „Erinnerungslücken“ und deren Folgen entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund verweist die Studie auch auf das demokratiefördernde Potenzial von Projekten, die sich mit der Verknüpfung von individuellen Biographien und dem geschichtlichen Kontext des NS, insbesondere durch „gezielte Angebote zur Auseinandersetzung mit [der] lokalen Erinnerungskultur“, befassen.^[3]

Diesen Effekt der historisch-politischen Bildung kann der „Erich-Zeigner-Haus e.V.“ Leipzig bestätigen. Im Rahmen seiner erinnerungskulturellen Projektarbeit an Schulen, die der Verein seit 2008 überregional anbietet, recherchieren und rekonstruieren die Schüler*innen eigenständig individuelle Schicksale von Opfern der NS-Verfolgung und sogenannten „Stillen Helden“ aus ihren Ortschaften, denen anschließend Stolpersteine und Gedenktafeln gewidmet werden. Auch durch Exkursionen und Zeitzeug*innengespräche regen die Projekte neben einer Erweiterung des Geschichtswissens eine Sensibilisierung für die damaligen Geschehnisse, aber auch für aktuelle politische Entwicklungen, an.

Ein Appell für das Erinnern

Das derzeitige Erstarken von rechts darf nicht dazu führen, dass die gesellschaftspolitische Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur und kritischen historisch-politischen Bildungsarbeit vergessen wird. Vielmehr sollten wir derzeitige Entwicklungen als Aufforderung betrachten, das Engagement in diesem Bereich zivilgesellschaftlich zu intensivieren.



Auch das allmähliche Verschwinden der letzten Zeitzeug*innen fordert neue und kreative Zugänge zur Vergangenheit und Projekte, die das Geschichtsbewusstsein insbesondere bei Jugendlichen wachhält. Vor allem in ländlichen Regionen sollten Projekte dieser Art verstärkt gefördert werden – hier gibt es am häufigsten ablehnende Haltungen gegenüber erinnerungskulturellen Projekten, die sich beispielsweise in Schandungen von Stolpersteinen äußern können.

Erinnerungskulturelle Projekte können Jugendlichen die Bedeutung von zivilcouragierten Positionierungen im Alltag begreiflich machen und sie so für Diskriminierungen aller Art sowie für demokratiefeindliche Einstellungen sensibilisieren. Nicht zuletzt ist daher das Ziel historisch-politischer Projekte, die sich der „Erich-Zeigner-Haus e.V.“ verpflichtet sieht, neben dem mahnenden Gedenken in der Gegenwart vor allem auch die Sicherung demokratischer Werte für die Zukunft. ■

Henry Lewkowitz studierte Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaften und ist geschäftsführender zweiter Vorstandsvorsitzender des Leipziger Erich-Zeigner-Haus e.V..

Literaturempfehlung:



Henry Lewkowitz, Nils Franke: Historisch-politische Bildungsarbeit. Ein Leitfaden, Passage-Verlag, Leipzig 2020. Der Leitfaden kann über den Passage-Verlag oder das Erich-Zeigner-Haus bezogen werden.

NEONAZISTISCHE UND RECHTSOFFENE GYMS

Hier trainieren Leipzigs Neonazis für den Straßenkampf

von chronik.LE

Kampfsport boomt und das nicht nur in Leipzig. Gerade hier ist allerdings eine starke Verflechtung rechter Hooligans, Neonazis sowie Security-Firmen in und um Kampfsport-Gyms zu beobachten. Einige Gyms sind eindeutig neonazistisch dominiert, andere akzeptieren wissentlich Neonazis als Trainer und Mittrainierende.

Enge Verflechtungen

Relativ unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit und unbehelligt von Sicherheitsbehörden hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Leipzig ein dichtes Netz an neonazistischen und rechtsoffenen Kampfsport-Gyms sowie -Teams etabliert. Mehrere sich wechselseitig verstärkende Faktoren wirken sich positiv auf das Wachstum dieser Gruppen aus. Dazu gehört ein allgemein wahrnehmbarer Fitnesstrend. Überdies ziehen die Gyms mit der von ihnen propagierten hypermaskulinen Männlichkeit^[2] und angeblich erforderlicher Wehrhaftigkeit vor allem (verunsicherte) männlich sozialisierte Jugendliche an. Ein wichtiges Rekrutierungsfeld sind dabei vor allem Fans von Fußballvereinen. Mittlerweile lässt sich auch ein Zuzug von jungen Kampfsportlern aus anderen Regionen nach Leipzig beobachten.

Die bedeutendste neonazistische Kampfsportmannschaft aus Leipzig, das „Imperium Fight Team“ (IFT), erfreut sich überregionaler Bekanntheit und hat besonders viele Anhänger*innen unter den Fans des 1. FC Lok Leipzig. Das Team brüstet sich damit, „unzerstörbar“ zu sein: „Wir wollten bloß Sport machen, ihr erschuft einen Dämon.“ Als angebliche gemeinsame Werte werden „Geradlinigkeit und Zusammenhalt“ gepriesen.^[3]

Zwischen den einschlägigen Gyms bestehen enge freundschaftliche und geschäftliche Bande. Diese Verflechtung lässt sich an mehreren Faktoren ablesen. Einige der Teams haben sich aus informellen Trainingsgruppen mit Bezug zur Hooligan- oder Türsteherszene zu offiziellen Gyms und Kampfsport-Teams entwickelt oder sind aus bereits bestehenden Gruppen hervorgegangen. Immobilien werden nacheinander von mehreren Teams genutzt. In einigen Gyms leiten (ehemalige) Chefs von Sicherheitsunternehmen die Trainings an und bewerben Jobs im „Sicherheitsgewerbe“. Zahlreiche der Kämpfer arbeiten in Security-Firmen mit Bezügen zur Neonazi-Szene und wechseln zwischen diesen Unternehmen.

Bei rechten Kampfsportevents wie „Sachsen kämpft“ (2012 und 2013 in Schildau), „Imperium Fighting Championship“ (2014-2016 in Leipzig), „Ostdeutschland kämpft“ (zuletzt 2018 in Dölzig) oder den „La Familia Fightnights“ (seit 2010 in Halle) sind die Kämpfer der lokalen Teams, rechte Hooligans und Neonazis stets vertreten.

Im Sommer 2020 positioniert sich die German Amateur MMA Federation (GAMMAF), also der deutsche Amateurverband des Mixed Martial Arts (Vollkontakt-Kampfsport mit Elementen verschiedener anderer Kampfsportarten), gegen den zunehmenden Einfluss von Neonazis in diesem Sport.^[1] Anlass dafür ist der geplante Antritt des Leipziger MMA-Kämpfers Timo Feucht bei einem Turnier des US-amerikanischen MMA-Verbandes UFC in Abu Dhabi. Aufgrund von Feuchts Verbindungen in die Neonazi-Szene wird der Kampf schließlich abgesagt. Das Statement der GAMMAF ist darüber hinaus bemerkenswert, weil es das Konstrukt einer politischen Neutralität zurückweist.

Politische Positionierung ist von den meisten Sportverbänden und -vereinen unerwünscht, solange diese sich nicht im Rahmen ihrer eigenen Kampagnen bewegt. Ausnahmen bilden dabei, vor allem im Fußball, Vereine, die eine positive Einflussnahme progressiver Fanszenen und -projekte erfahren. In weniger professionalisierten Vereinsstrukturen hingegen wird die politische Dimension des Sports oftmals ausgeklammert. Aktive, Fans und Funktionär*innen geben sich der Illusion einer Neutralität des Sportes hin, die mit ihrer Deutungshoheit darüber, was politische Bekundungen sind, reglementierbar sei. Durchgesetzt wird dies mit unterkomplexen Parolen wie „Politik hat im Sport nichts zu suchen“ oder „Extremisten jeglicher Couleur haben bei uns nichts zu suchen.“

Diese vermeintliche Positionierung ist auch im Kampfsport mit der Abwandlung „Politik hat auf der Matte nichts zu suchen“ weit verbreitet. Dabei ermöglicht das Umgehen einer politischen Auseinandersetzung menschenfeindlichen Akteur*innen – von Neonazis bis zu religiösen Fundamentalist*innen – erst eine Teilhabe und Normalisierung ihrer Einstellungen. Zugleich hat die Übernahme der Hufeisen-Extremismustheorie oftmals zur Folge, dass demokratisch selbstverständliche Positionen des Antifaschismus und Antirassismus als angeblich „linksextremistisch“ delegitimiert werden.

[1] Facebook-Beitrag der GAMMAF vom 10.07.2020. Vgl. „Runter von der Matte“ vom 10.07.2020: „UFC nimmt rechten Schläger Timo Feucht unter Vertrag“, runtervondermatte.noblogs.org.

[2] Übersteigertes, stereotyp-männliches Verhalten unter Betonung der eigenen körperlichen Stärke, Aggression und Gewaltverhalten als originär männliche Eigenschaften sowie eine demonstrative (Hetero-) Sexualität mit der Abwertung von Emotionalität als feminin.

[3] Facebook-Beitrag des IFT am 17.09.2019.

[4] Siehe dazu den Beitrag von Fania Stehmann in dieser Ausgabe, S. 98-99.

[5] Siehe dazu den Beitrag „Fünf Jahre später“ in dieser Ausgabe, S. 82-85.

[6] Vgl. „Antifa in Leipzig“ vom 10.11.2016: „Messer, Schlagstock, Sturmhaube: Gewalttätige Lok-Leipzig-Hooligans auf Tour“, www.inventati.org/leipzig.

[7] Vgl. „Ladenschlussbündnis Leipzig“ vom 01.10.2020: „Recherche: Imperium Fight Team bei Ausschreitungen in Chemnitz dabei“, ladenschluss.blogspot.eu.

Trainieren für den Straßenkampf

Abseits dieser sportlichen Wettkämpfe und der Pflege einer hypermaskulinen Männlichkeit trainieren die Neonazis unter den Kämpfern vor allem aus ideologischer Motivation. Als Ansporn dienen Umsturzfantasien von einem „Tag X“ mit dem Ziel der Errichtung einer nationalistischen Diktatur. Ihre menschenfeindliche Ideologie versuchen Leipziger Neonazis in Form von Straßengewalt und gezielter Anschläge bereits seit Anfang der 1990er Jahre durchzusetzen.^[4] Hier einige Beispiele für Angriffe unter Beteiligung zentraler Akteure der neonazistischen Kampfsportszene aus den letzten Jahren:

► Die rassistischen LEGIDA-Aufmärsche wurden von Beginn an von der lokalen Neonazi- und Hooligan-Szene getragen und unterstützt. Am Rande und aus dem Demonstrationsgeschehen kommt es immer wieder zu körperlichen Angriffen.

► Zum einjährigen Geburtstag von LEGIDA am 11. Januar 2016 greift ein bewaffneter und maskierter Mob in Connewitz Menschen an und zerstört Ladenlokale, Geschäfte und Fahrzeuge. Unter den festgesetzten Täter sind viele überregional vernetzte Neonazis, Hooligans und Kampfsportler. In diesen Kreisen wurde der Überfall vermutlich geplant und koordiniert.^[5]

► Im Herbst 2016 verhindert die Thüringer Polizei in Gera einen Überfall von etwa 40 rechten Schlägern auf antirassistische Fans der BSG Chemie Leipzig. Die Angreifer haben sich zuvor am Völkerschlachtdenkmal getroffen, darunter zahlreiche Kampfsportler und Hooligans von Lok Leipzig.^[6]

► Als die AfD 2018 in Chemnitz den offenen Schulterchluss mit der rechten beziehungsweise rechtsterroristischen Szene vollzieht, sind bei den Demonstrationen und Hetzjagden abermals zahlreiche Protagonisten aus Leipzig dabei.^[7]

► Im Sommer 2019 reist eine große Gruppe aus Hooligans von Lok Leipzig zum Feiern nach Mallorca. Während dieses Aufenthalts verletzen zwei Mitglieder der Reisegruppe einen schwarzen Türsteher lebensbedrohlich. Die Tatverdächtigen sollen beim „Imperium Fight Team“ (IFT) und beim „Bushido Free Fight Team“ trainiert haben.^[8]

► Bei einigen der anfänglich als „Hygiene-Demos“ bekannten Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen finden sich ebenfalls bekannte Personen aus der Hooligan- und Free-Fight-Szene ein und unterstützen diese öffentlich.

► Als am 7.11.2020 in Leipzig zehntausende Corona-Leugner*innen Seite an Seite mit Neonazis und Hooligans demonstrieren, sind etliche bekannte Protago-



Querdenken-Demo in Leipzig am 7. November 2020: Bekannte Leipziger Neonazis, rechte Hooligans und Kampfsportler suchen immer wieder die Auseinandersetzung mit der Polizei und dem Gegenprotest.

nisten der Leipziger Kampfsportszene zugehen, u.a. vom „Bushido Free Fight Team“ und vom „Imperium Fight Team“. Es kommt zu Angriffen auf antifaschistische Gegendemonstrant*innen.^[9]

Never Let The Fascists Have The Mats!

Die angeblich „unzerstörbaren Dämonen“ (IFT) müssen aber auch Rückschläge hinnehmen. So kündigt die Universität Leipzig im April 2015 nach öffentlicher Kritik die Ernst-Grube Halle auf dem Sportcampus als Veranstaltungsort der zweiten „Imperium Fighting Championship“. Die wichtigste internationale MMA-Organisation „Ultimate Fighting Championship“ (UFC) nimmt 2013 und 2020 jeweils kurzfristig die Verpflichtung von IFT-Chef Benjamin Brinsa und von Timo Feucht nach Hinweisen auf deren neonazistischen Hintergrund zurück.

Das ist zweifelsohne ein Erfolg von antifaschistischen Initiativen wie dem „Leipziger Ladenschlussbündnis“ oder der bundesweiten Kampagne „Runter von der Matte“ sowie von Recherchekollektiven, die seit Jahren beharrlich die Verflechtungen von organisierten Neonazis und Kampfsport thematisieren.

Es bedarf jedoch gerade in Leipzig und Umgebung eines stärkeren, breiteren Engagements, um den Faschist*innen nachhaltig die Matten madig zu machen. Zivilgesellschaftliche Initiativen, Stadtverwaltung und Immobilienvermieter*innen dürfen sich nicht länger ihrer Verantwortung entziehen und sind zu einem konsequenten Handeln gegenüber den Täter*innen von heute und morgen gefordert. Besonders die Behörden dürfen sich nicht einfach aufgrund von angeblichen Bestimmungen als nicht zuständig oder handlungsunfähig erklären. Eine offene, plurale Gesellschaft kann nicht weiter sehenden Auges organisierten Faschismus gedeihen lassen.

[8] Vgl. „Antifa in Leipzig“ vom 12.06.2019: „Endstation Mallorca: Leipziger Neonazis nach Angriff verhaftet“, und 14.06.2019: „Die rechten Schläger von Mallorca und ihre Netzwerke“, www.inventati.org/leipzig.

[9] Vgl. „Runter von der Matte“ vom 13.11.2020: „Leipzig ‚Querdenken 711‘ – bewaffnete Angriffe durch bekannte Neonazi-Kampfsportler und Trainer“, runtervondermatte.noblogs.org

[10] Siehe dazu den Beitrag von Julia Fröhlich und Christoph Hedtke in dieser Ausgabe, S. 38–41.

[11] Siehe dazu den Beitrag „Ehemaliges KZ-Außenlager in Leipzig-Schönefeld: Treffpunkt von Neonazis“, in: Leipziger Zustände 2019, S. 56–57.

[12] Siehe dazu den Beitrag „Fünf Jahre später“ in dieser Ausgabe, S. 82–85.

[13] Siehe dazu die Kampagne: runtervondermatte.noblogs.org.

ÜBERSICHT NEONAZISTISCHER UND RECHTSOFFENER GYMS IN LEIPZIG

Bei den hier aufgeführten Gyms handelt es sich um neonazistische oder zumindest rechtsoffene Orte. Trainer*innen oder Kämpfer*innen sind aus neonazistischen Kontexten bekannt oder grenzen sich nicht von diesen ab. Kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Bushido Freefight Team/ Bushido Sports Center

Im September 2020 eröffnet das „Bushido Freefight Team“ um Headcoach Marko Zschörner ein zweites Gym in Paunsdorf. In der Außendarstellung des Gyms und während der Trainings findet bis vor kurzem keine ersichtliche politische Positionierung statt. Diese Strategie ist plausibel. Vielen Trainierenden scheint das Gym der behauptete neutrale Ort zu sein. Auch staatliche Stellen kooperieren hierbei mit dem Sports Center. Zschörner bietet Gratis-Trainings für Polizist*innen an, da er „etwas zurück geben“ will. Auch zwei Mitarbeiter des Ordnungsamts Taucha bedanken sich in einem Video für die Trainings „bei Marko“. Der ehemalige Kanzleikollege des CDU-Ministers und Bürgermeisterkandidaten Sebastian Gemkow, Dennis van N., leitete früher die Muay Thai Trainings des „Bushido Freefight Team“.

Die Social Media Accounts des Headcoachs positionieren sich politisch auffällig. Analog zur AfD und anderen

rechten Akteur*innen wird darauf das Bild einer angeblichen „Messerstadt“ Leipzig und weitere angeblich stark zunehmende Gefährdungen beschworen. Mittlerweile werden auch auf dem offiziellen Bushido-Facebook-Account antisemitische Hashtags wie #fucknwo^[9] platziert. Und so verwunderte es wenig, dass Zschörner bereits im April 2020 dazu aufrief, gemeinsam auf dem Augustplatz im Rahmen der rechts- und verschwörungsideologischen Demonstrationen, zu meditieren.^[10] Er selbst nimmt mehrmals daran teil. Auf einem bundesweit geteilten Video des verschwörungsideologischen Senders „KenFM“ ist Zschörner Mitte Mai ebenfalls zu sehen.

Darüber hinaus war und ist das „Bushido Free Fight Team“ seit jeher ein Ort gewesen, an dem sich gewaltbereite Hooligans und Neonazis in Kampftechniken ausbilden lassen konnten. Der angehende Jurist Brian Engelmann trainiert bis heute als Vorzeigethlet bei Bushido und fungiert in vielen Anleitungen als Trainingspartner Zschörners. Engelmann war nicht nur am Neonaziüberfall auf Connewitz be-



Bushido-Sportcenter in Paunsdorf

teiligt, er trägt auch eine kaum zu übersehende Hakenkreuzgeflecht-Tätowierung am rechten Oberarm.

Zwei weitere „Connewitzangreifer“ aus dem Bushido Team sind Jonas Fichtler und der brutal kämpfende Martin Krause. Krauses Körper ist ebenfalls mit eindeutigen Tätowierungen wie der NS-Losung „Ruhm und Ehre“ sowie einem Hammer-skin-Schriftzug dekoriert. Früher spielte Krause als Gitarrist in der Naziband „Sperrfeuer“ und war Neonazikameradschaften zuzurechnen. Der Mallorca-Angreifer Johannes H. besuchte ebenfalls Trainings im Bushido Sport Center.

Imperium Fight Team (IFT)

Beim „Imperium Fight Team“ handelt es sich um eine der bundesweit bekanntesten neonazistischen Kampfsport-Gruppierungen. Viele der Mitglieder entstammen der neonazistischen Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig. Das IFT hat in der Region unter Jugendlichen Kultstatus, einzelne Kämpfer gelten als Idole. Zuvor in Eilenburg ansässig, trainiert das IFT seit 2017 auf dem Gelände eines ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers in Leipzig-Schönefeld.^[11] Die Gründer haben zuvor bei anderen rechten Gruppierungen wie dem „Bushido Free Fight Team“, den „Fighting Fellas Wurzen“, dem „Boxclub Lokomotive“ und „La Familia Halle“ sowie bei informellen Hooligan-Kämpfen Erfahrungen gesammelt. Bis heute ist die Verflechtung des Teams ins organisierte Hoo-

ligan-Spektrum mehr als offensichtlich – Spruchbänder und Solidaritätsbekundungen mit inhaftierten Hools werden offen auf Social Media gepostet.

Etliche bekannte Kämpfer des Teams sind wegen der Beteiligung am Angriff auf Connewitz im Januar 2016 angeklagt. Die Prozesse gegen die Angreifer sind auch fünf Jahre nach der Tat nicht abgeschlossen.^[12] Die wichtige Rolle des „Imperium Fight Team“ und seines Umfeldes ist aber offensichtlich.

Mehrfach richtet das Team um den weitläufig vernetzten Benjamin Brinsa (seit 2019 Stadtrat für das „Neue Forum für Wurzen“) die sogenannte „Imperium Fighting Championship“ in Leipzig aus. Die Sponsoren und das Publikum dieser Events illustrieren eindrücklich die Verankerung des Teams im Rocker- und Hooligan-Milieu.



Imperium Fight Team

Im September 2020 eröffnet das IFT ein neues Gym in Taucha. An der Adresse war zuvor ein Verein ansässig, dessen Logo 2013 auf dem Plakat für das „Sachsen kämpft“-Event in Schildau abgebildet ist. Quasi der Vorläufer für die spätere „Imperium Fighting Championship“ und ähnliche Veranstaltungen.

Kampfsportklub (KSK) 09

Auf dem Gelände der Alten Baumwollkämmerei zwischen Mockau und Schönefeld befindet sich das Gym des KSK 09. Der eher kleinere Kampfsportklub existiert seit 2009 und wird vom Security-Unternehmen „Pro GSL“ gesponsert. Der Geschäftsführer von „Pro GSL“, Oliver Riedel, ist eine zentrale Figur innerhalb des Vereins. Er fehlt auf kaum einem Trainingsfoto und viele Mittrainierende beziehen sich positiv auf ihn.

Riedel fungierte während der rassistischen LEGIDA-Proteste als Ordner und war mutmaßlich für Sicherheitsaufgaben zuständig. Seine Firma ist laut Impressum in der Großen Fleischergasse 4 ansässig.

Das Gebäude in der Innenstadt diente in der Vergangenheit immer wieder als Anlauf- und Sammelstelle für Neonazis und Hooligans. Während einer antifaschistischen Demonstration 2016 skandierten zwei Männer vom Vordach des Gebäudes „NSU! NSU!“. Im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages wurde 2016 der Kontakt eines „Pro GSL“-Geschäftsführers zum Unterstützer*innen-Netzwerk des NSU thematisiert.

Der KSK 09 richtete im Februar 2018 gemeinsam mit „Black Rainbow Security“ im Club SAX in Dölzig das Kampfsportevent „Ostdeutschland kämpft“ aus. Daran nahmen unter anderem Brian Engelmann und Martin Krause für das „Bushido Free Fight Team“ (siehe vorige Seite) teil.



Kampfsportklub (KSK) 09

Kampfsportschule Leipzig Ost / Ad Victoriam Gym

Die „Kampfsportschule Leipzig Ost“ bietet seit 2016 in einer vormals vom „Bushido Free Fight Team“ genutzten Immobilie in Leipzig-Stötteritz Kampfsport an. Die Trainings wurden zunächst vor allem von Jugendlichen besucht, die zu den Fans vom Lokomotive Leipzig gehören. Mittlerweile hat sich das Angebot verbreitert. Es wird nun auch Kindersport sowie Yoga angeboten. Im September 2020 ändert die Schule ihren Namen in „Ad Victoriam Gym“, was auf lateinisch „bis zum Sieg“ bedeutet.



Kampfsportschule Leipzig Ost

Sin City Gym

Das „Sin City Gym“ gilt als Nachfolgestruktur der „Fighting Fellas Wurzen“. Geleitet wird das Gym von einem Box-Champion, der als Türsteher in der Großen Fleischergasse 4 arbeitet und immer wieder mit Körperverletzungsdelikten in Erscheinung tritt. Auf der Facebook-Seite des Gyms wird im November 2020 unter dem Motto „FCK BRD“ gegen Lockdown und Hygiene-Regeln gewettert: „alles für den Arsch und verlogener Dreck von diesen Bastarden in ihren Ministerämtern. [...] Sport frei Freunde und steht endlich auf“.



Sin City Gym

Siam Gym

Einer der Muay-Thai-Trainer des „Siam Gyms“, Mike Jäpel, war ebenfalls am Überfall auf Connewitz im Januar 2016 beteiligt. Laut Anklage war er dabei mit Quarzhandschuhen bewaffnet. Jäpel wurde deshalb im Februar zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und fünf Monaten verurteilt. Unter den in Connewitz festgesetzten Personen sollen noch weitere Kämpfer des Teams gewesen sein.



Siam Gym

KLETTERN IM VÖLKISCHEN TERRAIN

Rechte Bedrohungen und Angriffe in Böhlitz

von chronik.LE und Naturfreundejugend Leipzig

Seit einigen Monaten kommt es im und um den Steinbruch Spielberg in Böhlitz (Thallwitz) vermehrt zu Propagandaaktivitäten, Bedrohungen und Angriffen von Neonazis. Diese richten sich hauptsächlich gegen Klettersportler*innen, die häufig aus benachbarten Städten nach Böhlitz anreisen, um dort ihrem Hobby nachzugehen. Vor Ort werden jedoch nicht die Neonazis, sondern Falschparker*innen und Müll als Problem ausgemacht.

[1] Sowohl die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationalisten“ (JN), als auch das Medienprojekt „Junge Revolution“ versuchen durch ein jugend- und subkulturelles Auftreten anschlussfähig zu sein, verbreiten aber dennoch nur klassische und altbackene neonazistische Ideologie. Zu den neueren Entwicklungen siehe der Artikel von chronik.LE in der Broschüre, S. 108-110

[2] Das Konzept der „national befreiten Zonen“ geht maßgeblich auf die Artikel „Strategie. Der Aufbau einer nationalistischen Gemeinschaft“ (in: Einheit und Kampf 1990) und „Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen“ (in: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie 1991) zurück. Eine kurze Einführung zur Thematik liefern Christoph Schulze und Ella Weber in ihrem Buch „Kämpfe um Raumhoheit. Rechte Gewalt, ›No Go Areas‹ und ›National befreite Zonen‹“.

[3] Mutmaßlich als Abkürzung für „Hitlerjugend Böhlitz“ dient HJB. Ein Graffiti mit diesen drei Buchstaben prangt auf einem Stein neben dem Eingang zum Steinbruch Spielberg.

„Kampfsport statt Kiffen“, „Jugend ohne Migrationshintergrund“ und „Unsere Stärke heißt Disziplin“. Diese und weitere Slogans neonazistischer Gruppen wie den Jungen Nationalisten^[1] und der Jungen Revolution^[1] prangen unübersehbar an beinahe jeder Straßenlaterne und jedem Verkehrsschild in dem zu Thallwitz gehörenden Ortsteil Böhlitz. Weniger als 700 Menschen wohnen hier, zwei Bushaltestellen verbinden das Dorf unter anderem mit Wurzen und Eilenburg. Überregional ist Böhlitz vor allem wegen der ehemaligen Steinbrüche Spielberg und Holzberg bekannt, welche in malerischer Atmosphäre zum Klettern und Baden einladen. Das nehmen regelmäßig auch Menschen von außerhalb wahr, was die lokale Neonaziszene stört. Diese versucht nicht nur mit Stickern und Graffiti im öffentlichen Raum das Dorf für sich zu reklamieren. Besonders der Spielberg steht dabei im Fokus.

„Böhlitz bleibt Zeckenfrei!“

Das Ziel der lokalen Neonazi-Szene Böhlitz lässt sich mit der Etablierung einer „national befreite[n] Zone“^[2] beschreiben. Das zu Beginn der 1990er Jahre entwickelte Konzept zielt explizit auf Kleinstädte und ländliche Gebiete und propagiert einen Raum, in welchem der Staat keinen Einfluss hat und stattdessen Neonazis den Ton angeben. Es ginge darum, sanktionsfähig zu sein und „Abweichler und Feinde“ zu bestrafen. Linke, People of Color und alle Menschen, welche nicht in das Weltbild der Neonazis passen, haben in einer solchen Gemeinschaft keinen Platz. In Böhlitz verfolgen Neonazis dieses Ziel mit dem Einsatz körperlicher Gewalt, Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Mindestens

dreimal werden 2020 Autos angegriffen, die vermeintlichen Linken gehören, und ein höherer Sachschaden verursacht.

Im ersten Fall im Juni 2020 wird bei einem auf dem Parkplatz neben dem Spielberg abgestellten Auto die Heckscheibe mit einem Stein eingeschmissen, der Tankdeckel sowie Antenne und Seitenspiegel werden abgebrochen und sechs neonazistische Aufkleber am Auto angebracht. Die informierte Polizei nimmt die Sticker nach einem Hinweis zur Kenntnis, sichert allerdings keine Spuren.

Im zweiten Fall, nur einen Monat später, werden von einem alten Feuerwehrauto die Außenspiegel abgeschlagen, alle Reifen aufgeschlitzt, an das Auto uriniert und es wird mit mindestens 20 neonazistischen Stickern beklebt. Der Besitzer des zerstörten Autos wird von einem Polizisten noch vor Ort gefragt, ob er den Vorfall zur Anzeige bringen wolle, es sei sehr unwahrscheinlich, dass Täter*innen ermittelt würden und daher sehr viel Arbeit, die man sich lieber sparen würde. Kurz darauf kommt ein Mann im T-Shirt der rechten Band Frei.Wild vorbei und wird von den Polizisten mit Namen begrüßt. Er fragt den Geschädigten, was er denn hier zu suchen hätte, führt aus, dass er unpolitisch sei, der Spielberg aber „von linkem Zeckenpack“ sauber gehalten werden müsse.

Die Etablierung „national befreiter Zonen“ funktioniert neben Propaganda- und Gewaltdelikten maßgeblich auch über ein Bild, welches von der Kleinstadt bzw. dem Dorf erzeugt wird. In Böhlitz versuchen die lokalen Neonazis dies

durch Drohmails an chronik.LE in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Inhalt der Mails macht deutlich, dass sich die Absender*innen klar in der Tradition des historischen Nationalsozialismus sehen. Sie selbst bezeichnen sie wahlweise als „Böhlitzer Hitler Jugend“, „Hitlerjugend Böhlitz“^[3], „die arische Jugend“ oder „Böhlitzer Nationalisten“. Als Absender werden Adolf Hitler oder Michael Wittmann angegeben. Letzterer war Hauptsturmführer der Waffen-SS und gilt als einer der skrupellosesten deutschen Panzerkommandanten des zweiten Weltkrieges. Die bereits angewandte Ge-

Alle Zecken und linken

Schweine, die nach Böhlitz

kommen werden diesen Ort

nicht ganz verletzungsfrei

verlassen. Alle von euch

werden es bereuen nach

Böhlitz gekommen zu sein.

Mit freundlich Grüßen die

Böhlitzer Hitler Jugend

Drohmail an chronik.LE vom 25.06.2020

walt gegen Personen, welche nicht in das Weltbild der Neonazis passen, wird legitimiert und weitere Gewalt angedroht, um eine rechte Hegemonie zu erzeugen. Man wolle „kein linkes Dreckspack“, da dieses die Ruhe im Dorf störe (Drohmail vom 01.08.2020). Besonders „Zecken“ und „Anhänger des linken Spektrums“ stehen im Fokus der Neonazis.

Lokalpolitik: Alles ganz anders?

Für den parteilosen Bürgermeister von Thallwitz, Thomas Pöge, liegen die Probleme an anderer Stelle. Böhlitz und speziell der Steinbruch Spielberg würden regelrecht durch auswärtige Kletterer*innen überflutet – sehr zum Leidwesen der Anwohner*innen. Dies verursache regelmäßig Parkplatznot, Rettungswege würden zugeparkt und eine starke Vermüllung des Privatgeländes sei zu beobachten. Die hätte in der Vergangenheit zu einer aufgeheizten Stimmung geführt, welche allerdings nicht rechts sei, sondern sich prinzipiell gegen Unordnung richte. Auf die neonazistische Propaganda, Sachbeschädigungen und Angriffe angesprochen, wiegelt er ab und will daran keine politische Dimension erkennen. Von den Vorfällen ist ihm in Rücksprache mit der Polizei lediglich der Angriff auf das Auto im Juli 2020 bekannt. Er sei perplex, „wie Dinge in die Welt gesetzt werden“.

Lokaljournalismus: Imageschaden begrenzen?

Nachdem die Naturfreundejugend Leipzig, chronik.LE und das Projekt Support des RAA Sachsen e.V. einen gemeinsamen Spendenaufruf zur Unterstützung der beiden zerstörten Autos veröffentlicht haben, berichtete auch die LVZ im August 2020 in ihrem Lokalteil unter der Überschrift „Angriffe auf Kletterer am Böhlitzer Spielberg“ über die Vorfälle vor Ort. Vorrangig geht es im Artikel allerdings um die vom Bürgermeister Pöge benannten allgemeineren Auseinandersetzungen zum Steinbruch Spielberg wie zum Beispiel die zugewachten Zufahrten. Der Autor Haig Latchinian schreibt in einem Kommentar zu seinem eigenen Artikel, dass es jetzt hauptsächlich um schnelle Lösungen gehe, um so den Imageschaden der Region zu begrenzen. Dabei sollte klar geworden sein, dass nicht das Image, sondern die lokalen Neonazis und ihre Ideologie das Problem sind, jedenfalls für alle Personen, die nicht in ihr Weltbild passen. Im Gegensatz zu kurzfristigen Lösungen braucht es eine aktive Auseinandersetzung mit Neonazis und ihrer Ideologie auch und besonders vor Ort. Hier sind die Böhlitzer*innen gefragt sich zu positionieren und den Neonazis deutlich zu machen, dass sie Widerspruch für ihre Positionen ernten. Oder gibt es diesen vor Ort nicht? ■

Im August 2020 veröffentlichten die Naturfreundejugend Leipzig, chronik.LE und das Projekt Support des RAA Sachsen einen Spendenaufruf und eine Zusammenstellung dokumentierter Vorfälle aus Böhlitz. Abrufbar unter: chronikle.org/inhalt/spendenauf-ruf-b-%C3%B6hlitz

Rechte Vorfälle in und um Böhlitz 2020

11. Oktober 2020 Auto mit faulen Eiern beworfen

Als eine Person im Steinbruch "Spielberg" in Böhlitz klettern geht, wird ihr Auto Zielscheibe eines Angriffs mit fauligen Eiern. Diese werden auf die Frontscheibe geworfen.

07. August 2020 Neonazistische Aufkleber in Böhlitz geklebt

In Böhlitz werden im gesamten Dorfkern neonazistische Aufkleber an Laternenpfosten und Straßenschildern angebracht. Die Sticker sind von verschiedenen Neonazioorganisationen wie den "Jungen Nationalisten" (Jugendorganisation der NPD) und der "Jungen Revolution".

01. August 2020 Erneut Drohmail von Böhlitzer Neonazis

Das Dokumentationsprojekt chronik.LE erhält erneut eine Drohmail von "Böhlitzer Nationalisten". Darin beziehen sich die Neonazis positiv auf zwei mutmaßlich von ihnen zerstörte Autos. Weiterhin führen sie aus, dass sie "kein linkes Dreckspack" wollen, welches ihnen ihr Böhlitz kaputt machen würde. Die Mail schließt mit einer Drohung an chronik.LE.

23. Juli 2020 Erneut Auto in Böhlitz demoliert

Ein altes Feuerwehrauto wird am Steinbruch Spielberg in Böhlitz stark beschädigt. Es werden alle Reifen zerstochen, die Spiegel abgeschlagen, gegen das Auto uriniert und neonazistische Sticker auf diesem angebracht. Die Polizei nimmt eine Anzeige vor Ort nur halbherzig auf und führt aus, dass ja noch längst nicht geklärt sei, dass dies tatsächlich Neonazis waren. Weiterhin fragt ein*e Polizist*in den*die Anzeigensteller*in was er*sie denn überhaupt hier zu suchen habe.

25. Juni 2020 Drohmails Böhlitzer Neonazis an chronik.LE

Nachdem die Dokumentationsplattform chronik.LE über die Angriffe und neonazistische Propaganda in Böhlitz (Landkreis Leipzig) berichtet hatte, bekommt das Projekt mehrere Hassmails. Die Verfasser*innen bezeichnen sich darin selbst als arisch und unterzeichnen mit "Böhlitzer Hitler Jugend". Außerdem kündigen sie an "jede Zecke anzugreifen", die in ihr "arisches Böhlitz kommt".

22. Juni 2020 Auto in Böhlitz von Neonazis beschädigt

Am Abend wird ein Auto am Steinbruch "Spielberg" von Neonazis stark beschädigt. Bei dem geparkten Auto wird mit einem Stein die Heckscheibe eingeworfen. Der Tankdeckel, die Antenne und die Seitenspiegel werden abgebrochen, sowie sechs Aufkleber der "Identitären Bewegung" auf der Frontscheibe, den Seitenspiegeln, dem Kofferraum und auf der Stoßstange angebracht. Offensichtlich störten sich die Neonazis an den eigentlichen Aufklebern auf dem Auto, auf denen "Solidarity" und "Bleiberecht" stand.

15. Juni 2020 Neonazistischer Angriff in Böhlitz

In der Nacht zu Dienstag überfallen Neonazis mehrere Personen, die am Steinbruch "Spielberg" in Böhlitz (Ortsteil von Thallwitz bei Wurzen) zelten. Die Truppe aus 13 Personen kommt zunächst gegen 21.30 Uhr an den Steinbruch. Sie hören Lieder der als kriminelle Vereinigung verbotenen Band Landser und singen lauthals mit. Es werden auch Parolen wie "Zecken jagen" oder "Scheiß Zecken" gerufen. Gegen 22.30 Uhr verlassen sie den Ort. Die anderen Personen rufen ihnen "Nazis raus" hinterher. Gegen Mitternacht tauchen die Neonazis wieder auf. Sie bewerfen die Personen im Steinbruch mit Feuerwerkskörpern und rufen: "Wir kriegen euch alle!" und "Zecken verjagen!" Es sind mehrere Knallgeräusche zu hören, möglicherweise von einer Schreckschusswaffe.

05. Mai 2020 Nazi-Aufkleber in Lossatal und Wurzen

In der Gemeinde Lossatal bei Wurzen werden seit einigen Wochen Aufkleber der Neonazi-Gruppierung "Junge Revolution" (JR) geklebt. In Röcknitz und Böhlitz (beides Ortsteile von Thallwitz) sowie Hohburg sind diese ebenfalls zu finden. Im Böhlitzer Steinbruch wurde der Slogan "Nazi Kiez" gesprüht. Auch in Wurzen tauchen JR-Aufkleber mit dem Slogan "Nazis-Sex-Leipzig". Die Sticker sind hier u.a. im Umfeld des Linke-Büros in der Friedrich-Engels-Straße verklebt.

22. März 2020 Nazi-Schmierereien am Steinbruch Spielberg in Böhlitz

Auf dem Weg zum Böhlitzer Steinbruch werden diverse menschenverachtende Graffiti gesprüht. In einen Schriftzug wird dazu aufgerufen, linksorientierte Menschen, die als "Zecken" abgewertet werden, zu töten. Unweit davon finden sich auch Sticker der selbsternannten "Identitären Bewegung". Außerdem findet sich die Aufschrift "Juden" und "intolerance". An einem weiteren Schild ist mit einem Stift "Anti-Antifa" getaggt. Einige der Schmierereien befinden sich vermutlich bereits seit längerem vor Ort.



photo christoph heidke

SCHLAGLICHTER. UPDATES AUS DER BLAU- UND BRAUNZONE

von chronik.LE

Seit der letzten Ausgabe der „Leipziger Zustände“ Anfang 2019 und der Sonderausgabe „Rechtsaußen in der Kommunalpolitik“ im April 2020 hat sich wieder einiges getan. Nicht zu allen Entwicklungen gibt es eigene Artikel in dieser Broschüre. Stattdessen präsentieren wir an dieser Stelle ausgewählte Schlaglichter zu einzelnen Organisationen und Akteur*innen der Blau- und Braunzone.

#nichtmittuns-
Demonstration am 15.
Februar in Erfurt gegen
die Wahl von Thomas
Kemmerich (FDP) mit den
Stimmen von CDU und AfD
zum Ministerpräsidenten
von Thüringen.

AfD ohne Erfolg bei Bürgermeisterwahlen

Die Kandidat*innen der AfD bleiben bei den zahlreichen (Ober-)Bürgermeisterwahlen im Jahr 2020 ohne Erfolg. Sie schneiden überwiegend schlechter ab als bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Vorjahr. Nachfolgend eine Übersicht zu den Wahlen mit Beteiligung von AfD- und ähnlichen Kandidat*innen im Raum Leipzig:

- Januar: **Naunhof** (LK Leipzig): **9,5 %** (= 4. Platz) – **Ute Blofeld**
- Februar: **Leipzig** (kreisfreie Stadt): **8,7 %** (= 5. Platz) – **Christoph Neumann** (erster Wahlgang, zum zweiten Wahlgang nicht angetreten)
- Februar: **Machern** (LK Leipzig): **10,9 %** (= 3. Platz) – **Ingo Arndt**
- März: **Mockrehna** (LK Nordsachsen): **15,3 %** (= 3. Platz) – **Sandro Oschkinat** (als Einzelbewerber, ehemaliges AfD-Mitglied, Vorsitzender „Spektrum Aufrechter Demokraten“)
- September: **Brandis** (LK Leipzig): **31,9 %** (= 2. Platz) – **Ingo Börner** (als Einzelbewerber, für AfD in Stadtrat und Kreistag)

Wahlen ohne AfD-Kandidat*innen gab es 2020 in: Regis-Breitungen, Borsdorf, Markkleeberg, Markranstädt, Parthenstein, Bennewitz und Thallwitz (alle LK Leipzig) sowie Belgern-Schildau, Dreiheide, Zschepplin, Elsnig und Wiedemar (alle LK Nordsachsen).

Aus- und Rücktritte bei der AfD

Bei den Kommunalwahlen 2019 hat die AfD im

Raum Leipzig eine Vielzahl an Mandaten errungen. Mit 19 bzw. 16 Plätzen in den Kreistagen im Landkreis Leipzig und Nordsachsen stellt sie hier jeweils die zweitstärkste Fraktion. Dazu kommen 60 bzw. 34 Mandate in den Stadt- und Gemeinderäten, von denen allerdings mangels genügend Kandidat*innen nicht alle besetzt werden konnten. Vor allem im **Landkreis Leipzig** sind der Partei seitdem jedoch eine Reihe von Mandatsträger*innen abhanden gekommen.

Die dortige **Kreistagsfraktion** ist bis Oktober 2020 von 19 auf 15 Mitglieder geschrumpft. Bereits im Dezember 2019 ist der Bundestagsabgeordnete und frühere Kreisvorsitzende **Lars Herrmann** aus Parthenstein aus der AfD ausgetreten. Wie Herrmann gehören inzwischen auch drei weitere Kreisräte dem Kreistag als fraktionslose Mitglieder an: **Falk Jahr** aus Böhlen, **Susann Müller** aus Frohburg und **Thomas Illig** aus Markkleeberg. Jahr war bis Juli zudem Vorsitzender der AfD-Fraktion im Böhlemer Stadtrat. Er begründet seinen Austritt im September mit dem Verfall und der Ziellosigkeit der Partei. Illig ist erst im Oktober in den Kreistag nachgerückt. Der ursprünglich gewählte Kandidat hat das Mandat im September 2019 nicht angenommen, weil er nicht mehr im Landkreis wohnt. Auch weitere Kandidat*innen auf der Liste haben abgewunken bzw. das Mandat nach kurzer Zeit niedergelegt. Illig, der für die AfD auch im Stadtrat von Markkleeberg sitzt, will der AfD-Fraktion im Kreistag gar nicht erst angehören. Die Gründe dafür sind unbekannt. Eine Person gleichen Namens hat vor einigen Jahren dem AfD-Kreisverband Nordsachsen angehört und u.a. als Admin der Facebook-Seite der AfD-Ortsgruppe Eilenburg fungiert. Die Frankfurter Rundschau bezeichnet die auf dieser Seite getätigten Äußerungen im Januar 2019 als „astreinem Nazi-Jargon“.

In den Kommunen sind weitere Mandatsniederlegungen zu verzeichnen. So gibt im Mai **Jens Zaunick** sein AfD-Mandat im **Gemeinderat von Lossatal** (bei Wurzen) zurück. Grund dafür soll ein Rechtsstreit des selbständigen Kfz-Schlossers mit dem Wirtschaftsbetrieb der Kommune sein. Dabei geht es um die nicht

genehmigte Einleitung von Abwasser ins öffentliche Netz. Zaunick ist zuvor mehrfach den Sitzungen des Rates ferngeblieben. Sein Nachrücker ist René Falk, der bereits dem Ortschaftsrat Thammenhain angehört. Zaunick hat im Vorjahr auch für den Landtag kandidiert, das Direktmandat jedoch mit 29 % verfehlt.

Im Juni verlässt **Reinhard Jöricke** endgültig den **Stadtrat von Borna**. Der Rentner hat bei der Wahl im Mai 2019 die meisten Stimmen aller Kandidat*innen erhalten. Nach einem Drohbrieff an den Geschäftsführer der DGB-Region Leipzig-Nordsachsen wird er im September aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen und gehört dem Stadtrat fortan als fraktionsloser Abgeordneter an. Nachdem es bereits zuvor kritische Fragen zu seinem tatsächlichen Wohnsitz und damit seiner Wählbarkeit in Borna gab (bis hin zu einer Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht), teilt Jöricke im Juni mit, seinen Hauptwohnsitz nunmehr nach Bad Lausick verlegt zu haben. In seinem Rückzugsschreiben bezichtigt er die Linke-Oberbürgermeisterin und Teile des Stadtrats, die „gewaltbereite Antifa“ zu fördern und zu unterstützen. Für Jöricke soll eigentlich **Winfried Boden** nachrücken. Tatsächlich zieht **Michael Zange** in den Rat ein. Die AfD-Fraktion hat durch ihn nun wieder fünf Mitglieder.

In **Nordsachsen** gibt es weniger Wechsel bei den Mandatsträger*innen der AfD. Im Juni stirbt der Kreisrat und Stadtrat **Ralf Krause** aus Oschatz. Im Kreistag rückt für ihn **Peter Wittenberg** nach, bereits Stadtrat in Oschatz. Im Stadtrat gibt es für den selbständigen Waffenhändler Krause keinen Nachrücker, da die AfD ihre Kandidaten-Liste mit sechs gewählten Stadträten bereits ausgeschöpft hat.

Der AfD-Landtagsabgeordnete **Holger Hentschel** legt im Juni sein Mandat im **Stadtrat von Leipzig** nieder, dem er seit 2014 angehört. Als Grund gibt er an, dass seine Partnerin mit Zwillingen schwanger ist. Sie habe ihm bisher „immer den Rücken freigehalten und so meine politische Arbeit nach Kräften unterstützt.“ Er wolle sie nun bei den „deutlich zunehmenden Arbeiten bestmöglich“ unterstützen. Den Sitz im Landtag behält Hentschel. Sein Nachfolger im Stadtrat ist **Udo Bütow** aus Gohlis.

Wechsel in Wurzen

In **Wurzen** hat das „Neue Forum für Wurzen“ (NFW) einen prominenten Abgang zu verzeichnen. Im Mai

2020 erklärt der Gründer dieser Wählergemeinschaft, **Christoph Mike Dietel**, seinen Rückzug aus dem Stadtrat und von der politischen Bühne. Er gibt dafür einerseits gesundheitliche Gründe an. Andererseits zeigt er sich in einer schnell wieder gelöschten Erklärung auf Facebook enttäuscht darüber, dass es für das NFW nur wenig öffentliche Unterstützung gab („sich freimütig und mannhaft an unsere Seite zu stellen“). Im Stadtrat herrsche eine „unverhohlene Diktatur“. In einer weiteren Erklärung heißt es pathetisch, er sei „an der Übermacht der Untertanen“ gescheitert. Für Dietel rückt im Juni **David Kramer** aus Nitzschka nach, bis dahin „sachkundiger Einwohner“ im Ausschuss für Technik und Stadtentwicklung. Zuvor verzichteten zwei weitere NFW-Kandidaten auf den Sitz im Stadtrat. Den Fraktionsvorsitz übernimmt wieder der viel beschäftigte **Benjamin Brinsa**, der dieses Amt erst Ende 2019 an Dietel übergeben hatte.

„Bund Deutscher Maler“

Die LVZ berichtet im August 2020 über drei Jugendliche, die ein „Kriegerdenkmal“ im Grimmaer Ortsteil Kleinbothen gesäubert und saniert haben. Die laut des Artikels aus Grimma stammenden Student*innen dokumentieren ihr Treiben seit Mai 2019 auf einem Youtube-Kanal mit dem Titel „Bund Deutscher Maler“. Der Name ist eine Anspielung an den nationalsozialistischen Bund Deutscher Mädel (BDM), den für Mädchen vorgesehene Zweig der Hitler-Jugend. Der erste BDM-Clip zeigt nach eigenen Worten die „Entfernung einer Antifa-Schmiererei in Grimma“ und endet mit der Aufforderung: „Tu was für Deutschland!“. In der „Leipziger LandkreisPost“ des AfD-Kreisverbandes berichten die BDMler unter der Überschrift „Streiter mit Pinsel & Farbe“ selbst über ihr Tun. Auf ihrem Youtube-Kanal ist seit Juni 2020 kein neuer „Streich“ mehr erschienen. Dafür wird einer der selbsternannten „Deutschen Maler“, **Kurt Hättasch**, im September als Beisitzer in den **Kreisvorstand der AfD im Landkreis Leipzig** gewählt.

„Dreipass Verlag“ mit Kubitschek-Buch

Im August 2020 geben Michael Kirchberg und Erik Lehnert anlässlich des 50. Geburtstags des neurechten Verlegers **Götz Kubitschek** (Antaios-Verlag, Zeitschrift „Sezession“, Institut für Staatspolitik) aus Schnellroda (Sachsen-Anhalt) ein Buch mit dem Titel „Eine Spur hinterlassen. Götz Kubitschek zum 50. Geburtstag“ heraus. Die „fein gestaltete Freundesausgabe“ erscheint nicht in Kubitscheks eigenem Verlag, sondern in einem

bisher unbekannten „Dreipass Verlag Leipzig“. So zumindest die Angabe auf dem Cover des Bandes. Vertrieben wird das bereits vergriffene Werk über Antaios.

„Der Schelm“ & „Lokis Truhe“

Der 2014 gegründete **Schelm-Verlag** von **Adrian Preißinger** hat seinen offiziellen Sitz laut Impressum im Jahr 2019 nach Tschechien verlegt. Bis dahin war der Verlag in Gohlis ansässig. Er vertreibt u.a. offen antisemitische und nationalsozialistische Schriften wie Hitlers „Mein Kampf“. Einer Reportage des NDR-Formats „STRG_F“ ist jedoch im Februar 2020 zu entnehmen, dass die Bestellungen nach wie vor von Leipzig aus abgewickelt werden. Konkret über einen Hermes-Paketshop in der Coppistraße. Daran wirkt laut den Aufnahmen u.a. der ehemalige NPD-Stadtrat **Enrico Böhm** mit. Böhm betreibt mit „Lokis Truhe“ einen eigenen Online-Shop. Die Leipziger Staatsanwaltschaft ermittelt seit 2016 gegen die Verantwortlichen des Schelm-Verlages, u.a. wegen Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Bisher ohne Ergebnis.

„Tannwald Media“

Der langjährige Kader der „Identitären Bewegung“ (IB) aus Leipzig, **Alexander Kleine** („Malenki“), zeichnet seit Ende 2019 für ein Unternehmen namens „Tann-

wald Media UG“ verantwortlich. Die Agentur bietet nach eigenen Angaben Graphikdesign, Videoproduktion und die Erstellung von Webseiten an. Kleine ist seit mehreren Jahren als rechter Influencer aktiv, u.a. mit dem Youtube-Format „Laut gedacht“ (zusammen mit **Philip Thaler** aus Halle). Offenbar reagieren Kleine und andere Köpfe der „Identitären“ mit diesem Versuch eines Imagewandels auf den Niedergang der angeblichen „Bewegung“. Ebenfalls im Dezember 2019 verkündet **Simon Kaupert** (ebenfalls Halle) vom neu-rechten Kampagnen-Netzwerk „Ein Prozent“ (mit Sitz in Dresden), das kommende Jahr solle ein „Medienjahr für die Mosaikrechte“ werden.

„Ungetrüb Media“

Der frühere Leipziger NPD-Stadtratskandidat **Alexander Kurth** verbreitet seine Propaganda mittlerweile unter dem Label „Ungetrüb Media“. Den Blog und gleichnamige Social-Media-Profilen gibt es seit Mai 2019. Kurth kooperiert dafür mit **Jens Wilke**, mit dem er zuvor für den neonazistischen Pegida-Ableger „Thügida/Wir lieben Sachsen“ aktiv war, sowie dem Landtagsabgeordneten **André Poggenburg** aus Sachsen-Anhalt (ehemaliger AfD-Landesvorsitzender). Auf dem Gutshof von Poggenburg bei Naumburg hat laut „Endstation Rechts“ auch das erste „Pressefest“ des Medienprojekts stattgefunden. „Ungetrüb Media“ fungiert offenkundig als Sprachrohr von Poggenburgs Splitterpartei „Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland“ (ADPM), mittlerweile „Aufbruch Deutschland 2020“. Auch Kurth hat bereits mehrere Parteien durchlaufen (NPD, Republikaner, „Die Rechte“). Dessen ungeachtet behauptet „Ungetrüb Media“ einen journalistischen Anspruch. Kurth und Wilke sind mit Presseausweisen auf Demonstrationen unterwegs.

JN mit (Online-)Aktivismus

Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) ist in Leipzig unter verschiedenen (Tarn-)Labels in den sozialen Netzwerken unterwegs. Dazu gehört u.a. der Account „Aktionsblog Leipzig“. Das selbsternannte „Schaufenster für nationale Aktivitäten in Leipzig und Umgebung“ verbreitet seit April 2020 bei Twitter und Instagram neonazistische Propaganda-Aktionen. Ähnliche Accounts gibt es in Sachsen-Anhalt und Rostock.

Weitere Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung



Ein Jahr nach der Kommunalwahl 2019 widmet sich die Broschüre „Rechtsaußen in der Kommunalpolitik. Berichte und Analysen zur AfD in Leipzig und Umgebung“ der Alternative für Deutschland (AfD) und anderen rechten Wahllisten in Leipzig, dem Landkreis Leipzig und Nordsachsen.

Die 64-seitige Broschüre von chronik.LE wurde im April 2020 veröffentlicht und steht unter chronikLE.org zum Download zur Verfügung. Postalische Bestellung gegen Porto via Email: chronik.le@engagiertewissenschaft.de

photo: christoph heidke

Ein weiteres Label der JN ist seit 2018 die Kampagne „**Schülersprecher.info**“. Dabei handelt es sich um den ziemlich erfolglosen Versuch, Schüler*innen mit einer Art „Schulhof-CD 2.0“ (im mp3-Format zum Download) zu ködern. Aktionsschwerpunkte waren bislang neben Sachsen in Hessen, dem Rhein-Main-Gebiet sowie in Urlaubs- und Durchreiseorten der wenig verbliebenen JN-Kader. Neben Plakaten werden auch Banner präsentiert (u.a. an einer Brücke in Leipzig-Wahren). Im Juli 2020 posierten einige Aktivist*innen mit einem „Schülersprecher“-Transparent vor mehreren Leipziger Schulen sowie vor der Moritzbastei nahe der Universität. Im September 2020 wurden in Wurzen Flyer der Kampagne an zwei Schulen verteilt.

Ein Leipzig-spezifisches Label ist „**Messestadtaktivisten**“. Ein Sticker-Motiv mit dieser Bezeichnung zeigt hälftig das „Völkerschlachtdenkmal“ und einen Löwen als Stadtwappen von Leipzig. Die Erstellung eines Transparents mit diesem Motiv ist auf „Aktionsblog Leipzig“ dokumentiert ist.

„Junge Revolution“ mit plakativen Aktionen

Die Gruppierung „Junge Revolution“ (JR) versteht sich selbst als ein „Medienprojekt“ von „jungen Heimat-treuen“. Auf dem gleichnamigen Youtube-Kanal finden sich seit August 2019 Interviews mit verschiedenen, meist scene-prominenten Personen. Gesicht des Kanals ist laut Belltower-News ein junger Neonazi aus Zwickau, der zunächst für den „Dritten Weg“ aktiv war und sich nun im Umfeld der NPD und ihrer Jugendorganisation zu bewegen scheint. Offenbar gibt es auch in Leipzig Anhänger der Gruppierung. So tauchen ab Februar 2020 in Leipzig und Umgebung Sticker mit dem JR-Logo auf, die mit der plakativen Botschaft „Nazis – Sex – Leipzig“ um Aufmerksamkeit heischen. Vom Allee-Center in Grünau flattert zudem kurzzeitig ein JR-Banner mit dem Spruch „Leipzig bleibt deutsch“. Auf einem Video von der Aktion sind etwa ein halbes Dutzend dunkel gekleidete Personen zu sehen, die „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ rufen. Die Polizei kann zwei 17-Jährige aufgreifen, die offenbar an der Aktion beteiligt waren. Im März 2020 sollte im Vogtland ein Vernetzungskongress des Projekts stattfinden, u.a. mit Beteiligung von NPD und „Die Rechte“. Dieser „Revolutionäre Kongress“ fällt jedoch aus. ■



Protest gegen die AfD in Grimma, 29. September 2020

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL ZU

RECHTER RAUMNAHME CHRONIK

07. November 2020 Neonazistische Graffiti in Paunsdorf gesprüht

Am Wochenende werden an der Außenmauer einer Sportstätte in Leipzig-Paunsdorf drei Hakenkreuze auf acht mal zwei Meter, zwei SS-Runen sowie eine 88 gesprüht. Die 88 ist ein beliebter neonazistischer Code.

19. Oktober 2020 AfD-Veranstaltung im Bürgerhaus Eilenburg

Die AfD-Bundestagsfraktion lädt zu einer Veranstaltung in das Bürgerhaus Eilenburg ein. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Klartext“, konkrete Inhalte werden allerdings nicht angekündigt. Als Redner werden der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla, der aus Mittelsachsen stammende Prof. Dr. Heiko Hessenkemper und der Dresdner Jens Maier genannt. Hessenkemper glaubt, dass durch Menschen, die nach Deutschland flüchten und migrieren, „Deutschland als Zivilisation“ vernichtet werde. In seinen Reden und Veröffentlichungen äußert er sich mehrfach rassistisch, sexistisch, verschwörungsideologisch und diffamiert politische Gegner*innen. Maier beklagte bei einer Rede im Januar 2017 in Dresden die „Herstellung von Mischvölkern“. Er bekannte sich mehrfach positiv zur NPD und äußerte Verständnis für den norwegischen Rechtsterroristen Breivik.

21. September 2020 Nazipropaganda an Schulen verteilt

Am Montag verteilen Neonazis des JN-nahen Kampagnenversuchs schuelersprecher.info neonazistische Propaganda in Wurzen. Zunächst posieren sie damit vor dem Magnus-Gottfried-Lichtwer-Gymnasium. Anschließend begeben sie sich in die Innenstadt und betreten danach das Berufliche Schulzentrum Wurzen. In ihrem Instagram-Feed schreiben sie, die angesprochenen Jugendlichen seien „absolut empfänglich“ für ihre „Botschaft“. Bei den Jungen Nationalisten (JN) handelt es sich um die Jugendorganisation der NPD.

26. Juni 2020 NDK in Wurzen erneut angegriffen

In der Nacht vom Freitag zu Samstag betreten zwei dunkel gekleidete Personen das Grundstück vom Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen. Einer der beiden zerstört mit dem vor dem Haus befindlichen Fahrradständer zwei Fenster. Wegen wiederholter Zerstörung am Haus angebrachte Kameras filmen den Angriff. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 500€. Das NDK bittet in einer Pressemitteilung um Spenden, um die zerstörten Fenster zu ersetzen.

Der letzte Angriff auf die Vereinsräumlichkeiten ereignete sich vor ca. einem Jahr. Nach einem Spiel zwischen „ATSV, Frisch auf Wurzen“ und „Roter Stern Leipzig“ wurde das Gebäude von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Dabei zerstören die teilweise verummten Angreifer mehrere Kameras und werfen Bierflaschen gegen die Fassade des historischen Gebäudes. Später wurde bekannt, dass ein Stadtratskandidat vom „Neuen Forum für Wurzen“ am Angriff beteiligt gewesen war.

30. Mai 2020 Neonazistische Graffiti an Bahn-Haltestelle

An der S-Bahn-Haltestelle in Machern sind mehrere Graffiti gesprüht. Darin wird unter anderem eine nationalsozialistische Zone beansprucht – „NS-Zone“. Zudem wird Antifaschist*innen mit dem Tod gedroht. Auch im weiteren Ortsteil werden immer wieder neonazistische Sticker verteilt. Die Graffiti werden übersprüht, sind jedoch kurz darauf wieder erneuert.

14. April 2020 Neonazilabel solidarisiert sich mit Gasthof Staupitz

Das Chemnitzer Rechtsrocklabel und Neonaziversandhandelsunternehmen PC-Records unterstützt in der Corona-Zeit den Gasthof im Torgauer Ortsteil Staupitz. Auf der Internetseite des Versandes findet sich ein Shirt

im Stile der Hard Rock Cafés mit der Aufschrift „Alter Gasthof Staupitz“.

Der Alte Gasthof Staupitz ist einer der etabliertesten Orte für Rechtsrockkonzerte in Sachsen. Behördlich beauftragt finden dort seit 2008 jährlich bis zu 10 Neonazikonzerte mit teilweise internationalen Bands statt.

3. Februar 2020 Hakenkreuze und weitere Schmierereien am Wurzener Bahnhof

Am Bahnhof in Wurzen werden erneut gut erkennbar Hakenkreuze und neonazistische Zahlencodes angebracht. Darunter befindet sich auch die Zahlenkombination „808“, angelehnt an die letzten Ziffern der Postleitzahl von Wurzen. Laut einer Pressemitteilung des Netzwerks für demokratische Kultur e.V. vom Januar 2019 tritt eine Gruppe jugendlicher Neonazis mit diesem Kürzel in sozialen Medien auf. Die Zahlenkombination „88“ steht in Neonazi-Kreisen für den achten Buchstaben des Alphabets „H“ und somit für Heil Hitler.

31. Dezember 2019 JN „besetzt“ Völkerschlachtdenkmal

Die Jungen Nationalisten (JN), die Jugendorganisation der NPD, „besetzt“ in Leipzig kurzfristig das Völkerschlachtdenkmal. Dazu wird ein Banner mit der Aufschrift „Deutschland einig Vaterland“ und dem JN-Logo von oben herunter gelassen. Daneben stehen insgesamt vier Personen mit acht Leuchtfackeln in den Händen. Der braune Spuk war bereits nach kurzer Zeit wieder vorbei.

7. Dezember 2019 Neonazi-Konzert in Staupitz

In Staupitz findet unter dem Label „Nikolaus Aftershow Party“ ein neonazistisches Konzert mit ca. 230 Teilnehmenden statt. Die angekündigten Bands sind „Endstufe“ (Bremen), „Brutal Attack“ (Großbritannien) und „Devils Right Hand“. Es sollen Hitlergrüßen gezeigt und entsprechende Parolen gerufen worden sein.

24. November 2019 **Jugendliche hören Rechtsrock**

In der Nacht von Samstag auf Sonntag spielen drei Jugendliche von der Lützner Straße kommend im Henriettenpark laut hörbar über ihr Handy das Lied „Sturmführer“ von Landser. Dabei äußern sie sich abfällig gegenüber Passant*innen, die sie als „Zecken“ bezeichnen. Landser wurde 2003 in Berlin, als erste Rechtsrockband, als kriminelle Vereinigung verboten. Die Band genießt in der neonazistischen Szene Kultstatus. In ihren Texten äußert sich die Band rassistisch gegenüber als minderwertig empfundenen Bevölkerungsgruppen und verherrlicht den Nationalsozialismus.

13. Oktober 2019 **Neonazistische Sticker und Sprühereien in Schönefeld**

Am Wochenende werden auf der Ossietzkystraße im Leipziger Stadtteil Schönefeld mehrere NS-verherrlichende Graffiti in gelber Farbe gesprüht. Mit gelber Farbe werden ein Hakenkreuz sowie die Schriftzüge NS und NSDAP angebracht. In umliegenden Straßen des Stadtteils tauchen zeitgleich Sticker der neonazistischen Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ auf.

25. August 2019 **Rechtsrock-Musiker zu Gast beim III. Weg**

Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ veranstaltet in Leipzig eine Vortragsveranstaltung mit dem Neonazi Frank Kraemer unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit im vopolitischen Raum“. Frank Kraemer ist Gitarrist der Neonazi-Band „Stahlgewitter“, Sänger und Gitarrist der Neofolk- und Pagan-Metal-Band „Halgadom“ sowie Begründer des Querfrontprojekts „Der dritte Blickwinkel“ welches v.a. Youtube-Videos produziert.

13. Juli 2019 **Rassistische Beleidigung und Angriff in Grimma**

Ein Syrer wird in Grimma beleidigt und mit einer Bierflasche beworfen. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung

und versuchter gefährlicher Körperverletzung wird eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

17. April 2019 **Erneut neonazistische Schmierereien in Taucha angebracht**

Im Stadtgebiet von Taucha werden im Zeitraum von Mittwoch, den 17. April, bis Samstag, den 20. April, in mehreren Straßen großflächig rechte Schmierereien und Aufkleber angebracht. Angebracht werden in roter Farbe Schriftzüge wie „NAZI ZONE“ und „Taucha bleibt braun“ oder „100% Nazi-Kiez“. An anderen Stellen befinden sich SS-Runen und Hakenkreuze. Zudem werden Bedrohungen politischer Gegner*innen formuliert. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

15. Januar 2019 **Autor stellt auf Einladung des AfD-nahen Mittelstandsforums verschwörungstheoretisches Buch vor**

Auf Einladung des AfD-nahen »Mittelstandsforums für Deutschland« stellt der Autor Thorsten Schulte sein Buch „Kontrollverlust“ vor. Die Veranstaltung findet in der Emilienstraße 15 statt. Der Unternehmensberater und langjährige (28 Jahre) CDU-Mitglied Schulte publiziert verschwörungsmythologische Texte mit rechtspopulistischer Rhetorik, auch sein neues Buch strotzt davon. Erschienen ist es im Kopp-Verlag, der eigene und fremdverlegte Bücher und andere Medien zu gesellschaftlichen und politischen Themen publiziert und dessen Sortiment dabei überwiegend esoterische, grenz- und pseudowissenschaftliche, verschwörungstheoretische sowie rechtspopulistische und neonazistische Titel beinhaltet. ■



06 KAPITEL SERVICE

Die Beiträge problematisieren Aspekte von gesamtgesellschaftlichen Diskriminierungen und weisen auf Perspektiven hin, wie man auf ein solidarisches Miteinander hinarbeiten kann.

Die angesprochenen Problemkomplexe können eine*n allein leicht in Ohnmacht versetzen. Deshalb gibt es auch in dieser Ausgabe der Leipziger Zustände einen Service-Teil, in dem Betroffene und solidarische Personen Anlaufstellen finden können, um mit ihnen in Kontakt zu treten, sowie Empfehlungen für antifaschistische und wissenschaftliche Literatur.

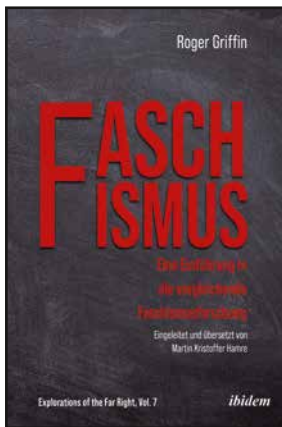
Der Kampf gegen diskriminierende Denkstrukturen, Praxen und Verhältnisse erfordert nicht nur einen langen Atem und finanzielle Mittel, sondern auch ein solidarisches Miteinander. Die vielen Initiativen, Vereine und Gruppen, die sich im nachfolgenden Teil selbst kurz vorstellen, sind Teil eines breiten Spektrums an Zusammenschlüssen von Menschen, die sich gegen antidemokratische, menschenverachtende Verhältnisse engagieren. Sie bieten Unterstützung und freuen sich über Unterstützung.

You are not alone! ■



#nichtmittuns-Demonstration am 15. Februar in Erfurt gegen die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen.





Roger Griffin

Faschismus. Einführung in die vergleichende Faschismusforschung

Der britische Historiker Roger Griffin hat vor 30 Jahren in seinem Buch *The Nature of Fascism* eine idealtypische Definition des Faschismus als „palingenetischem Ultranationalismus“ entwickelt. Obwohl diese Arbeitsdefinition mittlerweile weite Verbreitung gefunden hat, liegen bisher nur wenige seiner Werke auf Deutsch vor. Die Übersetzung dieses knappen „Handbuchs für Anfänger“ (Griffin), das 2018 in der Reihe „Key Concepts in Political Theory“ erschienen ist, ermöglicht jetzt einen einfachen Zugang zu seinem Ansatz. In Abgrenzung zu früheren marxistischen oder liberalen Theorien des Faschismus betont Griffin das utopische und in gewisser Weise revolutionäre Element der faschistischen Ideologie, die angestrebte Erneuerung oder „Wiedergeburt“ (Palingenese) eines „organischen Volkes“ (Ultra-Nation). Ein Geleitwort von Andreas Kemper, der mit Griffins Werkzeugkasten bereits 2016 überzeugend den faschistischen Gehalt in Texten von Björn Höcke/Landolf Ladig herausgearbeitet hat, sowie das Nachwort von Fabian Virchow zur Frage, inwiefern die AfD in Gänze derzeit als faschistisch zu charakterisieren ist, verdeutlichen die anhaltende Relevanz von Griffins Beiträgen zur vergleichenden Faschismusforschung.

Roger Griffin: Faschismus. Eine Einführung in die vergleichende Faschismusforschung, eingeleitet und übersetzt von Martin Kristoffer Hamre, Ibidem Verlag, Stuttgart 2020.



Friedrich Burschel (Hg.)

Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus

Der Titel des von Friedrich Burschel herausgegebenen Sammelbandes bezieht sich auf eine Vorhersage von Benito Mussolini aus dem Jahr 1932. Auch wenn das 20. Jahrhundert kein faschistisches geworden ist, wirken Begriffe und Motive aus faschistischen oder (neu)rechten Denkwelten bis heute. Mit diesen „unheilvollen Traditionen“ setzen sich die Autor*innen des Buches in fünf sehr unterschiedlichen Beiträgen auseinander. Nach einem Rundumschlag von Roger Griffin (siehe nebenstehende Rezension) zur Frage, wie falsch Mussolini eigentlich mit seiner Prophezeiung lag, analysieren drei Autoren aus Sachsen kenntnisreich konservative und neurechte Diskurse zum „Abendland“ (Felix Korsch), zur sozialen Frage und zum „Neoliberalismus“ (Felix Schilk) sowie die Europa-Vorstellungen u.a. im Umfeld des neurechten „Jungeuropa“-Verlags aus Dresden (Volkmar Wölk). Schließlich widmen sich Julian Bruns und Natascha Strobl aus Wien dem Verhältnis der „Identitären“ zur Neuen Rechten. Herausgeber Burschel betont in seinem Vorwort, die Beiträge sollen den Blick dafür schärfen, dass auch als „ehrwürdige Theorie“ daher kommende Texte aus der „faschistischen Wissensproduktion“ (Alex Demirović) immer einen „deutlichen Blutgeruch mit sich führ[en] und den Massenmord in sich [tragen].“

Friedrich Burschel (Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Verbrecher Verlag, Berlin 2020.



NSU-Watch

Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess

Das Buch des Autor*innenkollektivs NSU-Watch befasst sich mit der juristischen Abarbeitung der Mordserie und weiterer Taten des neonazistischen Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) und zieht ein erstes Resümee. Das zentrale Anliegen der Autor*innen ist es, die rassistischen Strukturen, die den NSU hervorbrachten und so dessen Taten ermöglichten, entlang des NSU-Prozesses in München aufzuzeigen und zu kritisieren. Zwar lässt das Buch notwendigerweise viele Fragen offen, doch liefert es eine kritische Zwischenbilanz, die antifaschistischer Arbeit zugrunde gelegt werden sollte. Die Autor*innen zeigen mit aller Vehemenz anhand einer Prüfung des Geschehens in München auf, wie die deutsche Justiz mit ihren Nazis umzugehen pflegt: Wo Leugnung nicht mehr möglich ist, wird relativiert und verharmlost. Auch 25 Jahren nach den ersten bekannten Taten des NSU und nach der Urteilsverkündung im Juli 2018 steht eine umfassende juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung des Geschehenen weiter aus. Es richtet sich deshalb nicht nur an eine antifaschistische Linke, sondern an alle Gesellschaftsmitglieder, die dazu aufgerufen sind, hinzuschauen, zuzuhören und Lehren zu ziehen.

NSU-Watch: Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess, Verbrecher Verlag, Berlin 2020.



Eva Berendsen et al. (Hg.)
Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts

Die auch als „Hufeisentheorie“ bekannte (und verspottete) Extremismustheorie ist offenbar nicht tot zu kriegen. Zu sehr ist die Vorstellung der Gesellschaft als einer von ihren linken und rechten Rändern (und weiteren Formen des „Extremismus“) bedrohten demokratischen Mitte in der Alltagssprache und in den Köpfen der Menschen verankert. Zu gut eignet sie sich für die Diffamierung von politischen Gegner*innen, was gerade AfD & Co. zu nutzen wissen. In dem von drei Mitarbeiter*innen der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main herausgegebenen Band wird in einer Vielzahl von Beiträgen aufgezeigt, dass die Extremismustheorie mit ihrer „Logik des Verdachts“ gerade für die politische Bildung unbrauchbar und gefährlich ist. Zurückgewiesen wird insbesondere die Gleichsetzung von links und rechts und die Ächtung des Antifaschismus. Damit man das kurzweilige Buch nach der Lektüre den Verfechter*innen des Extremismustheorie nicht vor Wut wie ein Hufeisen an den Kopf wirft, wirbt der frühere Titanic-Chefredakteur Leo Fischer im letzten Beitrag um Verständnis für das „menschliche Grundbedürfnis, Autorität zunächst einmal unhinterfragt zu akzeptieren“. Das sei bei manchen Linken leider besonders schwach ausgeprägt.

Eva Berendsen, Katharina Rhein, Tom David Uhlig (Hg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Verbrecher Verlag, Berlin 2019.



Yuval Rubovitch
Mit Sportgeist gegen die Entrechtung. Die Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig

Der Historiker Yuval Rubovitch und die Sportwissenschaftlerin Gerlinde Rohr zeichnen anhand von zeitgenössischen Berichten und Dokumenten akribisch die Geschichte von Bar Kochba Leipzig nach, des bis zu seiner Zwangsauflösung durch die Nationalsozialisten größten jüdischen Sportvereins Deutschlands. Das Buch stellt einerseits die Geschichte des Vereins dar und versammelt andererseits Beiträge zum Fortleben des Vereins heutzutage. So veranstaltet der Verein Tüpfelhausen seit 2015 ein internationales Fußballbegegnungsfest in Leipzig, so dass Bar Kochba und die Schicksale seiner ehemaligen Mitglieder nicht vergessen werden. Das Buch richtet sich vor allem an Sport- und Fußballfans und Interessierte an jüdischer Geschichte. Für die historisch-politische Bildungsarbeit zur Geschichte Leipziger Juden und Jüdinnen ist es wegen der umfangreichen Materialsammlung unverzichtbar.

Yuval Rubovitch: Mit Sportgeist gegen die Entrechtung. Die Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig, Hentrich & Hentrich Verlag, Leipzig 2020.



Ann Katrin Düben et al. (Hg.)
Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63

Gut ein Jahr nach einem mehrtägigen Symposium in der Riebeckstraße 63 folgt mit dem Sammelband ein weiterer Eckpunkt in der Aufarbeitung des geschichtsträchtigen Ortes. Seit seiner Einweihung im Jahr 1892 wurden auf dem Areal von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzte Personen(gruppen) entrechtet. Zunächst in Form einer Zwangsanstalt ist die Einrichtung Ort der Verwahrung und Disziplinierung. Während des Nationalsozialismus werden dutzende Insass*innen, die letztendlich in Pirna-Sonnenstein ermordet wurden, Opfer der Euthanasie. Sie mussten auch deshalb weichen, um Platz für die Zwangsarbeiter*innen zu machen, die auf dem Areal untergebracht werden. Die Nazis nutzen die Anstalt überdies als Sammellager zur Deportation von Juden und Jüdinnen, Sint*ezze und Rom*nja. In der DDR wird eine Außenstelle der Psychiatrie und eine venerologische Station, in der Frauen mit vermeintlich abweichendem Verhalten zwangsbehandelt werden, eingerichtet. Der Band versammelt wertvolle Beiträge zur Aufarbeitung des vielschichtigen Unrechts. Gleichwohl wird einmal mehr deutlich, wie wenig beleuchtet und thematisiert die Ausgrenzung als asozial stigmatisierter Personen bis heute ist.

Ann Katrin Düben, Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Hg.): Die ehemalige Leipziger Arbeitsanstalt Riebeckstraße 63. Verwahrung, Ausgrenzung, Verfolgung, Hentrich & Hentrich Verlag, Leipzig 2020.

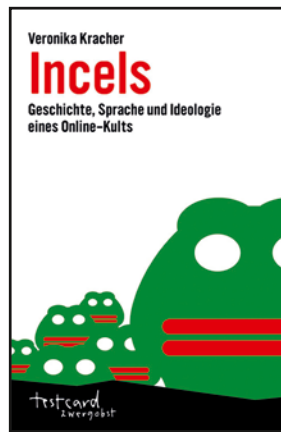


Samuel Salzborn:

Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern

Der Essay von Samuel Salzborn nimmt eine pointierte Analyse der Abwehr des Erinnerns an die Shoah vor. Salzborn zeigt anschaulich, wie die nationalsozialistische Tätergemeinschaft erfolgreich Narrative zur Täter-Opfer-Umkehr strickte – trotz unterschiedlicher Systeme der Nachkriegszeit: als erstes Opfer des Nationalsozialismus (Österreich), antifaschistischer Staat (DDR) und „infantile“ (S. 41), schuldunfähige Masse (BRD) (Kap. 2). Jenseits der ‚großen Politik‘ seziert er die Alltagskultur in Nachkriegsfilm und -literatur entlang der Achsen Schuldabwehr und -umkehr (Kap. 3). Antisemitismus sei auch in der Bundesrepublik allgegenwärtig und äußert sich als „Schuldabwehr-Antisemitismus“ (S. 67) und im Hass auf Israel (S. 81). In Kapitel 5 werden die Topoi der Geschichts- und Sozialwissenschaft und insbesondere die Vertriebenenpolitik kritisiert. Abschließend wird die „geschichtspolitische Illusion“ (S. 103) der erfolgreichen Aufarbeitung von Auschwitz anhand der gescheiterten Universalisierung (Kosovo-Krieg) und der modernisierten sowie massenkompatiblen Leugnung durch die AfD entlarvt.

Samuel Salzborn: Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern, Hentrich & Hentrich Verlag, Leipzig 2020.



Veronika Kracher

Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults

Vom Verlag als weltweit erstes Buch zum Thema Incels angepriesen, gelingt Veronika Kracher, was dringend notwendig ist: eine tiefgehende Analyse dieses tödlichen Männerkults. Als Incels bezeichnen sich junge Männer, die selbst „unfreiwillig im Zölibat leben“ („Involuntary Celibates“) und sich zunehmend in entsprechenden Onlineforen und auf Imageboards radikalisieren. Dort verquicken sich Frauen- und Selbsthass mit patriarchalem Anspruchsdenken, Verschwörungserzählungen, Rassismus und Antisemitismus. Akribisch und mit Humor beschreibt die Autorin die Orte, an denen toxische Männlichkeit kulminiert. Der humorvolle Schreibstil bagatellisiert dabei keineswegs die menschenfeindlichen Ergüsse. Zahlreiche Gewalttaten und Terrorakte mit dutzenden Todesopfern wurden in den vergangenen Jahren von Incels begangen. Das Phänomen beschränkt sich hierbei nicht nur auf Nordamerika. Der antisemitische Attentäter von Halle ist zwar kein erklärter Incel, steht dieser Ideologie aber vermutlich zumindest ideell nahe. Krachers Werk ist unerlässlich für die Analyse dieser Gewaltakte und die Bekämpfung ihrer Ursachen.

Veronika Kracher: Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults, Ventil Verlag, Mainz 2020.



Max Czollek

Gegenwartsbewältigung

In seinem Buch erinnert Max Czollek eine Gesellschaft, die mit all ihren Mitgliedern solidarisch ist, ohne auszuschließen. Der Lyriker beginnt mit Einsetzen der Corona-Krise und führt die Leser*innen durch die deutsche Geschichte sowie Episoden der näheren Vergangenheit und zeigt glaubhaft, wie stark das Ideal einer nationalen, homogenen Identität unsere Gegenwart prägt. Er durchleuchtet Ereignisse wie den Mauerfall aus der Perspektive derjenigen, die sich heute immer noch selten in Talkshows dazu äußern können – zum Beispiel Migrant*innen und Jüd*innen. Er begründet damit konstruktiv, warum die deutsche Gesellschaft statt einer Leitkultur vor allem ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus braucht. Czollek denkt jüdische, migrantische, ostdeutsche, queere und feministische Stimmen konsequent mit – erweckt aber so streckenweise den Anschein, die „Mehrheitsgesellschaft“, der er so viel Dominanz beimisst, bestünde einzig aus weißen, westdeutschen Männern. Dadurch bleiben die Verstrickungen des gleichzeitigen Dazugehörens und Ausgeschlossenseins blass.

Max Czollek: Gegenwartsbewältigung, Hanser Verlag, München 2020.



Christian Alt & Christian Schiffer
Angela Merkel ist Hitlers Tochter. Im Land der Verschwörungstheorien

Die beiden Autoren Christian Alt und Christian Schiffer sind überzeugt: gegen hartgesottene Verschwörungsideologen helfen oftmals keine Fakten. Sie nähern sich dem Thema daher auf ungewohnte Weise. Sie sind selbst im „Kaninchenbau“ unterwegs und erschaffen mit Hans Fuchs und der Rauchmelder-Verschwörung eine eigene Verschwörungserzählung. Oder war Ihnen noch nicht bekannt, dass wir alle systematisch durch Rauchmelder überwacht werden? Cui Bono?

Leicht lesbar und etwas naiv beschreiben die Autoren ihre eigene Recherche und verschiedene Verschwörungserzählungen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema spielt sich daher nicht auf einer wissenschaftlichen, sondern einer allgemeinverständlichen und leider auch oberflächlichen Ebene ab. Eine etwas stringenter und tiefergehende Analyse und Argumentation hätte dem Buch an einigen Stellen gut getan.

Christian Alt / Christian Schiffer: Angela Merkel ist Hitlers Tochter. Im Land der Verschwörungstheorien, Hanser Verlag, München 2018.



Thomas Billstein
Kein Vergessen: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945

Thomas Billstein legt mit seinem wichtigen Buch erstmals eine gedruckte Übersicht zu Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland vor. Der Schwerpunkt liegt mit einem Umfang von 300 Seiten auf der Vorstellung der ermordeten Personen, wodurch allerdings der Rahmen, zum Beispiel zu Tatmotivationen oder der Diskussion um staatliche Anerkennung, mit 30 Seiten reichlich kurz gerät. Hier wäre ein stärker ausgearbeiteter Kontext wünschenswert. Die lesenswerte Darstellung der Einzelschicksale wird durch detailreiche Porträts der Opfer ergänzt. Die Einordnung als Todesopfer rechter Gewalt oder Verdachtsfall ist teilweise irritierend. So werden die beiden Leipziger Todesopfer rechter Gewalt Horst K. († 1995) und Mario L. († 1995) als Verdachtsfälle eingeordnet und umgekehrt die beiden Verdachtsfälle Gerhard Sch. († 1991, Leipzig) und Christel G. († 2002, Wurzen) als gesicherte Todesopfer rechter Gewalt bezeichnet. Insgesamt ein bedrückendes und lesenswertes Buch.

Thomas Billstein: Kein Vergessen: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945, Unrast Verlag, Münster 2020.



„Proud to be Punk“ und andere
Kein Einzelfall – Der Mord an Patrick Thürmer

Aus der Ankündigung: Der 17-jährige Patrick Thürmer befand sich in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1999 zusammen mit einem Freund auf dem Heimweg von einem Punk-Konzert, das in Hohenstein-Ernstthal (Landkreis Zwickau) stattgefunden hat, als sie plötzlich aus einem Kleinbus heraus von drei Neonazis überfallen worden sind. Patrick wurde hierbei so schwer verletzt, dass er am Vormittag des 2. Oktobers 1999 im Krankenhaus verstorben ist. Diesem Überfall waren zuvor bereits schwere Angriffe dutzender Neonazis auf besagtes Konzert und seine Besucher*innen vorausgegangen.

Die Broschüre thematisiert allerdings nicht nur den Mord an Patrick, sondern darüber hinaus auch noch den Mord an weiteren neun Punks, die seit 1990 von Neonazis in Deutschland ermordet worden sind. Hinzu kommt eine Aufarbeitung der 19 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 allein in Sachsen.

Die Broschüre ist ein Kooperationsprojekt des „Proud to be Punk“-Fanzines, des Bündnisses Chemnitz Nazi-frei und des Vereins Bon Courage e.V. Bestellungen an jan.sobe@t-online.de



Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Das ADB ist eine zentrale unabhängige Anlaufstelle für alle Betroffenen von Diskriminierung. Unser Beratungsangebot bezieht sich auf Diskriminierungsformen unterhalb der Schwelle des Straftatbestandes, ist vertraulich und kostenlos. Betroffene erhalten bei uns emotionale Unterstützung sowie eine professionelle Beratung mit gemeinsamer Entwicklung von Interventionsstrategien. Darüber hinaus ist das ADB Weiterbildungsträger für alle Fragen zum Themenbereich Diskriminierung und Teilhabe.

Kontakt:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
 Seeburgstr. 20
 04103 Leipzig

Web: adb-sachsen.de

E-Mail: info@adb-sachsen.de

Telefon: 0341 30 39 492

Facebook: facebook.com/antidiskriminierungsbuero.sachsen



Antisexistischer Support Leipzig

Wir möchten einerseits betroffene Personen sexualisierter Gewalt unterstützen, Geschehenes zu reflektieren, ansprechbar zu machen und politisch zu thematisieren. Andererseits wollen wir einen reflexiven Prozess mit gewaltausübenden Menschen und ihrem Umfeld ermöglichen, einen Prozess der Verantwortungsnahme anstoßen, der auf der Grundlage beruht, dass Menschen sich ändern können. Wir versuchen für den Umgang mit sexualisierter Gewalt zu sensibilisieren und Gruppen/Räume dafür mit einzubeziehen.

Kontakt:

Web: antisexistischersupport.blackblogs.org
E-Mail: info-asl@riseup.net



Ariowitsch-Haus Leipzig e.V.: Projekt „Abbau von Antisemitismus“

Das Projekt „Abbau von Antisemitismus“ schult Multiplikator*innen verschiedener Professionen zum Themenkomplex Antisemitismus. Dazu werden zielgruppenspezifische Workshops entwickelt, die die besonderen Herausforderungen von Berufsgruppen integrieren. Das Projekt versucht, dabei auch auf konkrete Situationen zu reagieren, die Bildung gegen Antisemitismus notwendig werden lassen. Bei Bedarf kann sich jederzeit an die Projektverantwortlichen gewendet werden.

Kontakt:

Ariowitsch-Haus Leipzig e.V.
 Hinrichsenstraße 14
 04105 Leipzig

Web: ariowitschhaus.de

E-Mail: kontakt@ariowitschhaus.de

Telefon: 0341 22 541 000



Bon Courage e.V.

Bon Courage e.V. ist ein Bornaer Verein, der in Form von politischer Öffentlichkeits-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit in die Gesellschaft hineinwirken möchte, um diese für ein solidarisches, von gegenseitigem Respekt geprägtem Miteinander zu sensibilisieren. Der Schwerpunkt vieler Projekte liegt zum einen auf der Unterstützung und Beratung von geflüchteten Menschen und zum anderen auf der Durchführung gedenkstättenpädagogischer Bildungsangebote.

Kontakt:

Bon Courage e.V.

Web: boncourage.de

E-Mail: info@boncourage.de

Telefon: 0157 75 176 855

Twitter: twitter.com/bon_courage_ev

Insta: instagram.com/boncourage.borna

Facebook: facebook.com/Bon-Courage-eV-513142685365082



chronik.LE

Um ein Problembewusstsein für die Aktualität und Alltäglichkeit rechter und diskriminierender Gewalt zu schaffen, dokumentiert chronik.LE nun schon seit dem Jahr 2008 kontinuierlich faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in Leipzig und Umgebung.

Kontakt:

chronik.LE
 Engagierte Wissenschaft e.V.
 Ecksteinstraße 29
 04277 Leipzig

E-Mail: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de

Web: chronikLE.org

Twitter: twitter.com/chronik_LE

Facebook: facebook.com/chronik.LE

Telegram: telegram.me/chronik_LE



Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig e.V. & Medinetz Leipzig

CABL e.V. bietet eine Sozialberatung für Menschen, die derzeit keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem haben. Solange kein Versicherungsschutz besteht, können ärztliche Behandlungen anonym, vertraulich und kostenfrei organisiert werden. In Notfällen und bei dringlichen medizinischen Anliegen außerhalb der Öffnungszeiten von CABL e.V. können sich Menschen ohne Versicherungsschutz an das Medinetz Leipzig wenden.

Kontakt:

CABL e.V.
 Taubestraße 2
 04347 Leipzig

Web: cabl-leipzig.de

E-Mail: clearingstelle@cabl-leipzig.de

Facebook: facebook.com/cablleipzig

Telefon: 0176 45 982 130

CopWatch Leipzig



Copwatch Leipzig

Copwatch Leipzig ist eine linksradikale Gruppe, die zu Polizei, autoritärer Entwicklung, racial profiling, Polizeigewalt, protest-policing & transformative justice arbeitet. Wir wollen eine Anlaufstelle für Betroffene von rechtswidriger & diskriminierender Polizeiarbeit sein. Außerdem machen wir Bildungsarbeit, wie wir Polizeikontrollen kritisch begleiten und um unsere Rechte, sowie polizeiliche Befugnisse wissen. Wir setzen uns gegen jede Art von Diskriminierung & staatliche Unterdrückung ein.

Kontakt:

Web: copwatchleipzig.home.blog

E-Mail: copwatchleipzig@riseup.net

Twitter: twitter.com/copwatch_le

Diversif

„diversif“ ist ein Zusammenschluss von BIPOC aus Leipzig. Seit Herbst 2019 sind diverse Mitglieder in der Netzwerk- und politischen Bildungsarbeit aktiv, arbeiten zu Institutionenkritik und machen antirassistischen politischen Aktivismus. Andere bewegen sich im Bereich der freien Kunst, Musikindustrie oder Filmbranche und verfolgen konzeptuelle Arbeit. Für Kooperationen, Support, Vernetzung und Interessierte ist „diversif“ immer offen und per Mail und über Instagram erreichbar.

Kontakt:

E-Mail: diversif.leipzig@gmail.com

Insta: [instagram.com/diversif.leipzig](https://www.instagram.com/diversif.leipzig)

Deutsch-Israelische Gesellschaft Leipzig



Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Leipzig ist eine säkulare Initiative für das Verständnis Israels und zur Bekämpfung jedes Antisemitismus.

Vorrangige Aufgabe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist es, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in allen Fragen des öffentlichen und kulturellen Lebens zu vertiefen. Zur Erreichung dieser übergeordneten Ziele dient die Gesellschaft darüber hinaus der Förderung von Kunst und Kultur sowie Bildung.

Kontakt:

Web: dig-leipzig.de

E-Mail: kontakt@dig-leipzig.de

Facebook: [facebook.com/DIGLeipzig](https://www.facebook.com/DIGLeipzig)



Dorf der Jugend

Das Dorf der Jugend ist ein Projekt auf dem Land mit dem Ziel, die Provinz attraktiv für junge Menschen zu gestalten. 2014 wurde dazu ein altes Fabrikgelände, die Alte Spitzenfabrik am Muldeufer in Grimma, zum Zentrum des Projektes gemacht. Mit Hilfe eines engagierten Sozialarbeiters sind ca. 30 Jugendliche involviert, die – trotz behördlicher Hindernisse – Konzerte, Workshops und Festivals organisieren. Neben einem Garten steht eine Selbsthilfefahrradwerkstatt, ein Skate-Park, eine Graffitiwall, ein Seminarraum und eine Veranstaltungshalle zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung.

Kontakt:

Dorf der Jugend
Alte Spitzenfabrik
Dornaer Weg 2–4
04668 Grimma

Web: [facebook.com/dorferjugend](https://www.facebook.com/dorferjugend)

E-Mail: info@dorferjugend.de



Engagierte Wissenschaft e.V.

Auf Basis einer kritischen Analyse der gesellschaftlichen Zustände wirkt der Verein Engagierte Wissenschaft (EnWi) mit seinen Arbeitsgemeinschaften (Abendschule für historisch-politische Bildung, chronik.LE, Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig Postkolonial etc.) reaktionären und diskriminierenden Denkweisen und Praktiken entgegen. Dabei werden wissenschaftliche Erkenntnisse mit gesellschaftlichem Engagement verbunden. EnWi versteht sich als offenes Projekt. Wir schaffen Räume und Anlässe für alternative, undogmatische und möglichst hierarchiefreie Diskussionsprozesse. Der Verein ist für uns Träger von Einmischung und Werkzeugkiste für Projekte und Ideen.

Kontakt:

Engagierte Wissenschaft e.V.

Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Web: engagiertewissenschaft.de

E-Mail: enwi@engagiertewissenschaft.de

Facebook: [facebook.com/engagiertewissenschaft](https://www.facebook.com/engagiertewissenschaft)

Twitter: twitter.com/enwileipzig



Erich-Zeigner-Haus e.V.

Das Erich-Zeigner-Haus ist Zentrum und Begegnungsstätte für gelebte Zivilcourage und Demokratie. In den Räumlichkeiten finden Lesungen, Vortragsreihen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und andere Angebote der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung statt. Durch gedenkkulturelle Projekte und historisch-politische Bildungsarbeit versuchen wir, vor allem Jugendliche zu befähigen, mit gelebter Zivilcourage für Demokratie und Toleranz öffentlich einzutreten.

Kontakt:

Erich-Zeigner-Haus e.V.

Zschochersche Straße 21

04229 Leipzig

Web: erich-zeigner-haus-ev.de

E-Mail: kontakt@erich-zeigner-haus-ev.de

Telefon: 0341 8709507

Facebook: [facebook.com/Erich-Zeigner-Haus-eV-404980233010718](https://www.facebook.com/Erich-Zeigner-Haus-eV-404980233010718)



Fachstelle für Verschwörungsideologie und Antisemitismus bei der Amadeu Antonio Stiftung in Leipzig

Die Amadeu Antonio Stiftung führt verschiedene Projekte zum Thema Verschwörungsideologie und Antisemitismus in Sachsen durch. Das Projekt „Debunk“ sucht nach präventiven Ansätzen in der Bearbeitung von Verschwörungsideologischem Antisemitismus und entwickelt hierfür passende Materialien und Methoden der politischen und pädagogischen Arbeit. Die Fachstelle kann für Vorträge, Workshops und Erst- und Fachberatung zum Thema angefragt werden.

Kontakt:

Projekt Debunk (Amadeu Antonio Stiftung)

Web: amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/debunk

E-Mail: debunk@amadeu-antonio-stiftung.de

Telefon: 0341 462 626 226



Frauen für Frauen e.V. Leipzig

Frauen für Frauen

Die Ziele von Frauen für Frauen e.V. Leipzig sind die Aufdeckung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Unter den Gewalt-Begriff werden alle Verhaltensweisen gerechnet, die darauf abzielen, die Betroffene zu unterdrücken, zu beherrschen und zu kontrollieren. Die Arbeit von Frauen für Frauen e.V. Leipzig richtet sich an gewaltbetroffene und -bedrohte Frauen, aber auch an Kinder und Männer. Unabhängig sind dabei Kultur, Religion und Herkunft. Unterstützung finden auch Angehörige, Freund*innen und alle, die Betroffenen in ihrer Situation helfen möchten.

Kontakt:

Frauen für Frauen e.V.
Karl-Liebknecht-Straße 59
04275 Leipzig

Web: fff-leipzig.de

E-Mail: kontakt@frauenfuerfrauen-leipzig.de

Telefon: 0341 30 68 896

Notruf: 0341 47 98 179



Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Die Gedenkstätte erinnert an den Arbeitseinsatz tausender ziviler Zwangsarbeiter*innen, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge während des Zweiten Weltkriegs im städtischen Raum Leipzigs. Sie steht als Anlaufstelle für ehemalige Zwangsarbeiter*innen und deren Angehörige zur Verfügung, erforscht noch unbeleuchtete Aspekte des Themas und sammelt historische Zeugnisse. Die Dauerausstellung wird ergänzt durch öffentliche Veranstaltungen, Führungen, Stadtteilrundgänge und Bildungsangebote.

Kontakt:

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15
04318 Leipzig

Web: zwangsarbeit-in-leipzig.de

E-Mail: gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de

Telefon: 0341 23 52 075



Informationsdienst zur AfD in Sachsen (idas)

Der Informationsdienst zur Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen, kurz idas, veröffentlicht Berichte und Hintergründe zur AfD in Sachsen. Ein Schwerpunkt ist die parlamentarische Arbeit der Partei. Unser Projekt ist unabhängig, aber nicht unparteiisch – die AfD und ihre Positionen betrachten wir kritisch. Unsere Redaktion ist ehrenamtlich tätig, wir erhalten keine Förderung und begehren auch keine.

Kontakt:

Web: idas.noblogs.org

E-Mail: informationsdienst@riseup.net



Infobus Leipzig

Der Infobus hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen im Asylverfahren oder mit Aufenthaltsrechtlichen Problemen zu beraten. Wir wollen aber auch die Isolation von Geflüchteten durchbrechen und gemeinsam Informationen und Wissen austauschen. Ebenso sind wir daran interessiert, sie beim Einfordern ihrer Interessen solidarisch zu unterstützen. Dafür fahren wir auch mit unserem Bus zu den Lagern, die sich oft abgeschieden am Rand der Stadt oder im Umland befinden.

Kontakt:

Web: www.infobusleipzig.org

E-Mail: bus-le@riseup.net

Twitter: twitter.com/infobusl



Initiativkreis Antirassismus

Der Initiativkreis hat sich 2010 in Reaktion auf den Mord an Kamal K. gegründet. Bereits vorher entstand die Idee, ausführlicher zum Thema rechtsmotivierter Morde in Leipzig zu arbeiten. Der Initiativkreis hat den Prozess um die Aufarbeitung des rassistischen Mordes an Kamal aktiv begleitet und im Anschluss die Aufarbeitung des Mordes an Oschatz vorangetrieben. Der Initiativkreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, aktiv an die Opfer rechter Gewalt zu erinnern. So auch in Form von Gedenk-demonstrationen.

Kontakt:

Initiativkreis Antirassismus

Web: www.initiativkreis.blogsport.de

E-Mail: initiativkreis@riseup.net



#keineMehr Leipzig

Nach dem Femi(ni)zid am 8. April 2020 in Leipzig kämpfen wir nun auch hier unter dem Namen #keinemehr gegen Morde an FLINT*-Personen. Damit sind wir eine von vielen bereits existierenden #keinemehr-Gruppen in Deutschland. Wir beziehen uns auf internationale feministische Bewegungen (#NiUnaMenos, Non Una Di Meno, #NiUnaMas etc.), die in den letzten Jahren weltweit aktiv geworden sind, um sich patriarchalen Verhältnissen im Kapitalismus zu widersetzen und gegen männliche Gewalt zu kämpfen.

Kontakt:

Web: keinemehrleipzig.noblogs.org
E-Mail: keinemehr-leipzig@riseup.net
Insta: [instagram.com/keinemehrleipzig](https://www.instagram.com/keinemehrleipzig)



Kunlabporo continued – Asyl- und Aufenthaltsberatung Sächsischer Flüchtlingsrat

Ob Asylsuchende, die Fragen zu ihrem aktuellen Asylverfahren haben, Menschen, die bereits ihr Asylverfahren abgeschlossen haben und über weitere Aufenthaltssicherung beraten werden möchten oder Menschen, die ehrenamtlich Migrant*innen und Geflüchtete betreuen: Unsere Beratungsstelle zu Asyl- und Aufenthaltsrecht hilft Ihnen weiter. Wir haben Standorte in Leipzig, Chemnitz und Dresden und bieten zudem mobile Beratung in den Landkreisen an.

Kontakt:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
 Wurzner Straße 34, 04315 Leipzig
Web: saechsischer-fluechtlingsrat.de
E-Mail: asyl@sfrv.de
Twitter: twitter.com/sfr_ev
Facebook: facebook.com/saxfrev/
Insta: [instagram.com/saechsischer_fluechtlingsrat](https://www.instagram.com/saechsischer_fluechtlingsrat)



Ladenschlussbündnis Leipzig

Das 2018 neu gegründete Ladenschlussbündnis bekämpft neonazistische Strukturen, rechte Netzwerke und den dazugehörigen Lifestyle in Leipzig. Unser Ziel ist, aktiv und offensiv allen Bestrebungen entgegen zu treten, die sich über ein rassistisches, nationalistisches, antisemitisches, männlichkeitsbetontes, frauenfeindliches und autoritäres Weltbild bestimmen. Unser derzeitiger Fokus liegt dabei auf rechtsradikalen Freefight-Gyms und rechten Prepper-Strukturen in Leipziger Burschenschaften.

Kontakt:

Web: ladenschluss.blogsport.eu
E-Mail: ladenschlussbueundnis@riseup.net
Twitter: twitter.com/ladenschlussle



Leipzig nimmt Platz

Das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ ist ein Zusammenschluss mehrerer zivilgesellschaftlicher Gruppen, Vereinen und Initiativen mit der Zielstellung Einstellungsmuster der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht unwidersprochen zu lassen und neonazistischen und rassistischen Aufmärschen den Platz durch gewaltfreie Aktionen zu nehmen. Dazu werden insbesondere eigene Versammlungen angemeldet und Demotrainings organisiert. Wir sind solidarisch mit allen die diese Ziele teilen.

Kontakt:

Web: platznehmen.de
E-Mail: platznehmen@systemli.org
Facebook: facebook.com/platznehmen
Twitter: twitter.com/Platznehmen
Telegram: telegram.me/platznehmen



Leipzig Postkolonial

Seit 2011 engagiert sich „Leipzig Postkolonial“ als ehrenamtliche Arbeitsgruppe bei dem Verein „Engagierte Wissenschaft e.V.“ und macht das koloniale Erbe der Stadt sowie postkoloniale Perspektiven durch öffentliche Bildungsarbeit und aktivistische Kritik sichtbar. Die Gruppe ist vor Ort mit anderen aktivistischen Gruppen sowie mit wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen vernetzt und seit 2018 Teil des bundesweiten „Decolonize-Netzwerk“.

Kontakt:

Leipzig Postkolonial
 Ecksteinstraße 29
 04277 Leipzig
Web: leipzig-postkolonial.de
E-Mail: poko@engagiertewissenschaft.de
Facebook: facebook.com/AGpostkolonial
Twitter: twitter.com/lpostkolonial



Lixer e.V.

Der Lixer e.V. ist ein gemeinnütziger Stadtteilverein und betreibt einen offenen Stadteilladen in Kleinzschocher. Die Räumlichkeiten können ab Februar 2020 nach Absprache für Plena, Treffen und mehr genutzt werden. Wir unterstützen bei der Umsetzung deiner Idee für den Kiez, bieten eine Bürokraiesprechstunde, einen Kiezpodcast, veranstalten regelmäßig Workshops, Feste und Vorträge und bieten Unterstützung nach Übergriffen aufgrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Kontakt:

Web: zschocher.com
E-Mail: lixer@riseup.net
Facebook: facebook.com/LixerinZschocher



Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen

Das Regionalbüro Nordwest des Mobilen Beratungsteams berät in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen sowie der Stadt Leipzig. Unsere Beratung richtet sich als professionelle Struktur an alle, die sich mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen beschäftigen wollen oder müssen und unterstützt die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur.

Kontakt:

Kulturbüro Sachsen e.V.
Mobiles Beratungsteam Nordwest
Johannisallee 5
04317 Leipzig

Web: www.kulturbuero-sachsen.de
E-Mail: mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de
Telefon: 0341- 25 66 8000
Facebook: facebook.com/kulturbuero.sachsen.ev
Twitter: twitter.com/KBSachsen



MONAliesA

Seit 1990 bietet die MONAliesA professionelle Bibliotheks-, Archiv-, Bildungs- und Kulturarbeit, um die Vielfalt feministischer Ideen, Konzepte und Akteur*innen zu bewahren und zu vermitteln. Unser Bestand umfasst wissenschaftlicher Literatur, Belletristik, Zeitschriften, „graue Literatur“, Graphic Novels, Hörbücher etc. MONAliesA ist Spezialbibliothek und Archiv; Veranstaltungsort, Treffpunkt und Kommunikationsraum; Teil eines lokalen und internationalen Netzwerkes.

Kontakt:

Geöffnet Di, Mi und Do 15 - 19 Uhr

Web: monaliesa.de
Telefon: 0341 94 67 21 29
E-Mail: monaliesa_leipzig@gmx.de
Facebook: facebook.com/MONAliesAleipzig
Insta: instagram.com/fembib_monaliesa
Mixcloud: mixcloud.com/MONAliesA_Leipzig
OPAC: opac.monaliesa.de



NaturfreundeJugend Leipzig

Die NaturfreundeJugend Leipzig versteht sich als linker, emanzipatorischer, parteipolitisch unabhängiger Jugendverband. Wir beschäftigen uns mit vielen Themen und verstehen uns als Plattform für verschiedene politische Aktivitäten: Soziales Wandern, Veranstaltungsreihen zum Thema Ökologie und Kapitalismus planen, die nazikritische Dorfjugend in Sachsen unterstützen, Bildungsreisen nach Griechenland organisieren, klettern oder einfach mal 'ne Runde Fahrrad fahren – die Möglichkeiten, bei uns aktiv zu werden, sind so divers wie die Menschen, die bei uns aktiv sind.

Kontakt:

Web: naturfreundejugend-leipzig.de
E-Mail: leipzig@naturfreundejugend.de
Twitter: twitter.com/nfjleipzig
Facebook: facebook.com/NFJLeipzig



Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Sachsen, der Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V., bietet Projekttag und Workshops für Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene an. Für Multiplikator*innen bieten wir Fortbildungen an. Wir arbeiten zu den Themen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und couragiertes Handeln. Die Bildungsveranstaltungen können an Schulen, in Jugendclubs oder in anderen Zusammenhängen bei uns gebucht werden und sind kostenfrei.

Kontakt:

Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. / NDC Sachsen
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21, 04103 Leipzig

Web: netzwerk-courage.de/sachsen
E-Mail: leipzig@netzwerk-courage.de
Telefon: 0341 33 73 49



Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK)

Das Netzwerk für demokratische Kultur e.V. (NDK) fördert die Bürgerbeteiligung aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Methoden und Formaten der politischen Bildungsarbeit in Wurzen, aber auch darüber hinaus in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen.

Das NDK stärkt Menschen, die sich im Sinne einer demokratischen Kultur engagieren möchten, bietet Infrastruktur (Kopierer, diverse Technik, Räume etc.) und ein offenes Haus für Treffen, Projekte und Veranstaltungen.

Kontakt:

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: ndk-wurzen.de
E-Mail: team@ndk-wurzen.de
Telefon: 03425 85 27 10



Netzwerk Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von etwa 100 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich seit vielen Jahren für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Das Netzwerk vernetzt, informiert, unterstützt die Mitglieder durch Fortbildung, Beratung und regelmäßige Konferenzen – regional und sachsenweit. Ihre Belange vertritt es gegenüber Politik und Verwaltung.

Kontakt:

Förderverein Tolerantes Sachsen e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: tolerantes-sachsen.de
E-Mail: buero@tolerantes-sachsen.de
Telefon: 03425 82 999 59
Facebook: facebook.com/tolsax
Twitter: twitter.com/tolsax



SOLIDARITÄT IST DIE ANTWORT DER STUNDE

Polylux

Polylux macht die demokratische Zivilgesellschaft sichtbar. Polylux stärkt alternativen Projekten den Rücken. Polylux sorgt für eine sichere, solidarische Finanzierung. Polylux, das sind Menschen aus Berlin, Leipzig, Dresden, Cottbus und anderen ostdeutschen Orten. Wir sind weggegangen, geblieben oder neu dort hingezogen. Was im Osten passiert, geht uns nah. Und diejenigen, die sich in kleineren Orten den rechten Menschenfeinden entgegen stellen, sind uns nicht egal. Tausende Fördermitglieder zahlen monatlich einen kleinen oder großen Beitrag an Polylux. Wir verteilen die Gelder an unsere Partner*innenprojekte. Aus vielen kleinen Beträgen wird ein großes Budget, mit dem wir Nazis im Osten die Stirn bieten.

Kontakt:

Web: polylux.network

E-Mail: kontakt@polylux.network

Twitter: twitter.com/polylux_network



Poliklinik Leipzig

Gesundheit neu denken und Zugang zur medizinischen Versorgung für alle möchte die ‚Poliklinik‘ verwirklichen. Das solidarische Gesundheitszentrum gründet auf der Überzeugung, dass Krankheit und Gesundheit maßgeblich von sozialen Determinanten wie Wohnraum, Bildung oder Herkunft mitbestimmt werden. Die Poliklinik stellt aktuell herrschende, krankmachende Verhältnisse im (Gesundheits-) System infrage und möchte sie verändern. Die Angebote sind umsonst und ergänzen die medizinische Regelversorgung.

Kontakt:

Poliklinik / Solidarisches Gesundheitszentrum Leipzig e.V.
Taubestraße 2, 04347 Leipzig

Psychosoziale Beratung: alle 14 Tage donnerstags von 17-19 Uhr

E-Mail: psychosoziale-beratung@poliklinik-leipzig.org

Medizinische Beratung: jeden Donnerstag von 19-21 Uhr

E-Mail: medi-gesundheitsberatung@poliklinik-leipzig.org

Web: poliklinik-leipzig.org

Facebook: facebook.com/PoliklinikLeipzig

Twitter: twitter.com/Poliklinik_Le

Telegram: telegram.me/solidaritaet_poliklinik_le



Bildungsverein Parcours e.V.

Der Bildungsverein Parcours e.V. bietet Workshops, Seminare und Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene an, um gemeinsam politische und gesellschaftliche Zusammenhänge erfahrbar und begreifbar zu machen, da so Möglichkeiten und Handlungsoptionen für deren Veränderung erst eröffnet werden. Ziel unserer Bildungsarbeit ist eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen, um auf dieser Basis eine politische Urteilsbildung vornehmen zu können.

Kontakt:

Bildungsverein Parcours e.V.

Ludwigstraße 79

04315 Leipzig

Web: parcours-bildung.org

E-Mail: info@parcours-bildung.org

Facebook: facebook.com/parcours.bildung



Prisma – iL Leipzig

Prisma – Interventionistische Linke ist eine politische Gruppe, die in Leipzig seit 2012 aktiv ist. Mit unserer Arbeit versuchen wir, zu einer Entwicklung im Sinne einer partizipativen und solidarischen Gesellschaft beizutragen. In den Arbeitsbereichen Antifaschismus, Antirassismus, Queerfeminismus, der Recht-auf-Stadt-Bewegung und im Kampf um Klimagerechtigkeit arbeiten wir dafür mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteur*innen zusammen.

Kontakt:

Web: prisma.blogspost.de

Facebook: facebook.com/PrismaLeipzig

E-Mail: prisma@inventati.org

Prozess 1101

Prozessdokumentation #le1101 #le1101prozess

Prozess1101

Die Gruppe „Prozess1101“ beobachtet und dokumentiert den Prozess zum Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016. Auf der Website finden sich Verhandlungstermine und Prozessberichte. Schnellere Infos liefert der Twitter-Account. Die Gruppe freut sich über Unterstützung, besonders bei den Protokollen und Berichten von den Prozessen. Meldet euch dafür gern per E-Mail.

Kontakt:

Web: prozess1101.org

E-Mail: kontakt@prozess1101.org

Twitter: twitter.com/1101prozess



„Rassismus tötet!“

„Rassismus tötet!“ – Leipzig entstand 2012 als Teil der gleichnamigen bundesweiten Kampagne. Neben dem aktiven Gedenken an die Pogrome und Brandanschläge Anfang der neunziger Jahre beschäftigen wir uns mit den aktuellen rassistischen Mobilisierungen. Dabei machen wir staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus zum Thema. „Erinnern heißt Kämpfen!“ ist für uns Handlungsmaxime. Wir unterstützen bestehende antirassistische Kämpfe und verbinden sie mit der voranschreitenden Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl.

Kontakt:

Web: rassismus-toetet-leipzig.org

E-Mail: rt-leipzig@riseup.net

Twitter: twitter.com/RASSISMUSTOETET

Insta: instagram.com/rassismus_toetet_leipzig



Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS e.V.)

Bundesweit können antisemitische Vorfälle an den Bundesverband RIAS e.V. und seine landesweiten Dokumentationsstellen gemeldet werden. RIAS-Meldestellen nehmen alle Erfahrungen, die von den Betroffenen als antisemitisch wahrgenommen werden ernst und vermitteln kompetente, auf den Fall zugeschnittene Beratung. Die Meldestellen nehmen auch Meldungen von Vorfällen, die nicht angezeigt wurden oder keinen Straftatbestand erfüllen, an. Alle Informationen werden streng vertraulich behandelt.

Kontakt:

Web: report-antisemitism.de

E-Mail: info@report-antisemitism.de

Telefon: 0800 0 32 32 63 (Mo-Fr 10-17 Uhr)

Twitter: twitter.com/report_antisem



RosaLinde Leipzig e.V.

RosaLinde Leipzig e.V. bietet psychosoziale Beratung, Bildungsveranstaltungen in Schulen sowie Workshop- und Fortbildungsformate für pädagogisches Fachpersonal zu den Themen Geschlechtsidentitäten, Geschlechtlichkeiten und sexuelle Orientierungen an. Es gibt eine Vielzahl an Gruppentreffen zu unterschiedlichen Themen und die Möglichkeit für Begegnung und Austausch. Das Angebot richtet sich an lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, asexuelle und queere (lsbtiaq* oder auch kurz: queere) Menschen in Leipzig und im Leipziger Umland. Darüber hinaus werden auch Familien, An- und Zugehörige sowie Multiplikator*innen beraten.

Kontakt:

RosaLinde Leipzig e.V.

Demmeringstraße 32, 04177 Leipzig

Web: www.rosalinde-leipzig.de

E-Mail: kontakt@rosalinde-leipzig.de

Telefon: 0341-8970173

Facebook: facebook.com/RosaLinde.Leipzig

Twitter: twitter.com/rosalinde_ev



Städtegruppe Leipzig der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland

Die Städtegruppe Leipzig der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD Bund e.V.) setzt sich seit vielen Jahren partizipativ und antirassistisch für die (Menschen-)Rechte Schwarzer Menschen in Leipzig ein. Schwerpunkte sind: Selbststärkung und Sichtbarkeit Schwarzer Communities in Leipzig und Sachsen, sowie die Identifizierung und Benennung rassistischer Diskriminierung. Es werden regelmäßig Community-Treffen organisiert, Möglichkeiten der Intervention und Teilhabe auf Landes- und stadtpolitischer Ebene diskutiert und gemeinsame Besuche von politischen und kulturellen Veranstaltungen geplant.

Kontakt:

Web: facebook.com/ISDLeipzig

E-Mail: isdleipzig@isdonline.de

Instagram: instagram.com/isd_leipzig



SAFT e.V. - Solidarische Alternativen für Taucha

SAFT e.V. engagiert sich für eine Gesellschaft in der menschenverachtende Einstellungen keinen Platz haben. Über Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und öffentliche Aktionen sensibilisiert SAFT e.V. für die Gefahren extrem rechter Strukturen und Weltbilder. Gleichzeitig soll die Sichtbarkeit von Akteur*innen verstärkt werden, die sich für eine solidarische Gesellschaft im Kleinen wie im Großen einsetzen. Perspektivisch soll ein fester Ort für lebendige und kritische Zivilgesellschaft entstehen.

Kontakt:

SAFT e.V.

Graßdorfer Str. 13

04424 Taucha

Web: saft-taucha.org

E-Mail: info@saft-taucha.org

Twitter: twitter.com/SAFT_04425

Instagram: instagram.com/saft_taucha/



Support – Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Opferberatung Support unterstützt Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, deren Angehörige, Freund*innen sowie Zeug*innen eines Angriffs. Wir informieren über rechtliche Möglichkeiten, finanzielle Hilfen und unterstützen bei der emotionalen Verarbeitung des Erlebten. Unsere Beratung ist parteilich. Wir sind auf der Seite der Betroffenen und unterstützen deren Perspektive und Interessen. Wir arbeiten mobil, vertraulich, mehrsprachig und kostenlos. Beratungsstellen gibt es in Dresden, Görlitz, Chemnitz und Leipzig sowie eine Online-Beratung.

Kontakt:

Support der RAA Sachsen e.V.

Kochstraße 14, 04275 Leipzig

Web: www.raa-sachsen.de/support

Onlineberatung: onlineberatung-raa-sachsen.beranet.info

E-Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Telefon: 0341 - 225 49 57 & 0341 - 261 86 47

Facebook: facebook.com/raa.sachsen

Twitter: twitter.com/raasachsen



verband binationaler
familien und partnerschaften

Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. arbeitet bundesweit als Interessenvertretung binationaler und zunehmend auch multinationaler Familien und Partnerschaften. Der Verband berät, informiert und engagiert sich für eine Gesellschaft in Vielfalt.

Kontakt:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.

Arndtstraße 63

04275 Leipzig

Web: www.leipzig.verband-binationaler.de

E-Mail: karadeniz@verband-binationaler.de

Telefon: 0341 230 83 996

IMPRESSUM

Leipziger Zustände 2021

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluss: November 2020

Rechte: © 2021 chronik.LE und die jeweiligen Autor*innen. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf*innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

Bezug: Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung und kann gegen eine Versandgebühr als Printversion bestellt werden. „Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und Umgebung an ausgewählten Orten ausgelegt.

V.i.S.d.P: S. Hummel, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Layout: k[e:]s

Kontakt:

Email: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
Web: www.chronikLE.org
Twitter: twitter.com/chronik_LE
Facebook: facebook.com/chronik.LE
Telegram: telegram.me/chronik_LE

Wir freuen uns über Spenden:

Engagierte Wissenschaft e.V.
IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

ISSN 2191-3501

chronik.LE – Ein Projekt bei EnWi e.V.

**ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT e.V.**

Gefördert im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“



Stadt Leipzig



Gefördert durch:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



sowie vom Freistaat Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes. Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerungen des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

chronik.LE
www.chronikLE.org



Am 7. Juni 2020 gehen mehr als 15.000 Personen in der Leipziger Innenstadt im Zuge der Black Lives Matter-Demonstration auf die Straße, um gegen institutionellen Rassismus zu protestieren.